

STADT RHEINE

Bericht
über die

Erstellung des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2016

Kopie zur Vorlage in den zuständigen Gremien

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. Erstellungsauftrag	1
B. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung	3
C. Feststellungen und Erläuterungen zum Gesamtabchluss	5
I. Grundlagen der Gesamtrechnungslegung	5
II. Konsolidierungskreis	5
III. Gesamtabschluss	6
IV. Gesamtlagebericht	6
V. Beteiligungsbericht	7
D. Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers über die Erstellung	8

Kopie zur Vorlage in den zuständigen Gremien

Anlagen

- I Gesamtabschluss mit Lagebericht
 - 1. Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2016
 - 2. Gesamtergebnisrechnung 2016
 - 3. Gesamtanhang zum 31. Dezember 2016
 - Anlage 1: Kapitalflussrechnung nach DRS 2
 - Anlage 2: Gesamtverbindlichkeitspiegel
 - 4. Gesamtlagebericht zum 31. Dezember 2016
 - 5. Beteiligungsbericht der Stadt Rheine 2016
- II Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

Kopie zur Vorlage in den zuständigen Gremien

A. Erstellungsauftrag

Der Bürgermeister der Stadt Rheine beauftragte uns mit der Erstellung des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2016 der

Stadt Rheine,

im Folgenden auch Stadt oder Konzern genannt.

Der Bürgermeister unterzeichnete den Erstellungsauftrag am 7. April 2017.

Gemäß § 116 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hat die Stadt in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung einen Gesamtabchluss aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung und dem Gesamtanhang. Er ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Weiterhin ist der Beteiligungsbericht dem Gesamtabchluss beizufügen.

Der Konzern enthält folgende Einzelabschlüsse:

- Stadt Rheine („Mutterunternehmen“),
- Stadtwerke Rheine GmbH und
- Technische Betriebe Rheine AöR.

Der Gesamtabchluss ist dahingehend aufzustellen, dass er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt.

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns durchgeführten Erstellung erstatten wir den vorliegenden Bericht. Der vorliegende Erstellungsbericht richtet sich an die Stadt Rheine.

Die Erstellung eines Gesamtlageberichts und Beteiligungsberichts sowie die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten waren nicht Gegenstand dieses Auftrags.

Aus Gründen der Vollständigkeit, haben wir den Gesamtlagebericht und Beteiligungsbericht diesem Erstellungsbericht beigefügt.

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, festgelegten Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Wirtschaftsprüfer (IDW S 7).

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, sind die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 maßgebend, die als Anlage beigefügt sind.

Kopie zur Vorlage in den zuständigen Gremien

B. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung

Gegenstand der Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen

Im Rahmen unseres Auftrags haben wir den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2016 unter Beachtung der für die kommunale Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der sonstigen gemeinderechtlichen Bestimmungen erstellt. Die Anwendung anderer gesetzlicher Vorschriften ist nur insoweit Gegenstand der Erstellung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Auswirkungen auf den Gesamtabchluss ergeben.

Die Erstellung eines Gesamtlageberichts, eineseteiligungsberichts und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten waren nicht Gegenstand unseres Auftrags. Ebenso sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die dem Ersteller gemachten Angaben. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Daten den Gesamtabchluss zu erstellen.

Art und Umfang der Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen

Der Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2016 wurde von uns aus den uns vorgelegten Unterlagen und den erteilten Auskünften der Stadt abgeleitet. Der Lagebericht wurde durch die gesetzlichen Vertreter der Stadt erstellt.

Für sämtliche in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche haben wir Anpassungen hinsichtlich Ansatz und Ausweis vorgenommen, um einen NKF-konformen Abschluss zu erstellen.

Die Jahresabschlüsse wurden anschließend in ein EDV-System eingespielt. Weiterhin erfolgte die Durchführung der Konsolidierungsbuchungen.

Bei der Erstellung des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2016 haben wir auftragsgemäß keine Plausibilitätsbeurteilungen der Konsolidierungsbuchungen oder darüber hinausgehende Prüfungshandlungen vorgenommen.

Wir haben die Erstellung mit zeitlichen Unterbrechungen in den Monaten August 2017 bis Dezember 2017 in unserem Hause durchgeführt. Art und Umfang unserer Gesamtabschlusserstellung, die entsprechend der Stellungnahme IDW S 7 durchgeführt wurde, haben wir in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Die erbetenen Auskünfte und Nachweise sind uns von den gesetzlichen Vertretern der Stadt Rheine, der Stadtwerke Rheine GmbH und der Technische Betriebe Rheine AöR und den uns benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereitwillig erteilt worden.

Darüber hinaus haben uns der Bürgermeister und der Kämmerer der Stadt Rheine in einer beruflichen Vollständigkeitserklärung schriftlich versichert, dass zur Erstellung des Gesamtabschlusses zum 31. Dezember 2016 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse, Abgrenzungen und Konsolidierungssachverhalte berücksichtigt sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Insbesondere wurde uns bestätigt, dass besondere Umstände, die die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nachhaltig verschlechtern könnten, nicht bestehen. Zudem wurde uns versichert, dass Gesetzesverstöße, die Bedeutung für den Inhalt des Gesamtabschlusses oder für die Entwicklung der Stadt haben können, nicht bestanden.

Kopie zur Vorlage in den zusätzlichen Premien

C. Feststellungen und Erläuterungen zum Gesamtabschluss

I. Grundlagen der Gesamtrechnungslegung

Der Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde nach den Vorschriften des § 116 GO NRW i. V. m. §§ 49 bis 51 Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) von uns aufgestellt.

Der Gesamtabschluss basiert auf den nach einheitlichen Grundsätzen aufgestellten Jahresabschlüssen aller einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zum Abschlussstichtag der Stadt Rheine (Konsolidierungskreis). Daran anschließend wurden die Jahresabschlüsse der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche zusammengefasst und um konzerninterne Leistungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten bereinigt (Konsolidierung).

Für alle in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden bei der Aufstellung des Gesamtabschlusses unter Beachtung von Wesentlichkeitsgrundsätzen einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach dem Entwurf der Gesamtabschlussrichtlinie angewandt.

Der Gesamtabschluss sowie der Gesamtlagebericht und der Beteiligungsbericht sind nach den Rechnungslegungsvorschriften der GemHVO NRW und des Handelsgesetzbuches (HGB) i. d. F. vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Mai 2009, unter Beachtung der Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) aufgestellt und gegliedert worden.

II. Konsolidierungskreis

Einbezogene verselbstständigte Aufgabenbereiche

In den Gesamtabschluss ist die Stadt Rheine als „Mutterunternehmen“ einbezogen. Darüber hinaus werden in den Gesamtabschluss folgende verselbstständigte Aufgabenbereiche im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen, da das Mutterunternehmen Aufgaben in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Organisationsform ausgegliedert hat und die Stadt unmittelbar die Mehrheit der Stimmrechte hält:

- Stadtwerke Rheine GmbH und
- Technische Betriebe Rheine AöR.

Die übrigen verselbstständigten Aufgabenbereiche werden nicht einbezogen. An dieser Stelle verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

III. Gesamtabschluss

Wir haben den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2016 ordnungsgemäß aus den Jahresabschlüssen der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche sowie den ergänzenden Unterlagen zu den Anpassungs- und Konsolidierungsmaßnahmen erstellt.

Der Gesamtabchluss, bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und Gesamtanhang zum 31. Dezember 2016, ist gemäß §§ 49 bis 51 GemHVO NRW i. V. m. §§ 300, 301 und 303 bis 305 und 307 bis 309 HGB aufgestellt.

Der Gesamtanhang und die beigefügte Gesamtkapitalflussrechnung wurden von uns nach allen gemäß den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Angaben und Aufgliederungen erstellt.

Die Gesamtkapitalflussrechnung ist unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) aufzustellen. Bei der Berechnung des Finanzmittelfonds werden die Ein- und Auszahlungen aus den Vorräten sowie die erhaltenen Anzahlungen unter dem Cashflow aus der laufenden Verwaltungstätigkeit gezeigt. In der Finanzrechnung nach GemHVO NRW werden diese Zahlungen hingegen unter dem Cashflow aus der Investitionstätigkeit gezeigt. Gleichzeitig wird unterstellt, dass die Zu- und Abgänge des Anlagevermögens und der Sonderposten im Haushaltsjahr zahlungswirksam waren.

Die Aufstellung des Gesamtabchlusses erfolgt EDV-gestützt. Die Konsolidierungsvorgänge sind ordnungsgemäß nachgewiesen und protokolliert.

IV. Gesamtlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter haben den Gesamtlagebericht entsprechend den Vorschriften des § 51 GemHVO NRW erstellt und aus Vollständigkeitsgründen dem Bericht beigefügt.

V. Beteiligungsbericht

Der von den gesetzlichen Vertretern erstellte Beteiligungsbericht wurde von uns – ohne weitere Beurteilungen durchzuführen – dem Gesamtabchluss beigelegt.

Kopie zur Vorlage in den zuständigen Gremien

D. Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers über die Erstellung

An die Stadt Rheine:

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Gesamtabschluss – bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und Gesamtanhang – der Stadt Rheine für den Stichtag zum 31. Dezember 2016 unter Beachtung der stadtrechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen erstellt. Grundlage für die Erstellung waren der geprüfte Einzelabschluss der Stadt Rheine, die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft, wohl aber auf Plausibilität beurteilt haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Weiterhin haben wir den Lagebericht hinsichtlich Plausibilität und Übereinstimmung mit dem Gesamtabschluss durchgesehen. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars, des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichts nach den stadtrechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung des IDW Standards „Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Wirtschaftsprüfer (IDW S 7)“ durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung sowie des Gesamtanhangs auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Ratingen, am 1. Dezember 2017

Concunia GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Struckmeier
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Kopie zur Vorlage in den zuständigen Gremien

**Gesamtbilanz
Stadt Rheine
zum 31. Dezember 2016**

AKTIVA

PASSIVA

	Haushaltsjahr		Vorjahr			Haushaltsjahr		Vorjahr	
	€	€	€	€		€	€	€	€
1. Anlagevermögen					1. Eigenkapital				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	1.809.555,22	1.809.555,22	1.752.594,37	1.752.594,37	1.1 Allgemeine Rücklage	234.655.130,34		235.084.098,82	
1.2 Sachanlagen					1.2 Gesamtergebnis	8.534.144,04	243.189.274,38	433.205,78	235.517.304,60
1.2.1 unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte					2. Sonderposten				
1.2.1.1 Grünflächen	20.801.459,53		20.901.262,77		2.1 Sonderposten für Zuwendungen	152.602.364,27		152.246.877,66	
1.2.1.2 Ackerland	7.437.386,78		7.556.372,85		2.2 Sonderposten für Beiträge	95.511.292,62		96.627.984,75	
1.2.1.3 Wald, Forsten	3.252.645,61		3.176.041,11		2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	0,00		0,00	
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	19.069.381,74		19.700.321,50		2.4 Sonstige Sonderposten	2.937.761,58		2.926.668,07	
	<u>50.560.873,66</u>		<u>51.333.968,23</u>				251.051.418,47	251.801.530,48	
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte					3. Rückstellungen				
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	1.645.299,60		337.953,38		3.1 Pensionsrückstellungen	106.675.654,00		104.293.827,00	
1.2.2.2 Grundstücke mit Schulen	96.460.612,63		98.352.927,26		3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	52.005,14		51.214,57	
1.2.2.3 Grundstücke mit Wohnbauten	4.405.297,73		1.995.870,66		3.3 Instandhaltungsrückstellungen	2.298.312,39		2.492.468,13	
1.2.2.4 Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäuden	73.801.051,50		73.731.474,67		3.4 Steuerrückstellungen	185.978,31		416.763,32	
	<u>176.312.261,46</u>		<u>174.418.225,97</u>		3.5 Sonstige Rückstellungen	47.497.854,19		45.775.488,89	
1.2.3 Infrastrukturvermögen							156.709.804,03	153.029.761,91	
1.2.3.1 Grund- und Boden des Infrastrukturvermögens	65.101.792,71		66.493.349,24		4. Verbindlichkeiten				
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	7.415.772,52		7.603.615,78		4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	96.394.744,70		87.768.642,63	
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	639.215,35		730.531,87		4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00		4.804.869,33	
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	129.040.395,19		131.768.118,13		4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen gleichkommen	3.541.406,60		3.734.478,56	
1.2.3.5 Straßen mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	155.832.917,63		159.246.356,22		4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.722.446,33		9.937.972,87	
1.2.3.6 Stromversorgungsanlagen	23.977.700,72		25.490.934,32		4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.942.006,49		2.119.433,60	
1.2.3.7 Gasversorgungsanlagen	5.688.374,99		5.804.106,76		4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	16.657.831,23		17.186.276,73	
1.2.3.8 Wasserversorgungsanlagen	13.466.944,61		12.402.978,15		4.7 Erhaltene Anzahlungen	8.794.110,21		9.828.450,78	
1.2.3.9 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	6.373.683,75		5.957.003,24				135.052.545,56	135.380.124,50	
	<u>407.536.797,47</u>		<u>415.496.993,71</u>		5. Passive Rechnungsabgrenzung		4.645.245,44	4.358.960,50	
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	2.200.309,69		2.009.380,44						
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	4.695.506,16		4.679.506,16						
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.276.509,31		3.063.307,48						
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.078.517,90		10.929.559,45						
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	20.899.476,02		14.633.142,42						
	<u>676.560.251,67</u>		<u>676.564.113,86</u>						
1.3 Finanzanlagen									
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	7.389.304,73		5.700.638,04						
1.3.2 Beteiligungen	9.503.788,09		8.136.958,79						
1.3.3 Wertpapiere des Anlagevermögens	9.420.643,85		3.420.643,85						
1.3.4 Ausleihungen	1.244.525,36		1.089.496,58						
	<u>27.558.262,03</u>		<u>18.347.737,26</u>						
	705.928.068,92		696.664.445,49						
2. Umlaufvermögen									
2.1 Vorräte									
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren		13.550.318,77	15.066.772,23						
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände									
2.2.1 Forderungen	19.292.650,07		14.592.368,72						
2.2.2 Sonstige Vermögensgegenstände	3.154.832,56		5.480.498,34						
	<u>22.447.482,63</u>		<u>20.072.867,06</u>						
2.3 Liquide Mittel	41.365.193,44		40.765.823,86						
	<u>77.362.994,84</u>		<u>75.905.463,15</u>						
3. Aktive Rechnungsabgrenzung									
	7.357.224,12		7.517.773,35						
	790.648.287,88		780.087.681,99				790.648.287,88	780.087.681,99	

Stadt Rheine**Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ergebnis des Vorjahres
	€	€
1 Steuern und ähnliche Abgaben	92.890.682,35	87.812.214,30
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	58.358.214,41	49.292.726,04
3 Sonstige Transfererträge	5.018.211,84	2.754.393,38
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	34.934.532,31	33.001.952,27
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	114.110.375,73	114.839.656,43
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.530.695,33	10.569.827,53
7 Sonstige ordentliche Erträge	12.945.959,51	14.335.964,25
8 Aktivierte Eigenleistungen	2.156.592,47	2.220.232,84
9 Ordentliche Gesamterträge	326.945.263,95	314.826.967,04
10 Personalaufwendungen	54.909.692,69	55.093.796,36
11 Versorgungsaufwendungen	5.339.014,03	6.816.479,26
12 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	116.343.137,56	117.617.323,18
13 Bilanzielle Abschreibungen	25.917.158,63	27.953.595,96
14 Transferaufwendungen	94.017.330,60	83.575.627,72
15 Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.317.954,25	20.278.349,84
16 Ordentliche Gesamtaufwendungen	314.844.287,76	311.335.172,32
17 Ordentliches Gesamtergebnis	12.100.976,19	3.491.794,72
18 Finanzerträge	1.061.378,21	1.090.877,84
19 Finanzaufwendungen	4.628.210,36	4.149.466,78
20 Gesamtfinanzergebnis	- 3.566.832,15	- 3.058.588,94
21 Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	8.534.144,04	433.205,78
22 Gesamtjahresergebnis	8.534.144,04	433.205,78
<u>Nachrichtlich: Verrechnungen von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage</u>		
23 Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	356.892,51	465.165,96
24 Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	1.138.666,69	212.329,23
25 Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	2.051.815,56	772.516,97
26 Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0,00	0,00
27 Verrechnungssaldo (=Zeilen 24-27)	- 556.256,36	- 95.021,78

Stadt Rheine, Rheine

Gesamtanhang 2016

1. Allgemeines

Die Stadt Rheine hat zum 1. Januar 2006 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt. In den neuen Regelungen der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) ist auch geregelt, dass die Kommunen – erstmals zum 31. Dezember 2010 – einen Gesamtabschluss aufstellen müssen.

Grundlage des Gesamtabschlusses bilden die geprüften Jahresabschlüsse der Stadt Rheine sowie ihre verselbstständigten Aufgabenbereiche im Konsolidierungskreis. Anschließend müssen aus Gesamtergebnisrechnung und Gesamtbilanz die Erträge, Aufwendungen sowie Bilanzpositionen eliminiert werden, die allein innerhalb des Konsolidierungskreises wirksam werden (Konsolidierung). Schließlich sind für den Gesamtabschluss ein Gesamtanhang sowie ein Gesamtlagebericht unter Berücksichtigung auch der verselbstständigten Aufgabenbereiche zu erstellen. Dem Gesamtabschluss ist darüber hinaus ein Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW beizufügen.

Der Inhalt des Gesamtanhangs wird in § 51 Abs. 2 und 3 GemHVO NRW geregelt. Demnach sind im Gesamtanhang zu den Posten der Gesamtbilanz und den Positionen der Gesamtergebnisrechnung die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Wertansätze beurteilen können. Die Anwendung von zulässigen Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist im Einzelnen anzugeben. Dem Gesamtanhang ist eine Kapitalflussrechnung unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) beizufügen.

Darüber hinaus ist dem Gesamtanhang gemäß § 49 Abs. 3 i. V. m. § 47 GemHVO NRW ein Gesamtverbindlichkeitspiegel beizufügen.

Durch den Gesamtanhang soll es den Adressaten des Gesamtabschlusses ermöglicht werden, die wirtschaftliche Gesamtlage der Stadt zutreffend beurteilen zu können. Dieses Ziel sowie die Aussagefähigkeit des Gesamtanhangs sollen auch dadurch gewährleistet werden, dass nur wenige gewichtige Sachverhalte benannt sind, die eine gesonderte Erläuterungspflicht im Anhang auslösen. Alle Angaben müssen informationsrelevant sein und dürfen nicht durch eine Vielzahl von nicht relevanten Angaben verschleiert werden.

2. Angaben zum Konsolidierungskreis

Zweck der Abgrenzung des Konsolidierungskreises ist die Festlegung und Einordnung der verselbstständigten Aufgabenbereiche der Stadt Rheine, die zusammen mit der Stadt selbst einen Gesamtabschluss bilden und deren Beziehungen untereinander eliminiert werden müssen. Damit soll gewährleistet werden, dass jährlich die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Rheine insgesamt so dargestellt wird, als ob es sich bei der Stadt Rheine und ihren verselbstständigten Aufgabenbereichen um ein einziges „Unternehmen“ handeln würde (Einheitsgrundsatz).

Grundsätzlich hat die Stadt Rheine gemäß § 116 Abs. 2 GO NRW ihren Jahresabschluss sowie die Jahresabschlüsse aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-recht-

licher oder privatrechtlicher Form im Gesamtabschluss zu konsolidieren (Vollständigkeitsgrundsatz). Verselbstständigte Aufgabenbereiche, die für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kommune zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind, brauchen gemäß § 116 Abs. 3 GO NRW hingegen nicht in den Gesamtabschluss einbezogen werden.

Die Stadt Rheine ist an folgenden verselbstständigten Aufgabenbereichen unmittelbar beteiligt:

Beteiligung	Anteil Kommune	Beteiligungsbuchwert zum 31.12.2016
Stadtwerke Rheine GmbH	100 %	38.017.000,00 €
Technische Betriebe Rheine AöR	100 %	18.388.529,02 €
EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH	100 %	1.581.833,05 €
Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH	100 %	5.761.037,06 €
Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH	68 %	46.434,62 €

Im Übrigen wird auf die Angaben im Beteiligungsbericht verwiesen.

Nach dem nordrhein-westfälischen Sparkassengesetz ist die Stadtparkasse Rheine nicht im kommunalen Einzelabschluss und demzufolge auch nicht im Gesamtabschluss zu berücksichtigen.

Nach den Vorgaben zum Konsolidierungskreis in § 50 GemHVO NRW sind diejenigen Betriebe zu konsolidieren, die in öffentlich-rechtlicher Organisationsform geführt werden. Hinzu kommen die privatrechtlichen Betriebe, die unter der einheitlichen Leitung oder unter maßgeblichem Einfluss der Stadt stehen. Maßgeblicher Einfluss wird vermutet, wenn der Stadt ein Stimmrechtsanteil von mindestens 20 % zusteht.

Unter dieser Prämisse sind alle Beteiligungen einzubeziehen. Bei diesen Beteiligungen sind zudem keine Anzeichen zu erkennen, die die Vermutung des fehlenden maßgeblichen Einflusses durch die Stadt widerlegen würden.

Auf eine Einbeziehung kann weiterhin verzichtet werden, falls die Beteiligung an sich und aus der Sicht der Kommune von untergeordneter Bedeutung für die Gesamtlage der Kommune im Sinne des § 116 Abs. 3 GO NRW ist. Folgende Verhältnisse zur Analyse wurden herangezogen:

- Anlagevermögen des einzelnen Unternehmens/Anlagevermögen aus der Summenbilanz,
- Bilanzsumme des einzelnen Unternehmens/Bilanzsumme aus der Summenbilanz,

- Fremdkapital des einzelnen Unternehmens/Fremdkapital aus der Summenbilanz,
- Summe der Erträge des einzelnen Unternehmens/Summe der Erträge aus der Summenergebnisrechnung und
- Summe der Aufwendungen des einzelnen Unternehmens/Summe der Aufwendungen aus der Summenergebnisrechnung.

Zur Beurteilung der Wesentlichkeit werden in der Literatur Schwellenwerte zwischen 3 % und 5 % genannt. Unter Berücksichtigung dieser Werte ergibt sich, dass bis auf die Stadtwerke Rheine GmbH und die Technische Betriebe Rheine AöR alle vorgenannten Beteiligungen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Rheine sind.

Im Konsolidierungskreis für den Gesamtabchluss verbleiben demnach nur die Stadtwerke Rheine GmbH und die Technische Betriebe Rheine AöR. Gemäß § 50 Abs. 1 und Abs. 2 GemHVO NRW werden die verselbstständigten Aufgabenbereiche nach §§ 300 bis 309 HGB vollkonsolidiert. Die übrigen Beteiligungen werden mit ihren Anschaffungskosten in die Gesamtbilanz übernommen.

Die Beteiligung an der TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH wurde zum 31. Dezember 2016 verkauft (Übergangsstichtag 1. Januar 2017).

3. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

3.1 Kapitalkonsolidierung

Aus dem Einheitsgrundsatz folgt, dass keine Anteile der Gemeinde an voll zu konsolidierenden verselbstständigten Aufgabenbereichen im Gesamtabchluss ausgewiesen werden dürfen. Somit sind die Buchwerte der Beteiligungen mit den korrespondierenden Posten des Eigenkapitals aufzurechnen (Kapitalkonsolidierung).

Bei der Kapitalkonsolidierung ist gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 1 und 2 HGB festzulegen, welche Wertansätze zu Grunde zu legen sind und zu welchem Zeitpunkt die erstmalige Kapitalkonsolidierung durchgeführt wird.

Die Technische Betriebe Rheine AöR wurde zum 1.1.2008 gegründet. Die Stadt Rheine hat in ihrer Bilanz zum 31. Dezember 2008 die Technische Betriebe Rheine AöR zulässigerweise mit der Eigenkapitalspiegelbildmethode im Rahmen des § 55 Abs. 6 GemHVO NRW bewertet. Bei dieser Regelung handelt es sich um eine Vereinfachungsregel, die bis spätestens 1. Januar 2009 in der kommunalen Eröffnungsbilanz angewendet werden konnte. Diese Vereinfachungsregel liefe ins Leere, wenn im Rahmen der Erstkonsolidierung nach der Neubewertungsmethode des § 50 GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 1 Nr. 2 HGB die Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung neu ermittelt werden müssten.

Für die erstmalige Kapitalkonsolidierung wurde daher gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 2 HGB auf den (fiktiven) Zeitpunkt des Erwerbs abgestellt. Somit ist grundsätzlich keine Neubewertung des verselbstständigten Aufgabenbereichs erforderlich, soweit die Eigenkapitalspiegelbildmethode anzuwenden ist. Die in der kommunalen Eröffnungsbilanz ermittelten Beteiligungsbuchwerte konnten insoweit beibehalten werden. Bei der erstmaligen Kapitalkonsolidierung zum 1. Januar 2010 ergaben sich somit keine stillen Lasten oder stillen Reserven. Gewinne oder Verluste der verselbstständigten

Aufgabenbereiche nach dem kommunalen Eröffnungsbilanzstichtag stellen grundsätzlich Veränderungen des Gesamteigenkapitals dar.

Für die Stadtwerke Rheine GmbH (Konzern) wurde in der Eröffnungsbilanz der Gemeinde zum 1. Januar 2006 der Wertansatz (§ 55 Abs. 6 GemHVO NRW) nach dem DCF- und Substanzwertverfahren bestimmt. Dieser führt zu einem Unterschiedsbetrag in der Kapitalkonsolidierung in Höhe von T€ 8.264. Dieser Unterschiedsbetrag stellt einen Geschäfts- oder Firmenwert dar, welcher mit der allgemeinen Rücklage verrechnet wurde.

3.2 Schuldenkonsolidierung

Die Schuldenkonsolidierung nach § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 303 HGB dient der zutreffenden Darstellung der Gesamtvermögenslage, da interne Schuldbeziehungen im Konzern Verpflichtungen gegenüber sich selbst darstellen, die nach den Ansatzgrundsätzen in der Gesamtbilanz nicht berücksichtigt werden dürfen. Die Gesamtbilanz würde durch Sachverhalte aufgebläht, die im Verhältnis zwischen Gesamtkonzern und Dritten nicht existieren. Die Vermögenslage würde somit ohne Schuldenkonsolidierung aus Sicht des Konzerns falsch dargestellt. Ansprüche und Verbindlichkeiten, die sich in gleicher Höhe gegenüberstanden, wurden eliminiert. Aufrechnungsdifferenzen wurden je nach Sachverhalt erfolgsneutral oder erfolgswirksam durch nachträgliche Buchungen korrigiert, sofern sie wesentlich waren.

3.3 Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie Zwischengewinneliminierung

Mit der Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 305 HGB) wird die Gesamtergebnisrechnung von Erfolgskomponenten befreit, die aus Geschäften zwischen einbezogenen Konzernorganisationen resultieren. Nach der Aufwands- und Ertragskonsolidierung weist die Gesamtergebnisrechnung grundsätzlich nur noch Aufwendungen und Erträge aus Geschäften mit nicht voll zu konsolidierenden Organisationen aus. Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurde auf Basis der gebuchten Aufwendungen und der Erträge in der Gemeinde durchgeführt. Echte Aufrechnungsdifferenzen sind nicht entstanden.

Sachverhalte, die die Notwendigkeit einer Zwischenergebniseliminierung nach § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 304 HGB begründet hätten, haben sich nicht ergeben. Auf eine Zwischenergebniseliminierung wurde daher verzichtet.

4. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden/Erläuterungen zur Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung

Das Wesen der Einheitstheorie besteht darin, dass sie den Konzern „Stadt Rheine“ trotz rechtlicher Selbstständigkeit der einzelnen verselbstständigten Aufgabenbereiche als wirtschaftliche Einheit betrachtet. Entsprechend der Grundsätze ordnungsgemäßer Gesamtrechnungslegung sind daher gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW für den Gesamtabschluss grundsätzlich die kommunalrechtlichen Vorschriften für Bilanzierung und Bewertung anzuwenden. Ansatz, Ausweis und Bewertung aus den Einzelabschlüssen der verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden daher an die Vorschriften der GemHVO NRW angepasst, wobei von zulässigen Vereinfachungsregelungen Gebrauch gemacht wurde.

Im Folgenden werden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, ebenso wie relevante Erläuterungen zur Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung, getrennt nach Bilanzpositionen dargestellt:

4.1 Aktivseite

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten bilanziert und, soweit sie einer Abnutzung unterliegen, nach § 35 GemHVO NRW gemäß ihrer Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Gegenstände des Sachanlagevermögens werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Im Bereich des Umlaufvermögens und auch des Anlagevermögens wurden keine Anpassungen von Herstellungskosten aus den Einzelabschlüssen der verselbstständigten Aufgabenbereiche für den Gesamtabchluss vorgenommen.

Grundsätzlich werden nach § 35 Abs. 1 GemHVO NRW Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, linear abgeschrieben.

Die Abschreibungen erfolgen gemäß § 35 Abs. 1 GemHVO NRW grundsätzlich auf der Grundlage der Tabelle über die ortsüblichen Gesamtnutzungsdauern der Stadt Rheine, die sich an der Rahmentabelle des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen orientiert. Nutzungsdauern des Sachanlagevermögens der verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden hingegen nicht überprüft. Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da die Auswirkungen für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nicht von wesentlicher Bedeutung wären und eventuell abweichende Beträge betriebsspezifisch sind.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis € 410,00 netto werden nach den Regelungen des § 33 Abs. 4 GemHVO NRW im Jahr des Zugangs komplett abgeschrieben. Ein fiktiver Anlagenabgang wird unterstellt. Für geringwertige Vermögensgegenstände zwischen € 150,00 und € 1.000,00 im Bereich der Stadtwerke Rheine GmbH und der Technische Betriebe Rheine AöR wird ein Sammelposten gebildet und über die Dauer von fünf Jahren abgeschrieben. Vermögensgegenstände bis € 150,00 werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Auf eine Bewertungsanpassung wurde aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

Die Bilanz wurde im Bereich des Infrastrukturvermögens um die Positionen „Strom-, Gas- und Wasserversorgungsanlagen“ erweitert.

Im Bereich des Finanzanlagevermögens werden unter anderem die Anschaffungskosten der verbundenen Unternehmen sowie der übrigen Beteiligungen, die nicht im Gesamtabchluss zu konsolidieren sind, bilanziert. Hierzu zählen die Beteiligungen, die Wertpapiere des Anlagevermögens und die Ausleihungen.

Die EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH, die Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH und die Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH werden auf Grund der untergeordneten Bedeutung für den Gesamtabchluss nicht voll konsolidiert. Ihre Beteiligungsbuchwerte werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten von zusammen € 7.389.304,73 auf Grund der bestehenden Mehrheitsbeteiligungen unter dem Bilanzposten „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert.

Vorräte werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Zum Verkauf anstehende Baulandflächen werden unter den Vorräten bilanziert. Die Bewertung erfolgt zu Anschaf-

fungskosten, insofern der niedrigere beizulegende Wert geringer war, wurden Abschreibungen auf diesen vorgenommen.

Alle Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände der Stadt Rheine sind zum Nominalwert unter der Berücksichtigung von Wertminderungen angesetzt. Individuelle Ausfallrisiken sind durch entsprechende Einzel- und Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Die Zusammenfassung von Forderungsarten und Ausleihungen wird auf Basis der Mindestgliederung gemäß dem vom Innenministerium herausgegebenen Muster zur Gesamtbilanz vorgenommen.

Unter den liquiden Mitteln sind die Guthaben bei den Kreditinstituten und die Barkassenbestände zum 31. Dezember 2016 ausgewiesen.

4.2 Passivseite

Beim Eigenkapital werden unter der Position „Allgemeine Rücklage“ unter anderem die Ergebnisvorträge der verselbstständigten Aufgabenbereiche seit dem fiktiven Erwerb zum 1. Januar 2006 ausgewiesen.

Nach § 43 Abs. 3 GemHVO NRW sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Abs. 3 GO NRW sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen (Änderung auf Grund des 1. NKFVG).

Als Gesamtjahresergebnis des Konzerns „Stadt Rheine“ wird ein Gesamtjahresergebnis in Höhe von € 8.534.144,04 ausgewiesen.

Insgesamt lässt sich das Eigenkapital im Jahresabschluss der Stadt Rheine wie folgt auf das Gesamteigenkapital des Konzerns „Stadt Rheine“ überleiten:

Eigenkapitalentwicklung	T€
Gesamteigenkapital zum 01.01.2016	235.517
Jahresergebnis 2016 Stadt Rheine	4.894
Konzernergebnis 2016 (SWR)	613
Jahresergebnis 2016 (TBR)	3.307
Summenergebnis	8.814
Eliminierung Beteiligungserträge (SWR)	-535
Eliminierung Beteiligungserträge (TBR)	-1.028
Eliminierung Gewerbesteuerrückstellung 2016 (SWR)	1.026
Eliminierung Gewerbesteuerrückstellung steuerl. Risiko (SWR)	60
Eliminierung Auflösungsertrag Gewerbesteuerrückstellung (SWR)	-102
Eliminierung Gewerbesteuernachzahlung 2014 (SWR)	46
Eliminierung Gewerbesteuernachzahlung (TBR)	24
Eliminierung Grundsteuer B (TBR)	58
Eliminierung Konzessionsabgabe (SWR)	74
Eliminierung Sonderposten (SWR)	97
Zwischensumme Gesamtjahresergebnis 2016	8.534
Übrige erfolgsneutrale Konsolidierungseffekte	-862
Gesamteigenkapital zum 31.12.2016	243.189

Investiv genutzte Sonderposten für Zuwendungen im Bereich des kommunalen Einzelabschlusses sowie Kanalanschlussbeiträge und zweckgebundene Zuwendungen im Bereich der Technische Betriebe Rheine AöR werden – soweit möglich – einem konkreten Vermögensgegenstand zugeordnet und entsprechend dessen Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst. Zuwendungen, die noch keinem Vermögensgegenstand zugeordnet werden konnten, werden als sonstige Verbindlichkeit passiviert. Konsumtive Zuwendungen werden im Jahr des Zugangs komplett ergebniswirksam erfasst.

Sonderposten für Beiträge werden ebenfalls einem konkreten Vermögensgegenstand zugeordnet und entsprechend dessen (durchschnittlicher) Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst.

Die laufenden Baukostenzuschüsse im Bereich des Stadtwerkekonzerns werden von den Herstellungskosten abgesetzt. Soweit Baukostenzuschüsse vor dem 1. Januar 2003 vereinbart sind, werden diese als Sonderposten ausgewiesen und linear aufgelöst. Auf Gesamtabschlusssebene werden die von den Herstellungskosten abgesetzten Baukostenzuschüsse unter der Position „Sonderposten aus Zuwendungen“ ausgewiesen. Auf eine Anpassung der Auflösung von Sonderposten an die rechtlichen Vorschriften des NKF wurde wegen der untergeordneten Bedeutung für die Gesamtvermögens-, Schulden- und Ertragslage des Konzerns „Stadt Rheine“ verzichtet.

Sonderposten für den Gebührenaussgleich werden gebildet, wenn eine kostenrechnende Einrichtung einen Gebührenüberschuss erwirtschaftet. Hierunter fallen die Kostenüberdeckungen (vgl. auch § 6 Abs. 3 KAG NRW) der Gebührenhaushalte Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Abwasserentsorgung und Märkte.

Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen werden nach beamtenrechtlichen Vorschriften in der Bilanz unter dem Posten Pensionsrückstellungen zusammengefasst. Für die Höhe der Versorgung werden die zum 31. Dezember 2016 maßgeblichen Werte in Ansatz gebracht. Die versicherungsmathematische Bewertung der Beihilfeverpflichtungen erfolgt auf Grundlage von Kopfschadenstatistiken unter Berücksichtigung eines altersabhängig steigenden Schadenprofils (Basis: Wahrscheinlichkeitstafeln 2015 statt wie zuletzt 2014). Die Bewertung erfolgt unter Verwendung der Statistiken für Zahnbehandlung und Zahnersatz, ambulante Heilbehandlung, stationäre Heilbehandlung im Zweibettzimmer sowie ambulante und stationäre Pflege aller drei Pflegestufen jeweils für Beihilfeberechtigte. Durch die Umstellung auf die Wahrscheinlichkeitstafeln 2015 erhöhen sich die Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen im Vergleich zum bisherigen Ansatz um durchschnittlich 3,1 %.

Die Versorgungslastenteilung wurde von laufenden Erstattungen auf Abfindungen umgestellt. Durch die Umstellung auf Abfindungen reduziert sich der Barwert der Abfindungs- und Erstattungsansprüche für Aktive um durchschnittlich 31,2 %.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen werden gem. § 36 Abs. 3 GemHVO NRW gebildet, wenn die Nachholung der Instandhaltung konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss. Eine notwendige Nachholung entsprechender Rückstellungen war im Rahmen der Aufstellung des Gesamtabchlusses nicht erkennbar.

Die sonstigen Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO NRW wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages angesetzt. Langfristige Rückstellungen beinhalten entgegen der handelsrechtlichen Rechnungslegung keine Preissteigerungen oder Trendantizipationen und werden bis auf die Pensionsrückstellungen nicht ab- oder aufgezinnt.

Alle Verbindlichkeiten sind zum jeweiligen Rückzahlungswert bilanziert. Die Zusammenfassung von Verbindlichkeiten wird auf Basis der Mindestgliederung gemäß dem vom Innenministerium herausgegebenen Muster zur Gesamtbilanz vorgenommen. Hierzu zählen die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Verbindlichkeiten.

Der Stand und die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2016 sind dem Gesamtverbindlichkeitspiegel, der als Anlage I 3.2 dem Anhang beigefügt ist, zu entnehmen.

Der Verbindlichkeitspiegel wurde nach den Posten der Bilanz gem. § 41 Abs. 4 Nr. 4 GemHVO NRW gegliedert. Die erhaltenen Anzahlungen werden separat ausgewiesen.

4.3 Gesamtergebnisrechnung

Aufwendungen und Erträge wurden grundsätzlich zum Realisationszeitpunkt nach § 252 Abs. 1 Nr. 5 HGB und unter Beachtung des Verrechnungsverbotes nach § 38 Abs. 1 GemHVO NRW im Gesamtabchluss erfasst.

5. Rechnungslegungsbezogene Erleichterungen

Die Stadt Rheine hat seit der Erstellung der Gesamteröffnungsbilanz die vom Modellprojekt NKF-Gesamtabschluss – lt. deren Praxisbericht – und die von der Gemeindeprüfungsanstalt grundsätzlich getragenen, rechnungslegungsbezogenen Erleichterungen angewendet.

5.1 Zusammenfassung der Forderungsarten in einem Bilanzposten

Forderungen werden in der kommunalen Bilanz gem. GemHVO NRW (Einzelabschluss der Kommune) gegliedert nach einer Vielzahl von Arten angesetzt. Der Positionenrahmen für die Gesamtbilanz sieht als Mindestgliederungsanforderung lediglich eine zusammengefasste Position „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ vor, unter der die Ansprüche der Kommune und der verselbstständigten Aufgabenbereiche auszuweisen sind.

In der Gesamtbilanz werden sämtliche Forderungsarten gemäß § 49 Abs. 3 i. V. m. § 41 GemHVO NRW unter den Bilanzpositionen „Forderungen“ und „Sonstige Vermögensgegenstände“ zusammengefasst.

5.2 Zusammenfassung der Verbindlichkeiten nach wesentlichen Arten

Verbindlichkeiten werden in der kommunalen Bilanz gemäß GemHVO NRW nach einer Vielzahl von Arten gegliedert.

Der Positionenrahmen für die Gesamtbilanz sieht eine weniger differenzierte Mindestgliederung nach § 49 Abs. 3 i. V. m. § 41 GemHVO NRW vor.

5.3 Verzicht auf Umgliederung von Umsatzsteuerverdifferenzen

Zwischen der Kommune und den voll zu konsolidierenden Betrieben bestehen üblicherweise umsatzsteuerpflichtige Leistungsbeziehungen. Da die Umsatzsteuer an die Finanzverwaltung abzuführen ist, stellt diese für die voll zu konsolidierenden Betriebe einen durchlaufenden Posten dar. Von der nicht vorsteuerabzugsberechtigten Kommune wird der Bruttobetrag als Aufwand gebucht. Die auf die Leistungsbeziehung zurückzuführenden Beträge werden im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung aufgerechnet. Es entsteht eine Aufrechnungsdifferenz in Höhe der Umsatzsteuer.

Die Umsatzsteuerverdifferenzen verbleiben gemäß § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 305 HGB in der Gesamtergebnisrechnung.

5.4 Beibehaltung der Beteiligungsbuchwerte

Sofern die Kapitalkonsolidierung auf den Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung erfolgt, können zwischen der Bewertung für die kommunale Eröffnungsbilanz und der Neubewertung zur erstmaligen Aufstellung des Gesamtabschlusses mehrere Jahre vergangen sein.

Da die Kapitalkonsolidierung auf den Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung erfolgte, sind zwischen der Bewertung für die kommunale Eröffnungsbilanz (01.01.2006) und der Neubewertung (31.12.2010) mehrere Jahre vergangen. Es war zu prüfen, ob nicht ggf. schon zu einem Zeitpunkt vor dem 31. Dezember 2010 die Kapitalkonsolidierung vorgenommen werden sollte. Aus den gesetzlichen Grundlagen ergeben sich zwei Zeitpunkte für die Erstkapitalkonsolidierung. Nach § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 2 HGB in der Fassung vom 24. August 2002 kann die Erstkapitalkonsolidierung zum Zeitpunkt des fiktiven

Erwerbs der Beteiligung (Stichtag der gemeindlichen Eröffnungsbilanz) oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung vorgenommen werden (31.12.2010).

Zur Entscheidungsfindung sollte eine Überprüfung dahingehend erfolgen, ob sich wesentliche wertbildende Faktoren verändert haben. Dies können z. B. umfangreiche Zu- bzw. Abgänge des Anlagevermögens sein. Auch die Eigenkapitalveränderung kann herangezogen werden. Die Prüfung brachte hervor, dass keine wesentlichen Veränderungen stattgefunden haben.

Eine Neubewertung gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. §§ 301 Abs.1 S. 2 Nr. 2 und 308 Abs. 1 HGB der Beteiligungen zum Zeitpunkt der Erstkapitalkonsolidierung (31.12.2010) erfolgte somit nicht.

5.5 Verzicht auf die Anpassung von GWG-Erfassungen

Die Stadt Rheine verbucht geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) < € 410 netto unmittelbar als Aufwand im laufenden Haushaltsjahr. Die voll zu konsolidierenden Betriebe schreiben grundsätzlich über 5 Jahre (Poolabschreibung) ab. Ein Anpassungserfordernis ist aus wirtschaftlichen Überlegungen für die Stadtwerke Rheine GmbH und die Technische Betriebe Rheine AöR auf Grund der Vielzahl von Wirtschaftsgütern nicht leistbar. Es empfiehlt sich, die Poolabschreibung aus den Einzelabschlüssen der voll zu konsolidierenden Betriebe unverändert zu übernehmen.

Die Stadt Rheine ist dieser Empfehlung gefolgt (§ 49 Abs. 2 i. V. m. § 33 Abs. 4 GemHVO NRW, § 50 GemHVO NRW i. V. m. § 308 HGB).

5.6 Verzicht auf die Anpassung von Herstellungskosten

Nach dem HGB und dem NKF gibt es unterschiedliche Wahl- und Pflichtbestandteile bei den Herstellungskosten. Bei einer Angleichung der Herstellungskosten der voll zu konsolidierenden Betriebe müssten jährlich die Herstellungskosten sowie die Abschreibungen für den Gesamtabchluss einzeln ermittelt und im Gesamtabchluss aufwandswirksam angepasst werden. Die Anpassung der jährlichen Abschreibungen in den Folgejahren darf aber nicht das laufende Gesamtergebnis belasten, sondern muss gesondert erfasst und mit den Vorjahresergebnissen verrechnet werden. Dies hätte zur Folge, dass die verselbstständigten Aufgabenbereiche eine zweite NKF-Anlagenbuchhaltung führen müssten.

Das Modellprojekt empfiehlt, im Bereich des Umlaufvermögens und grundsätzlich auch im Bereich des Anlagevermögens keine Anpassung von Herstellungskosten für den Gesamtabchluss vorzunehmen (§ 49 Abs. 3 i. V. m. § 33 Abs. 3 GemHVO NRW).

5.7 Verzicht auf die Umgliederung unwesentlicher Bilanzpositionen bzw. einzelner Geschäftsvorfälle

Die Gliederungsschemata für Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung weichen wesentlich von der Gliederung des HGB ab. Im NKF werden teilweise Vermögensgegenstände anderen Bilanzposten sowie Aufwendungen und Erträge anderen Ergebnisrechnungspositionen zugeordnet als im HGB.

Um den Umgliederungsaufwand in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen zu halten, sind vereinzelt bei unwesentlichen Bilanzposten Vereinfachungen vorzunehmen. (§ 49 Abs. 3 i. V. m. §§ 38, 41 GemHVO NRW).

5.8 Verzicht auf die Anpassung von Nutzungsdauern

Die Nutzungsdauern der voll zu konsolidierenden Betriebe sind in der Regel mit den steuerrechtlichen Vorgaben identisch. Die örtlichen Nutzungsdauern nach NKF orientieren sich in der Regel nicht an den steuerlichen Nutzungsdauern. Somit müssten die der voll zu konsolidierenden Betriebe zu Grunde gelegten Nutzungsdauern für den Gesamtabschluss an das NKF angepasst werden, soweit es sich jeweils um vergleichbare Vermögensgegenstände handelt. Hierfür müssten diese ggf. eine „zweite“ Anlagenbuchhaltung nur für NKF-Zwecke führen und die Nutzungsdauern sämtlicher Vermögensgegenstände des Anlagevermögens an die örtliche NKF-Abschreibungstabelle anpassen.

Die Vereinfachung sieht vor, dass die Nutzungsdauern nur im Bereich der sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude bei gleicher Art und Funktion (z. B. Verwaltungsgebäude) überprüft und dann einheitlich festgelegt werden, wenn die Auswirkung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist der Fall, wenn die geänderten Abschreibungen 5 % der Gesamtaufwendungen überschreiten. Für den Gesamtabschluss 2016 wurde der Schwellenwert nicht überschritten, sodass die Nutzungsdauern aus den Einzelabschlüssen übernommen werden konnten.

6. Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Dem Gesamtanhang ist gemäß § 51 Abs. 3 GemHVO NRW eine Gesamtkapitalflussrechnung unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) beizufügen. Sie soll die Gesamtbilanz sowie die Gesamtergebnisrechnung um Informationen hinsichtlich der Herkunft und Verwendung der liquiden Mittel (Finanzlage) des Konzerns „Kommune“, d. h. der Stadt selbst sowie der voll zu konsolidierenden verselbstständigten Aufgabenbereiche, ergänzen.

Ausgangspunkt der Gesamtkapitalflussrechnung ist der Finanzmittelfonds, der dem Konzern „Stadt Rheine“ insgesamt zur Verfügung steht. Die Veränderung dieses Fonds in einem Geschäftsjahr resultiert aus Zahlungen, die dem Konzern „Stadt Rheine“ zugeflossen bzw. von diesem abgeflossen sind, sowie aus Wertänderungen des Fonds selbst. Der Finanzmittelfonds entspricht dabei den ausgewiesenen liquiden Mitteln. Dazu zählen Barbestände, Bestände auf Giro- und Festgeldkonten sowie unterwegs befindliche Gelder im elektronischen Zahlungsverkehr. Bei der Ermittlung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit wurde die indirekte Methode angewandt und als Ausgangspunkt der Ermittlung das ordentliche Gesamtergebnis vor außerordentlichen Aufwendungen und Erträgen gewählt.

Aus Vereinfachungsgründen wurden bei der Berechnung des Finanzmittelfonds die Ein- und Auszahlungen aus den Vorräten sowie die unter den „Sonstige Verbindlichkeiten“ dargestellten erhaltenen Anzahlungen unter dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gezeigt. In der Finanzrechnung nach GemHVO NRW werden diese Zahlungen hingegen unter dem Cashflow aus der Investitionstätigkeit gezeigt. Gleichzeitig wird unterstellt, dass die Zu- und Abgänge des Anlagevermögens und der Sonderposten im Haushaltsjahr zahlungswirksam waren. Die Kapitalflussrechnung ist dem Anhang als Anlage I 3.1 beigefügt.

7. Bestehende Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

7.1 Stadt Rheine

Bürgschaften

Nach § 86 Abs. 2 GO NRW darf die Gemeinde Bürgschaften nur im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben übernehmen. Die Entscheidung der Gemeinde zur Übernahme von Bürgschaften ist der Aufsichtsbehörde schriftlich anzuzeigen. Die Gemeinde soll ein Risiko also nur in den Bereichen und Fällen übernehmen, in denen sie ein unmittelbares eigenes Interesse an der Aufgabenerfüllung hat. Dabei sind in der Regel keine selbstschuldnerischen Bürgschaften erlaubt, sondern nur Ausfallbürgschaften, bei denen der Bürge erst dann einzutreten hat, wenn der Hauptschuldner nicht leisten kann. Ein unmittelbares eigenes Interesse der Stadt liegt in der Regel bei den Aufgaben der städtischen Gesellschaften vor. Der Gesamtbestand an städtischen Bürgschaften in Höhe von € 1.356.775,14 zum 31. Dezember 2016 teilt sich wie folgt auf:

Zusammensetzung:

EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH	€ 12.680,03
Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH	€ 1.123.035,73
Sonstige	€ 221.059,38

7.2 Technische Betriebe Rheine AöR

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es besteht ein Bestellobligo zum 31.12.2016 in Höhe von T€ 303. Aus Leasingverträgen bestehen von 2017 bis zum Jahr 2019 Verpflichtungen in Höhe von T€ 121.

Derivative Finanzinstrumente

Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten bestehen in Form einer Zinstauschvereinbarung (Zinsswap) im Volumen von insgesamt drei Tranchen über jeweils T€ 2.000 und drei Tranchen über jeweils T€ 4.000 mit einer Laufzeit von Dezember 2013 bis Dezember 2028. Der Bezugsbetrag zum 31. Dezember 2016 beläuft sich auf T€ 9.760. Die derivativen Finanzinstrumente bilden gemeinsam mit den als Grundgeschäften anzusehenden Darlehensverträgen eine Bewertungseinheit. Der mit dem Grundgeschäft unterlegte Zinsswap hat zum Bilanzstichtag einen negativen Marktwert von T€ -4.507. Die Bewertung leitet sich aus dem Mid-Market-Preis ab. Durch den Zinsswap wird erreicht, dass der Zinsaufwand im Saldo einer festen Verzinsung über die gesamte Laufzeit der Darlehensverträge entspricht. Die buchhalterische Abbildung erfolgt nach der Einfrierungsmethode.

7.3 Stadtwerke Rheine Konzern

Aus Miet- und Pachtverträgen bestehen für den Konzern finanzielle Verpflichtungen von T€ 965. Ein Bestellobligo in Höhe von T€ 2.844 besteht für den Stadtwerkekonzern zum 31. Dezember 2016.

Zur Absicherung von Preisrisiken aus der Vermarktung des eigenerzeugten Stroms aus den Kraftwerksscheiben im Kraftwerk Lünen schloss die EWR Rohwarenswaps auf Steam Coal Notierung nach API2 ab. Insgesamt bestanden zum Bilanzstichtag SWAPs auf eine Gesamtmenge von 10.647 t mit unterschiedlichen Laufzeiten bis zum 31.12.2018. Der Marktwert der SWAPs auf die Kohlenotierungen beträgt zum 31.12.2016 160 T€ zugunsten der EWR. Abgesichert ist das Marktwertänderungsrisiko der Grundgeschäfte. Die gegenläufigen Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte werden sich in der Zukunft für das gesicherte Risiko (Preisrisiko) voraussichtlich in voller Höhe ausgleichen. Die in den Bewertungseinheiten zusammengefassten Grundgeschäfte weisen hochgradig homogene Risiken auf. Es wird eine hohe Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung erwartet. Die Wertänderungen der Grundgeschäfte im Strombezugsvertrag sind über den o.g. Zeitraum gesichert. Die Höhe der Risiken, die mit der Bewertungseinheit abgesichert wurden, entspricht dem beizulegenden Zeitwert der Zertifikate bzw. der Kohle. Alle Preisrisiken werden in vollem Umfang abgesichert.

Im Bereich der Strom- und Gasversorgung hat die EWR von der sogenannten Portfolio-Bilanzierung gemäß IDW RS ÖFA 3 Gebrauch gemacht. In den Portfolien sind die bestehenden Strom- und Gaslieferungsverträge mit Kunden mit dem zugehörigen Sicherungsgeschäft zusammengefasst. Abgesichert wird das aus Marktpreisschwankungen resultierende Preisänderungsrisiko. Die gegenläufigen Wertänderungen gleichen sich aufgrund der vorliegenden Sicherungsbeziehungen in den jeweils betrachteten Jahren aus.

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus der Finanzierung des Kaufs der Windkraftanlage in Gross Santerleben hat die EWR im Geschäftsjahr 2010 einen Cap auf einen Zinssatz von 3,5 % gekoppelt an die Entwicklung des 3-Monats-Euribors erworben. Das zum Bilanzstichtag darüber abgesicherte Finanzierungsvolumen beträgt 2,1 Mio. € mit einem Marktwert zum 31.12.2016 von 1 T€; die Bewertung erfolgt durch den Vertragspartner mittels einer Black / Barwertberechnung.

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus der Finanzierung der Errichtung von Photovoltaikanlagen hat die EWR im Geschäftsjahr 2011 einen Cap auf einen Zinssatz von 5,0 % gekoppelt an die Entwicklung des 3-Monats-Euribors erworben. Das darüber abgesicherte Finanzierungsvolumen beträgt 1,3 Mio. €. Der Marktwert beträgt zum 31.12.2016 1 T€; die Bewertung erfolgt durch den Vertragspartner mittels einer Black / Barwertberechnung.

Der Abschluss aller Finanztermingeschäfte wurde durch den Aufsichtsrat der EWR genehmigt. Die bilanzielle Behandlung aller Finanzinstrumente erfolgt nach der Einfrierungsmethode.

Die EWR hat im Rahmen ihrer Beteiligung an der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH und Co. KG eine Darlehenszusage gegenüber der TGH in Höhe von 1.028 T€ abgegeben. Zum Bilanzstichtag waren 643 T€ des Darlehens an die TGH ausgezahlt. Es besteht damit eine Restzusage von 385 T€.

Die EWR hat im Rahmen ihrer Beteiligung an der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG einen Strombezugsvertrag aus dem Kraftwerk bis zum Jahr 2032 abgeschlossen. Die finanziellen Verpflichtungen liegen nach aktuellem Preisstand bei 1 Mio. € / Jahr. Aus der Beistellung von CO₂- Emissionszertifikaten ergeben sich Bezugsverpflichtungen in Höhe von 343 T€ für die Jahre 2017 bis 2019.

Die EWR hat im Rahmen ihrer Beteiligung an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG einen Speichernutzungsvertrag bis zum Jahr 2028 abgeschlossen. Die finanziellen Verpflichtungen liegen nach aktuellem Preisstand bei 1,1 Mio. € /Jahr.

Aus bereits für die Jahre 2017 bis 2020 beschafften Strommengen besteht nach aktuellem Preisstand ein Bestellobligo von 12,6 Mio. €.

Aus bereits für die Jahre 2017 bis 2020 beschafften Gasmengen besteht nach aktuellem Preisstand ein Bestellobligo von 18,1 Mio. €.

Die EWR hat eine Beteiligung in Höhe von 860 T€ an der Windpark Gollmitz GmbH & Co. KG gezeichnet. Es bestehen zum 31.12.2016 Einlageverpflichtungen von 200 T€, die bisher nicht eingefordert wurden. Darüber hinaus bestehen Verpflichtungen aufgrund von Entnahmen in Höhe von 350 T€.

Die EWR hat eine Beteiligung in Höhe von 550 T€ an der Windpark Hohenfelde III GmbH & Co. KG. Es bestehen zum 31.12.2016 Verpflichtungen aufgrund von Entnahmen in Höhe von 110 T€.

Die Kommanditanteile der EWR an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG und der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG sind im Rahmen der Projektfinanzierungen an die finanzierenden Banken verpfändet worden.

Als Kommanditist der Lokalradio Steinfurt Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG kann die SWR verpflichtet werden, Gesellschafterdarlehen bis zu einer Gesamthöhe des dreifachen Betrages der Kommanditeinlage (38 T€) zu leisten.

Der Aufsichtsrat der EWR hat der Gewährung von Sicherheiten (z. B. Patronatserklärungen oder Ausfallbürgschaften) für Energielieferungen und Handelsaktivitäten der Energiehandelsgesellschaft West mbH (ehw) in Höhe von insgesamt 21,0 Mio. € zugestimmt. Es sind Bürgschaften gegenüber der Euler Hermes Kreditversicherung AG zur Rückbürgschaft von Avallinien der ehw in Höhe von 2,7 Mio. € eingegangen worden. Im Rahmen des Gasportfoliomanagements ist eine Patronatserklärung zur Rückbürgschaft von Verpflichtungen der ehw in Höhe von 3,0 Mio. € zugunsten der wingas ausgestellt worden. Eine Bürgschaft zur Absicherung von EFET-Verträgen der ehw wurde in Höhe von 3,0 Mio. € gegenüber der STEAG GmbH abgegeben. Weitergehende Sicherheiten stellen die anderen an der ehw beteiligten Stadtwerke. Eine Ausgleichvereinbarung im Innenverhältnis aller ehw-Gesellschafter gewährleistet, dass im Falle der Inanspruchnahme jeder Gesellschafter in Höhe seines Anteils am Sicherheitenpool haftet. Weiterhin hat der Aufsichtsrat zugestimmt, einen Kreditrisikopoolvertrag zwischen der Trianel GmbH, der Trianel Management GmbH und der EWR abzuschließen. Es wurde eine Haftungsobergrenze für den Einzelpoolbeitrag der EWR in Höhe von 1,0 Mio. € vereinbart.

Die Zustimmung des Aufsichtsrates wurde auch für die Gestellung von Sicherheiten für die Trianel GmbH und deren Tochtergesellschaften in Höhe von 1,7 Mio. € erteilt. Die Bürgschaften wurden durch die Trianel GmbH angefordert und vollständig in Höhe von 1,7 Mio € ausgestellt.

Ebenfalls mit Zustimmung des Aufsichtsrates wurde im Rahmen des Kaufs der Windkraftanlage in Gross Santerleben eine Bankbürgschaft der Stadtsparkasse Rheine zugunsten der EWR gegenüber dem Landkreis Börde für die Absicherung von Rückbauverpflichtungen in Höhe von 90.000 € ausgestellt.

Die EWR hat gegenüber der Deutsche Kreditbank AG eine Bürgschaft von 375.000 € zugunsten der Windpark Hohenfelde III GmbH & Co. KG (WPH) zur Absicherung der durch die WPH anzusparenden Kapitaldienstreserve abgegeben. An der WPH ist die EWR mit einem Gesellschaftsanteil von 33,3 % beteiligt. Die Bürgschaft ist durch eine abgeschlossene Innenverhältniserklärung durch die übrigen Gesellschafter der WPH zu 66,6 % rückverbürgt. Die Zustimmung des Aufsichtsrates wurde eingeholt.

Die EWR hat im Rahmen einer Innenverhältniserklärung eine Rückbürgschaft gegenüber der Stadtwerke Georgsmarienhütte GmbH bis zu einem Betrag von 200.000 € abgegeben. Mit der Rückbürgschaft wird eine Bürgschaft der Stadtwerke Georgsmarienhütte zugunsten der Windpark Gollmitz GmbH & Co. KG gegenüber der BW Bank zu 20 % abgedeckt, was dem Gesellschaftsanteil der EWR an der WPG entspricht. Die Zustimmung des Aufsichtsrates wurde eingeholt.

Mit einer Inanspruchnahme aus Bürgschaften und gewährten Sicherheiten wird entsprechend der Bonität der Berechtigten derzeit nicht gerechnet.

Die EWR hat im Jahr 2015 eine Beteiligung an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG mit einem Kapitalanteil von 5,0 Mio. EUR gezeichnet. Aus ausstehenden Einlagen zum 31.12.2016 bestehen Verpflichtungen in Höhe von 2.601 T€.

Rheine, den 1. Dezember 2017

Aufgestellt:

Bestätigt:



(Mathias Krümpel)

Erster Beigeordneter/Stadtkämmerer



(Dr. Peter Lüttmann)

Bürgermeister

Gesamtkapitalflussrechnung nach DRS 2 (Mindestgliederung)

	Ergebnis Geschäftsjahr €	Ergebnis Vorjahr €
1. Ordentliches Gesamtergebnis	8.534.144,04	433.205,78
2. +/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	24.318.581,38	26.400.954,38
3. +/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	3.680.042,12	3.718.689,44
4. +/- Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungs- unwirksame Erträge/Aufwendungen	-10.351.968,04	-10.814.125,85
5. +/- Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-1.169.683,40	63.570,84
6. +/- Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-697.612,88	-2.076.122,20
7. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3.862.526,74	6.990.981,66
8 = Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	20.450.976,48	24.717.154,05
9. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	14.467.337,51	2.969.128,87
10. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-38.175.345,49	-33.749.535,88
11. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	5.199,83	0,00
12. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-480.349,95	-663.310,75
13. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	13.159,19	411.503,15
14. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-8.897.949,30	-3.409.761,01
15. + Einzahlungen für Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen sowie sonstigen Sonderposten	9.395.108,57	6.298.764,00
16 = Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-23.672.839,64	-28.143.211,62
17. + Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	11.904.743,59	10.288.934,41
18. - Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-8.083.510,85	-7.089.268,16
19 = Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	3.821.232,74	3.199.666,25
20. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	599.369,58	-226.391,32
21. +/- Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	40.765.823,86	40.992.215,18
22. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode	41.365.193,44	40.765.823,86

Verbindlichkeitspiegel
(Stichtag: 31.12.2016)

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag am 31.12.2016 EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2015 EUR
		bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
		1	2	3	
1. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	96.394.744,70	4.357.734,47	17.020.601,22	75.016.409,01	87.768.642,63
2. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	4.804.869,33
3. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.541.406,60	0,00	3.541.406,60	0,00	3.734.478,56
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.722.446,33	7.722.446,33	0,00	0,00	9.937.972,87
5. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.942.006,49	1.942.006,49	0,00	0,00	2.119.433,60
6. Sonstige Verbindlichkeiten	16.657.831,23	12.774.109,23	3.883.722,00	0,00	17.186.276,73
7. Erhaltene Anzahlungen	8.794.110,21	2.441.840,95	6.352.269,26	0,00	9.828.450,78
8. Summe aller Verbindlichkeiten	135.052.545,56	29.238.137,47	30.797.999,08	75.016.409,01	135.380.124,50

Nachrichtlich:			
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten			
Bürgschaften			
Stadt Rheine	1.356.775,14 €		1.707.702,12 €
Stadtwerke Konzern Rheine	8.065.000,00 €		4.690.000,00 €
Patronatserklärungen			
Stadtwerke Konzern Rheine	24.000.000,00 €		24.000.000,00 €
	33.421.775,14 €		30.397.702,12 €

Gesamtlagebericht

zum Gesamtabschluss 2016

Gliederung

- 1 Vorbemerkungen**
- 2 Überblick über die Geschäftstätigkeit**
- 3 Gesamtlage des Konzerns**
 - 3.1 Haushaltswirtschaftliche Gesamtlage
- 4 Darlegung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanz-gesamtlage**
 - 4.1 Überblick
 - 4.2 Vermögens- und Schuldenlage
 - 4.3 Ertragslage
 - 4.4 Finanzgesamtlage
- 5 Ausblick**
 - 5.1 Risiken
 - 5.2 Chancen
- 6 Nachtragsbericht**
- 7 Organe und Mitgliedschaften**

1 Vorbemerkungen

Der Gesamtabschluss erfüllt im Wesentlichen eine Informationsfunktion und legt Rechenschaft über das gesamte Aufgabenspektrum der Stadt Rheine und ihrer verselbstständigten Aufgabenbereiche (vAB) ab.

Gemäß § 116 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) ist der Gesamtabschluss um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Gesamtlagebericht (vgl. § 51 Abs. 1 der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW)) wird auf Grundlage der Lageberichte der Einzelabschlüsse erstellt und muss mit dem Gesamtabschluss in Einklang stehen. Der Gesamtlagebericht fasst die wesentlichen Aussagen über den Konzern „Stadt Rheine“ zusammen und erläutert das durch den Gesamtabschluss vermittelte Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns. Hierzu sind in einem Überblick der Geschäftsablauf mit den wichtigsten Ergebnissen des Gesamtabschlusses und die Gesamtlage darzustellen. Weiterhin hat der Gesamtlagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft der Stadt Rheine unter Einbeziehung der verselbstständigten Aufgabenbereiche zu enthalten.

In dieser Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen nach § 12 GemHVO NRW, soweit sie für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Rheine bedeutsam sind, einbezogen und erläutert werden. Auf Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung der Stadt ist einzugehen. In Anlehnung an § 48 GemHVO NRW in Verbindung mit § 315 Abs. 2 HGB ist über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, zu berichten.

Zudem sind Angaben über die Verantwortlichkeiten (Mitglieder des Verwaltungsvorstands gem. § 70 GO NRW) sowie der Ratsmitglieder (auch wenn sie im Haushaltsjahr ausgeschieden sind) zu ergänzen. Die Auflistung muss mindestens die Angaben gem. § 116 Abs. 4 GO NRW enthalten.

2 Überblick über die Geschäftstätigkeit

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns „Stadt Rheine“ umfasste im Jahr 2016 neben den Pflichtaufgaben eine Vielzahl an freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben. Diese werden sowohl in der Kernverwaltung als auch in den Beteiligungen erbracht. Die Betätigungsfelder setzen sich aus den klassischen Produktbereichen des Kernhaushaltes sowie aus den folgenden Bereichen der Beteiligungen zusammen:

- Versorgung
- Entsorgung
- Verkehr
- Kultur und Freizeit
- Wirtschaftsförderung
- Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft
- Sonstige Bereiche, wie z. B. Telekommunikationsleistungen

Die im Kernhaushalt abgedeckten Betätigungsfelder werden über die Produktbereiche mit Hilfe von Zielen und Kennzahlen im Rahmen eines Verwaltungscontrollings gesteuert. Nähere Informationen hierzu finden sich im Haushaltsplan sowie im Jahresabschluss der Stadt Rheine.

Ferner können weitere Informationen zu den einzelnen Beteiligungen dem angefügten Beteiligungsbericht entnommen werden.

3 Gesamtlage des Konzerns

Zur Vermittlung eines zutreffenden Bildes über die Gesamtlage des Konzerns wurden die für die Konzernlage bestimmenden Faktoren systematisch untersucht. Unter Bezugnahme auf das aufzubereitende Zahlenmaterial der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung werden die

- haushaltswirtschaftliche Gesamtlage
- Vermögens-, Schulden- und Finanzgesamtlage
- Ertragsgesamtlage

im Folgenden dargestellt und analysiert. Zwecks Analyse und Vergleichbarkeit zu anderen Kommunen werden entsprechende Kennzahlen aufbereitet und erläutert. Die Kennzahlen orientieren sich an dem NKF-Kennzahlenset.

3.1 Haushaltswirtschaftliche Gesamtlage

Die Gesamtlage des Konzerns „Stadt Rheine“ wird maßgeblich durch die Entwicklungen innerhalb der Stadt Rheine, des Konzerns „Stadtwerke Rheine GmbH“ und der Technische Betriebe Rheine AöR beeinflusst, da die wirtschaftlich wesentlichen Posten von dort eingebracht werden.

Zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtlage ergeben sich folgende Werte für die Kennzahlen:

		2016	2015
Aufwandsdeckungsgrad =	$\frac{\text{Ordentliche Gesamterträge} \times 100}{\text{Ordentliche Gesamtaufwendungen}}$	103,84 %	101,12 %
Eigenkapitalquote I =	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	30,76 %	30,19 %
Eigenkapitalquote II =	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen/Beiträge} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	62,14 %	62,09 %
Überschussquote =	$\frac{\text{Gesamtjahresergebnis} \times 100}{\text{Allgemeine Rücklage} + \text{Ausgleichsrücklage}}$	3,64 %	0,18 %

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Gesamtaufwendungen durch die ordentlichen Gesamterträge gedeckt werden können. Die Kennzahl trifft eine Aussage darüber, inwiefern die Erträge im operativen Kernbereich des Konzerns hierfür ausreichen. Die sich für 2016 ergebende Aufwandsdeckungsquote von 103,84 % zeigt, dass die ordentlichen Erträge vollständig die ordentlichen Aufwendungen abdecken konnten. Damit ist auf Konzernebene strukturell ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht worden.

Absolut betrachtet übersteigen die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen um 12,1 Mio. € (= ordentliches Gesamtergebnis) und im Vergleich zum Vorjahr ist hier eine prozentuale als auch absolute Verbesserung deutlich zu erkennen.

Die **Eigenkapitalquote** spiegeln den Anteil des Eigenkapitals (Eigenkapitalquote I) bzw. des wirtschaftlichen Eigenkapitals (Eigenkapitalquote II) an der Bilanzsumme wider. Die Eigenkapitalquote gilt als Indikator für die Substanz und die stetige Aufgabenerfüllung. Die Eigenkapitalquote I zum Stichtag 31.12.2016 von 30,76 % (Vorjahr: 30,19 %) macht deutlich, dass das Eigenkapital des Konzerns wieder leicht angestiegen ist und die laufenden Anstrengungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung innerhalb der Kernverwaltung und im Zusammenhang mit den eingeforderten Konsolidierungsbeiträgen der Gesellschaften, um einer erneuten Reduzierung des Eigenkapitals entgegen zu wirken, beibehalten werden müssen. Im Stichtagsvergleich zum 31.12.2015 hat sich die Eigenkapitalquote I von 30,19 % um 0,57 %-Punkte leicht erhöht. Dies resultiert aus dem Gesamtjahresüberschuss von 8,5 Mio. € in 2016.

Die Eigenkapitalquote II mit 62,14 % zum 31.12.2016 (Vorjahr: 62,09 %) weist darauf hin, dass dem Konzern ausreichend wirtschaftliches Eigenkapital zur Verfügung steht. Insbesondere im Zusammenhang mit der hohen Anlagenintensität eignet sich die Eigenkapitalquote II als guter Indikator, da das Anlagevermögen häufig mit Zuschüssen Dritter (Sonderposten) finanziert ist, welche in der Regel nicht zurückgezahlt werden müssen.

Die **Überschussquote** gibt Auskunft über den durch ein positives Jahresergebnis wieder zurückgeführten Eigenkapitalanteil. Da keine Sonder- und Ausgleichsrücklagen vorhanden sind, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das positive Jahresergebnis ins Verhältnis zur Allgemeinen Rücklage gebracht. Je höher die Überschussquote ausfällt, desto stärker erhöht sich das Eigenkapital und eine Eigenkapitalerhöhung gewährleistet dauerhaft den Haushaltsausgleich. In den folgenden Jahren gibt die Kennzahl, insbesondere durch den Vorjahresvergleich, Aufschluss über die Gesamtlage und die Entwicklungstendenzen der Kommune.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich, dass die Überschussquote von 0,18 % zum 31.12.2015 auf 3,64 % zum 31.12.2016 gestiegen ist. Diese Entwicklung ist dem positivem Gesamtjahresergebnis von 8,5 Mio. € geschuldet.

Hinweis:

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen und Verweisen der nachfolgenden Abschnitte Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (z. B. Geldeinheiten, Prozentangaben) auftreten.

4 Darlegung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage

4.1 Überblick

Die vorliegenden Gesamtbilanzwerte zum 31.12.2016 sowie zum 31.12.2015 ermöglichen bei der Darlegung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage einen Zeitvergleich.

Die Gesamtbilanzsumme zum 31.12.2016 beläuft sich auf einen Betrag in Höhe von 790.648 T€ (VJ: 780.088 T€).

Die Kapitalflussrechnung 2016 zeigt einen Finanzmittelfonds (liquide Mittel) in Höhe von 41.365 T€ (VJ: 40.766 T€) an.

4.2 Vermögens- und Schuldengesamtlage

Die **Gesamtbilanzsumme** zum 31.12.2016 beträgt 790.648 T€ und ist damit um 138.430 T€ höher als die Bilanzsumme der Stadt Rheine im Einzelabschluss.

Aktiva	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Anlagevermögen	705.928	89,28	696.664	89,31	9.264
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.810	0,22	1.752	0,22	58
Sachanlagen	676.560	85,57	676.564	86,74	-4
Finanzanlagen	27.558	3,49	18.348	2,35	9.210
Umlaufvermögen	77.363	9,78	75.906	9,73	1.457
Vorräte	13.550	1,71	15.067	1,93	-1.517
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	22.448	2,84	20.073	2,57	2.375
Liquide Mittel	41.365	5,23	40.766	5,23	599
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.357	0,94	7.518	0,96	-161
Summe Aktiva	790.648	100,00	780.088	100,00	10.560

Das **Anlagevermögen** beläuft sich zum 31.12.2016 auf einen Wert in Höhe von 705.928 T€ (VJ: 696.664 T€).

Mit einer Summe in Höhe von insgesamt 676.560 T€ (95,84 %) bildet das Sachanlagevermögen den größten Posten des Anlagevermögens. Wesentliche Positionen innerhalb des Sachanlagevermögens sind die unbebauten Grundstücke mit einem Betrag in Höhe von 50.561 T€ (VJ: 51.334 T€), Grundstücke mit Schulgebäuden in Höhe von 96.461 T€ (VJ: 98.353 T€), Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäuden in Höhe von 73.801 T€ (VJ: 73.731 T€), Grund und Boden des Infrastrukturvermögens mit einem Betrag in Höhe von 65.102 T€ (VJ: 66.493 T€), Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit einem Be-

trag in Höhe von 129.040 T€ (VJ: 131.768 T€) sowie das Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen in Höhe von 155.833 T€ (VJ: 159.246 T€).

Auch die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau mit einem Betrag in Höhe von 20.899 T€ (VJ: 14.633 T€) ist als wesentliche Position des Sachanlagevermögens zu nennen. Im Vergleich zum 31.12.2015 ist das Anlagevermögen um 9.264 T€ gestiegen.

Das **Umlaufvermögen**, mit einem Anteil von 9,78 % (VJ: 9,73 %) am Vermögen, setzt sich aus Vorräten (z. B. zur Veräußerung bestimmte Grundstücke), Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und liquide Mittel zusammen.

Gegenüber dem 31.12.2015 sind die **Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände** um 2.375 T€ € auf 22.448 T€ gestiegen.

Die **liquiden Mittel** stiegen um 599 T€ auf nunmehr 41.365 T€.

Die aktiven **Rechnungsabgrenzungen** belaufen sich auf einen Betrag in Höhe von 7.357 T€ und bilden rd. 0,94 % des Gesamtbilanzvermögens ab.

Passiva	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Eigenkapital	243.189	30,76	235.517	30,19	7.672
Allgemeine Rücklage	234.655	29,68	235.084	30,13	-429
Ausgleichsrücklage	0	0,00	0	0,00	0
Gesamtjahresüberschuss/-fehlbetrag	8.534	1,08	433	0,06	8.101
Sonderposten	251.051	31,75	251.802	32,28	-751
Rückstellungen	156.710	19,82	153.030	19,62	3.680
Verbindlichkeiten	135.053	17,08	135.380	17,35	-327
Passive Rechnungsabgrenzung	4.645	0,59	4.359	0,56	286
Summe Passiva	790.648	100,00	780.088	100,00	10.560

Das **Eigenkapital** weist zum 31.12.2016 einen Betrag in Höhe von 243.189 T€ (VJ: 235.517 T€) aus und stieg somit um 7.672 T€ an. Neben der Allgemeinen Rücklage (234.655 T€) wird ein Gesamtjahresüberschuss in Höhe von 8.534 T€ (VJ: 433 T€) ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote, welche den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Gesamtbilanz zeigt, beläuft sich auf 30,76 % (VJ: 30,19 %).

Die **Sonderposten**, die u. a. erhaltene Zuwendungen und Beiträge aus Investitionen beinhalten, belaufen sich auf 251.051 T€ (31,75 %).

Die **Rückstellungen** belaufen sich auf 156.710 T€ (19,82 %). Die Erhöhung um 3.680 T€ im Laufe des Jahres 2016 ist u. a. auf die Anpassung der Pensions- und Beihilferückstellungen zurückzuführen.

Die **Gesamtverbindlichkeiten** sind von 135.380 T€ zum 31.12.2015 auf 135.053 T€ (17,08 %) zum 31.12.2016 leicht gesunken.

Die darin enthaltenen Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind durch die Neuaufnahme von Krediten von 87.769 T€ in 2015 auf 96.395 T€ zum 31.12.2016 gestiegen. Zum 31.12.2016 waren keine Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung mehr vorhanden (VJ: 4.805 T€).

Bei den **passiven Rechnungsabgrenzungen** handelt es sich um Einzahlungen vor dem Abschlussstichtag, die sich auf Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag beziehen.

4.3 Ertragsgesamtlage

Das Gesamtjahresergebnis 2016 beträgt 8.534 T€.

Folgende Erträge konnten erzielt werden:

Erträge	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Ordentliche Gesamterträge	326.946	99,68	314.827	99,65	12.119
Steuern und ähnliche Abgaben	92.891	28,32	87.812	27,80	5.079
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	58.358	17,79	49.293	15,60	9.065
Sonstige Transfererträge	5.018	1,53	2.754	0,87	2.264
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	34.935	10,65	33.002	10,45	1.933
Privatrechtliche Leistungsentgelte	114.110	34,79	114.840	36,34	-730
Kostenerstattungen und Umlagen	6.531	1,99	10.570	3,35	-4.039
Sonstige ordentliche Erträge	12.946	3,95	14.336	4,54	-1.390
Aktivierete Eigenleistungen	2.157	0,66	2.220	0,70	-63
Finanzerträge	1.061	0,32	1.091	0,35	-30
Außerordentliche Erträge	0	0,00	0	0,00	0
Gesamterträge	328.007	100,00	315.918	100,00	12.089

Die ordentlichen Gesamterträge werden insbesondere durch die Steuern und ähnlichen Abgaben sowie die privatrechtlichen Leistungsentgelte beeinflusst. In 2016 konnten, abzüglich der innerbetrieblichen Gewerbesteuereinnahmen, Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 41.040 T€ (VJ: 36.768 T€) und Grundsteuer A und B in Höhe von zusammen 16.559 T€ (VJ: 16.253 T€) erzielt werden. Aus der Beteiligung an der Einkommens- und Umsatzsteuer wurde ein Betrag in Höhe von 30.996 T€ (VJ: 30.598 T€) ertragswirksam vereinnahmt. Insgesamt beläuft sich die Summe aus sonstigen Steuern und ähnlichen Abgaben auf einen Betrag von 92.891 T€ (VJ: 87.812 T€).

Die Erträge aus Zuwendungen beinhalten u. a. die Zuweisungen und Zuschüsse von Übertragungen, z. B. Zuweisungen vom Land, sonstige allgemeine Zuweisungen und Zuwendungen für laufende Zwecke und die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten. In 2016 stiegen die Erträge aus Zuwendungen etc. um 9.065 T€ auf insgesamt 58.358 T€.

Die Transfererträge (Ersatz von sozialen Leistungen von der Agentur für Arbeit oder vom Kreis Steinfurt bzw. der Deutschen Rentenversicherung) betragen zum 31.12.2016 5.018 T€ (VJ: 2.754 T€).

Unter der Position „Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ in Höhe von 34.935 T€ (VJ: 33.002 T€) sind Gebühren und zweckgebundene Abgaben für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen und Anlagen sowie für die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen enthalten.

Neben Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Abfall- und Straßenreinigungsgebühren, sind auch Schmutz- und Niederschlagswassergebühren erzielt worden.

Die „Privatrechtlichen Leistungsentgelte“ beinhalten u. a. Erträge aus Mieten und Pachten, Verkäufe sowie Erlöse aus dem Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserverkauf.

Insgesamt sanken die privatrechtlichen Leistungsentgelte von 114.840 T€ im Jahr 2015 auf 114.110 T€ zum 31.12.2016.

Nach der Bereinigung von innerbetrieblichen Leistungsverflechtungen konnten in 2016 Erträge aus Kostenerstattungen und Umlagen in Höhe von 6.531 T€ (VJ: 10.570 T€) erzielt werden.

Die sonstigen ordentlichen Erträge mit einem Gesamtbetrag von 12.946 T€ (VJ: 14.336 T€) beinhalten im Wesentlichen die Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen.

Weiterhin wurden Finanzerträge in Höhe von 1.061 T€ (VJ: 1.091 T€) erzielt.

Folgende Aufwendungen sind im Jahr 2016 entstanden:

Aufwendungen	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Ordentliche Gesamtaufwendungen	314.845	98,55	311.335	98,68	3.510
Personalaufwendungen	54.910	17,19	55.094	17,46	-184
Versorgungsaufwendungen	5.339	1,67	6.817	2,16	-1.478
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	116.343	36,42	117.617	37,28	-1.274
Abschreibungen	25.917	8,11	27.953	8,86	-2.036
Transferaufwendungen	94.018	29,43	83.576	26,49	10.442
Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.318	5,73	20.278	6,43	-1.960
Finanzaufwendungen	4.628	1,45	4.149	1,32	479
Außerordentliche Aufwendungen	0	0,00	0	0,00	0
Gesamtaufwendungen	319.473	100,00	315.484	100,00	3.989

Die Personalaufwendungen beinhalten die anfallenden Aufwendungen für die Beamten und tariflich Beschäftigten bei der Stadt Rheine, des Konzerns „Stadtwerke Rheine“ sowie der Technische Betriebe Rheine AöR einschließlich der Zuführungen zu Pensions-, Urlaubs- und Überstundenrückstellungen. Zum 31.12.2016 beinhaltet die Gesamtergebnisrechnung Personalaufwendungen in Höhe von 54.910 T€ (VJ: 55.094 T€).

Die angefallenen Versorgungsaufwendungen belaufen sich im Jahr 2016 auf eine Summe in Höhe von insgesamt 5.339 T€ (VJ: 6.817 T€).

Im Jahr 2016 sind Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 116.343 T€ angefallen und sanken somit zum Vorjahr um 1.274 T€. Der überwiegende Teil betrifft den Aufwand für Strom-, Gas- und Wasserbezug.

Die bilanziellen Abschreibungen ergeben in der Summe einen Betrag in Höhe von 25.917 T€ (VJ: 27.953 T€). Die Abschreibungen teilen sich wie folgt auf:

Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert	0 T€
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	394 T€
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen	24.809 T€
Abschreibungen auf Geringwertige Wirtschaftsgüter	479 T€
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0 T€
Abschreibungen auf Festwerte	224 T€
Abschreibungen auf Beteiligungen	0 T€
Abschreibungen auf Wertpapiere	11 T€

Die Transferaufwendungen mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 94.018 T€ (VJ: 83.576 T€) beinhalten u. a. die Zuschüsse an Sportvereine für die Bewirtschaftung der Sportanlagen, die Betriebskostenzuschüsse für Kindergärten anderer Träger, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Jugendhilfe, die Gewerbesteuerumlage 3.380 T€ (VJ: 3.262 T€), die Beteiligung am Fonds Deutsche Einheit 3.284 T€ (VJ: 3.169 T€) sowie die Allgemeine Umlage an den Kreis Steinfurt in Höhe von 32.832 T€ (VJ: 31.689 T€).

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen belaufen sich auf eine Summe in Höhe von 18.318 T€ (VJ: 20.278 T€). Insbesondere sind Versicherungsbeiträge, Aufwendungen für Ratsmitglieder, Energiesteuer und Wertberichtigungen von Forderungen zu nennen.

4.4 Finanzgesamtlage

Der Finanzmittelfonds zum 31.12.2016 (Bestand an liquiden Mitteln) beläuft sich auf einen Betrag in Höhe von 41.365 T€ (VJ: 40.766 T€).

Bezeichnung	31.12.2016 T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	20.451
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 23.673
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	3.821
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	599
Finanzmittelfonds zum 31.12.2015	40.766
Finanzmittelfonds zum 31.12.2016	41.365

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 20.451 T€ beinhaltet die Wesentlichen auf die Erlöserzielung ausgerichteten zahlungswirksamen Tätigkeiten sowie deren sonstigen Aktivitäten, die nicht den Investitions- oder Finanzierungstätigkeiten zuzuordnen sind.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von – 23.673 T€ beinhaltet die Veräußerung und den Erwerb von Gegenständen des Anlagevermögens, von längerfristigen finanziellen Vermögensgegenständen sowie die Anlage von Finanzmittelbeständen, die nicht dem Finanzmittelfonds oder der Finanzierungstätigkeit zugehören.

Größere Investitionsmaßnahmen des Jahres 2016:

Neubau einer Kindertageseinrichtung an der Hünenborgstraße
 Diverse Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Kindertageseinrichtungen
 Erweiterung der Euregio-Gesamtschule
 Neubau der Rettungswache und des Feuerwehrgerätehauses rechts der Ems
 Umbau- und Ergänzungsbaumaßnahmen an der Nelson-Mandela-Sekundarschule
 Bau von Straßen in neuen Siedlungs- und Gewerbegebieten
 Neugestaltung und Ausbau des Zentralen Omnibusbahnhofs Matthiasstraße

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf 3.821 T€.

5 Ausblick

Die Ertragslage der Stadt Rheine hat sich im Jahr 2016 erneut verbessert (plus 12.119 T€). Ergebniswirksame Zuwächse waren bei den Steuern und ähnlichen Abgaben (plus 5.079 T€), bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (plus 9.065 T€) sowie bei den Öffentlich-rechtlichen Entgelten (plus 1.933 T€) zu verzeichnen. Im Vergleich dazu sanken die Kosten-erstattungen und Umlagen um 4.039 T€ auf 6.531 T€, die privatrechtlichen Leistungsentgelte um 730 T€ € auf 114.110 T€ und die Sonstigen ordentliche Erträge um 1.390 T€ auf insgesamt 12.946 T€. In der Summe stiegen die Gesamterträge jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 12.089 T€ (3,83 %).

Die Finanzerträge sanken von 1.091 T€ in 2015 auf 1.061 T€ im Jahr 2016.

Der Effekt durch den angestrebten Haushaltsausgleich bei der Stadt Rheine überträgt sich nur zum Teil auf den Gesamtkonzern. Die Maßnahmen, die höhere Ausschüttungen von voll zu konsolidierenden Unternehmen vorsehen, beeinflussen das Konzernergebnis nicht. Höhere Ausschüttungen an die Stadt Rheine bzw. geringere Zuschüsse an die voll zu konsolidierenden Unternehmen egalisieren sich im Gesamtkonzern wieder, da sowohl positive als auch negative Jahresergebnisse nur einmal gezeigt werden können. Positive Effekte durch Einsparungen und Erträge innerhalb des Kernhaushaltes der Stadt Rheine oder gegenüber Konzernfremden wirken sich hingegen in gleichem Maße positiv auf das Konzernergebnis aus.

Die Stadtwerke Rheine GmbH (SWR) als Holding des SWR-Konzerns konnte auch im Jahr 2016 der Bevölkerung in Rheine eine abgestimmte Produktpalette in den Bereichen Strom, Gas, Wasser und Wärme zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten. Dies gilt ebenso für den Bereich der Bäder.

Insgesamt blickt der kommunale Konzern Stadtwerke Rheine auf ein wirtschaftlich – und unter Berücksichtigung der Marktentwicklung des Energiesektors - insgesamt zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2016 zurück.

Die Herausforderungen für die Stadtwerke-Rheine-Gruppe liegen auch weiterhin in den Folgen der Liberalisierung der Energiemärkte. Die Basis für den Privatkundenvertrieb soll auch in 2017 durch das Angebot neuer Produkte, insbesondere Energielieferprodukte mit Preisgarantien und Contracting von Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung weiter gefestigt werden.

Die Kundenbindung für den Kundenstamm der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH (EWR) soll weiter durch transparente und faire Produkt- und Preispolitik erreicht werden. Der erfolgte Abschluss neuer marktbasierter Gasbezugsverträge bis Ende 2020 schafft dazu gute Voraussetzungen. Der Vertrieb im regionalen Umfeld von Rheine durch Direktvertrieb wird weiter fortgesetzt, um den Kundenstamm auch in 2017 weiter auszubauen. Die Digitalisierung von Vertriebs- und Serviceprozessen für die Kunden der EWR GmbH soll mit dem Aufbau eines Kundenportals verbessert werden.

Insgesamt wird der Festigung der bestehenden Aufgabenbereiche der Energiebeschaffung und des -vertriebs eine entscheidende Bedeutung zur Sicherung der Werthaltigkeit des Geschäftes zukommen. Insbesondere sind hier die Prozesse des Risikomanagements weiterhin konsequent einzuhalten. Auch einem stringenten Forderungswesen kommt zur Sicherung der Erträge eine zunehmend größere Bedeutung zu.

In den regulierten Bereichen der Gas- und Stromnetze der EWR wird neben den Wartungen und Instandhaltungen die Kostenprüfung und Strukturdatenerhebung im Gasbereich Schwerpunkt der Tätigkeiten sein. Die EWR hat im März 2017 mit der Landesregulierungsbehörde einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über das anzuerkennende Kostenniveau Gas geschlos-

sen und damit weitgehend Planungssicherheit über die zugestandenen Netzentgelte der Jahre 2018 bis 2022 erlangt.

Im Bereich des Netzbetriebes steht die Erneuerung von Netzstrecken im Mittelpunkt der Arbeiten des Jahres 2017. Außerdem ist für das Stromnetz die Kostendatendarlegung zur Neubestimmung der Erlösobergrenze für die nächste Regulierungsperiode vorzubereiten.

In der Trinkwasserversorgung steht das Thema Sicherung der Grundwasserqualität weiter im Mittelpunkt.

Im Bereich des Energiedatenmanagements und des Zählerwesens liegt der Schwerpunkt auf der Festigung der Betriebsprozesse und der Vorbereitung auf den vom Gesetzgeber vorgegebenen Rollout der intelligenten Zähler.

Investitionsschwerpunkte werden weiterhin der Ausbau der regenerativen Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen, die Installation von modernen Heizungsanlagen in Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Blockheizkraftwerke in größeren Objekten im Rahmen des Wärmecontractings, der Kauf von Grundstücken in den Wasserschutzgebieten sowie umfangreiche Investitionen in die Neuanschaffung von Standardsoftware und IT-Hardware sein.

Im Finanzanlagevermögen werden weitere Einlagen in die Beteiligungsgesellschaften Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG und der Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG zum Ausbau des Geschäftsfeldes Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu leisten sein.

Die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH (VSR) betreibt den öffentlichen Personennahverkehr und die Bewirtschaftung des ruhenden Verkehrs.

In der Parkraumbewirtschaftung zeichnet sich im 1. Quartal 2017 keine wesentliche Umsatzabweichung zu den Wirtschaftsplanannahmen ab. Trotz Schließung der Tiefgarage „Rathaus“ erreichte der Umsatz aufgrund des hohen Parkdrucks in der Innenstadt das geplante Niveau. Für 2017 wird mit einem Anstieg der Einstellvorgänge aufgrund des erstmals ganzjährigen Betriebs des Parkhauses „Emsgalerie“ gerechnet.

Im Bereich des ÖPNV ergibt sich ein höherer Umsatz durch Ausgleichszahlungen aus dem Verkehrsverbund VGM. Bei der Einführung des Westfalentarifs wird es voraussichtlich zu einer Streichung der 10er- und 30er-Tickets kommen, wobei eine Auswirkung auf das Fahrgastverhalten noch nicht abzusehen ist. Insgesamt wird in 2017 aufgrund der Einführung des neuen Sozialtickets mit höheren Fahrgastzahlen gerechnet.

Der Rat der Stadt Rheine hat bereits im Oktober 2009 die VSR mit der Durchführung des ÖPNV in Rheine betraut. Seit dem 01.01.2014 ist die VSR Alleinkonzessionärin des ÖPNVs in Rheine und damit zugleich Betriebsführerin. Zusätzlich übernimmt die VSR durch einen Dienstleistungsvertrag Verwaltungsaufgaben für den Aufgabenträger Stadt Rheine. Derzeit wird im Rat der Stadt Rheine die Frage diskutiert, ob die Aufgabenträgerschaft ÖPNV mit Auslauf der Betrauung zum 30.11.2019 weiterhin bei der Stadt Rheine verbleiben soll. Diese Entscheidung hat wesentlichen Einfluss auf das Fortbestehen des Geschäftsfeldes ÖPNV der VSR.

Die RheiNet GmbH erbringt Telekommunikationsdienstleistungen mit allen damit zusammenhängenden technischen, wirtschaftlichen und personellen Leistungen und Diensten. Im Geschäftsjahr 2016 hat die RheiNet ihre Position am Markt weiter gut behaupten können und wiederum ein positives Ergebnis erwirtschaftet. Für das Jahr 2017 werden weitere Zuwachsraten in allen Marktsegmenten der Geschäftskunden insbesondere durch die Vermietung von

Leitungen an Provider und die Vermietung höherer Bandbreiten in der Datenübertragung erwartet. Daneben wird auch mit weiteren positiven Impulsen aus der geplanten IP-Netzkopplung gerechnet.

Die Rheiner Bäder GmbH (RBG) betreibt die öffentlichen Schwimmbäder in Rheine und Mesum. Die Entwicklung der GmbH führte im abgelaufenen Geschäftsjahr zu einem leicht verbesserten Ergebnis als im Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür waren die höheren Umsatzerlöse, ein geringerer Material- und Fremdleistungsaufwand sowie geringere Kosten für Reparaturen und Unterhaltungen. Gegenläufig wirkte sich der Personalaufwand aus. In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Situation der RBG unbefriedigend, da die Deckung der Betriebskosten (vor Kapitalkosten) wie in den meisten öffentlichen Schwimmbädern nicht möglich ist. Die unternehmerischen Möglichkeiten, den operativen Verlust der RBG in den nächsten Jahren über eine Preisgestaltung nicht weiter ansteigen zu lassen, sind stark begrenzt. Eine leichte Preiserhöhung wurde zum 01.01.2017 vorgenommen. Deutliche Preisanstiege würden vermutlich insbesondere bei den nicht mehr zeitgemäßen Hallenbädern überkompensierende gegenläufige Kundenbewegungen auslösen. Für das Jahr 2017 sind Investitionen in Höhe von 37 T€ vorgesehen.

Die Technische Betriebe Rheine AöR (TBR) erfüllt seit dem 01.01.2008 umfangreiche Infrastrukturdienstleistungen für die Bevölkerung der Stadt Rheine. So übernimmt die TBR u. a. die Pflichtaufgaben der Stadt Rheine im Bereich der Stadtentwässerung und der Abfallsorgung inkl. Straßenreinigung im eigenen Namen und in eigener Verantwortung. Die Umsatzerlöse der TBR werden zu 65 % aus den Gebühren und zu 28 % aus der Amtshilfevereinbarung mit der Stadt Rheine generiert. Die Entwicklung in 2017 lässt vermuten, dass das geplante positive Jahresergebnis 2017 nicht nur erreicht, ggf. auch überschritten wird.

Die sich aus kundenseitigen Verhaltensänderungen ergebenden Einflüsse auf die Gebührenbereiche (z. B. Steigerung der zu entsorgenden Abfallmengen, Senkung der Schmutzwassergebühren) können und müssen im Rahmen der Gebührenbeschlüsse berücksichtigt werden.

5.1 Risiken

Die Risiken der Stadt Rheine und des Gesamtkonzerns liegen weiterhin in einem strukturellen Defizit. Sobald sich die kommunalen Rahmenbedingungen wieder verschlechtern, können die genannten Ziele nur noch durch weitere Sanierungsmaßnahmen erreicht werden. Insbesondere zeichnet sich für die nächsten Jahre weiterer zusätzlicher Finanzbedarf bei der Kindertagesbetreuung ab. Ebenso ist im Sozial- und im Asylbereich mit weiter steigenden Aufwendungen zu rechnen.

Der Konzern „Stadt Rheine“ arbeitet jedoch nachhaltig daran, die Einnahmesituation mittelfristig durch bereits eingeleitete und noch durchzuführende Strukturmaßnahmen zu verbessern.

Wesentliche Liquiditätsrisiken bestehen für den Gesamtkonzern auf Grund der besonderen Kreditwürdigkeit nicht.

Stadtwerke-Rheine-Gruppe

Auch im Berichtsjahr wurde das bereits in den Vorjahren angewandte Risikomanagementsystem der Stadtwerke-Rheine-Gruppe erfolgreich auf alle Gesellschaften des Konzerns angewandt. Für den SWR-Konzern wurden folgende Risikofelder von besonderer Bedeutung identifiziert:

Die Risikoanalyse bei der EWR hat ergeben, dass für die Gesellschaft mit zunehmender Wettbewerbsintensität immer größere Marktrisiken - insbesondere beim Strom- und Gasabsatz - bestehen; diesen wird mit einer offensiven Marktstrategie (Produktpolitik, Kundennähe, Beratungsleistungen) begegnet.

Die Energiebeschaffung erfolgt gemäß dem Risikohandbuch für die Energiebeschaffung. Der Aufsichtsrat hat zuletzt im Jahr 2015 eine Aktualisierung des Risikohandbuchs verabschiedet. In dem Risikohandbuch ist unter anderem eine Begrenzung des Risikokapitals vorgenommen worden.

Im Bereich der Netznutzung werden die Preisrisiken mit einem konsequenten Kosten- und Investitionsmanagement begegnet. Die in der Energieverteilung betriebenen technisch komplexen und vernetzten Anlagen werden auf Grund der Störungs- und Ausfallrisiken mit der Fortführung der begonnenen Sanierungsprogramme für störanfällige Teile der Versorgungsnetze geschützt.

In der Wasserversorgung wurde das Risiko der Verkeimung des Trinkwassers, entweder vorsätzlich durch Anschläge Dritter bzw. durch Verunreinigungen identifiziert. Dem wird durch ständige Messungen, einem Sicherheitskonzept für die Wasserwerke sowie einem Notfallplan begegnet.

Betrieblich wird die EWR durch die Übernahme kaufmännischer Dienstleistungen für die TBR AöR, Windpark Hohenfelde III GmbH & Co. KG sowie die Windpark Gollmitz GmbH & Co. KG gestärkt. Das Geschäftsfeld der Dienstleistungen trägt unverändert zum Risikoausgleich zwischen den Geschäftsfeldern bei.

Zur Minderung der Prozess- und Ausfallrisiken in Abrechnungsprozessen hat die EWR die Kooperation mit einem kommunalen Dienstleister intensiv genutzt sowie den Bereich der Abrechnung personell verstärkt.

Finanzielle Risiken bestehen weiterhin in der Regulierung der Netzentgelte. Auch im Vertrieb haben die Risiken aus den stark volatilen Beschaffungsmärkten deutlich zugenommen. Auch aus dem schwankenden Absatz an große Industriekunden entstehen Kalkulationsrisiken innerhalb der bestehenden Verträge. Diesem wird mit einer zeitnahen Nachkalkulation und Anpassung der Preisformeln im Rahmen des vertraglich möglichen begegnet.

Zur Vorsorge für schwebende Umsatzsteuerverfahren bei der Energiehandelsgesellschaft West mbH in Münster haben die Gesellschafter eine Kapitalerhöhung durchgeführt, die in 2014 eingezahlt worden ist. Die Beteiligung wurde in 2015 abgewertet. Eine abschließende Entscheidung im Umsatzsteuerverfahren steht noch aus.

Für die VSR wurden insbesondere die Risiken von Personenschäden bei Fahrgasttransporten und der Nutzung von Stellplatzanlagen ermittelt. Dem wird weiterhin mit einer regelmäßigen Begehung der Anlagen zur Ermittlung und Beseitigung von Gefahrenquellen, Schulungen und Anweisungen zum Verhalten des VSR-Personals sowie einem umfassenden Versicherungsschutz begegnet.

Daneben wurden vor allem Kostenrisiken identifiziert, denen im Bereich der Parkraumbewirtschaftung mit einem vorbeugenden Instandhaltungsmanagement begegnet werden soll.

Bei der RheiNet werden als wesentliche Risiken und Gefährdungspotentiale das Investitionsrisiko eines weiter wachsenden Geschäftsfeldes sowie Störungs- und Ausfallrisiken der installierten Anlagenkomponenten gesehen. Zur Begegnung der technischen Risiken ist ein Störungsmanagement eingerichtet worden.

Für die RBG wurden neben dem allgemeinen Investitionsrisiko insbesondere Unfallrisiken für Badegäste und die weitere Verschärfungen der Hygienevorschriften identifiziert. Diesen Risiken wird weiterhin mit einer permanenten Beckenaufsicht durch Fachkräfte, ständiger Weiterbildung der Schwimmmeister in der Unfallrettung und einer überdurchschnittlichen Rettungsausstattung (Defibrillatoren) begegnet.

Die Wasseraufbereitung in allen drei Bädern entspricht auf Grund entsprechender Umrüstungsmaßnahmen in vollem Umfang der vor einigen Jahren verschärften DIN-Richtlinien. Die Gebäudesubstanz aller Bäder wird turnusmäßig im 5-Jahres-Rhythmus, zuletzt 2012, in statischer Hinsicht überprüft.

Aufgrund der neuen Amtshilfevereinbarung besteht bei der TBR auch weiterhin nur ein geringes finanzielles Ausfallrisiko. Da die TBR jedoch keinen Marktzugang hat, kann sie frei werdende Kapazitäten (Personal, Geräte etc.) nicht durch Einholung von Fremdaufträgen kompensieren.

Die sich aus kundenseitigen Verhaltensänderungen ergebenden Einflüsse auf die Gebührenbereiche (z. B. Steigerung der zu entsorgenden Abfallmengen, Senkung der Schmutzwassergebühren) können und müssen im Rahmen der Gebührenbeschlüsse berücksichtigt werden. Da in den Gebührenbereichen kein wesentliches Risiko aus Abhängigkeiten von einzelnen „Großkunden“ vorliegt, wird insgesamt grundsätzlich nur ein geringes Risiko aus der Kalkulation und der Erhebung von Gebühren gesehen.

Im Bereich der Stadtentwässerung bestehe das Risiko der Überschreitung der bestehenden Überwachungswerte für die Einleitung des gereinigten Abwassers aus der Kläranlage Rheine in die Ems. Hiermit wäre die Zahlung einer doppelten Abwasserabgabe verbunden; bei kausalen Umweltschäden könne die Schadenssumme darüber hinaus ein Vielfaches betragen.

Den Risiken aus der Rekultivierung der in 2009 geschlossenen Bauschuttdeponie Waldhügel sei in Form von Rückstellungsdotierungen hinreichend Rechnung getragen worden. Neue Erkenntnisse, die Verpflichtungen begründen würden, lägen für alle sich in der Nachsorge befindlichen Altdeponien nicht vor. Auf den ehemaligen Deponiegeländen und auch auf dem Gelände weiterer ehemaliger Mülldeponien werden weiterhin Grundwasserproben genommen. Aus den Ergebnissen der Beprobung war in den vergangenen Jahren kein Handlungsbedarf entstanden.

Die Änderung des § 2 b UStG kann künftig Auswirkungen auf das Geschäftsfeld der TBR haben. Hier gilt es das Gesetz zu analysieren und gegebenenfalls erforderliche Anpassungen betroffener Aktivitäten vorzunehmen. Die TBR macht von der Übergangsregelung gemäß § 27 Abs. 22 UStG Gebrauch und hat die entsprechende Erklärung abgegeben. Diese wurde vom Finanzamt bestätigt.

5.2 Chancen

Chancen können sich für die Stadt Rheine durch moderate Steuer- und Gebührensätze ergeben. Davon würden in erster Linie die Bürger der Stadt profitieren. Eine zurückhaltende Abgabepolitik kann darüber hinaus auch zu positiven Effekten bei der Neuansiedlung von Unternehmen führen, da die Stadt Rheine mit der direkten Lage an der A30 und der Nähe zur A31 und A1 verkehrstechnisch bestens an das Autobahnnetz angeschlossen ist.

Mit einem kommunalen Flächenmanagement, Bodenbereitstellung und der Schaffung von Infrastruktur etc. soll den Ansprüchen künftiger Generationen Rechnung getragen werden. Gleichzeitig ist eine sparsame Mittelbewirtschaftung zu forcieren.

Dank eines effizienten Managements, weitsichtigen Handelns sowie einer aktiven Vertriebsstrategie ist es der SWR als Holding des SWR-Konzerns gelungen, ihre Marktposition im Be-

reich der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung durch Neukundengewinnung auch außerhalb des Rheiner Versorgungsgebietes zu festigen.

Bei der EWR kann die Basis für den Privatkundenvertrieb auch in 2017 durch das Angebot neuer Produkte und Contracting von Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung weiter gefestigt werden. Weitere Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten bestehen sowohl im Ausbau der Geschäftsfelder Stromerzeugung aus regenerativen Energien und Energiedienstleistungen wie auch in der Konsolidierung bestehender Geschäftsfelder. Der Ausbau der Geschäftsfelder Stromerzeugung, Telekommunikation sowie der Aufbau von Kooperationen zur Kostensenkung sollen weiter Schwerpunkte der kommenden Jahre sein. Die Voraussetzungen zur Finanzierung der neuen Geschäftsfelder und der notwendigen Investitionen in die Leitungsnetze sind als gut zu bezeichnen.

Der Rat der Stadt Rheine hat in 2009 die VSR mit der Durchführung des ÖPNV betraut. Seit dem 01.01.2014 ist die VSR Alleinkonzessionärin des ÖPNVs in Rheine und damit zugleich Betriebsführerin. Zusätzlich übernimmt die VSR durch einen Dienstleistungsvertrag Verwaltungsaufgaben für den Aufgabenträger Stadt Rheine.

Die Chancen für die RheiNet werden an einem weiterhin wachsenden Markt in allen Marktsegmenten der Geschäftskunden gesehen. Hier wird allerdings von niedrigeren Preisen ausgegangen. Hervorgehoben werden die Vermietung von Leitungen an Provider und die Vermietung höherer Bandbreiten im Bereich der Datenübertragung. Darüber hinaus werden vertriebliche Möglichkeiten aus der IP-Netzkopplung mit EWE Tel GmbH und der Versatel GmbH benannt.

Auch im Bereich der Privatkunden werden durch den Ausbau des Breitbandnetzes und die Kooperation mit der EWE Tel GmbH wachsende Ertragschancen gesehen. Die bisher erreichten Anschlussquoten der vier Ausbauphasen bestätigen die Markterwartungen.

Die im Jahr 2010 begonnene Diskussion zur Neuausrichtung der Rheiner Bäderlandschaft hat zu einer Grundsatzentscheidung zur Form des Weiterbetriebes der Rheiner Bäder geführt. Das erste Konzept zur Neuausrichtung des Bäderbetriebes wurde von der RBG vorgestellt. Diese Konzeption soll im Jahr 2017 weiter konkretisiert werden. Eine Bedarfsanalyse der Stadt Rheine liegt vor und ist Grundlage einer Detailplanung zur Umsetzung des neuen Bäderkonzepts. Die notwendigen Machbarkeitsstudien für verschiedene Alternativen werden derzeit erstellt.

Die TBR sieht die Chance, dass aufgrund der langfristigen Amtshilfevereinbarung (2013 – 2022) mit der Stadt Rheine eine relativ sichere Grundlage für die Personal- und Erfolgsplanung im Dienstleistungsbereich besteht. Die Grundlage für langfristig ausgelegte Überlegungen zur Wirtschaftlichkeitsverbesserung ist damit gegeben.

Die weitere Entwicklung im Bereich der Daseinsvorsorge wird grundsätzlich durch die Einflüsse einschlägiger Gesetze und Verordnungen beeinflusst. Aber auch in diesem Bereich ergibt sich durch die Amtshilfevereinbarung eine positive Entwicklung. Die Durchführung der übertragenen Amtshilfetätigkeiten erfordert einen erheblichen Personalbestand. Dieser kann bis einschließlich 2022 gleichzeitig auch als Personalreserve für Bereiche der Daseinsvorsorge (z. B. Winterdienst) genutzt werden. Insgesamt ergibt sich für beide Bereiche die Möglichkeit eines wirtschaftlicheren Personaleinsatzes.

Aufgrund gesetzlicher und steuerlicher Einschränkungen und insbesondere durch die relativ starre Bindung der TBR an die im Rahmen der Anstaltssatzung übertragenen Aufgaben ergeben sich für die TBR keine Möglichkeiten unbeschränkt neue Tätigkeitsfelder zu erschließen.

6 Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres, die nicht im Gesamtabchluss berücksichtigt wurden, sind nicht zu vermelden.

7 Organe und Mitgliedschaften

Gemäß § 116 Abs. 4 GO NRW werden am Schluss des Lageberichtes für den Bürgermeister, den Stadtkämmerer sowie für die Ratsmitglieder folgende Angaben gemacht:

- Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
- der ausgeübte Beruf,
- die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
- die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Stadt in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
- die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Die Vorschrift dient dazu, Dritten gegenüber, insbesondere gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Aufsichtsbehörde der Stadt Rheine, die Verantwortlichkeit für den Gesamtabchluss hervorzuheben. Im Übrigen ermöglicht die Vorschrift, die Verflechtung einzelner Verwaltungsvorstands- und Ratsmitglieder zu erkennen (Anlage 1).

Rheine, den 01. Dezember 2017



Mathias Krümpel
Erster Beigeordneter/
Stadtkämmerer



Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

**Mitgliedschaften
Verwaltungsvorstand / Rat**

Nr.	Name	Amt	Vertreter Gremium/Beteiligung
1	Dr. Peter Lüttmann	Bürgermeister	<p><u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH • Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH (bis 31.12.2016) <p><u>Aufsichtsrat - Vorsitzender:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH • Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH <p><u>Verwaltungsrat - Vorsitzender:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtparkasse Rheine <p><u>Gesellschafterversammlung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Rheine GmbH • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH • Gartenstadt Gellendorf GmbH • TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH (bis 31.12.2016) • Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH
2	Mathias Krümpel	Erster Beigeordneter / Stadtkämmerer	<p><u>Aufsichtsrat - beratendes Mitglied:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH <p><u>Verwaltungsrat - beratendes Mitglied</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Technische Betriebe Rheine AöR
3	Christine Karasch	Beigeordnete	<p><u>Verwaltungsrat - Vorsitzende:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Technische Betriebe Rheine AöR

Nr.	Name	Amt	Vertreter Gremium/Beteiligung
4	Raimund Gausmann	Beigeordneter	ab 01.03.2016

Ratsmitglieder

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung
1	José Azevedo	Integrations- Manager/ SW- Entwickler	ab 27.01.2016
2	Christian Beckmann	Student	Aufsichtsrat - Mitglied: <ul style="list-style-type: none"> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH
3	Martin Beckmann	Dipl. - Betriebs- wirt	Aufsichtsrat - Mitglied: <ul style="list-style-type: none"> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH • Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH (bis 31.12.2016) Verwaltungsrat - Mitglied: <ul style="list-style-type: none"> • Technische Betriebe Rheine AöR
4	Dominik Bems	Student	Aufsichtsrat - Mitglied <ul style="list-style-type: none"> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH • Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
5	Antonio Berardis	Rentner	Aufsichtsrat - Mitglied: <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH Verwaltungsrat - Mitglied: <ul style="list-style-type: none"> • Technische Betriebe Rheine AöR
6	Sarah Böhme	Studentin	
7	Udo Bonk	Soldat a. D.	Aufsichtsrat - Mitglied: <ul style="list-style-type: none"> • Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH (ab 13.12.2016) • TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH (bis 31.12.2016)
8	Eva-Maria Brauer	Verwaltungs- fachangestellte	

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung
9	Karl-Heinz Brauer	Gewerkschaftssekretär a. D.	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH
10	Detlef Brunsch	Selbständiger Kaufmann	<u>Aufsichtsrat - Mitglied</u> <ul style="list-style-type: none"> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH
11	Gerhard Cosse	Rentner	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH
12	Isabella Crisandt	Med. - Techn. Radiologieassistentin	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH
13	Markus Doerenkamp	Soldat a. D.	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
14	Nina Eckhardt	Unternehmerin	<u>Aufsichtsrat – Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH
15	Annette Floyd-Wenke	Päd. Mitarbeiterin	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH
16	Dieter Fühner	Dipl. - Sozialpädagoge	<u>Verwaltungsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtparkasse Rheine
17	Robert Grawe	Zollbeamter	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH • Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
18	Jürgen Gude	Verwaltungsbeamter	<u>Verwaltungsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtparkasse Rheine
19	Stefan Gude	Pressereferent	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH
20	Andree Hachmann	Rechtsanwalt	<u>Verwaltungsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtparkasse Rheine
21	Alfred Holtel	Diplom-Verwaltungswirt	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung
	Alfred Holtel (Fortsetzung)		mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH
22	Paul Jansen	Beamter	bis 12.01.2016 <u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH <u>Verwaltungsrat - Mitglied:</u> • Technische Betriebe Rheine AöR
23	Dennis Kahle	Angestellter	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH <u>Verwaltungsrat - Mitglied:</u> • Technische Betriebe Rheine AöR
24	Norbert Kahle	Angestellter	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine GmbH
25	Christian Kaisal	Dipl. Bankbetriebswirt	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH
26	Bernhard Kleene	Sozialversicherungsfachangestellter	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH
27	Dr. Manfred Konietzko	Rentner	<u>Aufsichtsrat – Mitglied</u> • TaT Transferzentrum für angepasste

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung
	Dr. Manfred Konietzko (Fortsetzung)		Technologien GmbH (bis 31.12.2016) <u>Verwaltungsrat-Mitglied:</u> • Stadtparkasse Rheine
28	Fabian Lenz	Student	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine GmbH
29	Gabriele Leskow	Kaufm. Angestellte	
30	Birgit Marji	Lehrerin	<u>Aufsichtsrat - (bestelltes) Mitglied:</u> • Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH
31	Siegfried Mau	Angestellter	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH
32	Rainer Ortel	Lehrer	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH
33	Birgitt Overesch	Dipl.-Sozialpädagogin	<u>Verwaltungsrat - Mitglied:</u> • Technische Betriebe Rheine AöR
34	Kurt Radau	Soldat a. D.	
35	Claudia Reinke	Lehrerin	
36	Michael Reiske	Sozialarbeiter	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH (ab 31.05.2016) <u>Verwaltungsrat - Mitglied:</u> • Stadtparkasse Rheine
37	Mirko Remke	Dipl. – Agraringenieur	
38	Elke Rochus-Bolte	Verwaltungsangestellte	
39	Heribert Röder	Kraftfahrer	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine

Nr.	Name	Beruf	Vertreter Gremium/Beteiligung
	Heribert Röder (Fortsetzung)		mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH
40	Jürgen Roscher	Kriminaldirektor	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH <u>Verwaltungsrat - Mitglied:</u> • Stadtparkasse Rheine • Technische Betriebe Rheine AöR
41	Ulrike Stockel	Dipl. - Sozial- arbeiterin	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH
42	Friedrich Theismann	Kirchlicher An- gestellter i. R.	<u>Aufsichtsrat - Vorsitzender:</u> • Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine GmbH <u>Verwaltungsrat - Mitglied:</u> • Technische Betriebe Rheine AöR
43	Detlef Weßling	Angestellter	<u>Aufsichtsrat-Mitglied:</u> • Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
44	Helena Willers	Dozentin	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH • TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH (bis 31.12.2016)
45	Josef Wilp	Rektor a. D.	<u>Aufsichtsrat - Mitglied:</u> • Stadtwerke Rheine GmbH • Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH • Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH • Rheiner Bädergesellschaft mbH • RheiNet GmbH

Beteiligungsbericht 2016

1. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen	7
1.1. Gegenstand des Beteiligungsberichtes der Stadt Rheine	7
1.2. Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen	7
2. Allgemeine Informationen zu den Beteiligungen der Stadt Rheine	11
2.1. Struktur der Beteiligungen	11
2.2. Konsolidierte Unternehmensdaten	12
2.3. Finanzbeziehungen zwischen der Stadt und den Gesellschaften	13
3. Übersicht der städtischen Beteiligungen	15
3.1. Stadtwerke Rheine GmbH	15
Allgemeine Unternehmensdaten	15
Beteiligungen der Gesellschaft	15
Gegenstand des Unternehmens	16
Organe der Gesellschaft	16
Lagebericht der Geschäftsleitung	17
Kennzahlen	29
Bilanz	30
Gewinn- und Verlustrechnung	32
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	33
Beschäftigtenzahlen	33
Ausblick	33
3.2. Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	35
Allgemeine Unternehmensdaten	35
Beteiligungen der Gesellschaft (Auszug)	35
Gegenstand des Unternehmens	36
Organe der Gesellschaft	36
Lagebericht der Geschäftsleitung	37
Kennzahlen	45
Bilanz	46
Gewinn- und Verlustrechnung	47
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	48
Beschäftigtenzahlen	48
Ausblick	48
3.3. Rheiner Bäder GmbH	50
Allgemeine Unternehmensdaten	50
Gegenstand des Unternehmens	51
Organe der Gesellschaft	51
Lagebericht der Geschäftsleitung	52
Kennzahlen	54
Bilanz	55
Gewinn- und Verlustrechnung	56
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	57
Beschäftigtenzahlen	57
Ausblick	57
3.4. Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH	59
Allgemeine Unternehmensdaten	59
Gegenstand des Unternehmens	60
Organe der Gesellschaft	60

Lagebericht der Geschäftsleitung.....	61
Kennzahlen	64
Bilanz.....	65
Gewinn- und Verlustrechnung	66
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	67
Beschäftigtenzahlen	67
Ausblick	67
3.5.RheiNet GmbH.....	68
Allgemeine Unternehmensdaten.....	68
Gegenstand des Unternehmens.....	69
Organe der Gesellschaft	69
Lagebericht der Geschäftsleitung.....	70
Kennzahlen	72
Bilanz.....	73
Gewinn- und Verlustrechnung	74
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	75
Beschäftigtenzahlen	75
Ausblick	75
3.6.EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH	77
Allgemeine Unternehmensdaten.....	77
Gegenstand des Unternehmens.....	78
Organe der Gesellschaft	78
Lagebericht der Geschäftsleitung.....	79
Kennzahlen	79
Bilanz.....	80
Gewinn- und Verlustrechnung	81
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	82
Beschäftigtenzahlen	82
Ausblick	82
3.7.Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH	83
Allgemeine Unternehmensdaten.....	83
Gegenstand des Unternehmens.....	84
Organe der Gesellschaft	84
Lagebericht der Geschäftsleitung.....	85
Kennzahlen	86
Bilanz.....	87
Gewinn- und Verlustrechnung	88
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	89
Beschäftigtenzahlen	89
Ausblick	89
3.8.TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH	91
Allgemeine Unternehmensdaten.....	91
Gegenstand des Unternehmens.....	92
Organe der Gesellschaft	92
Lagebericht der Geschäftsleitung.....	93
Kennzahlen	94
Bilanz.....	95
Gewinn- und Verlustrechnung	96
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	97
Beschäftigtenzahl	97
Ausblick	97

3.9. Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage (g) GmbH.....	99
Allgemeine Unternehmensdaten.....	99
Gegenstand des Unternehmens.....	100
Organe der Gesellschaft	100
Lagebericht der Geschäftsleitung.....	101
Kennzahlen	102
Bilanz.....	103
Gewinn- und Verlustrechnung	104
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	105
Beschäftigtenzahlen	105
Ausblick	105
4. Sonstiges	107
4.1. Trägerschaft für die Technische Betriebe Rheine AöR.....	107
Allgemeine Unternehmensdaten.....	107
Gegenstand der Anstalt	107
Organe der Anstalt	108
Lagebericht des Vorstands	108
Kennzahlen	117
Bilanz.....	118
Gewinn- und Verlustrechnung.....	119
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	120
Beschäftigtenzahlen	120
Ausblick	120
4.2. Trägerschaft für die Stadtparkasse Rheine.....	123
Allgemeine Unternehmensdaten.....	123
Gegenstand der Anstalt	123
Organe der Anstalt	123
Lagebericht des Vorstands	124
Kennzahlen	151
Bilanz.....	152
Gewinn- und Verlustrechnung.....	153
Verflechtung mit dem städtischen Haushalt	154
Beschäftigtenzahlen	154
Ausblick	154
5. Mitgliedschaften bei eingetragenen Genossenschaften	160
5.1. VR-Bank Kreis Steinfurt e. G.	160
5.2. Wohnungsverein Rheine e. G.....	160
5.3. KoPart e. G.	160
6. Erläuterung der allgemeinen Kennzahlen	161

1. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen

1.1. Gegenstand des Beteiligungsberichtes der Stadt Rheine

Mit Inkrafttreten der Neufassung der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NW) zum 17.10.1994 (zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2013) sind die Gemeinden laut § 117 Abs. 1 GO NW verpflichtet, "... einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob selbstständige Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen." Als Adressaten des Beteiligungsberichtes werden Ratsmitglieder und die Einwohner der Gemeinde genannt.

Der Beteiligungsbericht der Stadt Rheine umfasst neben den Angaben zum öffentlichen Zweck, den Beteiligungsverhältnissen und der Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft als wesentlichen Inhalt einen Abriss der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Gesellschaften sowie ihre Bedeutung für den städtischen Haushalt (Leistungserbringung außerhalb der eigentlichen Verwaltung und finanzielle Verflechtung mit dem Haushaltsplan).

Die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaften basieren auf den Jahresergebnissen für die Geschäftsjahre 2013 bis 2016.

1.2. Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen

Die Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen unterscheidet zwischen wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Betätigung der Gemeinde.

Als wirtschaftliche Betätigung definiert § 107 Abs. 1 GO NW den Betrieb von Unternehmen, „die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.“ Wobei das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen umfasst.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist, dass

- „ 1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann“

Als nicht-wirtschaftliche Betätigung definiert § 107 Abs. 2 GO NW u. a.

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
- 3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- 4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
- 5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Während sich § 107 GO NW auf die Gesamtheit aller kommunalen Aktivitäten, mit Ausnahme der energiewirtschaftlichen Betätigung (§ 107a GO NW), unabhängig von der wirtschaftlichen Zielsetzung und der Organisationsform (Regiebetrieb oder privatrechtlich) bezieht, wird die für diesen Beteiligungsbericht wesentliche privatrechtliche Betätigungsform gesondert in § 108 GO NW geregelt.

Danach gelten als Voraussetzungen für die Gründung einer kommunalen Eigengesellschaft oder die Beteiligung an einem Unternehmen, dass

1. bei Unternehmen die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

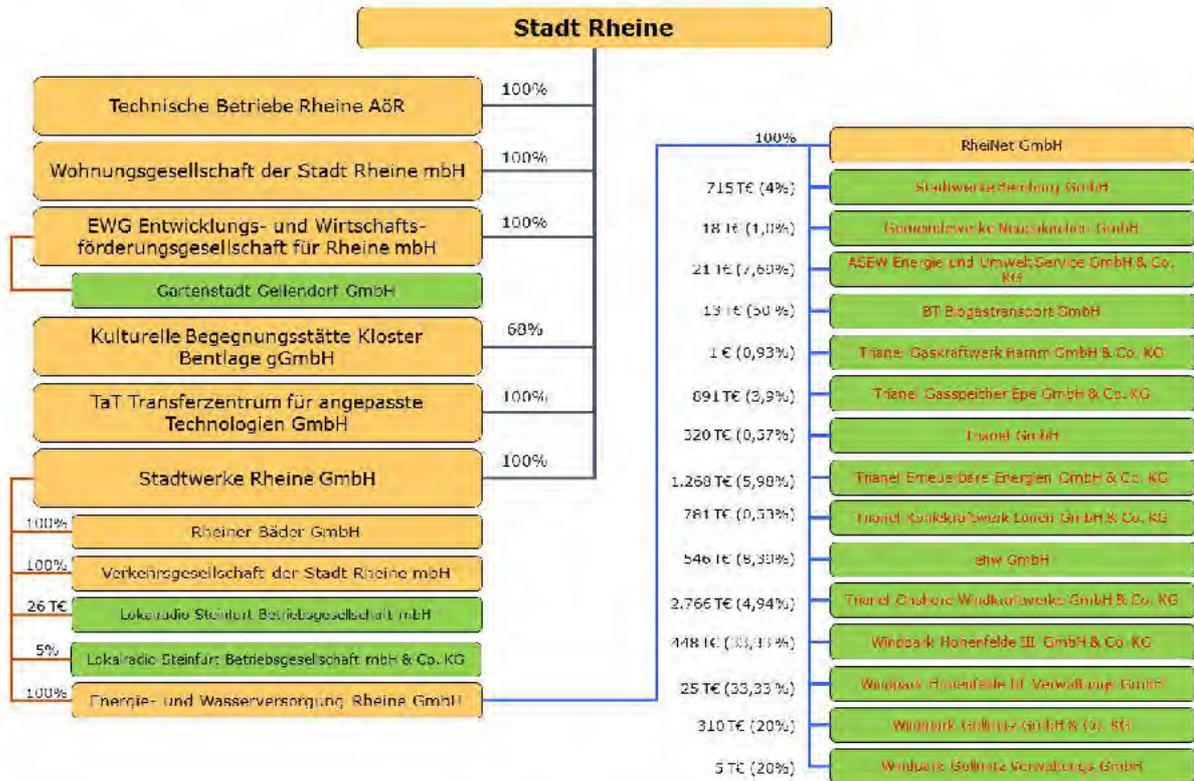
- b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.
 - e) Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.
10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GO NW im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i. S. von § 87 GO NW leisten.

Die Beteiligung einer Gesellschaft mit über 25 % kommunalem Geschäftsanteil an einer anderen Gesellschaft (sog. "Unterbeteiligung") erfordert nach § 108 Abs. 6 GO NW u. a. die ausdrückliche Zustimmung des Rates.

Die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks stellt eine Hauptvoraussetzung kommunaler wirtschaftlicher Betätigung dar, jedoch wird auch eine betriebswirtschaftliche Zielsetzung in den "Wirtschaftsgrundsätzen" des § 109 GO NW definiert. Demnach ist die Führung, Steuerung und Kontrolle der Unternehmen und Einrichtungen so auszurichten, dass diese "einen Ertrag für den Haushalt abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird." Angestrebt wird dabei ein Jahresgewinn des Unternehmens, der neben den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendige Rücklage auch eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals ermöglicht. Die Erwirtschaftung eines Ertrages für den städtischen Haushalt wird somit zwar angestrebt, ist aber der öffentlichen Zwecksetzung stets nachgeordnet.

2. Allgemeine Informationen zu den Beteiligungen der Stadt Rheine

2.1. Struktur der Beteiligungen



2.2. Konsolidierte Unternehmensdaten

Neben den Einzeldarstellungen der Unternehmen in privater Rechtsform, die in den folgenden Kapiteln zum Teil sehr detaillierte Aussagen z. B. zur Vermögens- und Ertragslage enthalten, sollen zunächst einige zusammengefasste Daten der großen und wirtschaftlich wichtigen städtischen Beteiligungen vorgestellt werden.

Der Vergleich bzw. die Verknüpfung dieser Werte mit den entsprechenden Daten des sog. allgemeinen städtischen Haushaltes vermitteln einen ersten Eindruck über den Umfang der gesamtstädtischen Betätigung der Stadt Rheine.

Die sechs großen städtischen Beteiligungen weisen ein Bilanzvolumen von insgesamt rd. 268 Mio. € aus. Das Anlagevermögen von rd. 230 Mio. € ist zum Bilanzstichtag durch Eigenkapital in Höhe von rd. 58 Mio. € zu 25,4 % gedeckt.

Die zusammen rund 1.000 Beschäftigten der Stadt und der sechs großen städtischen Beteiligungen haben in 2016 zur Aufgabenerledigung einen Gesamtaufwand von rd. 334 Mio. € "bewegt". Auf die Beteiligungen entfällt hiervon mit rd. 157 Mio. € rd. 47%

Diese wenigen Daten machen deutlich, wie wichtig die Einbeziehung der Tätigkeiten der städtischen Beteiligungsgesellschaften in das gesamtstädtische Leistungsspektrum ist.

(Stichwort: "Konzern Stadt")

	Bilanzvolumen	Anlagevermögen	Eigenkapital	Betriebsaufwand	Umsatzerlöse	Anzahl Beschäftigte
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
Stadtwerke Rheine GmbH	93.833.000	63.313.000	25.614.000	120.368.000	119.168.000	182
TAT Transferzentrum für angepaßte Technologie GmbH	1.314.078	1.268.036	22.895	509.223	252.282	1
Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH	14.649.145	14.019.390	5.669.475	1.259.089	1.327.959	2
EWG Entwicklungs- und Wirtschafts-förderungsgesellschaft für Rheine mbH	2.346.721	153.288	1.864.040	1.358.373	282.149	17
Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH	121.372	102.197	81.079	929.056	168.167	11
Technische Betriebe Rheine AöR	155.995.146	151.197.816	25.291.399	33.135.632	38.561.187	226
Summe Gesellschaften	268.259.462	230.053.727	58.542.888	157.559.373	159.759.744	439

2.3. Finanzbeziehungen zwischen der Stadt und den Gesellschaften

Die Aufgabenwahrnehmung durch städtische Gesellschaften ist sehr vielfältig. Sie reicht von der Versorgung der Bevölkerung mit Energie (Strom, Gas, Wasser etc.), über die Bereitstellung/Unterstützung des Personen- und Güterverkehrs (Bus, Bahn, Parkplätze), den Bau von Wohnungen bis hin zu Angeboten im Kultur- und Freizeitsektor (Museen etc.).

Während einige Unternehmen durchaus in der Lage sind, Überschüsse zu erwirtschaften, die ganz oder teilweise an die Gesellschafter ausgeschüttet werden, bedürfen andere nahezu regelmäßig der finanziellen Unterstützung durch die Gesellschafter.

Diese Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Rheine als Gesellschafterin und ihren "Töchtern" sind in der nachfolgenden Übersicht für die Jahre 2013 - 2016 dargestellt.

Im Jahre 2016 wurde der städtische Haushalt um rd. 3,4 Mio. € durch die Erträge aus Gewinnausschüttungen der Stadtwerke Rheine GmbH und der Technische Betriebe Rheine AöR entlastet. Dem stand eine Belastung durch Aufwendungen für Zuschüsse in Höhe von rd. 1,9 Mio. € gegenüber, so dass ein positiver Saldo von rd. 1,5 Mio. € zu verzeichnen war.

	2016 Euro	2015 Euro	2014 Euro	2013 Euro
Stadtwerke Rheine GmbH				
Gewinnausschüttung	613.056	635.838	657.042	608.076
EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH				
Betriebskostenzuschuss	-1.194.193	-1.143.503	-1.258.022	-1.090.232
Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH				
Betriebskostenzuschuss	-662.780	-662.780	-662.780	-620.000
TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH				
Betriebskostenzuschuss	-61.000	-65.600	-114.150	-68.300
Technische Betriebe Rheine AöR				
Gewinnausschüttung	2.791.000	1.028.000	1.659.000	1.958.481
Belastungen für den Haushalt	-1.917.973	-1.871.883	-2.034.952	-1.778.532
Entlastungen für den Haushalt	3.404.056	1.663.838	2.316.042	2.566.557
Saldo	1.486.083	-208.045	281.090	788.025

3. Übersicht der städtischen Beteiligungen

3.1. Stadtwerke Rheine GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtwerke Rheine GmbH
Hafenbahn 10
48431 Rheine
Telefon: (0 59 71) 45-0

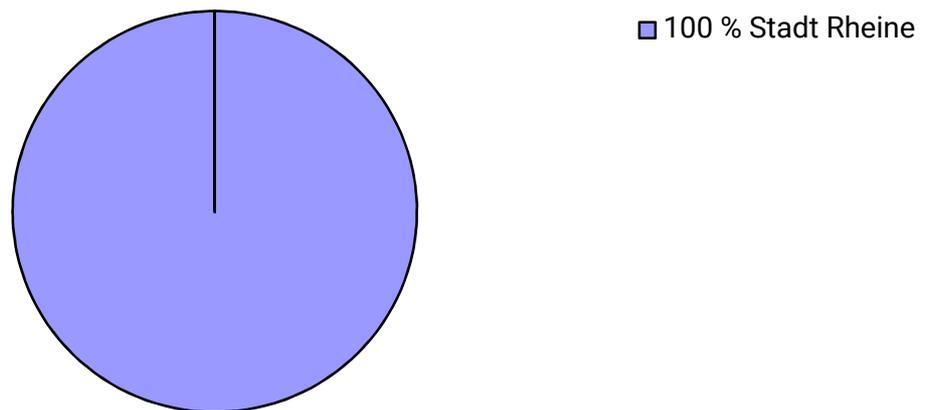
Handelsregister: Amtsgericht Steinfurt, HRB 3845

Gründungsjahr: 1984

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Stammkapital: 7.500.000,00 €

Gesellschafter:



Beteiligungen der Gesellschaft

Beteiligung Name	Beteiligung Kapital	Beteiligung Prozent
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	15.000.000,00 €	100 %
Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH	30.000,00 €	100 %
Rheiner Bäder GmbH	150.000,00 €	100 %
Lokalradio Steinfurt Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	12.782,30 €	5 %

Gegenstand des Unternehmens

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages obliegt der Stadtwerke Rheine GmbH

- die Erzeugung, der Handel und die Lieferung von elektrischer Energie, Gas, Wasser und Wärme,
- der öffentliche Personennahverkehr und die Bewirtschaftung des ruhenden Verkehrs,
- die Errichtung und der Betrieb von Bädern,
- die Telekommunikation,
- die Erbringung von Beratungs- und Betriebsführungsleistungen in technischer und betriebswirtschaftlicher Hinsicht.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Dipl.-Volkswirt Dr. Ralf Schulte-de Groot

Aufsichtsrat:

stimmberechtigte Mitglieder:

Bürgermeister(in),

11 Ratsmitglieder,

4 sachkundige Bürger,

3 Arbeitnehmervertreter/innen

beratende Mitglieder:

2 Betriebsratsmitglieder

Stadtkämmerer

Gesellschafterversammlung:

Bürgermeister(in)

Lagebericht der Geschäftsleitung

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2016 relativ robust. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts betrug +1,9 % nach +1,7 % im Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Ertragslage

Die Stadtwerke Rheine GmbH als Holding des SWR-Konzerns schließt das Jahr 2016 mit einem positiven Ergebnis von 0,6 Mio. € ab (das Vorjahresergebnis betrug 0,6 Mio. €). Das betriebliche Ergebnis liegt dabei mit 3,4 Mio. € um 0,4 Mio. € über dem Vorjahr, das Finanzergebnis ist um 0,3 Mio. € höher als in 2015. Zudem waren im Jahr 2016 um 0,8 Mio. € höhere Steueraufwendungen zu verbuchen. Der Steueraufwand des Jahres 2016 beträgt 3,0 Mio. €.

Der Anstieg des betrieblichen Ergebnisses um 0,4 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus einer um 0,4 Mio. € höheren Steuerumlage der EWR, aus 1,0 Mio. € geringeren Erträgen aus dem gegenüber den Konzerngesellschaften eingegangenen Schuldbeitritt sowie aus 0,8 Mio. € geringeren Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen.

Das Finanzergebnis lag im Wesentlichen aufgrund der um 0,4 Mio. € geringeren Verlustübernahmen der VSR und RBG über dem Vorjahreswert.

Die betrieblichen Erträge der Stadtwerke Rheine GmbH als Holding des Stadtwerke-Rheine-Konzerns betrugen 5,0 Mio. € gegenüber 5,6 Mio. € im Vorjahr. Wesentliche Veränderungen waren die Erträge aus dem Schuldbeitritt der Tochtergesellschaften (-1,0 Mio. €) und eine höhere Steuerumlage der EWR (+0,4 Mio. €).

Die betrieblichen Aufwendungen der SWR liegen mit 1,6 Mio. € um 1,0 Mio. € unter denen des Geschäftsjahres 2015. Dazu tragen neben geringeren Personalaufwendungen (-0,8 Mio. €) durch die bei der SWR zu bilanzierenden Rückstellungszuführungen für langfristige Pensionsverpflichtungen auch geringere sonstige Aufwendungen aus dem Schuldbeitritt und Rechts- und Beratungskosten bei (-0,1 Mio. €).

Ergebnisverwendung

Zur Verwendung des Jahresüberschusses der SWR wurde mit dem Anteilseigner ein Renditemodell zur Bemessung der Ausschüttungen der SWR entwickelt, das vor dem Hintergrund der Verlustübernahme der Geschäftsfelder, die aufgabenbedingt Verluste erwirtschaften, dem profitablen Geschäftsfeld der Energie- und Wasserversorgung die notwendige Finanzkraft für Investitionen lässt. Jedoch soll nach Beschluss des Rates der Stadt Rheine eine Mindestausschüttung von 0,5 Mio. € erfolgen. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Rheine GmbH hat das Renditemodell beschlossen, den Ratsbeschluss zur Kenntnis genommen und wird es zur Basis seiner Beschlussempfehlungen an die Gesellschafterversammlung machen. Der Gesellschafterversammlung ist zu empfehlen, den Jahresüberschuss 2016 an den Anteilseigner auszuschütten.

Finanzierung und Eigenkapitalausstattung

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2015 wurde mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vollständig an den Anteilseigner Stadt Rheine ausgeschüttet. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag einschließlich des Jahresüberschusses des Jahres 2016 13,3 Mio. €. Die bilanzielle Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag betrug einschließlich des Jahresüberschusses 2016 26,9 % und liegt damit um 1,2 % unter der Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag des Vorjahres. Im Wesentlichen beruht dieses bei einer leicht gestiegenen Bilanzsumme von 49,3 Mio. € (+2,0 Mio. €) auf den höheren Verbindlichkeiten sowie den weiteren Zuführungen zu den Rückstellungen.

Die bei der SWR zu bilanzierenden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind Folge eines im Geschäftsjahr 2014 abgeschlossenen Schuldbeitrittsvertrags zwischen der Stadtwerke Rheine GmbH und den Konzerngesellschaften Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH, Rheiner Bäder GmbH und Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH. Die SWR hat einen Schuldbeitritt mit Erfüllungsübernahme für langfristige Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und Altersteilzeit der Konzerngesellschaften erklärt. Nach dem Schuldbeitritt sind somit die Rückstellungen nicht mehr durch die Konzerngesellschaften, sondern durch die SWR zu bilanzieren. Die einzelnen Gesellschaften haben im Rahmen des Schuldbeitritts eine Ausgleichszahlung in entsprechender Höhe an die SWR geleistet.

- Konzern

Insgesamt blickt der kommunale Konzern Stadtwerke Rheine auf ein wirtschaftlich - und unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen des Energiesektors - insgesamt wiederum zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2016 zurück.

Die **Umsatzerlöse** des gesamten Stadtwerke-Konzerns betragen insgesamt 119,2 Mio. € gegenüber 118,2 Mio. € im Vorjahr. Hauptumsatzträger ist nach wie vor der Bereich Energie- und Wasserversorgung mit 117,9 Mio. €. Zur Zusammensetzung der Umsatzerlöse verweisen wir auf unsere Ausführungen im (Konzern-)Anhang.

Entwicklung der Konzerngesellschaften

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2016 war für die **EWR GmbH** unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen des Energiesektors wiederum ein sehr zufriedenstellendes Geschäftsjahr. Das Ergebnis nach Steuerumlage (finanzieller Leistungsindikator) lag mit 4,9 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres 2015. Der Steueraufwand war mit 3,5 Mio. € um 0,4 Mio. € geringer als der Vorjahreswert. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (finanzieller Leistungsindikator) betrug somit 8,5 Mio. €. Im Vorjahresvergleich stellt dies eine Verbesserung um +0,4 Mio. € dar.

Die in Vorjahren gebildeten Rückstellungen für energiewirtschaftliche Risiken konnten, auch aufgrund der hierzu ergangenen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, zu einem Großteil aufgelöst werden.

Die Entwicklung in den Geschäftsfeldern Stromvertrieb und Stromerzeugung war auch im Jahr 2016 weiterhin durch den seit 2010 erfolgten Abfall der Marktpreise für Strom an den Energiebörsen und Handelsplätzen geprägt. Das niedrige Preisniveau an den Strommärkten hielt auch in 2016 an, was im Wesentlichen auf die nach dem EEG geregelte vorrangige Einspeisung von regenerativ erzeugtem Strom zurückzuführen ist. Weiterhin führt dieses zu deutlichen Überkapazitäten am Erzeugungsmarkt, was die Margen aus der Vermarktung von Stromerzeugungskapazitäten noch weiter sinken ließ. Zum 1. Januar 2016 mussten aufgrund der wieder angestiegenen EEG-Umlage sowie höherer Netzentgelte die Endkundenpreise angehoben werden.

Der Gasmarkt war im Beschaffungszeitraum für die Gaswirtschaftsjahre 2015/16 und 2016/17 weiter von sinkenden Marktpreisen geprägt. Die EWR hat seit dem Gaswirtschaftsjahr 2012/13 ihr Bezugskonzept dieser Marktentwicklung angepasst und beschafft ausschließlich an den Gashandelsplätzen und -börsen. Zudem sind von der EWR gehaltene Speicherkapazitäten des Gasspeichers in Gronau-Epe in das Beschaffungs- und Vertriebsportfolio eingebunden. Die Gaspreise für Privatkunden konnten aufgrund der sinkenden Marktpreise zum 1.10.2016 deutlich gesenkt werden.

Die EWR konnte insgesamt ihre Wettbewerbsposition im Energievertrieb im angestammten Versorgungsgebiet gut behaupten. Dies zeigen die nachfolgenden Absatzmengenentwicklungen (nicht-finanzielle Leistungsindikatoren).

Der Absatz des Stromvertriebs betrug in 2016 insgesamt 269.823 MWh und lag damit um -2.112 MWh (-0,8 %) niedriger als im Vorjahr. Im Netzgebiet Rheine lag die Absatzmenge mit 207.916 MWh mit -2,1 % leicht unter dem Vorjahresniveau (-4.507 MWh). Der Absatzrückgang resultiert im Wesentlichen aus Rückgängen im Segment der Privatkunden aufgrund von Kundenwechsellern zu anderen Versorgern (ca. 150 Kunden weniger als im Vorjahr). Der Absatz an Lastgangkunden blieb nahezu unverändert. Weiter anhaltende Absatzsteigerungen konnten mit +2.240 MWh (+3,9 %) in den Vertriebsgebieten außerhalb Rheines erreicht werden. Hierzu trugen sowohl die Neugewinnung von Privatkunden durch den Direktvertrieb als auch die Vertriebskooperation mit der GESY (Green Energy Systems GmbH) zur bundesweiten Belieferung von Windparks bei.

Die für fremde Händler durch das Netz in Rheine durchgeleitete Menge erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund von Kundenwechsellern im Segment der Privatkunden sowie höheren Verbräuchen von Industriekunden und betrug im Jahr 2016 insgesamt 125.997 MWh (+11.465 MWh bzw. +10,0 %). Dabei entfällt ein Anstieg von +6.550 MWh auf das Segment der Lastgangkunden (Industrie und Gewerbe) sowie +3.472 MWh auf Privatkunden und kleinere Gewerbekunden.

Der Absatz des Gasvertriebs konnte in 2016 wie im Vorjahr erneut um mehr als 5,0 % signifikant erhöht werden. In 2016 konnten insgesamt 644.359 MWh und damit +41.185 MWh (+6,8 %) mehr abgesetzt werden. Im Netzgebiet Rheine lag die Absatzmenge mit 562.212 MWh um 6,47 % über dem Vorjahreswert (+34.164 MWh). Die Absatzsteigerung ist jedoch maßgeblich temperaturbedingt. Leichte Kundenrückgänge sowohl im Segment der Privatkunden wie auch der Gewerbekunden wirkten hier gegenläufig. Ein höherer Gasabsatz wurde mit 82.147 MWh (+9,3 %) auch in den Vertriebsgebieten außerhalb Rheines erreicht. Durch Neukundengewinnung außerhalb von Rheine im Segment der Privatkunden konnten hier Absatzzuwächse erzielt werden.

Die für fremde Händler durch das Netz in Rheine durchgeleitete Menge stieg in 2016 auf 141.803 MWh an (+14,1 %).

Der Wärmeabsatz lag mit 7,4 GWh um ca. 6,8 % über dem Wärmeabsatz des Vorjahres, was überwiegend temperaturbedingt war. Daneben wurden erstmals Absätze aus dem in 2016 in den Markt eingeführten Wärmecontracting für Privathaushalte vereinnahmt.

Der Trinkwasserabsatz 2016 beträgt 5.126.438 m³ und lag damit um 2,9 % über dem Vorjahreswert. Erstmals seit 2006 übersprang der Wasserabsatz wieder die 5,0 Mio. m³-Marke. Der Zuwachs verteilt sich über alle Kundensegmente, so dass der durchschnittliche spezifische Verbrauch angestiegen ist.

Die nutzbaren Abgabemengen (inklusive Eigenverbrauch) entwickelten sich wie folgt:

		Veränderung in %
Stromvertrieb	269,8 GWh	- 0,8
Netznutzung Strom	126,0 GWh	+ 10,0
Erdgasvertrieb	644,4 GWh	+ 6,8
Netznutzung Erdgas	141,8 GWh	+ 14,1
Wärme	7,4 GWh	+ 6,8
Trinkwasser	5.126 Tm ³	+ 2,9

Im regulierten Bereich des Gas- und Stromnetzes der EWR waren neben der planmäßig verlaufenden Wartung und Instandhaltung der Verteilnetze erneut die Verwaltungsverfahren der Landesregulierungsbehörde (u. a. zur Kostenprüfung Gas) sowie der Bundesnetzagentur (u. a. zur Strukturdatenerhebung Gas) Schwerpunkt der Tätigkeiten. Die EWR konnte im März 2017 mit der Landesregulierungsbehörde einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über das anzu-erkennende Kostenniveau Gas schließen. Damit besteht weitgehende Planungssicherheit über die zugestandenen Netzentgelte der Jahre 2018-2022.

Die EWR hatte zudem die gesetzlichen Novellierungen u. a. des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) und der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) umzusetzen. Insgesamt ist zu verzeichnen, dass die erhöhten Transparenz-, Berichts-, und Datenübermittlungsanforderungen des Gesetz- bzw. Verordnungsgebers und der Regulierungsbehörden sowie die zunehmende Anzahl von Kundenwechselprozessen weiterhin zu einem deutlichen Mehraufwand bei der EWR führen. Daneben war auch in 2016 eine weitere Zunahme von nach dem EEG zu vergütenden Stromerzeugungsanlagen im Netz der EWR zu verzeichnen, die den Abrechnungsaufwand der EWR weiter erhöhen.

In 2016 wurden die organisatorischen Voraussetzungen zur Umsetzung der Vorgaben des Messstellenbetriebsgesetzes geschaffen. Mit der Ausrollung intelligenter Messsysteme wird im Jahr 2017 begonnen.

Die EWR hat in 2016 zudem in Zusammenarbeit mit benachbarten Stadtwerken und dem Kreis Steinfurt zur Förderung der E-Mobilität eine Ladesäuleninfrastruktur in Rheine und Neunkirchen aufgebaut, die in das bundesweite System Ladenetz.de integriert wurde.

Im Mittelpunkt der Wassergewinnung lagen im Jahr 2016 die Maßnahmen zur weiteren Sicherung der Trinkwasserqualität. Neben dem Abschluss einer neuen Kooperationsvereinbarung mit den landwirtschaftlichen Betrieben standen hier Maßnahmen zur Extensivierung von Flächen in Wasserschutzgebieten im Vordergrund.

Schwerpunkte des Energievertriebs waren neben der laufenden Kundenbetreuung der Bestandskunden in Rheine die Einführung des Wärmecontracting für Privatkunden (proRheine Wärme), Kundenrückgewinnungsaktionen im Stammmarkt und weiterhin die Neukundengewinnung in den Nachbargemeinden durch den Direktvertrieb. Auch die Vertriebskooperation mit der GESY zur bundesweiten Belieferung von Wind- und Solarparks mit Eigenstrombedarf führte zu weiteren Kundenzuwächsen. Das wiederholte Angebot von Verträgen mit Preisgarantien und Tranchenmodellen wurde wiederum gut angenommen.

Die Beteiligung an der Kraftwerksgesellschaft in Hamm wurde im Jahr 2014 umstrukturiert, sodass der Strombezugsvertrag mit dem Kraftwerk im Jahr 2015 aufgelöst werden konnte. Das Kraftwerk wird seit April 2015 zentral bewirtschaftet und am Regelenergie- und Spotmarkt eingesetzt. Die Stromerzeugung aus dem Kraftwerk in Lünen und die Leistung des Gasspeichers in Gronau-Epe wurde durch den Energievertrieb der EWR aufgenommen. Da sich das Marktumfeld sowohl im Strom- als auch im Gasmarkt in den vergangenen Jahren für konventionelle Kraftwerke und Gasspeicher wesentlich verschlechtert hat, wurden für die folgenden Jahre bereits Rückstellungen zur Risikovorsorge gebildet, die im Jahresabschluss 2016 weiter erhöht wurden. Im Rahmen der Beteiligung an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) und der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) wurden in 2016 weitere Einzahlungen in die Kapitalkonten geleistet; bis März 2017 wurden Beschlüsse zum Erwerb weiterer Windkraft- und PV-Anlagen gefasst. Im Jahr 2016 wurde zudem mit dem Ankauf von Projektrechten am Trianel Offshore Windpark Borkum II die Grundlage gelegt, die Stromerzeugung der EWR weiter auszubauen. Ein Baubeschluss und der Beitritt zur Gesellschaft wird im Jahr 2017 erfolgen.

Im Geschäftsjahr 2016 hat die **RheiNet GmbH** ihre Position im Markt weiter gut behaupten können und ein positives Ergebnis von 443 T€ (Vorjahr 256 T€) erwirtschaftet.

Eine wesentliche Grundlage zur weiteren positiven Geschäftsentwicklung wurde im Jahr 2014 mit dem Abschluss des Kooperationsvertrages zum Ausbau und der Vermarktung des Breitbandnetzes mit der EWE Tel GmbH gelegt. Danach baut die RheiNet das Breitbandnetz in weiten Teilen Rheines aus und stellt dieses EWE Tel GmbH zur Nutzung zur Verfügung. Die Abrechnung der Nutzungsentgelte erfolgt nach einem Portpreismodell, das die RheiNet an den Erlösen der Endkundenprodukte der EWE Tel GmbH beteiligt. Damit wurde die Grundlage für eine Partizipation der RheiNet an der Wertschöpfung der Datenübertragung im Kundensegment der Privatkunden gelegt. Konzernintern werden die Investitionen im Rahmen des Pachtmodells des gesamten TK-Netzes durch die EWR GmbH durchgeführt und abgerechnet. Der Schwerpunkt des Investitionsprogramms wurde in den Jahren 2014 und 2015 umgesetzt.

Die bisher beim Kooperationspartner EWE Tel GmbH eingegangenen Kundenaufträge liegen über den der Investitionsentscheidung zugrunde gelegten Planzahlen, so dass von einer weiteren positiven Entwicklung ausgegangen wird. Erste Erlöse aus der Kooperation konnten daher im Jahr 2015 vereinnahmt werden, die sich bereits im Jahr 2016 um 74 % erhöhten. Die Ertragslage der RheiNet wird durch dieses Kundensegment nachhaltig geprägt.

Im Geschäftsjahr 2016 konnten die Erlöse aus Datenübertragung um 11 T€ auf 387 T€ gesteigert werden, wozu insbesondere das weitere Wachstum im Kundensegment über 100 Mbit-Leistung beigetragen hat.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Erlöse aus den FTTH-Anbindungen in den erschlossenen FTTH-Gebieten, u. a. Gewerbegebiet „Jacksonring“, in Höhe von 40 T€ erzielt (+5 T€ gegenüber dem Vorjahr).

Erträge aus der Kooperation mit der EWE Tel GmbH zur Anbindung von Privatkunden konnten in Höhe von 196 T€ vereinnahmt werden (+83 T€ gegenüber 2015).

Die Erlöse aus Kabelvermietungen an Provider stiegen um 13 T€ auf jetzt 313 T€ gegenüber 300 T€ im Vorjahr.

Durch Vermietungen von Kupfer- und Glasfaserstrecken an Konzerngesellschaften wurden im Geschäftsjahr 2016 Erlöse von 560 T€ erwirtschaftet, die damit um 162 T€ höher als im Vorjahr lagen. Wesentlicher Grund des Anstiegs war die erforderliche Digitalisierung für den gesicherten und nachhaltigen Betrieb des intelligenten Stromnetzes der EWR.

Zusätzlich wurden in 2016 erstmalig Erlöse in Höhe von 62 T€ für die langfristige Vorhalteleistung von Glasfaserinfrastruktur der RheiNet für zukünftige digitale Anforderungen der EWR erzielt.

Die Vermietung der Telekommunikationsanlage an die Stadt Rheine trug mit 35 T€ wie im Vorjahr zu den Umsätzen bei. Aus Nebengeschäften und Provisionserträgen konnten 4 T€ vereinnahmt werden, was auf Höhe der Vorjahreserträge liegt.

An Miet- und Pachteinahmen wurden 16 T€ aus der Vermietung von Technikstandorten vereinnahmt.

Insgesamt erzielte die RheiNet Erträge von 1.613 T€, was einem Anstieg von 26,3 % gegenüber dem Vorjahr entspricht (1.277 T€).

Auf Grundlage des abgeschlossenen Pachtvertrages über das gesamte TK-Netz der EWR betragen die von der RheiNet zu zahlenden Mieten und Pachten für das Jahr 2016 insgesamt 733 T€ (Vorjahr 641 T€). Auch die Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung der Infrastruktur der RheiNet stiegen gegenüber 2015 um 7 T€ auf jetzt 53 T€ an. Insgesamt betragen die Fremdleistungen 883 T€ gegenüber 765 T€ im Vorjahr.

Die Abschreibungen lagen aufgrund der Investitionstätigkeit im Rahmen des FTTC-Zugangs für Privatkunden mit 100 T€ deutlich über dem Vorjahresniveau von 80 T€ (+20 T€). Die sonstigen Aufwendungen stiegen auf 187 T€ (+13 T€), im Wesentlichen aufgrund höherer verrechneter Verwaltungskosten des Gesellschafters (+11 T€).

Die Investitionen in Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen betragen in 2016 insgesamt 73 T€ mit dem Schwerpunkt Anlagenkomponenten zur Datenübertragung im Rahmen des Breitbandausbaus.

Die Investitionstätigkeit in den weiteren Ausbau des Geschäftsfelds Datenübertragung konnte in 2016 aus eigenen Mitteln erwirtschaftet werden.

Insgesamt erwirtschaftete die RheiNet im Geschäftsjahr 2016 mit 443 T€ Gewinn ein wiederum zufriedenstellendes Ergebnis.

Die Entwicklung der **Rheiner Bäder GmbH** im abgelaufenen Geschäftsjahr mit -2.076 T€ zu einem um 93 T€ besseren Ergebnis als im Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür waren im Wesentlichen um 33 T€ höhere Umsatzerlöse - insbesondere aus Badbenutzung und Nebengeschäften - sowie ein um 72 T€ geringerer Materialaufwand - insbesondere bedingt durch einen geringeren Wasser-, Energie- sowie Instandhaltungsbedarf. Den um 102 T€ geringeren sonstigen Aufwendungen standen in Höhe von 92 T€ geringere sonstige Erträge gegenüber. In diesen Positionen war neben den Erfolgsauswirkungen durch den mit der SWR geschlossenen Schuldbeitritt auch die um 62 T€ geringere Konzernumlage ursächlich.

Die SWR hat einen Schuldbeitritt mit Erfüllungsübernahme für langfristige Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und Altersteilzeit der RBG erklärt. Nach dem Schuldbeitritt sind somit die Rückstellungen nicht mehr durch die RBG, sondern durch die SWR zu bilanzieren. Die RBG hatte im Rahmen des Schuldbeitritts in 2014 eine Ausgleichszahlung in entsprechender Höhe an die SWR geleistet.

Aufgrund des Schuldbeitritts hat die RBG Ausgleichsansprüche von 45 T€ vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen werden. Die Aufwendungen aus dem Schuldbeitritt betragen im Berichtsjahr T€ 28.

Mit dem Betrieb von zwei Hallenbädern und einem Freibad wird ein Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge für die Bürger in Rheine geleistet. In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Situation der Rheiner Bäder GmbH unbefriedigend, da die Deckung der Betriebskosten (vor Kapitalkosten) wie in den meisten öffentlichen Schwimmbädern nicht möglich ist.

Die Erträge aus Badbenutzung stiegen im Berichtsjahr um 4,1 % bzw. 21 T€. Insgesamt gingen die Besucherzahlen um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Der Rückgang war durch geringere Besucherzahlen im Teilbereich Schulschwimmen verursacht, was sich wegen der Abrechnung nach Nutzungsstunden finanziell nicht auswirkt. Im allgemeinen Badebetrieb lagen die Besucherzahlen um 1,7 % über denen des Vorjahres. Die überproportional gestiegenen Erlöse resultieren aus dem verstärkten Ticketverkauf zum Jahresende im Hinblick auf die Preiserhöhung zum 1. Januar 2017. Höhere Erlöse wurden ebenfalls aus den Nebengeschäften, insbesondere aus dem Absatz an dem Kiosk im Freibad vereinnahmt (+5 T€).

Die Entwicklung der zahlenden Besucher im Einzelnen:

Hallenbad Rheine	126.597	- 4,7 %
Hallenbad Mesum	92.041	- 9,1 %
Freibad Rheine	51.507	+ 16,2 %
Gesamt	270.145	- 2,3 %

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen wirkten im Vorjahr enthaltene höhere sonstige Erträge aus Erstattungen aus dem Schuldbeitritt (-83 T€) gegenläufig. Insgesamt lagen die betrieblichen Erträge um 60 T€ unter denen des Vorjahres.

Der Aufwand für Material und Fremdleistungen verringerte sich um 72 T€ gegenüber 2015. Ausschlaggebend hierfür waren im Wesentlichen geringere Aufwendungen für Ersatzteile, Reparaturen sowie Preisrückgänge bei den Energielieferungen.

Der Personalaufwand stieg um 36 T€. Ausschlaggebend waren hier der um eine Person durchschnittlich höhere Personalstand sowie eine Tariferhöhung von 2,4 % zum 1. Dezember 2015, welche sich im Berichtsjahr erstmalig ganzjährig ausgewirkt hat. Die Abschreibungen lagen mit 144 T€ auf dem Niveau des Vorjahres.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich folgende Entwicklungen ergeben: Die Aufwendungen für Verwaltungskosten des Konzerns sind um 62 T€ zurückgegangen. Bei den Rechts- und Beratungskosten hat sich ein Rückgang von 20 T€ eingestellt. Hingegen sind die Aufwendungen für Leasing von Anlagegegenständen um 7 T€ sowie für Aus- und Weiterbildungen um 14 T€ gestiegen.

Das Finanzergebnis der RBG liegt mit -63 T€ um 2 T€ über dem des Vorjahres, im Wesentlichen beeinflusst durch geringere Zinsaufwendungen aus Darlehenszinsen. Zinserträge aus Konzernverrechnungskonten wurden aufgrund des niedrigen Zinsniveaus nicht mehr vereinnahmt.

Die Rheiner Bäder GmbH schließt das Geschäftsjahr 2016 insgesamt mit einem Verlust von 2.076 T€ ab, der gemäß des Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrags von der Stadtwerke Rheine GmbH (SWR) ausgeglichen wird. Im Jahre 2015 betrug der durch die SWR abzudeckende Verlust 2.169 T€.

Die **Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH** weist im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 mit -2.158 T€ einen um 299 T€ geringeren Verlust aus als im Vorjahr.

Diese Ergebnisverbesserung ergibt sich im Wesentlichen aus den um 269 T€ höheren betrieblichen Erträgen aufgrund der Neueröffnung des Parkhauses „Emsgalerie“ im September 2016. Zusätzlich verringerte sich der betriebliche Aufwand um 49 T€. Hier insbesondere im Bereich Parkraumbewirtschaftung durch den geringeren Sanierungsaufwand für die Tiefgarage „Thie“. Gegenläufig wirkten die erstmalig angefallenen Mietzahlungen für das neue Parkhaus „Emsgalerie“ und eine höhere Konzernumlage. Das Finanzergebnis verbesserte sich um 3 T€ beeinflusst durch geringere Zinsbelastungen.

Die Umsatzerlöse aus dem ÖPNV fielen mit insgesamt 3.139 T€ um 47 T€ geringer aus als im Vorjahr, welches im Wesentlichen auf deutlich geringere Ausgleichszahlungen für die Schulwegjahreskarten (-114 T€) und auf geringere Zuschüsse für die Ausbildungsverkehre (§ 11 a ÖPNVG) (-84 T€) zurückzuführen ist. Gegenläufig stiegen unter anderem die Umsatzerlöse aus Abo-Karten (+151 T€) und es ergab sich ein Nachtrag bei den Zuschusszahlungen für SGB IX Mittel aus 2015 (+45 T€).

Die Erträge aus der Parkraumbewirtschaftung bewegen sich mit 1.950 T€ deutlich über dem Niveau des Vorjahres (+323 T€). Wesentliche Umsatztreiber waren die Erlöse aus Kurzparktickets (+ 280 T€) aufgrund des neuen Parkhauses „Emsgalerie“ (+246 T€), gestiegene Einnahmen in den bestehenden Parkhäusern begründet durch längere Parkzeiten (+67 T€) und gegenläufig geringere Einnahmen im Parkhaus „Am Bahnhof“ (-32 T€). Die Einnahmen aus Dauerparkverträgen lagen mit 373 T€ etwa auf dem Niveau des Vorjahres (- 6 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen um 282 T€ unter denen des Vorjahres und betragen 342 T€. Der Rückgang resultiert aus der Umgliederung der sonstigen Erlöse aus Nebengeschäften in die Umsatzerlöse durch das BilRUG.

Mit 3.180.200 Fahrgästen (nichtfinanzieller Leistungsindikator) in 2016 wurden insgesamt 5,7 % mehr Passagiere befördert als im Vorjahr. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus einer erhöhten Zahl von Abo-Kunden aufgrund der Einführung des Sozialtickets zum März 2016. Weiterhin ist festzuhalten, dass die Tarifgemeinschaft Münsterland die Beförderungstarife im Berichtsjahr erhöht hat.

Im Bereich der Parkraumbewirtschaftung hat sich die Anzahl der Stellplätze von 2.019 um 464 auf 2.483 Stellplätze (nicht-finanzieller Leistungsindikator) durch das neue Parkhaus „Emsgalerie“ erhöht.

Die betrieblichen Aufwendungen der VSR lagen mit 7.447 T€ um 26 T€ unter den Aufwendungen des Vorjahres.

Die Materialaufwendungen in Höhe von 5.251 T€ werden maßgeblich durch die bezogenen Leistungen von 5.040 T€ bestimmt. Für Fahrdienstleistungen des Linienverkehrs und des Schülerspezialverkehrs ergaben sich um 79 T€ höhere Aufwendungen. Hier wirkte sich die Anhebung des Stundenverrechnungssatzes aufwandserhöhend und die rückläufigen Sonderfahrten aufwandsmindernd aus. Die im Vorjahresvergleich geringeren Sanierungsaufwendungen (insbesondere für die Tiefgarage „Thie“) konnten die Mehraufwendungen für die erstmalig zu entrichtende Pacht für das Parkhaus „Emsgalerie“ mehr als ausgleichen, was im Bereich der Parkraumbewirtschaftung zu geringeren Aufwendungen von 112 T€ führte.

Die Personalaufwendungen lagen mit 577 T€ in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Im Berichtsjahr haben sich die Tarifierhöhungen zum 1. Dezember 2015 von 2,4 % erstmals ganzjährig ausgewirkt. Auch der leicht geringere durchschnittliche Personalbestand war ursächlich dafür, dass sich die Effekte weitestgehend ausgeglichen haben.

Die Abschreibungen betrugen 260 T€ und lagen damit aufgrund der Investitionstätigkeit um 26 T€ über dem Niveau des Vorjahres.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 1.285 T€ um 48 T€ niedriger als im Vorjahr. Im Bereich ÖPNV sank er um 74 T€ im Wesentlichen durch geringeren Aufwand bei den Drucksachen, Beratungskosten und Entschädigungen. Im gemeinsamen Bereich gab es einen gegenläufigen Effekt durch einen höheren Aufwand aus dem Schuldbeitritt mit der SWR in Höhe von 9 T€. Die Konzernumlage erhöhte sich über alle Bereiche um 17 T€.

Das Finanzergebnis liegt mit -142 T€ um 3 T€ unter dem des Vorjahres. Den rückläufigen Zinserträgen aus Konzernverrechnungen aufgrund des sinkenden Zinsniveaus standen geringere Aufwendungen aus Darlehenszinsen gegenüber.

Die sonstigen Steuern betragen 74 T€ und liegen damit auf dem Niveau des Vorjahres.

Zur dargestellten Ergebnisentwicklung trugen die beiden Geschäftsbereiche der VSR wie folgt bei:

Der Verlust im „ÖPNV“ beträgt im Geschäftsjahr 2016 -1.429 T€ und liegt damit um 46 T€ über dem Vorjahresausweis.

Der Verlust der Sparte „Parkraumbewirtschaftung“ beträgt -729 T€ und ist damit um 345 T€ geringer als in 2015.

Mit Schreiben vom 15.04.2016 an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat die Europäische Kommission -Generaldirektion Wettbewerb- mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, anhand einer Stichprobe zu überprüfen, ob die im Bereich Verwaltung von Parkplätzen gewährten Einzelbeihilfen in den Jahren 2013 und 2014 im Einklang mit dem DAWI-Beschluss 2012/21/ EU standen. Für diese Stichprobe wurde u. a. die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH ausgewählt. Die Stadt Rheine hat daraufhin eine Stellungnahme abgegeben und die geforderten Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Die Kommission hat mit Schreiben vom 28. Oktober 2016 der Stadt Rheine aufgegeben, die bestehende Betrauung der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH (VSR) mit der Bewirtschaftung von Parkraum um einen Rückforderungsmechanismus zu ergänzen. Im Antwortschreiben der Bundesregierung wurde der Kommission die Absicht mitgeteilt, dies bis Ende März 2017 zu erledigen, sofern es zu keinen Verzögerungen im Abstimmungsprozess kommt. Eine Formulierung für einen Rückforderungsmechanismus wurde erarbeitet, welche die Anforderungen des EU-Beihilferechts mit denen des steuerlichen Querverbunds in Einklang bringen soll. Diese Abstimmung dauert derzeit noch an.

Die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH schließt das Geschäftsjahr 2016 insgesamt mit einem Verlust von 2.158 T€ ab, der gemäß des Beherrschungsvertrags von der Stadtwerke Rheine GmbH (SWR) ausgeglichen wird. Somit hat sich der Verlust um 299 T€ gegenüber 2015 verringert.

Investitionen Konzern SWR

Der SWR-Konzern investierte im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 6,8 Mio. € in Sachanlagen, immateriellen Vermögensgegenständen und Finanzanlagen, davon entfielen auf die einzelnen Bereiche:

Mio. €	Konzern	
	2016	2015
Stadtwerke Rheine GmbH	0,0	0,0
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	6,2	17,5
Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH	0,5	1,2
Rheiner Bäder GmbH	0,0	0,0
RheiNet GmbH	0,1	0,4
Summe Konzern	6,8	19,1

In der Energieversorgung wurde in den weiteren Ausbau der Versorgungsnetze zur Erschließung von neuen Bau- und Versorgungsgebieten investiert. Von den 1,1 Mio. € Investitionen in Sachanlagen der Stromversorgung entfallen 0,4 Mio. € auf das an die Westnetz GmbH verpachtete Konzessionsgebiet der Gemeinde Neuenkirchen. In der Wasserversorgung lag der Schwerpunkt in der Errichtung des Hochbehälters am Arnoldweg und in Hausanschlüssen. In der Sparte Telekommunikation wurde weiterhin in den Ausbau des LWL- und Kupfernetzes investiert. Im Gemeinsamen Bereich wurde in die IT-Infrastruktur, Software sowie in die Er-

weiterung des Verwaltungsgebäudes sowie die Datenübertragungstechnik/Telefonie investiert.

Investitionsschwerpunkte der Verkehrsgesellschaft waren insbesondere im Bereich ÖPNV die Modernisierung diverser Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet (62 T€) und die Videoausstattung der Busse (16 T€). Im Bereich der Parkraumbewirtschaftung wurde das neue Parkhaus „Emsgalerie“ mit Kassen- und Schrankenanlagen etc. ausgestattet (229 T€), die Sprechstellen in der Tiefgarage „Stadthalle“, Parkhaus „Zentrum“ und Parkplatz „Klostergarten“ digitalisiert (11 T€) und zusätzliche Parkscheinautomaten installiert (15 T€).

Für die Investitionen in die Lichtsignalanlagen hat das Land NRW Kapitalzuschüsse in Höhe von 144 T€ gewährt.

Finanzanlagen

Die Beteiligung der EWR GmbH an der Trianel Onshore Windkraft GmbH & Co. KG (TOW) und der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) wurden bereits in den Vorjahren gezeichnet. In 2016 wurden auf Anforderung weitere 1,3 Mio. € in das Kapitalkonto der TEE eingezahlt. Daneben wurden weitere 0,2 Mio. € in das Kapitalkonto bei der TOW geleistet. In den Beteiligungen an der TOW und der TEE setzt die EWR in Kooperation mit anderen Stadtwerken ihren Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien weiter fort.

Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Auszubildende) im Stadtwerke-Konzern lag mit 182 auf dem Niveau des Vorjahres.

Sehr zufriedenstellende Ertragslage und gute Bilanzkennziffern im Konzernabschluss
Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich um 2,4 Mio. € auf 93,8 Mio. €.

Am Bilanzstichtag betrug der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme 27,3 % nach 28,3 % zum letzten Bilanzstichtag. Bei einem nahezu unveränderten Eigenkapital ist diese Entwicklung der höheren Bilanzsumme geschuldet.

Die Ertragslage des SWR-Konzerns ist mit einem Jahresüberschuss von 0,6 Mio. € weiterhin als sehr gut zu bezeichnen. Dabei ist zu beachten, dass im Konzernergebnis die aufgabenbedingten negativen Beteiligungsergebnisse der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH und der Rheiner Bäder GmbH enthalten sind. Zudem konnte dieses Ergebnis vor dem Hintergrund eines schwierigen Marktumfeldes im Energiemarkt sowie von notwendigen Rückstellungen und dotierungen für Beschaffungsrisiken erzielt werden.

Die in den letzten Jahren erfolgreiche Geschäftstätigkeit des SWR-Konzerns schlägt sich auch in den wesentlichsten finanziellen Kennziffern nieder:

So liegt die Eigenkapitalrentabilität bezogen auf das Ergebnis nach Steuern bei 3,3 %, trotz der im vorangegangenen Absatz beschriebenen negativen Einflüsse. Vor diesem Hintergrund ist die Rentabilität des Geschäftsjahres 2016 als weiterhin sehr zufriedenstellend zu bezeichnen

Auch die Kennzahlen zur Finanzierung des Konzerns zeigen die gute Entwicklung der Stadtwerke-Rheine-Gruppe. So liegen der dynamische Verschuldungsgrad bei fünf Jahren und der Anlagendeckungsgrad unter Berücksichtigung der langfristig zur Verfügung stehenden Gesellschafterdarlehen bei 52,0 %.

Risikobericht

Auch im Berichtsjahr wurde das bereits in den Vorjahren angewandte Risikomanagementsystem der Stadtwerke-Rheine-Gruppe auf alle Gesellschaften des Konzerns angewendet. In der

durchgeführten Risikoausschusssitzung wurden für den SWR-Konzern folgende Risikofelder von besonderer Bedeutung identifiziert:

- **Markt- und Umfeldrisiken**

Die Geschäftsaktivitäten der **EWR** unterliegen insbesondere Marktrisiken, die mit zunehmender Wettbewerbsintensität größer werden. Dies betrifft seit längerem den Stromabsatz, nun aber auch verstärkt den Gasabsatz. Die EWR begegnet diesen Risiken mit einer offensiven Marktstrategie (Produktpolitik, Kundennähe, Beratungsleistungen). Im Bereich der Netznutzung wird den Preisrisiken mit einem konsequenten Kosten- und Investitionsmanagement begegnet.

Das Beschaffungsrisiko im Energiebezug wird mit einer laufenden Marktbeobachtung und dem Aufbau des notwendigen Wissens über die neu strukturierten Beschaffungsmärkte reduziert. Die EWR hat sich dazu zu Beginn des Geschäftsjahres 2006 an der Energiehandels-gesellschaft West mbH in Münster beteiligt, über die zusammen mit anderen Energieversor-gern die Strom- und Gasbeschaffung abgewickelt wird. Zudem wurde durch den Aufsichtsrat das Risikohandbuch der Strombeschaffung verabschiedet, in dem das Risikokapital begrenzt wird. Außerdem wurde das DV-gestützte integrierte Risikomanagement der Strombeschaf-fung im Jahr 2010 implementiert. Der Aufsichtsrat verabschiedete zudem im Jahr 2015 eine Aktualisierung des Risikohandbuchs der Energiebeschaffung. Im Geschäftsjahr 2016 wurden auf Basis der im Vorjahr durchgeführten Ausschreibungen von Gasbezugsverträgen Verlän-gerungen der Verträge bis 2020 vorgenommen. Die EWR hat hier die Möglichkeiten des Mark-tes genutzt und die Mengenrisiken aus Temperaturschwankungen weitestgehend ausge-schlossen. Preisrisiken der Gasbeschaffung begegnet die EWR gemäß des verabschiedeten Risikohandbuchs der Energiebeschaffung. Im Jahr 2005 wurde zudem mit der Beteiligung am GuD-Kraftwerk der Trianel Gaskraftwerk Hamm-Uentrop GmbH & Co. KG die Möglichkeit zur Partizipation an der Wertschöpfung in der Stromerzeugung geschaffen. Seit April 2015 wird das Kraftwerk zentral an den Regelenergiemärkten eingesetzt. Der Strombezugsvertrag der EWR wurde aufgelöst. Die EWR ist zudem am Kohlekraftwerk in Lünen beteiligt, die Inbe-triebnahme erfolgte im Jahr 2013. Die für die EWR vom Kraftwerk Lünen erzeugten Strom-mengen wurden wie in der Vergangenheit auch in 2016 in das Vertriebsportfolio der EWR aufgenommen. Aufgrund der aktuellen Marktpreise, die derzeit keinen wirtschaftlichen Be-trieb des Kraftwerks erlauben, wurden Rückstellungen zur Risikovorsorge gebildet. Risikovor-sorge wurde auch für den Gasspeicheranteil der EWR am Kavernenspeicher in Gronau-Epe gebildet. Neben der Eigenerzeugung in Großkraftwerken wurde in 2016 mittelbar über die Beteiligung an der TEE und der TOW der Ausbau der Stromerzeugung aus Solar- und Onshore Windkraftanlagen fortgesetzt. Durch diese gemäß des Erneuerbaren Energien Gesetzes gesi-icherten Einspeiserträge wird der Risikoausgleich zum Handels- und Vertriebsgeschäft wei-ter gestärkt.

- **Betriebliche Risiken**

In der Energieverteilung betreibt die EWR technisch komplexe und vernetzte Anlagen. Den Störungs- und Ausfallrisiken wird mit der Fortführung des begonnenen Sanierungspro-gramms für störanfällige Teile der Versorgungsnetze begegnet. Zur langfristigen Planung des Instandhaltungsbedarfs wurde ein DV-gestütztes Instandhaltungsmanagement instal-liert, das im Sommer 2003 produktiv gesetzt und seit dem Jahr 2004 zur Steuerung des be-trieblichen Instandhaltungsprogramms eingesetzt wird.

In der Wasserversorgung wurde das Risiko der Verkeimung des Trinkwassers, entweder vor-sätzlich durch Anschläge Dritter bzw. durch Verunreinigungen identifiziert. Dem wird durch ständige Messungen, einem Sicherheitskonzept für die Wasserwerke sowie einem Notfall-plan begegnet.

Betrieblich wird die EWR durch die Übernahme kaufmännischer Dienstleistungen für die Technische Betriebe Rheine AöR gestärkt. Weitere kaufmännische Betriebsführungen werden für die Windpark Hohenfelde III GmbH & Co. KG sowie die Windpark Gollmitz GmbH & Co. KG

übernommen. Das Geschäftsfeld der Dienstleistungen trägt somit unverändert zum Risikoausgleich zwischen den Geschäftsfeldern bei.

Zur Minderung der Prozess- und Ausfallrisiken in Abrechnungsprozessen hat die EWR die Kooperation mit einem kommunalen Dienstleister intensiv genutzt sowie den Bereich der Abrechnung personell verstärkt.

- **Finanzielle Risiken**

Finanzielle Risiken bestehen weiterhin in der Regulierung der Netzentgelte. Auch im Vertrieb haben die Risiken aus den stark volatilen Beschaffungsmärkten deutlich zugenommen. Ebenso entstehen aus dem schwankenden Absatz an große Industriekunden Kalkulationsrisiken innerhalb der bestehenden Verträge. Diesem wird mit einer zeitnahen Nachkalkulation und Anpassung der Preisformeln im Rahmen des vertraglich möglichen begegnet. Zur Abwicklung der Strom- und Gasbeschaffung hat sich die EWR an der Energiehandelsgesellschaft West mbH in Münster beteiligt. Zur Vorsorge für schwebende Umsatzsteuerverfahren haben die Gesellschafter eine Kapitalerhöhung durchgeführt, die in 2014 eingezahlt worden ist. Die Beteiligung wurde in 2015 abgewertet. Eine abschließende Entscheidung im Verfahren steht noch aus.

Finanzielle Risiken entstehen außerdem aus der sich weiter entwickelnden Rechtsprechung im liberalisierten Energiemarkt. Dem begegnet die EWR mit einer intensiven rechtlichen Beratung. Weitere Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten der EWR werden in einem Strategiebuch 2010-2014 beschrieben, das in 2010 dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung zur Beratung vorgelegt und vom Aufsichtsrat und dem Rat der Stadt Rheine beschlossen wurde. Darin werden sowohl der Ausbau der Geschäftsfelder Stromerzeugung aus regenerativen Energien und Energiedienstleistungen wie auch die Konsolidierung bestehender Geschäftsfelder beschrieben. Insbesondere wird auf die Verbesserung der Prozesssicherheit und die Stärkung des Risikomanagements hingearbeitet. Der Ausbau der Geschäftsfelder Stromerzeugung, Telekommunikation sowie der Aufbau von Kooperationen zur Kostensenkung werden weiter Schwerpunkt der kommenden Jahre sein.

Für die **RBG** wurden neben dem allgemeinen Investitionsrisiko insbesondere Unfallrisiken für Badegäste und die weitere Verschärfung der Hygienevorschriften identifiziert. Dem wird weiterhin mit einer permanenten Beckenaufsicht durch Fachkräfte (Meister bzw. Fachangestellte für Bäderbetriebe), ständiger Weiterbildung der Schwimmmeister in der Unfallrettung und einer überdurchschnittlichen Rettungsausstattung (Defibrillatoren) begegnet. Die Wasseraufbereitung in allen drei Bädern entspricht auf Grund entsprechender Umrüstungsmaßnahmen in vollem Umfang der vor einigen Jahren verschärfte DIN-Richtlinien. Die Gebäudesubstanz aller Bäder wird turnusmäßig im 5-Jahres-Rhythmus, zuletzt 2012, in statischer Hinsicht überprüft. Zur Verbesserung der Integration der neuen Mitbürger Rheines in den Bäderebetrieb wurden personelle Maßnahmen ergriffen.

Für die **VSR** wurden insbesondere die Risiken von Personenschäden bei Fahrgasttransporten und aus der Nutzung von Stellplatzanlagen ermittelt. Wir begegnen dem weiterhin mit einer regelmäßigen Begehung der Einrichtungen zur Ermittlung und Beseitigung von Gefahrenquellen, Schulungen und Anweisungen zum Verhalten des VSR- Personals sowie einem umfassenden Versicherungsschutz. Daneben wurden vor allem Kostenrisiken identifiziert, denen im Bereich der Parkraumbewirtschaftung mit einem vorbeugenden Instandhaltungsmanagement begegnet werden soll.

Kennzahlen

Entwicklung der Umsatzerlöse:

	2016 T€	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Energie- und Wasser- versorgung Rheine GmbH	113.847 -0,1%	113.952 -3,9%	118.575 0,8%	117.678 -9,5%
Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine GmbH	5.089 12,1%	4.538 6,8%	4.248 -7,7%	4.603 22,3%
Rheiner Bäder GmbH	602 5,8%	569 0,9%	564 -4,9%	593 4,0%
RheiNet GmbH	1.612 27,9%	1.260 17,0%	1.077 12,2%	960 6,0%
Summe Stadtwerke GmbH	121.150	120.319	124.464	123.834

allgemeine Kennzahlen:

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	27,30%	28,04%	26,58%	26,03%
Fremdkapitalquote	71,36%	70,05%	71,01%	71,00%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	40,46%	40,36%	46,36%	44,35%
Anlageintensität	67,47%	69,46%	57,34%	58,70%
Kassenmittelintensität	13,93%	12,32%	25,34%	22,91%
Eigenkapitalrentabilität	2,39%	2,48%	2,56%	2,37%
Gesamtkapitalrentabilität	2,16%	5,27%	3,34%	2,81%
Materialaufwandsquote	74,53%	74,59%	73,64%	75,76%
Personalaufwandsquote	9,92%	9,86%	9,20%	9,72%
Abschreibungsquote	8,87%	7,91%	8,13%	8,35%
Umsatz je Beschäftigten in €	654.769,23	649.791,21	682.083,33	702.971,26
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	3.368,13	3.494,51	3.650,00	3.494,25

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.513	1,61	1.441	1,58	1.107	1,15	1.009	1,03
Sachanlagen	52.146	55,57	53.775	58,81	46.026	47,68	48.076	48,88
Finanzanlagen	9.654	10,29	8.300	9,08	8.213	8,51	8.658	8,80
Anlagevermögen	63.313	67,47	63.516	69,46	55.346	57,34	57.743	58,70
Vorräte	1.038	1,11	1.660	1,82	2.247	2,33	2.392	2,43
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.254	17,32	14.832	16,22	14.311	14,83	15.195	15,45
Flüssige Mittel	13.071	13,93	11.261	12,32	24.463	25,34	22.537	22,91
Umlaufvermögen	30.363	32,36	27.753	30,35	41.021	42,50	40.124	40,79
Rechnungsabgrenzungsposten	157	0,17	169	0,18	159	0,16	190	0,19
Aktive latente Steuern	0	0,00	0	0,00	0	0,00	307	0,31
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	93.833	100,00	91.438	100,00	96.526	100,00	98.364	100,00
Gezeichnetes Kapital	7.500	7,99	7.500	8,20	7.500	7,77	7.500	7,62
Kapitalrücklage	3.282	3,50	3.282	3,59	3.282	3,40	3.282	3,34
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn/Jahresüberschuss	613	0,65	636	0,70	657	0,68	608	0,62
Gewinnrücklagen	14.219	15,15	14.219	15,55	14.219	14,73	14.219	14,46
Anteile anderer Gesellschafter	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	25.614	27,30	25.637	28,04	25.658	26,58	25.609	26,03
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	1.183	1,26	1.647	1,80	2.194	2,27	2.834	2,88
Rückstellungen	42.242	45,02	39.645	43,36	39.952	41,39	36.687	37,30
Verbindlichkeiten	24.719	26,34	24.407	26,69	28.591	29,62	33.154	33,71
Rechnungsabgrenzungsposten	75	0,08	102	0,11	131	0,14	80	0,08
Passive latente Steuern	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	93.833	100,00	91.438	100,00	96.526	100,00	98.364	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	119.168	118.262	122.775	122.317
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	410	779	417	382
Sonstige betriebliche Erträge	5.381	9.998	3.822	2.106
Erträge	124.959	129.039	127.014	124.805
Materialaufwand	-93.129	-96.254	-93.534	-94.550
Personalaufwand	-12.401	-12.720	-11.691	-12.125
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.616	-5.023	-4.501	-4.821
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.222	-9.245	-13.805	-8.912
Aufwendungen	-120.368	-123.242	-123.531	-120.408
Finanzergebnis	-757	-2.711	-1.191	-1.013
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.834	3.086	2.292	3.384
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.985	-2.231	-1.437	-2.007
Sonstige Steuern	-236	-219	-198	-769
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	613	636	657	608
Einstellung in Gewinnrücklagen	0	0	0	0
Bilanzgewinn/Jahresüberschuss	613	636	657	608

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

	2016 €	2015 €	2014 €	2013 €
Gewinnausschüttung	613.055,56	635.837,88	657.041,76	608.075,72

Beschäftigtenzahlen

	2016	2015	2014	2013
durchschnittlich	182	182	180	174

Ausblick

Die Herausforderungen für die Stadtwerke-Rheine-Gruppe liegen weiterhin in den Folgen der Liberalisierung der Energiemärkte. Die Basis für den Privatkundenvertrieb soll auch in 2017 durch das Angebot neuer Produkte, insbesondere Energielieferprodukte mit Preisgarantien und Contracting von Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung weiter gefestigt werden. Kundenbindung für den Kundenstamm der EWR in Rheine soll durch die weiter transparente und faire Produkt- und Preispolitik erreicht werden. Der erfolgte Abschluss neuer marktbasierter Gasbezugsverträge bis Ende 2020 schafft dazu gute Voraussetzungen. Der Vertrieb im regionalen Umfeld von Rheine durch Direktvertrieb wird weiter fortgesetzt, um den Kundenstamm weiter auszubauen. Die Digitalisierung von Vertriebs- und Serviceprozessen für die Kunden der EWR wird mit dem Aufbau eines Kundenportals verbessert werden.

Insgesamt wird der Festigung der bestehenden Aufgabenbereiche der Energiebeschaffung und des -vertriebs eine entscheidende Bedeutung zur Sicherung der Werthaltigkeit des Geschäftes zukommen. Insbesondere sind hier die Prozesse des Risikomanagements weiterhin konsequent einzuhalten. Auch einem stringenten Forderungswesen kommt zur Sicherung der Erträge eine zunehmend größere Bedeutung zu. Außerdem ist für das Stromnetz die Kostendarlegung zur Neubestimmung der Erlösobergrenzen für die nächste Regulierungsperiode vorzubereiten.

Im Bereich des Netzbetriebs steht die Erneuerung von Netzstrecken im Mittelpunkt der Arbeiten des Jahres 2017.

In der Trinkwasserversorgung steht das Thema Sicherung der Grundwasserqualität weiter im Mittelpunkt. Im Bereich des Energiedatenmanagements und des Zählerwesens liegt der Schwerpunkt auf der Festigung der Betriebsprozesse und der Vorbereitung auf den vom Gesetzgeber vorgegebenen Rollout der intelligenten Zähler.

Die Chancen für die RheiNet liegen auch für die Zukunft in der Betätigung in einem weiter wachsenden Markt. So erwarten wir weitere Zuwachsraten in allen Marktsegmenten der Geschäftskunden, allerdings bei niedrigeren Preisen. Insbesondere die Vermietung von Leitungen an Provider und die Vermietung höherer Bandbreiten in der Datenübertragung versprechen weiterhin Ertragschancen. Daneben werden weitere Impulse aus der geplanten IP-Netzkopplung mit der EWE Tel GmbH und der Versatel GmbH erwartet.

Im Segment der Privatkunden werden durch den Ausbau des Breitbandnetzes und die Kooperation mit EWE Tel GmbH wachsende Erträge für die RheiNet erwirtschaftet. Die bisher erreichten Anschlussquoten der vier Ausbauphasen bestätigen die Markterwartungen.

In der Parkraumbewirtschaftung zeichnet sich im 1. Quartal 2017 keine wesentliche Umsatzabweichung zu den Wirtschaftsplanannahmen ab. Trotz Schließung der Tiefgarage „Rathaus“

erreicht der Umsatz aufgrund des hohen Parkdrucks in der Innenstadt das geplante Niveau. Ab dem 01.03.2017 wurden die Parkpreise beim Parkplatz „Klostergarten“ nach Beschluss der Eigentümerversammlung in der ersten Stunde von 1,00 € auf 1,50 € angehoben. Daraus ergibt sich voraussichtlich eine Umsatzsteigerung von 80 T€, die vorerst ergebnisneutral ist, da unterstellt wird, dass der Mietaufwand in gleicher Höhe steigt. Für 2017 wird mit einem Anstieg der Einstellvorgänge aufgrund des erstmals ganzjährigen Betriebs des Parkhauses „Emsgalerie“ geplant.

Im Bereich ÖPNV ergibt sich ein höherer Umsatz durch Ausgleichszahlungen aus dem Verkehrsverbund VGM (+300 T€). Bei der Einführung des Westfalentarifs wird es voraussichtlich zu einer Streichung der 10er- und 30er-Tickets kommen, wobei eine Auswirkung auf das Fahrgastverhalten noch nicht abzusehen ist. Insgesamt wurde in 2017 mit 2,5 % höheren Fahrgastzahlen geplant, aufgrund der Einführung des neuen Sozialtickets.

Die im Jahr 2010 auch im Rahmen der Neufassung des Strategiebuches der Stadtwerke-Rheine-Gruppe begonnene Diskussion zur Neuausrichtung der Rheiner Bäderlandschaft hat zu einer Grundsatzentscheidung zur Form des Weiterbetriebes der Rheiner Bäder geführt. In 2011 wurden erste Konzepte zur Neuausrichtung des Bäderbetriebs in Rheine vorgestellt. Die Konzeption soll im Jahr 2017 weiter konkretisiert werden. Eine Bedarfsanalyse der Stadt Rheine liegt vor und ist Grundlage einer Detailplanung zur Umsetzung des neuen Bäderkonzepts. Die notwendigen Machbarkeitsstudien für verschiedene Alternativen werden derzeit erstellt.

Für die Jahre 2017 und 2018 wird auch weiterhin mit einer guten Kundenbindung in allen Bereichen der Stadtwerke-Rheine-Gruppe gerechnet. Die Ergebnisse des ersten Quartals bestätigen dies. Vor diesem Hintergrund erwarten wir auch in den beiden folgenden Jahren zufriedenstellende Ergebnisse auf dem Niveau des Jahres 2016.

3.2. Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH
Hafenbahn 10
48431 Rheine
Telefon: (0 59 71) 45-0

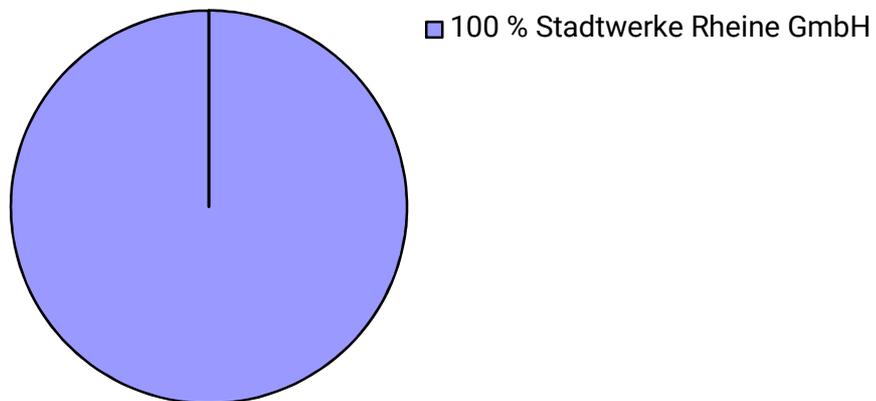
Handelsregister: Amtsgericht Steinfurt, HRB 3617

Gründungsjahr: 1976

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Stammkapital: 15.000.000,00 €

Gesellschafter:



Beteiligungen der Gesellschaft (Auszug)

Beteiligung Name	Beteiligung Kapital	Beteiligung Prozent
RheiNet GmbH	30.000,00 €	100 %
Stadtwerke Bernburg GmbH	122.301,02 €	4 %
Gemeindewerke Neuenkirchen GmbH	8.947,61 €	1 %

Gegenstand des Unternehmens

Erzeugung, Handel und Lieferung von elektrischer Energie, Gas, Wasser und Wärme.

Telekommunikation nur bis zum 6. Oktober 1999, danach Übertragung auf die Tochtergesellschaft RheiNet GmbH, der aber die Übertragungsleitungen vermietet werden.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Dipl.-Volkswirt Dr. Ralf Schulte-de Groot
Ralf Becker

Aufsichtsrat:

stimmberechtigte Mitglieder:

Bürgermeister(in),
11 Ratsmitglieder,
4 sachkundige Bürger,
3 Arbeitnehmervertreter/innen

beratende Mitglieder:

2 Betriebsratsmitglieder
Stadtkämmerer

Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführer der Stadtwerke Rheine GmbH

Lagebericht der Geschäftsleitung

Die Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH (EWR) versorgt Kunden in der Stadt Rheine und den benachbarten Gemeinden mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Der Zweck nach § 2 des Gesellschaftsvertrages „Gegenstand des Unternehmens“ wurde nachhaltig erfüllt.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2016 relativ robust. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts betrug +1,9 % nach +1,7 % im Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Branchensituation

Der Primärenergieverbrauch - er umfasst den von der gesamten Volkswirtschaft benötigten Energiebedarf eines Jahres - stieg in Deutschland im Jahr 2016 nach vorläufigen Berechnungen der AG Energiebilanzen e. V. leicht um etwa 1,1 % auf rund 457 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten.

Geschäftsentwicklung 2016

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2016 war für die EWR unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen des Energiesektors wiederum ein sehr zufriedenstellendes Geschäftsjahr. Das Ergebnis nach Steuerumlage (finanzieller Leistungsindikator) lag mit 4,9 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres 2015. Der Steueraufwand war mit 3,5 Mio. € um 0,4 Mio. € geringer als der Vorjahreswert. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (finanzieller Leistungsindikator) betrug somit 8,5 Mio. €. Im Vorjahresvergleich stellt dies eine Verbesserung um +0,4 Mio. € dar.

Die in Vorjahren gebildeten Rückstellungen für energiewirtschaftliche Risiken konnten, auch aufgrund der hierzu ergangenen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, zu einem Großteil aufgelöst werden.

Die Entwicklung in den Geschäftsfeldern Stromvertrieb und Stromerzeugung war auch im Jahr 2016 weiterhin durch den seit 2010 erfolgten Abfall der Marktpreise für Strom an den Energiebörsen und Handelsplätzen geprägt. Das niedrige Preisniveau an den Strommärkten hielt auch in 2016 an, was im Wesentlichen auf die nach dem EEG geregelte vorrangige Einspeisung von regenerativ erzeugtem Strom zurückzuführen ist. Weiterhin führt dieses zu deutlichen Überkapazitäten am Erzeugungsmarkt, was die Margen aus der Vermarktung von Stromerzeugungskapazitäten noch weiter sinken ließ. Zum 1. Januar 2016 mussten auf Grund der wieder angestiegenen EEG-Umlage sowie höherer Netzentgelte die Endkundenpreise angehoben werden.

Der Gasmarkt war im Beschaffungszeitraum für die Gaswirtschaftsjahre 2015/16 und 2016/17 weiter von sinkenden Marktpreisen geprägt. Die EWR hat seit dem Gaswirtschaftsjahr 2012/13 ihr Bezugskonzept dieser Marktentwicklung angepasst und beschafft ausschließlich an den Gashandelsplätzen und -börsen. Zudem sind von der EWR gehaltene Speicherkapazitäten des Gasspeichers in Gronau-Epe in das Beschaffungs- und Vertriebsportfolio eingebunden. Die Gaspreise für Privatkunden konnten aufgrund der sinkenden Marktpreise zum 1.10.2016 deutlich gesenkt werden.

Die EWR konnte insgesamt ihre Wettbewerbsposition im Energievertrieb im angestammten Versorgungsgebiet gut behaupten. Dies zeigen die nachfolgenden Absatzmengenentwicklungen (nichtfinanzielle Leistungsindikatoren).

Der Absatz des Stromvertriebs betrug in 2016 insgesamt 269.823 MWh und lag damit um -2.112 MWh (-0,8 %) niedriger als im Vorjahr. Im Netzgebiet Rheine lag die Absatzmenge mit 207.916 MWh mit -2,1 % leicht unter dem Vorjahresniveau (-4.507 MWh). Der Absatzrück-

gang resultiert im Wesentlichen aus Rückgängen im Segment der Privatkunden aufgrund von Kundenwechsel zu anderen Versorgern (ca. 150 Kunden weniger als im Vorjahr). Der Absatz an Lastgangkunden blieb nahezu unverändert. Weiter anhaltende Absatzsteigerungen konnten mit +2.240 MWh (+3,9 %) in den Vertriebsgebieten außerhalb Rheines erreicht werden. Hierzu trugen sowohl die Neugewinnung von Privatkunden durch den Direktvertrieb als auch die Vertriebskooperation mit der GESY (Green Energy Systems GmbH) zur bundesweiten Belieferung von Windparks bei.

Die für fremde Händler durch das Netz in Rheine durchgeleitete Menge erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund von Kundenwechsel im Segment der Privatkunden sowie höheren Verbräuchen von Industriekunden und betrug im Jahr 2016 insgesamt 125.997 MWh (+11.465 MWh bzw. +10,0 %). Dabei entfällt ein Anstieg von +6.550 MWh auf das Segment der Lastgangkunden (Industrie und Gewerbe) sowie +3.472 MWh auf Privatkunden und kleinere Gewerbekunden.

Der Absatz des Gasvertriebs konnte in 2016 wie im Vorjahr erneut um mehr als 5,0 % signifikant erhöht werden. In 2016 konnten insgesamt 644.359 MWh und damit +41.185 MWh (+6,8 %) mehr abgesetzt werden. Im Netzgebiet Rheine lag die Absatzmenge mit 562.212 MWh um 6,47 % über dem Vorjahreswert (+34.164 MWh). Die Absatzsteigerung ist jedoch maßgeblich temperaturbedingt. Leichte Kundenrückgänge sowohl im Segment der Privatkunden wie auch der Gewerbekunden wirkten hier gegenläufig. Ein höherer Gasabsatz wurde mit 82.147 MWh (+9,3 %) auch in den Vertriebsgebieten außerhalb von Rheine erreicht. Durch Neukundengewinnung außerhalb von Rheine im Segment der Privatkunden konnten hier Absatzzuwächse erzielt werden.

Die für fremde Händler durch das Netz in Rheine durchgeleitete Menge stieg in 2016 auf 141.803 MWh an (+14,1 %).

Der Wärmeabsatz lag mit 7,4 GWh um ca. 6,8 % über dem Wärmeabsatz des Vorjahres, was überwiegend temperaturbedingt war. Daneben wurden erstmals Absätze aus dem in 2016 in den Markt eingeführten Wärmecontracting für Privathaushalte vereinnahmt.

Der Trinkwasserabsatz 2016 beträgt 5.126.438 m³ und lag damit um 2,9 % über dem Vorjahreswert. Erstmals seit 2006 übersprang der Wasserabsatz wieder die 5,0 Mio. m³-Marke. Der Zuwachs verteilt sich über alle Kundensegmente, sodass der durchschnittliche spezifische Verbrauch angestiegen ist.

Die nutzbaren Abgabemengen (inklusive Eigenverbrauch) entwickelten sich wie folgt:

		Veränderung in %
Stromvertrieb	269,8 GWh	- 0,8
Netznutzung Strom	126,0 GWh	+ 10,0
Erdgasvertrieb	644,4 GWh	+ 6,8
Netznutzung Erdgas	41,8 GWh	+ 14,1
Wärme	7,4 GWh	+ 6,8
Trinkwasser	α 5.126 Tm ³	+ 2,9

Im regulierten Bereich des Gas- und Stromnetzes der EWR waren neben der planmäßig verlaufenden Wartung und Instandhaltung der Verteilnetze erneut die Verwaltungsverfahren der Landesregulierungsbehörde (u. a. zur „Kostenprüfung Gas“) sowie der Bundesnetzagentur (u. a. zur „Strukturdatenerhebung Gas“) Schwerpunkt der Tätigkeiten. Die EWR konnte im März 2017 mit der Landesregulierungsbehörde einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über das anzuerkennende „Kostenniveau Gas“ schließen. Damit besteht weitgehende Planungssicherheit über die zugestandenen Netzentgelte der Jahre 2018 - 2022.

Die EWR hatte zudem die gesetzlichen Novellierungen u. a. des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) und der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) umzusetzen. Insgesamt ist zu verzeichnen, dass die erhöhten Transparenz-, Berichts- und Datenübermittlungsanforderungen des Gesetz- bzw. Verordnungsgebers und der Regulierungsbehörden sowie die zunehmende Anzahl von Kundenwechselprozessen weiterhin zu einem deutlichen Mehraufwand bei der EWR führen. Daneben war auch in 2016 eine weitere Zunahme von nach dem EEG zu vergütenden Stromerzeugungsanlagen im Netz der EWR zu verzeichnen, die den Abrechnungsaufwand der EWR weiter erhöhen.

In 2016 wurden die organisatorischen Voraussetzungen zur Umsetzung der Vorgaben des Messstellenbetriebsgesetzes geschaffen. Mit der Ausrollung intelligenter Messsysteme wird im Jahr 2017 begonnen.

Die EWR hat in 2016 zudem in Zusammenarbeit mit benachbarten Stadtwerken und dem Kreis Steinfurt zur Förderung der E-Mobilität eine Ladesäuleninfrastruktur in Rheine und Neunkirchen aufgebaut, die in das bundesweite System Ladenetz.de integriert wurde.

Im Mittelpunkt der Wassergewinnung lagen im Jahr 2016 die Maßnahmen zur weiteren Sicherung der Trinkwasserqualität. Neben dem Abschluss einer neuen Kooperationsvereinbarung mit den landwirtschaftlichen Betrieben standen hier Maßnahmen zur Extensivierung von Flächen in Wasserschutzgebieten im Vordergrund.

Schwerpunkte des Energievertriebs waren neben der laufenden Kundenbetreuung der Bestandskunden in Rheine die Einführung des Wärmecontracting für Privatkunden (proRheine Wärme), Kundenrückgewinnungsaktionen im Stammmarkt und weiterhin die Neukundengewinnung in den Nachbargemeinden durch den Direktvertrieb. Auch die Vertriebskooperation mit der GESY zur bundesweiten Belieferung von Wind- und Solarparks mit Eigenstrombedarf führte zu weiteren Kundenzuwächsen. Das wiederholte Angebot von Verträgen mit Preisgarantien und Tranchenmodellen wurde wiederum gut angenommen.

Die Beteiligung an der Kraftwerksgesellschaft in Hamm wurde im Jahr 2014 umstrukturiert, sodass der Strombezugsvertrag mit dem Kraftwerk im Jahr 2015 aufgelöst werden konnte. Das Kraftwerk wird seit April 2015 zentral bewirtschaftet und am Regelenergie- und Spotmarkt eingesetzt. Die Stromerzeugung aus dem Kraftwerk in Lünen und die Leistung des Gasspeichers in Gronau-Epe wurde durch den Energievertrieb der EWR aufgenommen. Da sich das Marktumfeld sowohl im Strommarkt wie auch im Gasmarkt in den vergangenen Jahren für konventionelle Kraftwerke und Gasspeicher wesentlich verschlechtert hat, wurden für die folgenden Jahre bereits Rückstellungen zur Risikovorsorge gebildet, die im Jahresabschluss 2016 weiter erhöht wurden. Im Rahmen der Beteiligung an der Trianel Onshore Windkraft GmbH & Co. KG (TOW) und der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) wurden in 2016 weitere Einzahlungen in die Kapitalkonten geleistet; bis März 2017 wurden Beschlüsse zum Erwerb weiterer Windkraft- und PV-Anlagen gefasst. Im Jahr 2016 wurde zudem mit dem Ankauf von Projektrechten am Trianel Offshore Windpark Borkum II die Grundlage gelegt, die Stromerzeugung der EWR weiter auszubauen. Ein Baubeschluss und der Beitritt zur Gesellschaft wird im Jahr 2017 erfolgen.

Betriebliche Erträge

Die gesamten **Umsatzerlöse** erreichten im abgeschlossenen Geschäftsjahr 113,8 Mio. € (Vorjahr: 114,0 Mio. €; bei einer vorzeitigen Anwendung der Vorschriften des Bilanzrichtlinienumsetzungsgesetzes (BilRUG) bereits im Geschäftsjahr 2015 hätte sich ein vergleichbarer Vorjahreswert für die Umsatzerlöse in Höhe von 115,9 Mio. € ergeben).

Insgesamt entfielen auf den **Stromvertrieb und -handel** Erlöse in Höhe von 50,4 Mio. € (Vorjahr 51,4 Mio. €).

Im Geschäftsfeld der **Netznutzung mit dritten Händlern (Strom und Gas)** wurden Erlöse in Höhe von 6,5 Mio. € (Vorjahr 5,3 Mio. €) erwirtschaftet. Grund hierfür waren höhere Durchleitungsmengen der fremden Transportkunden in Rheine (s. oben) sowie höhere spezifische Durchschnittsentgelte.

Die Erlöse aus **Erdgasverkauf und -handel** betragen 2016 30,0 Mio. € (Vorjahr 33,5 Mio. €). Die Reduktion der Erlöse im Vergleich zum Vorjahr ist wesentlich auf das geringere Handelsvolumen zurückzuführen. Im Tarifkundenbereich wurden die Mindererlöse aufgrund von Preis-senkungen durch den witterungsbedingten Mehrabsatz kompensiert.

In der **Trinkwasserversorgung** konnten die Erlöse aufgrund des höheren Trinkwasserabsatzes um 0,2 Mio. € auf 9,7 Mio. € gesteigert werden.

Die Erlöse aus der **Wärmeversorgung** blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert bei 0,5 Mio. €, da die Mengensteigerung durch eine Preisanpassung ausgeglichen wurde.

Mit **Nebengeschäften** der einzelnen Sparten wurden insgesamt 1,6 Mio. € (Vorjahr 2,0 Mio. €) Erlöse erzielt. Dies ist auf die im Vorjahr besonders hohen Erlöse aus der Weiterberechnung von durch die EWR beschafften Anlagenkomponenten an die RheiNet GmbH zurückzuführen.

Die aufgelösten empfangenen **Ertragszuschüsse/Netzanschlussbeiträge** blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert auf einem Niveau von 0,5 Mio. €.

Aus **aktivierten Eigenleistungen und sonstigen betrieblichen Erträgen** waren insgesamt 7,1 Mio. € (Vorjahr 11,5 Mio. €; bei einer vorzeitigen Anwendung der Vorschriften des BilRUG bereits im Geschäftsjahr 2015 hätte sich ein vergleichbarer Vorjahreswert für diese beiden Posten in Höhe von insgesamt 9,5 Mio. € ergeben) zu berücksichtigen. Die Reduktion im Vergleich zum Vorjahr war wesentlich auf geringere Auflösungen von Rückstellungen zurückzuführen.

Insgesamt wurden Erträge in einer Gesamthöhe von 120,9 Mio. € (Vorjahr 125,4 Mio. €) erwirtschaftet.

Aufwand

Die **Strombezugsaufwendungen** stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 Mio. € auf 58,8 Mio. € (Vorjahr 54,6 Mio. €). Diese Steigerung ist wesentlich auf erhöhte Kosten aus dem Strombezug des Kohlekraftwerks Lünen inklusive der Bildung von Rückstellungen (+2,9 Mio. €) sowie erhöhte Einspeisevergütungen und Marktprämien (+1,9 Mio. €) zurückzuführen. Die sinkenden Preisniveaus an den Stromhandelsplätzen wirken hier gegenläufig, konnten die Steigerung jedoch nur teilweise kompensieren. Für nach dem EEG/KWKG privilegierte Anlagenbetreiber hat die EWR in 2016 insgesamt Einspeisevergütungen und Marktprämien von 15,2 Mio. € (Vorjahr 13,6 Mio. €) vergütet. Die Strombezugsaufwendungen des Netzes, insbesondere vorgelagerte Netzkosten und Umlagen, stiegen um 1,5 Mio. € auf 6,8 Mio. € (Vorjahr 5,3 Mio. €). Die Strombezugsaufwendungen des Vertriebs lagen mit 36,8 Mio. € um 2,2 Mio. € über denen des Vorjahres, darin enthalten waren Durchleitungsentgelte in fremde Netze von insgesamt 3,6 Mio. € (Vorjahr 2,9 Mio. €).

Die **Gasbezugsaufwendungen** sanken um 8,0 Mio. € auf 24,6 Mio. € (Vorjahr 32,6 Mio. €). Der Gasbezug im Vertrieb blieb nahezu unverändert bei 18,2 Mio. €, beeinflusst durch höhere Mengen und gegenläufig durch ein niedrigeres Preisniveau. Bei den Gashandelsaktivitäten

ergab sich eine Reduktion der Aufwendungen um 8,0 Mio. € auf 3,9 Mio. € (Vorjahr 11,9 Mio. €). Die Veränderung ist neben den gesunkenen Erdgaspreisen auf die vergleichsweise hohen Rückstellungsdotierungen im Vorjahr von 5,9 Mio. € zurückzuführen.

Die Bezugsaufwendungen im Gasnetz verblieben nahezu unverändert bei 2,5 Mio. €.

Der **sonstige Materialaufwand** von 1,4 Mio. € (Vorjahr 1,6 Mio. €) sank im Wesentlichen aufgrund von reduziertem Materialverbrauch. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (2,5 Mio. €, Vorjahr 1,9 Mio. €) stiegen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von mengenmäßig gestiegenen Wartungs- und Instandhaltungsleistungen.

Der **Personalaufwand** lag mit 10,1 Mio. € um +0,4 Mio. € über den Aufwendungen des Vorjahres, was wesentlich auf Tariflohnerhöhungen zurückzuführen ist. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl verblieb mit 136 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern inklusive Geschäftsführung auf dem Niveau des Vorjahres.

Die **Abschreibungen** liegen im Jahr 2016 mit 5,2 Mio. € um +0,6 Mio. € über denen des Vorjahres. Dabei haben sich insbesondere auch außerplanmäßige Abschreibungen von 343 T€ ausgewirkt. Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** lagen mit 10,1 Mio. € leicht unter dem Wert des Vorjahrs von 10,6 Mio. €.

Insgesamt liegt das **betriebliche Ergebnis** mit 8,1 Mio. € um 1,9 Mio. € unter dem Ergebnis des Vorjahres. Das **Finanzergebnis** fällt mit +0,4 Mio. € um 2,2 Mio. € besser aus als im Vorjahr, in welchem eine Wertminderung auf einen Beteiligungsbuchwert vorzunehmen war. Aus den Beteiligungen der EWR wurden im Jahr 2016 insgesamt 0,8 Mio. € Erträge verbucht (+ 0,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr).

Bei einem Steueraufwand von 3,6 Mio. € (+0,5 Mio. €), beträgt das Jahresergebnis wie im Vorjahr unverändert 4,9 Mio. €, welches gemäß des Ergebnisabführungsvertrages an die Stadtwerke Rheine GmbH abgeführt wird.

Investitionen

Die EWR hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 insgesamt 6,8 Mio. € in **Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen und Finanzanlagen** investiert. Die Investitionen in Sachanlagen verteilten sich wie in der Tabelle dargestellt auf die einzelnen Bereiche:

	2016 Mio. €	2015 Mio. €
Stromversorgung	1,1	10,1
Gasversorgung	0,3	0,4
Wasserversorgung	2,0	0,8
Wärmeversorgung	0,2	0,4
Telekommunikation	0,3	1,3
Gemeinsame Anlagen	0,7	1,1

In der Energieversorgung wurde in den weiteren Ausbau der Versorgungsnetze zur Erschließung von neuen Bau- und Versorgungsgebieten investiert. Von den 1,1 Mio. € Investitionen in Sachanlagen der Stromversorgung entfallen 0,4 Mio. € auf das an die Westnetz GmbH verpachtete Konzessionsgebiet der Gemeinde Neuenkirchen.

In der Wasserversorgung lag der Schwerpunkt in der Errichtung des Hochbehälters am Arnoldweg und in Hausanschlüssen.

In der Sparte Telekommunikation wurde weiterhin in den Ausbau des LWL- und Kupfernetzes investiert.

Im Gemeinsamen Bereich wurde in die IT-Infrastruktur, Software sowie in die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes und die Datenübertragungstechnik/Telefonie investiert.

Finanzanlagen

In 2016 wurden auf Anforderung weitere 1,3 Mio. € in das Kapitalkonto der TEE eingezahlt. Daneben wurden weitere 0,2 Mio. € in das Kapitalkonto bei der TOW eingezahlt. In den Beteiligungen an der TOW und der TEE setzt die EWR GmbH in Kooperation mit anderen Stadtwerken ihren Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien weiter fort.

Finanzierung

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 9,7 Mio. € erzielt. Diese konnten den Finanzierungsbedarf aus der Investitionstätigkeit der EWR sowohl in das Sachanlagevermögen wie auch bei den Beteiligungen decken. Da sich jedoch aufgrund der Gewinnabführung des Vorjahres an die SWR ein Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ergab, verringerte sich der Finanzmittelfonds im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. € auf 3,1 Mio. €.

Risikomanagement

Auch im Berichtsjahr wurde das bereits in den Vorjahren angewandte Risikomanagementsystem der Stadtwerke-Rheine-Gruppe auf die EWR angewendet. In der Risikoausschusssitzung wurden für die EWR folgende Risikofelder von besonderer Bedeutung identifiziert. Der Schadensersparungswert der 7 größten Einzelrisiken beträgt 21,0 Mio. € und kann mit Durchführung der festgelegten Maßnahmen auf 7,2 Mio. € eingegrenzt werden.

- **Markt- und Umfeldrisiken**

Die Geschäftsaktivitäten der EWR unterliegen insbesondere Marktrisiken, die mit zunehmender Wettbewerbsintensität größer werden. Dies betrifft seit längerem den Stromabsatz, nun aber auch verstärkt den Gasabsatz. Die EWR begegnet diesen Risiken mit einer offensiven Marktstrategie (Produktpolitik, Kundennähe, Beratungsleistungen). Im Bereich der Netznutzung wird den Preisrisiken mit einem konsequenten Kosten- und Investitionsmanagement begegnet.

Das Beschaffungsrisiko im Energiebezug wird mit einer laufenden Marktbeobachtung und dem Aufbau des notwendigen Wissens über die neu strukturierten Beschaffungsmärkte reduziert. Die EWR hat sich dazu zu Beginn des Geschäftsjahres 2006 an der Energiehandels-gesellschaft West mbH in Münster beteiligt, über die zusammen mit anderen Energieversorgern die Strom- und Gasbeschaffung abgewickelt wird. Zudem wurde durch den Aufsichtsrat das Risikohandbuch der Strombeschaffung verabschiedet, in dem das Risikokapital begrenzt wird. Außerdem wurde das DV-gestützte integrierte Risikomanagement der Strombeschaffung im Jahr 2010 implementiert. Der Aufsichtsrat verabschiedete zudem im Jahr 2015 eine Aktualisierung des Risikohandbuchs der Energiebeschaffung. Im Geschäftsjahr 2016 wurden auf Basis der im Vorjahr durchgeführten Ausschreibungen von Gasbezugsverträgen Verlängerungen der Verträge bis 2020 vorgenommen. Die EWR hat hier die Möglichkeiten des Marktes genutzt und die Mengenrisiken aus Temperaturschwankungen weitestgehend ausgeschlossen. Preisrisiken der Gasbeschaffung begegnet die EWR gemäß des verabschiedeten Risikohandbuchs der Energiebeschaffung. Im Jahr 2005 wurde zudem mit der Beteiligung am GuD-Kraftwerk der Trianel Gaskraftwerk Hamm-Uentrop GmbH & Co. KG die Möglichkeit zur Partizipation an der Wertschöpfung in der Stromerzeugung geschaffen. Seit April 2015 wird das Kraftwerk zentral an den Regelenergiemärkten eingesetzt. Der Strombezugs-

vertrag der EWR wurde aufgelöst. Die EWR ist zudem am Kohlekraftwerk in Lünen beteiligt, die Inbetriebnahme erfolgte im Jahr 2013. Die für die EWR vom Kraftwerk Lünen erzeugten Strommengen wurden wie in der Vergangenheit auch in 2016 in das Vertriebsportfolio der EWR aufgenommen. Aufgrund der aktuellen Marktpreise, die derzeit keinen wirtschaftlichen Betrieb des Kraftwerks erlauben, wurden Rückstellungen zur Risikovorsorge gebildet. Risikovorsorge wurde auch für den Gasspeicheranteil der EWR am Kavernenspeicher in Gronau-Epe gebildet. Neben der Eigenerzeugung in Großkraftwerken wurde in 2016 mittelbar über die Beteiligung an der TEE und der TOW der Ausbau der Stromerzeugung aus Solar- und Onshore-Windkraftanlagen fortgesetzt. Durch diese gemäß des Erneuerbaren Energien Gesetz gesicherten Einspeiseerträge wird der Risikoausgleich zum Handels- und Vertriebsgeschäft weiter gestärkt.

- Betriebliche Risiken

In der Energieverteilung betreibt die EWR technisch komplexe und vernetzte Anlagen. Den Störungs- und Ausfallrisiken wird mit der Fortführung des begonnenen Sanierungsprogramms für störanfällige Teile der Versorgungsnetze begegnet. Zur langfristigen Planung des Instandhaltungsbedarfs wurde ein DV-gestütztes Instandhaltungsmanagement installiert, das im Sommer 2003 produktiv gesetzt und seit dem Jahr 2004 zur Steuerung des betrieblichen Instandhaltungsprogramms eingesetzt wird.

In der Wasserversorgung wurde das Risiko der Verkeimung des Trinkwassers, entweder vorwiegend durch Anschläge Dritter bzw. durch Verunreinigungen identifiziert. Dem wird durch ständige Messungen, einem Sicherheitskonzept für die Wasserwerke sowie einem Notfallplan begegnet.

Betrieblich wird die EWR durch die Übernahme kaufmännischer Dienstleistungen für die Technische Betriebe Rheine AÖR gestärkt. Weitere kaufmännische Betriebsführungen werden für die Windpark Hohenfelde III GmbH & Co. KG sowie die Windpark Gollmitz GmbH & Co. KG übernommen. Das Geschäftsfeld der Dienstleistungen trägt unverändert zum Risikoausgleich zwischen den Geschäftsfeldern bei.

Zur Minderung der Prozess- und Ausfallrisiken in Abrechnungsprozessen hat die EWR die Kooperation mit einem kommunalen Dienstleister intensiv genutzt sowie den Bereich der Abrechnung personell verstärkt.

- Finanzielle Risiken

Finanzielle Risiken bestehen weiterhin in der Regulierung der Netzentgelte. Auch im Vertrieb haben die Risiken aus den stark volatilen Beschaffungsmärkten deutlich zugenommen.

Ebenso entstehen aus dem schwankenden Absatz an große Industriekunden Kalkulationsrisiken innerhalb der bestehenden Verträge. Diesem wird mit einer zeitnahen Nachkalkulation und Anpassung der Preisformeln im Rahmen des vertraglich möglichen begegnet.

Zur Abwicklung der Strom- und Gasbeschaffung hat sich die EWR an der Energiehandels-gesellschaft West mbH in Münster beteiligt. Zur Vorsorge für schwebende Umsatzsteuerverfahren haben die Gesellschafter eine Kapitalerhöhung durchgeführt, die in 2014 eingezahlt worden ist. Die Beteiligung wurde in 2015 abgewertet. Eine abschließende Entscheidung im Verfahren steht noch aus.

Finanzielle Risiken entstehen außerdem aus der sich weiter entwickelnden Rechtsprechung im liberalisierten Energiemarkt. Dem begegnet die EWR mit einer intensiven rechtlichen Beratung. Weitere Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten der EWR werden in einem Strategiebuch 2010-2014 beschrieben, das in 2010 dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung zur Beratung vorgelegt und vom Aufsichtsrat und dem Rat der Stadt Rheine beschlossen wurde. Darin werden sowohl der Ausbau der Geschäftsfelder Stromerzeugung aus regenerativen Energien und Energiedienstleistungen wie auch die Konsolidierung bestehender Geschäftsfelder beschrieben. Insbesondere wird auf die Verbesserung der Prozesssicherheit und die Stärkung des Risikomanagements hingearbeitet. Der Ausbau der Geschäftsfeldes

Stromerzeugung, Telekommunikation sowie der Aufbau von Kooperationen zur Kostensenkung werden weiter Schwerpunkt der kommenden Jahre sein.

Die in den letzten Jahren erfolgreiche Geschäftstätigkeit der Energie und Wasserversorgung Rheine GmbH schlägt sich auch in den wesentlichsten finanziellen Kennziffern des Unternehmens nieder. So liegt die Eigenkapitalrentabilität bezogen auf das Ergebnis nach Steuern mit 11,6 % auf Vorjahresniveau.

Die Eigenkapitalquote der EWR liegt mit zum Bilanzstichtag 55,2 % auf Vorjahresniveau (55,7 %). Auch die Voraussetzungen zur Finanzierung der neuen Geschäftsfelder und der notwendigen Investitionen in die Leitungsnetze sind als sehr gut zu bezeichnen.

Berichterstattung nach § 6b Abs. 7 EnWG

Der Bereich Stromverteilung ist durch ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 0,6 Mio. € (Vorjahr 1,7 Mio. €) gekennzeichnet. Die Stromabgabe im Netz liegt im Jahr 2016 mit 334 GWh um 2,1 % über dem Niveau des Vorjahres. Bezogen auf die Einspeisung von 345 GWh entstanden Netzverluste von 3,3 %. Die Netznutzungsentgelte belaufen sich auf 19,0 Mio. € nach 16,8 Mio. € im Vorjahr.

In der Sparte Gasverteilung beträgt das Ergebnis vor Gewinnabführung 1,2 Mio. € (Vorjahr 0,8 Mio. €). Die abgerechneten Netzmengen nahmen vor allem witterungsbedingt von 652 GWh auf 704 GWh zu; die Netznutzungsentgelte erhöhten sich entsprechend von 6,5 Mio. € auf 6,9 Mio. €.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere obigen Ausführungen zu den Bereichen Strom- und Gasverteilung.

Kennzahlen

Umsatzdaten

	2016		2015		2014		2013	
	MWh	T€	MWh	T€	MWh	T€	MWh	T€
Stromversorgung	269.823	48.547	271.935	48.315	274.594	49.037	280.738	48.914
Gasversorgung	846.885	29.935	912.730	33.423	829.626	32.328	857.021	35.991
Wasserversorgung	5.159*	9.955	5.018*	9.674	4.860*	9.503	4.885*	9.519
Wärmeversorgung	7.448	613	6.974	541	6.514	520	7.275	562
	* Tm ³		* Tm ³		* Tm ³		* Tm ³	

allgemeine Kennzahlen

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	55,22%	55,69%	52,31%	45,83%
Fremdkapitalquote	43,28%	42,20%	45,05%	51,18%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	75,00%	75,53%	87,30%	83,66%
Anlageintensität	73,62%	73,73%	59,92%	54,78%
Kassenmittelintensität	3,94%	6,15%	8,72%	23,57%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Gesamtkapitalrentabilität	-0,50%	2,31%	0,51%	0,06%
Materialaufwandsquote	72,35%	72,24%	71,94%	74,45%
Personalaufwandsquote	8,33%	7,77%	7,68%	8,43%
Abschreibungsquote	8,93%	7,93%	8,30%	8,59%
Umsatz je Beschäftigten in €	837.110,29	837.882,35	891.541,35	919.359,38
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	0,00	0,00	0,00	0,00

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.795	2,28	1.399	1,79	1.059	1,28	971	1,02
Sachanlagen	46.455	59,06	47.796	61,28	40.472	48,74	42.519	44,86
Finanzanlagen	9.660	12,28	8.307	10,65	8.220	9,90	8.430	8,90
Anlagevermögen	57.910	74	57.502	74	49.751	60	51.920	55
Vorräte	1.025	1,30	1.645	2,11	2.232	2,69	2.376	2,51
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.471	20,94	13.892	17,81	23.659	28,49	17.648	18,62
Flüssige Mittel	3.101	3,94	4.794	6,15	7.241	8,72	22.340	23,57
Umlaufvermögen	20.597	26,19	20.331	26,07	33.132	39,90	42.364	44,70
Rechnungsabgrenzungsposten	151	0,19	162	0,21	151	0,18	181	0,19
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	307	0,32
Aktiva	78.658	100,00	77.995	100,00	83.034	100,00	94.772	100,00
Gezeichnetes Kapital	15.000	19,07	15.000	19,23	15.000	18,06	15.000	15,83
Kapitalrücklage	16.178	20,57	16.178	20,74	16.178	19,48	16.178	17,07
Gewinnrücklage	12.256	15,58	12.256	15,71	12.256	14,76	12.256	12,93
Verlust-/Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anteile anderer Gesellschafter	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	43.434	55,22	43.434	55,69	43.434	52,31	43.434	45,83
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	1.183	1,50	1.647	2,11	2.194	2,64	2.834	2,99
Rückstellungen	21.885	27,82	20.552	26,35	21.860	26,33	34.518	36,42
Verbindlichkeiten	12.155	15,45	12.361	15,85	15.545	18,72	13.986	14,76
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,00	1	0,00	1	0,00	0	0,00
Passiva	78.658	100,00	77.995	100,00	83.034	100,00	94.772	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	113.847	113.952	118.575	117.678
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	404	407	292	376
Sonstige betriebliche Erträge	6.688	11.020	3.702	2.385
Erträge	120.939	125.379	122.569	120.439
Materialaufwand	-87.499	-90.572	-88.178	-89.667
Personalaufwand	-10.074	-9.743	-9.413	-10.158
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.169	-4.561	-4.128	-4.459
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.126	-10.647	-13.644	-9.165
Aufwendungen	-112.868	-115.523	-115.363	-113.449
Finanzergebnis	391	-1.798	-423	-53
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.462	8.058	6.783	6.937
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuerumlagen	-3.433	-3.035	-2.336	-3.424
Sonstige Steuern	-130	-102	-116	-141
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	-4.899	-4.921	-4.331	-3.372
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	0	0	0	0

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

keine Verflechtungen

Beschäftigtenzahlen

	2016	2015	2014	2013
zum Bilanzstichtag	136	136	133	128

Ausblick

Im 1. Quartal 2017 entwickelte sich die Geschäftstätigkeit der EWR leicht unter Plan. So liegt der Gasabsatz aufgrund der milden Temperaturen des ersten Quartals (nichtfinanzieller Leistungsindikator) unter Plan.

Für das Geschäftsjahr 2017 sind Investitionen in Sachanlagen von insgesamt 10,1 Mio. € und 5,9 Mio. € in Finanzanlagen vorgesehen. Investitionsschwerpunkte werden neben dem weiteren Ausbau und der Erneuerung der Leitungsnetze der Ausbau der regenerativen Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen, die Installation von modernen Heizungsanlagen in Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Blockheizkraftwerken in größeren Objekten im Rahmen des Wärmecontractings, der Kauf von Grundstücken in den Wasserschutzgebieten, der Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie umfangreiche Investitionen in die Neuanschaffung von Standardsoftware und IT-Hardware sein.

Im Finanzanlagevermögen werden weitere Einlagen in die Beteiligungsgesellschaften Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG und der Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG zum Ausbau des Geschäftsfeldes Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu leisten sein.

Im Einzelnen verteilt sich das Investitionsvolumen auf die Geschäftsfelder wie folgt:

	Mio. €
Stromversorgung	5,1
Erdgasversorgung	0,3
Trinkwasserversorgung	0,5
Wärmeversorgung	1,2
Gemeinsame Anlagen	2,3
Telekommunikation	0,5
Messstellenbetrieb	0,2
Finanzanlagen	5,9

Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem geringeren Ergebnis nach Steuern (finanzieller Leistungsindikator) von dann 3,8 Mio. € gerechnet. Im Mittelfristzeitraum wird mit Ergebnissen gerechnet, die sich auf einem ähnlich zufriedenstellenden Niveau bewegen. Im Vorjahreslagebericht wurde für 2016 mit einem niedrigeren Ergebnis nach Steuern gerechnet als tatsächlich erzielt wurde. Der Prognosewert wurde aufgrund von Mehrergebnissen aus dem Gasvertrieb sowie dem Trinkwasserabsatz um 1,1 Mio. € übertroffen.

Die Basis für den Privatkundenvertrieb soll auch in 2017 durch das Angebot neuer Produkte, insbesondere Energielieferprodukte mit Preisgarantien und Contracting von Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung weiter gefestigt werden. Kundenbindung für den Kundstamm der EWR in Rheine soll durch die weiter transparente und faire Produkt- und Preispolitik erreicht werden. Der erfolgte Abschluss neuer marktbasierter Gasbezugsverträge bis Ende 2020 schafft dazu gute Voraussetzungen. Der Vertrieb im regionalen Umfeld von Rheine

durch Direktvertrieb wird weiter fortgesetzt, um den Kundenstamm weiter auszubauen. Die Digitalisierung von Vertriebs- und Serviceprozessen für die Kunden der EWR wird mit dem Aufbau eines Kundenportals verbessert werden.

Insgesamt wird der Festigung der bestehenden Aufgabenbereiche der Energiebeschaffung und des -vertriebs eine entscheidende Bedeutung zur Sicherung der Werthaltigkeit des Geschäftes zukommen. Insbesondere sind hier die Prozesse des Risikomanagements weiterhin konsequent einzuhalten. Auch einem stringenten Forderungswesen kommt zur Sicherung der Erträge eine zunehmend größere Bedeutung zu.

Im Bereich des Netzbetriebs steht die Erneuerung von Netzstrecken im Mittelpunkt der Arbeiten des Jahres 2017.

Außerdem ist für das Stromnetz die Kostendatendarlegung zur Neubestimmung der Erlösobergrenzen für die nächste Regulierungsperiode vorzubereiten.

In der Trinkwasserversorgung steht das Thema Sicherung der Grundwasserqualität weiter im Mittelpunkt. Im Bereich des Energiedatenmanagements und des Zählerwesens liegt der Schwerpunkt auf der Festigung der Betriebsprozesse und der Vorbereitung auf den vom Gesetzgeber vorgegebenen Rollout der intelligenten Zähler. Auch in 2017 führt die EWR die in den letzten Jahren über die arbeitsplatzbezogene Fortbildung hinaus durchgeführte Mitarbeiterqualifikation fort.

3.3. Rheiner Bäder GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Rheiner Bäder GmbH
Hafenbahn 10
48431 Rheine
Telefon: (0 59 71) 45-0

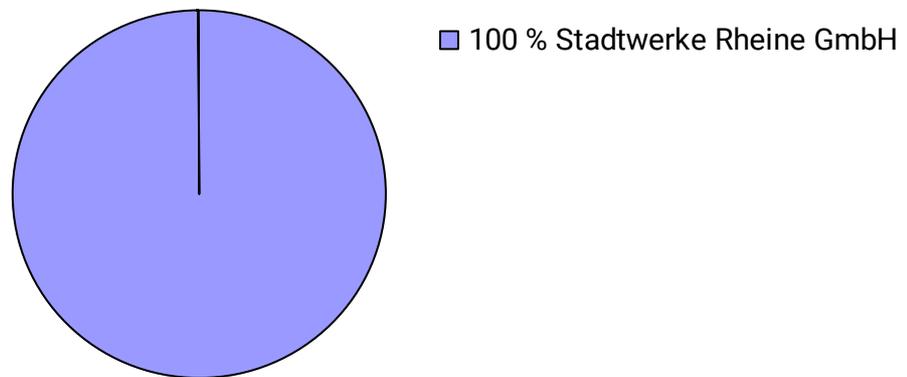
Handelsregister: Amtsgericht Steinfurt, HRB 4382

Gründungsjahr: 1995

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Stammkapital: 150.000,00 €

Gesellschafter:



Gegenstand des Unternehmens

Errichtung und Betrieb von Bädern

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Dipl.-Volkswirt Dr. Ralf Schulte-de Groot

Aufsichtsrat:

stimmberechtigte Mitglieder:

Bürgermeister(in),

11 Ratsmitglieder,

4 sachkundige Bürger,

3 Arbeitnehmervertreter/innen

beratende Mitglieder:

2 Betriebsratsmitglieder

Stadtkämmerer

Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführer der Stadtwerke Rheine GmbH

Lagebericht der Geschäftsleitung

Die Rheiner Bäder GmbH betreibt öffentliche Schwimmbäder. Der Zweck nach § 2 des Gesellschaftsvertrages „Gegenstand des Unternehmens“ wurde nachhaltig erfüllt.

Geschäftsentwicklung 2016

Die Entwicklung der Rheiner Bäder GmbH führte im abgelaufenen Geschäftsjahr mit -2.076 T€ zu einem um 93 T€ besseren Ergebnis als im Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür waren im Wesentlichen um 33 T€ höhere Umsatzerlöse - insbesondere aus Badbenutzung und Nebengeschäften - sowie ein um 72 T€ geringerer Materialaufwand - insbesondere bedingt durch einen geringeren Wasser-, Energie- sowie Instandhaltungsbedarf. Den um 102 T€ geringeren sonstigen Aufwendungen standen in Höhe von 92 T€ geringere sonstige Erträge gegenüber. In diesen Positionen war neben den Erfolgsauswirkungen durch den mit der SWR geschlossenen Schuldbeitritt auch die um 62 T€ geringere Konzernumlage ursächlich.

Die SWR GmbH hat einen Schuldbeitritt mit Erfüllungsübernahme für langfristige Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und Altersteilzeit der RBG erklärt. Nach dem Schuldbeitritt sind somit die Rückstellungen nicht mehr durch die RBG, sondern durch die SWR zu bilanzieren. Die RBG hat im Rahmen des Schuldbeitritts in 2014 eine Ausgleichszahlung in entsprechender Höhe an die SWR geleistet.

Aufgrund des Schuldbeitritts hat die RBG Ausgleichsansprüche von 45 T€ vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen werden. Die Aufwendungen aus dem Schuldbeitritt betragen im Berichtsjahr 28 T€.

Mit dem Betrieb von zwei Hallenbädern und einem Freibad wird ein Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge für die Bürger in Rheine geleistet. In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Situation der Rheiner Bäder GmbH unbefriedigend, da die Deckung der Betriebskosten (vor Kapitalkosten) wie in den meisten öffentlichen Schwimmbädern nicht möglich ist.

Die Erträge aus Badbenutzung stiegen im Berichtsjahr um 4,1 % bzw. 21 T€. Insgesamt gingen die Besucherzahlen um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Der Rückgang war durch geringere Besucherzahlen im Teilbereich „Schulschwimmen“ verursacht, was sich wegen der Abrechnung nach Nutzungsstunden finanziell nicht auswirkt. Im allgemeinen Badebetrieb lagen die Besucherzahlen um 1,7 % über denen des Vorjahres. Die überproportional gestiegenen Erlöse resultieren aus dem verstärkten Ticketverkauf zum Jahresende im Hinblick auf die Preiserhöhung zum 1. Januar 2017. Höhere Erlöse wurden ebenfalls aus den Nebengeschäften, insbesondere aus dem Absatz an dem Kiosk im Freibad vereinnahmt (+5 T€).

Die Entwicklung der zahlenden Besucher im Einzelnen:

Hallenbad Rheine	126.597	- 4,7 %
Hallenbad Mesum	83.698	- 9,1 %
Freibad Rheine	59.849	+ 16,2 %
Gesamt	270.144	- 2,3 %

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen wirkten im Vorjahr enthaltene höhere sonstige Erträge aus Erstattungen aus dem Schuldbeitritt (83 T€) gegenläufig. Insgesamt lagen die betrieblichen Erträge um 60 T€ unter denen des Vorjahres.

Der Aufwand für Material und Fremdleistungen verringerte sich um 72 T€ gegenüber 2015. Ausschlaggebend hierfür waren im Wesentlichen geringere Aufwendungen für Ersatzteile, Reparaturen sowie Preisrückgänge bei den Energielieferungen.

Der Personalaufwand stieg um 36 T€. Ausschlaggebend waren hier der um eine Person durchschnittlich höhere Personalstand sowie eine Tarifierhöhung von 2,4 % zum 1. Dezember 2015, die sich im Berichtsjahr erstmalig ganzjährig ausgewirkt hat.

Die Abschreibungen lagen mit 144 T€ auf dem Niveau des Vorjahres.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich folgende Entwicklungen ergeben: Die Aufwendungen für Verwaltungskosten des Konzerns sind um 62 T€ zurückgegangen. Bei den Rechts- und Beratungskosten hat sich ein Rückgang von 20 T€ eingestellt. Hingegen sind die Aufwendungen für Leasing von Anlagegegenständen um 7 T€ sowie für Aus- und Weiterbildung um 14 T€ gestiegen.

Das Finanzergebnis der RBG liegt mit -63 T€ um 2 T€ über dem des Vorjahres, im Wesentlichen beeinflusst durch geringere Zinsaufwendungen aus Darlehenszinsen. Zinserträge aus Konzernverrechnungskonten wurden aufgrund des niedrigen Zinsniveaus nicht mehr vereinnahmt.

Eine umfassende Analyse der Leistungsindikatoren erübrigt sich aufgrund der aufgabenbedingten Verluste der RBG und des Beherrschungsvertrags mit der Stadtwerke Rheine GmbH. Der Verlust pro Badegast betrug im Berichtsjahr 7,21 € (Vorjahr 7,39 €). Der Verlust der RBG GmbH vor Zinsen und Abschreibungen beträgt 1,87 Mio. €.

Investitionen 2016

Im Jahr 2016 wurden Erneuerungsinvestitionen in das Sachanlagevermögen im Umfang von 26 T€ vorgenommen. Dabei waren neben Betriebs- und Geschäftsausstattung neue Wertfachschränke in den Hallenbädern, die Videoüberwachung im Hallenbad Rheine sowie die Mess- und Regelanlage im Hallenbad Mesum Investitionsschwerpunkte.

Risikomanagement

Das bei der Stadtwerke-Rheine-Gruppe installierte Risikomanagementsystem wurde auch im Jahr 2016 auf die Rheiner Bäder GmbH angewendet. In der durchgeführten Risikoausschusssitzung wurden für die RBG neben dem allgemeinen Investitionsrisiko insbesondere Unfallrisiken für Badegäste und die weitere Verschärfung der Hygienevorschriften identifiziert. Dem wird weiterhin mit einer permanenten Beckenaufsicht durch Fachkräfte (Meister bzw. Fachangestellte für Bäderbetriebe), ständiger Weiterbildung der Schwimmmeister in der Unfallrettung und einer überdurchschnittlichen Rettungsausstattung (Defibrillatoren) begegnet. Die Wasseraufbereitung in allen drei Bädern entspricht auf Grund entsprechender Umrüstungsmaßnahmen in vollem Umfang der vor einigen Jahren verschärften DIN-Richtlinien. Die Gebäudesubstanz aller Bäder wird turnusmäßig im 5-Jahres-Rhythmus, zuletzt 2012, in statischer Hinsicht überprüft.

Kennzahlen

Umsatzerlöse/Besucher:

	2016			2015			2014			2013		
	T€	Personen	f-erlös je Besucher									
Hallenbad Rheine	233	126.597	1,84 €	232	132.903	1,75 €	228	131.293	1,74 €	226	132.122	1,71 €
freier Eintritt		4.814			5.012			4.666			4.704	
Hallenbad Mesum	176	83.698	2,10 €	175	92.041	1,90 €	175	93.340	1,87 €	175	92.253	1,90 €
freier Eintritt		5.976			6.067			6.317			6.353	
Freibad Rheine	125	59.849	2,09 €	106	51.507	2,06 €	107	50.625	2,11 €	130	61.466	2,11 €
freier Eintritt		6.970			6.082			5.878			7.198	
Gesamt (nur Eintritt) Rheiner Bäder GmbH	534	287.904	1,85 €	513	293.612	1,75 €	510	292.119	1,75 €	531	304.096	1,75 €
		17.760			17.161			16.861			18.255	

allgemeine Kennzahlen

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	62,84%	59,65%	60,59%	52,74%
Fremdkapitalquote	37,16%	38,74%	37,47%	33,65%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	118,40%	113,34%	109,22%	106,80%
Anlageintensität	53,07%	52,63%	55,47%	49,38%
Kassenmittelintensität	1,21%	0,84%	0,70%	0,69%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Gesamtkapitalrentabilität	1,27%	1,24%	1,24%	1,37%
Materialaufwandsquote	115,57%	116,07%	127,10%	112,01%
Personalaufwandsquote	170,71%	152,70%	174,30%	169,40%
Abschreibungsquote	5,45%	5,18%	4,82%	4,71%
Umsatz je Beschäftigten in €	18.812,50	18.354,84	17.090,91	19.129,03
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	0,00	0,00	0,00	0,00

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	2.631	52,87	2.749	52,44	2.852	55,26	2.923	49,30
Finanzanlagen	10	0,20	10	0,19	11	0,21	5	0,08
Anlagevermögen	2.641	53,07	2.759	52,63	2.863	55,47	2.928	49,38
Vorräte	13	0,26	15	0,29	15	0,29	16	0,27
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.262	45,46	2.424	46,24	2.247	43,54	2.944	49,65
Flüssige Mittel	60	1,21	44	0,84	36	0,70	41	0,69
Umlaufvermögen	2.335	46,93	2.483	47,37	2.298	44,53	3.001	50,62
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	4.976	100,00	5.242	100,00	5.161	100,00	5.929	100,00

Gezeichnetes Kapital	150	3,01	150	2,86	150	2,91	150	2,53
Kapitalrücklage	2.975	59,79	2.975	56,75	2.975	57,64	2.975	50,18
Gewinnrücklage	2	0,04	2	0,04	2	0,04	2	0,03
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlust-/Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anteile anderer Gesellschafter	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	3.127	62,84	3.127	59,65	3.127	60,59	3.127	52,74
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	81	1,63	84	1,60	100	1,94	807	13,61
Verbindlichkeiten	1.768	35,53	2.031	38,74	1.934	37,47	1.995	33,65
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	4.976	100,00	5.242	100,00	5.161	100,00	5.929	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	602	569	564	593
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	98	190	78	90
Erträge	700	759	642	683
Materialaufwand	-809	-881	-816	-765
Personalaufwand	-1.195	-1.159	-1.119	-1.157
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	-144	-143	-138	-138
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-534	-636	-426	-433
Aufwendungen	-2.682	-2.819	-2.499	-2.493
Finanzergebnis	-63	-65	-64	-81
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.045	-2.125	-1.921	-1.891
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
Sonstige Steuern	-31	-44	-25	-25
Erträge aus Verlustübernahme	2.076	2.169	1.946	1.916
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	0	0	0	0

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

es bestehen keine Verflechtungen

Beschäftigtenzahlen

	2016	2015	2014	2013
durchschnittlich	32	31	33	31

Ausblick

Die RBG entwickelte sich im 1. Quartal 2016 weitestgehend planmäßig. Für die Folgejahre werden wieder geringere Verluste erwartet. Für das Jahr 2017 wird ein Verlust von -1,977 Mio. € und für das Jahr 2018 ein Verlust von -1,955 Mio. € prognostiziert.

Die im Jahr 2010 auch im Rahmen der Neufassung des Strategiebuches der Stadtwerke Rheine-Gruppe begonnene Diskussion zur Neuausrichtung der Rheiner Bäderlandschaft hat zu einer Grundsatzentscheidung zur Form des Weiterbetriebes der Rheiner Bäder geführt. In 2011 wurden erste Konzepte zur Neuausrichtung des Bäderbetriebs in Rheine vorgestellt. Die Konzeption soll im Jahr 2017 weiter konkretisiert werden. Eine Bedarfsanalyse der Stadt Rheine liegt vor und ist Grundlage einer Detailplanung zur Umsetzung des neuen Bäderkonzepts. Die notwendigen Machbarkeitsstudien für verschiedene Alternativen werden derzeit erstellt.

Für die Entwicklung der Rheiner Bäder GmbH sehen wir neben den im Risikomanagementsystem dokumentierten Risiken, die wir durch Versicherungen und Sanierungen abgedeckt haben, in den nächsten Jahren keine größeren wirtschaftlichen Risiken. Die unternehmerischen Möglichkeiten, den operativen Verlust der Rheiner Bäder in den nächsten Jahren über eine entsprechende Preisgestaltung nicht weiter ansteigen zu lassen, sind stark begrenzt. Eine leichte Preiserhöhung wurde zum 01.01.2017 vorgenommen. Deutliche Preisanhebungen würden vermutlich insbesondere bei den nicht mehr zeitgemäßen Hallenbädern überkompensierende gegenläufige Kundenbewegungen auslösen. Für das Jahr 2017 sind Investitionen in Höhe von 37 T€ vorgesehen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Lage der Gesellschaft haben, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

3.4. Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
Hafenbahn 10
48431 Rheine
Telefon: (0 59 71) 45-0

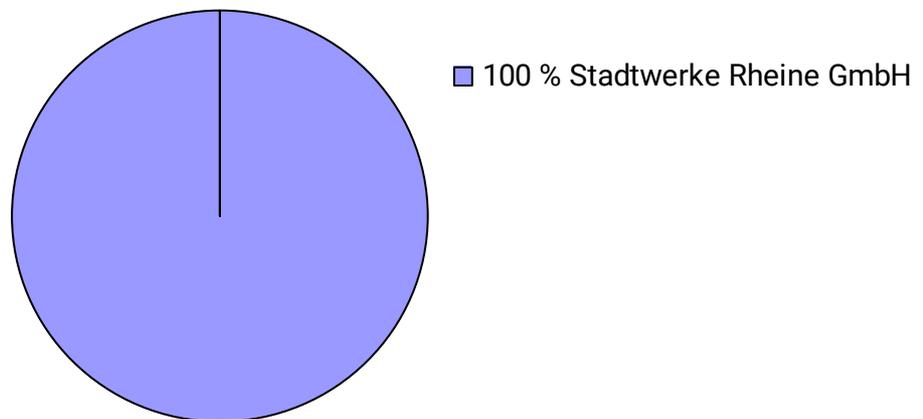
Handelsregister: Amtsgericht Steinfurt, HRB 3844

Gründungsjahr: 1984

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Stammkapital: 30.000,00 €

Gesellschafter:



Gegenstand des Unternehmens

Öffentlicher Personennahverkehr und Bewirtschaftung des ruhenden Verkehrs in Rheine.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Dipl.-Volkswirt Dr. Ralf Schulte-de Groot

Aufsichtsrat:

stimmberechtigte Mitglieder:

Bürgermeister(in),

11 Ratsmitglieder,

4 sachkundige Bürger,

3 Arbeitnehmervertreter/innen

beratende Mitglieder:

2 Betriebsratsmitglieder

Stadtkämmerer

Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführer der Stadtwerke Rheine GmbH

Lagebericht der Geschäftsleitung

Die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH betreibt den öffentlichen Personennahverkehr und die Bewirtschaftung des ruhenden Verkehrs. Der Zweck nach § 2 des Gesellschaftsvertrages „Gegenstand des Unternehmens“ wurde nachhaltig erfüllt.

Für das Geschäftsjahr 2016 kann festgestellt werden, dass die öffentliche Zwecksetzung im Sinne der §§ 107 ff. Gemeindeordnung NRW und die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung durch die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH erfüllt wurde.

Geschäftsentwicklung 2016

Die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH weist im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 mit -2.158 T€ einen um 299 T€ geringeren Verlust aus als im Vorjahr.

Diese Ergebnisverbesserung ergibt sich im Wesentlichen aus den um 269 T€ höheren betrieblichen Erträgen aufgrund der Neueröffnung des Parkhauses „Emsgalerie“ im September 2016. Zusätzlich verringerte sich der betriebliche Aufwand um 49 T€. Hier insbesondere im Bereich Parkraumbewirtschaftung durch geringeren Sanierungsaufwand für die Tiefgarage „Thie“. Gegenläufig wirkten die erstmalig angefallenen Mietzahlungen für das neue Parkhaus „Emsgalerie“ und eine höhere Konzernumlage. Das Finanzergebnis verbesserte sich um 3 T€ beeinflusst durch geringere Zinsbelastungen.

Die Umsatzerlöse aus dem ÖPNV fielen mit insgesamt 3.139 T€ um 47 T€ geringer aus als im Vorjahr, welches im Wesentlichen auf deutlich geringere Ausgleichszahlungen für die Schulwegjahreskarten (-114 T€) und geringere Zuschüsse für die Ausbildungsverkehre (§ 11 a ÖPNVG) (-84 T€) zurückzuführen ist. Gegenläufig stiegen unter anderem die Umsatzerlöse aus Abo-Karten (+151 T€) und es ergab sich ein Nachtrag bei den Zuschusszahlungen für SGB IX Mittel aus 2015 (+45 T€).

Die Erträge aus der Parkraumbewirtschaftung bewegen sich mit 1.950 T€ deutlich über dem Niveau des Vorjahres (+323 T€). Wesentliche Umsatztreiber waren die Erlöse aus Kurzparkertickets (+ 280 T€) aufgrund des neuen Parkhauses „Emsgalerie“ (+246 T€), gestiegene Einnahmen in den bestehenden Parkhäusern begründet durch längere Parkzeiten (+67 T€) und gegenläufig geringere Einnahmen im Parkhaus „Am Bahnhof“ (-32 T€) Die Einnahmen aus Dauerparkverträgen lagen mit 373 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (- 6 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen um 282 T€ unter denen des Vorjahres und betragen 342 T€. Der Rückgang resultiert aus der Umgliederung der sonstigen Erlöse aus Nebengeschäften in die Umsatzerlöse durch das BiIRUG.

Mit 3.180.200 Fahrgästen (nichtfinanzieller Leistungsindikator) in 2016 wurden insgesamt 5,7 % mehr Passagiere befördert als im Vorjahr. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus einer erhöhten Zahl von Abo-Kunden aufgrund der Einführung des Sozialtickets zum März 2016. Weiterhin ist festzuhalten, dass die Tarifgemeinschaft Münsterland die Beförderungstarife im Berichtsjahr erhöht hat.

Im Bereich der Parkraumbewirtschaftung hat sich die Anzahl der Stellplätze von 2.019 um 464 auf 2.483 Stellplätze (nicht-finanzieller Leistungsindikator) durch das neue Parkhaus „Emsgalerie“ erhöht.

Die betrieblichen Aufwendungen der VSR lagen mit 7.447 T€ um 26 T€ unter den Aufwendungen des Vorjahres.

Die Materialaufwendungen in Höhe von 5.251 T€ werden maßgeblich durch die bezogenen Leistungen von 5.040 T€ bestimmt. Für Fahrdienstleistungen des Linienverkehrs und des Schülerspezialverkehrs ergaben sich um 79 T€ höhere Aufwendungen. Hier wirkte sich die Anhebung des Stundenverrechnungssatzes aufwandserhöhend und die rückläufigen Sonderfahrten aufwandsmindernd aus.

Die im Vorjahresvergleich geringeren Sanierungsaufwendungen (insbesondere für die Tiefgarage „Thie“) konnten die Mehraufwendungen für die erstmalig zu entrichtende Pacht für das Parkhaus „Emsgalerie“ mehr als ausgleichen, was im Bereich der Parkraumbewirtschaftung zu geringeren Aufwendungen von 112 T€ führte.

Die Personalaufwendungen lagen mit 577 T€ in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Im Berichtsjahr haben sich die Tarifierhöhungen zum 1. Dezember 2015 von 2,4 % erstmals ganzjährig ausgewirkt. Auch der leicht geringe durchschnittliche Personalbestand war ursächlich dafür, dass sich die Effekte weitestgehend ausgeglichen haben.

Die Abschreibungen betragen 260 T€ und lagen damit aufgrund der Investitionstätigkeit um 26 T€ über dem Niveau des Vorjahres.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 1.285 T€ um 48 T€ niedriger als im Vorjahr. Im Bereich ÖPNV sank er um 74 T€ im Wesentlichen durch geringeren Aufwand bei den Drucksachen, Beratungskosten und Entschädigungen.

Im gemeinsamen Bereich gab es einen gegenläufigen Effekt durch einen höheren Aufwand aus dem Schuldbeitritt mit der SWR in Höhe von 9 T€.

Die Konzernumlage erhöhte sich über alle Bereiche um 17 T€.

Das Finanzergebnis liegt mit -142 T€ um 3 T€ unter dem des Vorjahres. Den rückläufigen Zinserträgen aus Konzernverrechnungen aufgrund des sinkenden Zinsniveaus standen geringere Aufwendungen aus Darlehenszinsen gegenüber.

Die sonstigen Steuern betragen 74 T€ und liegen damit auf dem Niveau des Vorjahres.

Zur dargestellten Ergebnisentwicklung trugen die beiden Geschäftsbereiche der VSR wie folgt bei:

Der Verlust im **ÖPNV** beträgt im Geschäftsjahr 2016 -1.429 T€ und liegt damit um 46 T€ über dem Vorjahresausweis.

Der Verlust der Sparte **Parkraumbewirtschaftung** beträgt -729 T€ und ist damit um 345 T€ geringer als in 2015.

Investitionen

In der VSR wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Investitionen von insgesamt 468 T€ getätigt. Investitionsschwerpunkte waren insbesondere im Bereich ÖPNV die Modernisierung diverser Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet (62 T€) und die Videoausstattung der Busse (16 T€). Im Bereich der Parkraumbewirtschaftung wurde das neue Parkhaus „Emsgalerie“ mit Kassen- und Schrankenanlagen etc. ausgestattet (229 T€), die Sprechstellen in der Tiefgarage „Stadthalle“, Parkhaus „Zentrum“ und Parkplatz „Klostergarten“ digitalisiert (11 T€) und zusätzliche Parkscheinautomaten installiert (15 T€).

Für die Investitionen in die Lichtsignalanlagen hat das Land NRW Kapitalzuschüsse in Höhe von 144 T€ gewährt.

Gesamtunternehmen

Die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH schließt das Geschäftsjahr 2016 insgesamt mit einem Verlust von 2.158 T€ ab, der gemäß des Beherrschungsvertrags von der Stadtwerke Rheine GmbH (SWR) ausgeglichen wird.

Eine umfassende Analyse der finanziellen Leistungsindikatoren erübrigt sich aufgrund der aufgabenbedingten Verluste der VSR und des Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrags mit der Stadtwerke Rheine GmbH. Der Verlust pro Fahrgast betrug im Berichtsjahr 0,45 € (Vorjahr 0,50 €), der operative Verlust pro Stellplatz betrug rd. 294 € (Vorjahr rd. 532 €).

Der Verlust vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern betrug 1.682 T€ (Vorjahr 2.004 T€).

Mit Schreiben vom 15.04.2016 an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat die Europäische Kommission -Generaldirektion Wettbewerb- mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, anhand einer Stichprobe zu prüfen, ob die im Bereich Verwaltung von Parkplätzen gewährten Einzelbeihilfen in den Jahren 2013 und 2014 im Einklang mit dem DAWI-Beschluss 2012/21/EU standen. Für diese Stichprobe wurde u. a. die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH ausgewählt. Die Stadt Rheine hat daraufhin eine Stellungnahme abgegeben und die geforderten Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Die Kommission hat mit Schreiben vom 28. Oktober 2016 der Stadt Rheine aufgegeben, die bestehende Betrauung der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH (VSR) mit der Bewirtschaftung von Parkraum um einen Rückforderungsmechanismus zu ergänzen. Im Antwortschreiben der Bundesregierung wurde der Kommission die Absicht mitgeteilt, dies bis Ende März 2017 zu erledigen, sofern es zu keinen Verzögerungen im Abstimmungsprozess kommt. Eine Formulierung für einen Rückforderungsmechanismus wurde erarbeitet, welche die Anforderungen des EU-Beihilferechts mit denen des steuerlichen Querverbands in Einklang bringen soll. Diese Abstimmung dauert derzeit noch an.

Risikomanagement

Das bei der Stadtwerke-Rheine-Gruppe installierte Risikomanagementsystem wurde auch auf die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH angewendet. In den jährlich durchgeführten Risikoausschusssitzungen wurden für die VSR insbesondere die Risiken von Personenschäden bei Fahrgasttransporten und aus der Nutzung von Stellplatzanlagen ermittelt. Es wird dem weiterhin mit einer regelmäßigen Begehung der Einrichtungen zur Ermittlung und Beseitigung von Gefahrenquellen, Schulungen und Anweisungen zum Verhalten des VSR-Personals sowie einem umfassenden Versicherungsschutz begegnet.

Daneben wurden vor allem Kostenrisiken identifiziert, denen im Bereich der Parkraumbewirtschaftung mit einem vorbeugenden Instandhaltungsmanagement begegnet werden soll.

Kennzahlen

Entwicklung der Nutzerzahlen:

	2016	2015	2014	2013
Personennahverkehr				
Anzahl Personen	3.180.200	3.008.400	2.831.900	2.861.400
Veränderung zum Vorjahr in %	5,71%	6,23%	-1,03%	2,18%
Parkraumbewirtschaftung				
Anzahl Parkplätze	2.483	2.019	2.019	2.069
Veränderung zum Vorjahr in %	22,98%	0,00%	-2,42%	0,00%

Ertrags- und Aufwandsbeurteilung:

	2016		2015		2014		2013	
	T€	€/beförderte Person	T€	€/beförderte Person	T€	€/beförderte Person	T€	€/beförderte Person
Personennahverkehr								
Erlöse	3.066	0,96	3.083	1,02	3.023	1,07	3.373	1,18
Materialaufwand	4.210	1,32	4.131	1,37	3.907	1,38	3.729	1,30
sonstige Aufwendungen/Erträge	285	0,09	335	0,11	328	0,12	573	0,20
Zwischenergebnis/Verlust	-1.429	-0,45	-1.383	-0,46	-1.212	-0,43	-929	-0,32
neutrales Ergebnis	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,00
Jahresverlust	-1.429	-0,45	-1.383	-0,46	-1.212	-0,43	-932	-0,33

	2016		2015		2014		2013	
	T€	€/Parkplatz	T€	€/Parkplatz	T€	€/Parkplatz	T€	€/Parkplatz
Parkraumbewirtschaftung								
Erlöse	1.729	696,34	1.455	720,65	1.225	606,74	1.230	594,49
Materialaufwand	1.040	418,85	1.120	554,73	1.096	542,84	853	412,28
sonstige Aufwendungen/Erträge	1.418	571,08	1.409	697,87	1.107	548,29	776	375,06
Zwischenergebnis/Verlust	-729	-293,60	-1.074	-532	-978	-484	-399	-193
neutrales Ergebnis	0	0,00	0	0,00	-247	-122,34	580	280,33
Jahresverlust	-729	-293,60	-1.074	-531,95	-731	-362,06	-979	-473,18

allgemeine Kennzahlen:

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	16,06%	15,75%	15,95%	13,65%
Fremdkapitalquote	83,94%	84,25%	84,05%	86,35%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	29,87%	30,58%	33,06%	32,28%
Anlageintensität	53,79%	51,50%	48,25%	42,28%
Kassenmittelintensität	2,06%	2,21%	3,45%	1,60%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Gesamtkapitalrentabilität	2,84%	2,84%	2,96%	2,66%
Materialaufwandsquote	96,69%	101,74%	93,81%	85,01%
Personalaufwandsquote	10,62%	11,24%	10,18%	10,28%
Abschreibungsquote	9,66%	8,90%	8,02%	7,39%
Umsatz je Beschäftigten in €	565.444,44	453.800,00	424.800,00	460.300,00
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	0,00	0,00	0,00	0,00

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	211	4,22	10	0,20	16	0,32	5	0,08
Sachanlagen	2.480	49,55	2.619	51,30	2.416	47,94	2.486	42,19
Finanzanlagen	1	0,02	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	2.692	53,79	2.629	51,50	2.432	48,25	2.491	42,28
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.210	44,16	2.363	46,29	2.434	48,29	3.307	56,13
Flüssige Mittel	103	2,06	113	2,21	174	3,45	94	1,60
Umlaufvermögen	2.313	46,21	2.476	48,50	2.608	51,75	3.401	57,72
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	5.005	56,27	5.105	57,39	5.040	56,66	5.892	66,24
Gezeichnetes Kapital	30	0,60	30	0,59	30	0,60	30	0,51
Kapitalrücklage	763	15,24	763	14,95	763	15,14	763	12,95
Gewinnrücklage	11	0,22	11	0,22	11	0,22	11	0,19
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlust-/Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anteile anderer Gesellschafter	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	804	16,06	804	15,75	804	15,95	804	13,65
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	96	1,92	46	0,90	54	1,07	495	8,40
Verbindlichkeiten	4.105	82,02	4.255	83,35	4.182	82,98	4.593	77,95
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	5.005	100,00	5.105	100,00	5.040	100,00	5.892	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	5.089	4.538	4.248	4.603
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	342	624	1.085	787
Erträge	5.431	5.162	5.333	5.390
Materialaufwand	-5.251	-5.252	-5.003	-4.582
Personalaufwand	-577	-580	-543	-554
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-260	-234	-195	-184
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.285	-1.334	-1.328	-1.767
Aufwendungen	-7.373	-7.400	-7.069	-7.087
Finanzergebnis	-142	-145	-149	-157
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.084	-2.383	-1.885	-1.854
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	-74	-74	-58	-57
Erträge aus Verlustübernahme	2.158	2.457	1.943	1.911
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	0	0	0	0

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

es bestehen keine Verflechtungen

Beschäftigtenzahlen

	2016	2015	2014	2013
durchschnittlich	9	10	10	10

Ausblick

In der Parkraumbewirtschaftung zeichnet sich im 1. Quartal 2017 keine wesentliche Umsatzabweichung zu den Wirtschaftsplanannahmen ab. Trotz Schließung der Tiefgarage „Rathaus“ erreicht der Umsatz aufgrund des hohen Parkdrucks in der Innenstadt das geplante Niveau. Ab dem 01.03.2017 wurden die Parkpreise beim Parkplatz „Klostergarten“ nach Beschluss der Eigentümerversammlung in der ersten Stunde von 1,00 € auf 1,50 € angehoben. Daraus ergibt sich voraussichtlich eine Umsatzsteigerung von 80 T€, die vorerst ergebnisneutral ist, da unterstellt wird, dass der Mietaufwand in gleicher Höhe steigt. Für 2017 wird mit einem Anstieg der Einstellvorgänge aufgrund des erstmals ganzjährigen Betriebs des Parkhauses „Emsgalerie“ geplant.

Bei den Aufwendungen kommt es zu Mehraufwendungen von 100 T€ für das Brandschutzkonzept der Tiefgarage „Rathaus“; diese wurden bereits für das Geschäftsjahr 2016 eingeplant, werden jedoch erst in 2017 verwendet. Der Projektbeginn ist für das 2. Quartal 2017 vorgesehen. Beim Parkhaus „Emsgalerie“ wird mit 20 T€ zusätzlichen Aufwand gerechnet für zusätzliche Beschilderung, Gutachterkosten etc.

In der Parkraumbewirtschaftung wird der Verlust aus den vorgenannten Gründen voraussichtlich um 120 T€ höher ausfallen als im Wirtschaftsplan ausgewiesen und mit -618 T€ um 111 T€ geringer sein als in 2016.

Im Bereich ÖPNV ergibt sich ein höherer Umsatz durch Ausgleichszahlungen aus dem Verkehrsverbund VGM (+300 T€). Bei der Einführung des Westfalentarifs wird es voraussichtlich zu einer Streichung der 10er- und 30er-Tickets kommen, wobei eine Auswirkung auf das Fahrgastverhalten noch nicht abzusehen ist. Insgesamt wurde in 2017 mit 2,5 % höheren Fahrgastzahlen geplant, aufgrund der Einführung des neuen Sozialtickets.

Daher wird ein um 300 T€ geringerer Verlust im Bereich ÖPNV erwartet, als im Wirtschaftsplan prognostiziert.

Der Verlust 2017 der VSR verbessert sich aus vorgenannten Gründen um +180 T€ und liegt somit bei -1.864 T€.

Derzeit wird im Rat der Stadt Rheine die Frage diskutiert, ob die Aufgabenträgerschaft ÖPNV mit Auslauf der Betrauung zum 30.11.2019 weiterhin bei der Stadt Rheine verbleiben soll. Diese Entscheidung hat wesentlichen Einfluss auf das Fortbestehen des Geschäftsfeldes ÖPNV der VSR.

Geplante Investitionen

Für das Jahr 2017 sind Investitionen in Höhe von 454 T€ mit den Schwerpunkten weitere Modernisierung von Lichtsignalanlagen (160 T€), Mobilstation für Fahrradparkplätze (50 T€) und ein Parkleitsystem (50 T€) geplant.

3.5. RheiNet GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

RheiNet GmbH
Hafenbahn 10
48431 Rheine
Telefon: (0 59 71) 45-0

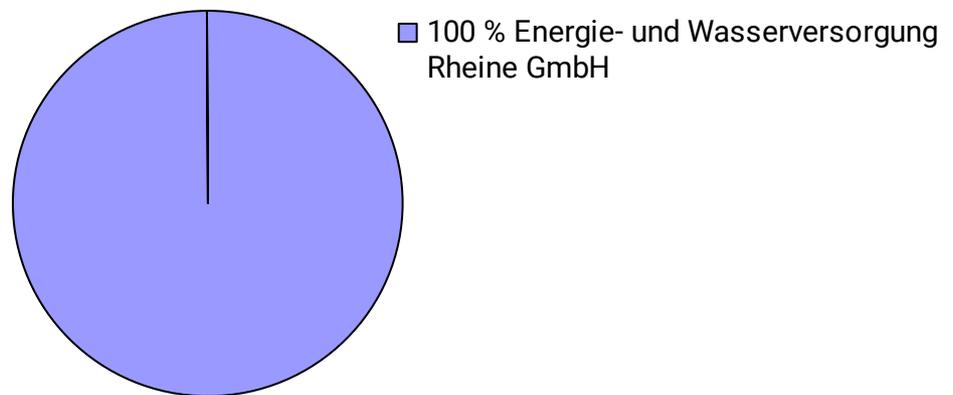
Handelsregister: Amtsgericht Steinfurt, HRB 4616

Gründungsjahr: 1999

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Stammkapital: 30.000,00 €

Gesellschafter:



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen mit allen damit zusammenhängenden technischen, wirtschaftlichen und personellen Leistungen und Diensten im Geschäftsbereich der Stadtwerke Rheine GmbH.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Dipl.-Volkswirt Dr. Ralf Schulte-de Groot

Aufsichtsrat:

stimmberechtigte Mitglieder:

Bürgermeister(in),

11 Ratsmitglieder,

4 sachkundige Bürger,

3 Arbeitnehmervertreter/innen

beratende Mitglieder:

2 Betriebsratsmitglieder

Stadtkämmerer

Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführer der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH

Lagebericht der Geschäftsleitung

Die RheiNet GmbH erbringt Telekommunikationsdienstleistungen mit allen damit zusammenhängenden technischen, wirtschaftlichen und personellen Leistungen und Diensten. Der Zweck nach § 2 des Gesellschaftsvertrages wurde nachhaltig erfüllt.

Geschäftsentwicklung 2016

Im Geschäftsjahr 2016 hat die RheiNet GmbH ihre Position am Markt weiter gut behaupten können und ein positives Ergebnis von 443 T€ (Vorjahr 257 T€) erwirtschaftet.

Eine wesentliche Grundlage zur weiteren positiven Geschäftsentwicklung wurde im Jahr 2014 mit dem Abschluss des Kooperationsvertrages zum Ausbau und der Vermarktung des Breitbandnetzes mit der EWE Tel GmbH gelegt. Danach baut die RheiNet das Breitbandnetz in weiten Teilen Rheines aus und stellt dieses der EWE Tel GmbH zur Nutzung zur Verfügung. Die Abrechnung der Nutzungsentgelte erfolgt nach einem Portpreismodell, welches die RheiNet an den Erlösen der Endkundenprodukte der EWE Tel GmbH beteiligt. Damit wurde die Grundlage für eine Partizipation der RheiNet an der Wertschöpfung der Datenübertragung im Kundensegment der Privatkunden gelegt. Konzernintern werden die Investitionen im Rahmen des Pachtmodells des gesamten TK-Netzes durch die EWR GmbH durchgeführt und abgerechnet. Der Schwerpunkt des Investitionsprogramms wurde in den Jahren 2014 und 2015 umgesetzt.

Die bisher beim Kooperationspartner EWE Tel GmbH eingegangenen Kundenaufträge liegen über den der Investitionsentscheidung zugrunde gelegten Planzahlen, so dass von einer weiteren positiven Entwicklung ausgegangen wird. Erste Erlöse aus der Kooperation konnten daher im Jahr 2015 vereinnahmt werden, die sich bereits im Jahr 2016 um 74 % erhöhten. Die Ertragslage der RheiNet wird durch dieses Kundensegment nachhaltig geprägt werden.

Im Geschäftsjahr 2016 konnten die Erlöse aus Datenübertragung um 11 T€ auf 387 T€ gesteigert werden, wozu insbesondere das weitere Wachstum im Kundensegment über 100-Mbit-Leistung beigetragen hat.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Erlöse aus den FTTH-Anbindungen in den erschlossenen FTTH-Gebieten, u. a. Gewerbegebiet „Jacksonring“, in Höhe von 40 T€ erzielt (+5 T€ gegenüber Vorjahr).

Erträge aus der Kooperation mit der EWE Tel GmbH zur Anbindung von Privatkunden konnten in Höhe von 196 T€ vereinnahmt werden (+83 T€ gegenüber 2015).

Die Erlöse aus Kabelvermietungen an Provider stiegen um 13 T€ auf jetzt 313 T€ gegenüber 300 T€ im Vorjahr.

Durch Vermietungen von Kupfer- und Glasfaserstrecken an Konzerngesellschaften wurden im Geschäftsjahr 2016 Erlöse von 560 T€ erwirtschaftet, die damit um 162 T€ höher als im Vorjahr lagen. Wesentlicher Grund des Anstiegs war die erforderliche Digitalisierung für den gesicherten und nachhaltigen Betrieb des intelligenten Stromnetzes der EWR.

Zusätzlich wurden in 2016 erstmalig Erlöse in Höhe von 62 T€ für die langfristige Vorhalteleistung von Glasfaserinfrastruktur der RheiNet für zukünftige digitale Anforderungen der EWR erzielt.

Die Vermietung der Telekommunikationsanlage an die Stadt Rheine trug mit 35 T€ wie im Vorjahr zu den Umsätzen bei. Aus Nebengeschäften und Provisionserträgen konnten 4 T€ vereinnahmt werden, was auf Höhe der Vorjahreserträge liegt.

An Miet- und Pachteinnahmen wurden unverändert 16 T€ aus der Vermietung von Technikstandorten vereinnahmt.

Insgesamt erzielte die RheiNet Erträge von 1.613 T€, was einem Anstieg von 26,3 % gegenüber dem Vorjahr entspricht (1.277 T€).

Auf Grundlage des abgeschlossenen Pachtvertrages über das gesamte TK-Netz der EWR betragen die von der RheiNet zu zahlenden Mieten und Pachten für das Jahr 2016 insgesamt 733 T€ (Vorjahr 641 T€). Auch die Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung der Infrastruktur der RheiNet stiegen gegenüber 2015 um 7 T€ auf jetzt 53 T€ an. Insgesamt betragen die Fremdleistungen 883 T€ gegenüber 765 T€ im Vorjahr.

Die Abschreibungen lagen aufgrund der Investitionstätigkeit im Rahmen des FTTC-Zugangs für Privatkunden mit 100 T€ deutlich über dem Vorjahresniveau von 80 T€ (+20 T€).

Die sonstigen Aufwendungen stiegen auf 187 T€ (+13 T€), im Wesentlichen aufgrund höherer verrechneter Verwaltungskosten des Geschafters (+11 T€).

Insgesamt erwirtschaftete die RheiNet im Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss von 443 T€ ein wiederum zufriedenstellendes Ergebnis.

Die gute Lage der Gesellschaft drückt sich auch in den für die RheiNet wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren aus. Für die RheiNet als Dienstleister, der überwiegend als Anbieter für Telekommunikationsdienstleistungen am Markt auftritt, ist die Entwicklung des Materialaufwands im Verhältnis zu den Umsatzerlösen von entscheidender Bedeutung. Diese lag im Jahr 2016 bei ca. 55 %, die Umsatzrendite beträgt ca. 27 %.

Investitionen 2016

Die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände betragen in 2016 insgesamt 73 T€ mit dem Schwerpunkt Anlagenkomponenten zur Datenübertragung im Rahmen des Breitbandausbaus.

Die Investitionstätigkeit in den weiteren Ausbau des Geschäftsfelds Datenübertragung konnte in 2016 aus eigenen Mitteln erwirtschaftet werden.

Risikomanagement

Das bei der Stadtwerke-Rheine-Gruppe installierte Risikomanagementsystem wurde auch auf die RheiNet angewendet. In der durchgeführten Risikoausschusssitzung wurden als wesentliche Risiken neben dem Investitionsrisiko eines weiter wachsenden Geschäftsfeldes vor allem betriebliche Störungs- und Ausfallrisiken der installierten Anlagenkomponenten ermittelt. Die RheiNet GmbH begegnet dem mit einer planmäßigen Beobachtung sowie einem installierten Störungsmanagement.

Kennzahlen

allgemeine Kennzahlen:

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	2,35%	4,42%	6,28%	10,03%
Fremdkapitalquote	92,83%	83,17%	71,03%	67,69%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	6,04%	5,78%	12,29%	23,53%
Anlageintensität	38,85%	76,54%	51,13%	42,62%
Kassenmittelintensität	51,63%	7,13%	23,21%	7,24%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Gesamtkapitalrentabilität	0,00%	0,12%	0,17%	0,28%
Materialaufwandsquote	54,74%	59,91%	58,13%	59,69%
Personalaufwandsquote	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Abschreibungsquote	16,78%	12,84%	11,95%	22,22%
Umsatz je Beschäftigten in €	*	*	*	*
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	*	*	*	*

*Die Gesellschaft hat keine eigenen Beschäftigten

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	30	1,96	30	3,69	30	5,24	31	8,64
Sachanlagen	566	36,90	593	72,85	263	45,90	122	33,98
Finanzanlagen		0,00		0,00		0,00		0,00
Anlagevermögen	596	38,85	623	76,54	293	51,13	153	42,62
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	140	9,13	126	15,48	139	24,26	171	47,63
Flüssige Mittel	792	51,63	58	7,13	133	23,21	26	7,24
Umlaufvermögen	932	60,76	184	22,60	272	47,47	197	54,87
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0,39	7	0,86	8	1,40	9	2,51
Aktiva	1.534	100,00	814	100,00	573	100,00	359	100,00
Gezeichnetes Kapital	30	1,96	30	3,69	30	5,24	30	8,36
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklage	6	0,39	6	0,74	6	1,05	6	1,67
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlust-/Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anteile anderer Gesellschafter	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	36	2,35	36	4,42	36	6,28	36	10,03
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	30	1,96	20	2,46	14	2,44	5	1,39
Verbindlichkeiten	1.394	90,87	657	80,71	393	68,59	238	66,30
Rechnungsabgrenzungsposten	74	4,82	101	12,41	130	22,69	80	22,28
Passiva	1.534	100,00	814	100,00	573	100,00	359	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€	2013 T€
Umsatzerlöse	1.612	1.260	1.077	960
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	1	17	5	0
Erträge	1.613	1.277	1.082	960
Materialaufwand	-883	-765	-629	-573
Personalaufwand	0	0	0	0
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-100	-80	-35	-34
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-187	-174	-149	-146
Aufwendungen	-1.170	-1.019	-813	-753
Finanzergebnis	0	-1	-1	-1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	443	257	268	206
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahme/abgeführte Gewinne	-443	-257	-268	-206
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	0	0	0	0

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

es bestehen keine Verflechtungen

Beschäftigtenzahlen

Die Gesellschaft verfügt im Berichtsjahr über kein eigenes Personal.

Ausblick

Die Chancen für die RheiNet GmbH liegen auch für die Zukunft in der Betätigung an einem weiter wachsenden Markt. So erwarten wir weitere Zuwachsraten in allen Marktsegmenten der Geschäftskunden, allerdings bei niedrigeren Preisen. Insbesondere die Vermietung von Leitungen an Provider und die Vermietung höherer Bandbreiten in der Datenübertragung versprechen weiterhin Ertragschancen. Daneben werden weitere Impulse aus der geplanten IP-Netzkopplung mit der EWE Tel GmbH und der Versatel GmbH erwartet.

Im Segment der Privatkunden werden durch den Ausbau des Breitbandnetzes und die Kooperation mit EWE Tel GmbH wachsende Erträge für die RheiNet GmbH erwirtschaftet. Die bisher erreichten Anschlussquoten der vier Ausbauphasen bestätigen die Markterwartungen.

Für die Jahre 2017 und 2018 wird mit weiter positiven Ergebnissen von 291 T€ bzw. 344 T€ gerechnet.

3.6. EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH
Heiliggeistplatz 2
48431 Rheine
Telefon: (0 59 71) 8 00 66-0

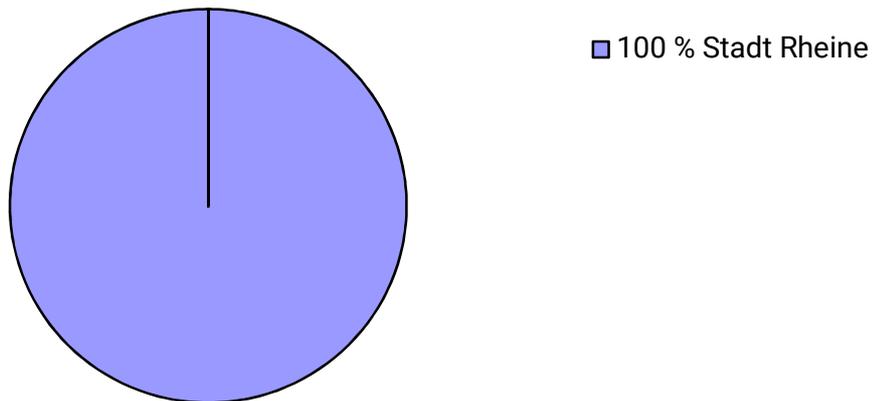
Handelsregister: Amtsgericht Steinfurt, HRB 4989

Gründungsjahr: 2003

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Stammkapital: 100.000,00 €

Gesellschafter:



Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft erbringt im Auftrag der Stadt Rheine Management- und Beratungsleistungen im Bereich der Wirtschaftsförderung, Liegenschafts-, Stadt- und Standortentwicklung sowie der Projektumsetzung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Bernhard Rieken	(bis zum 31.12.2007)
Jan Kuhlmann	(21.05.2007 - 30.04.2015)
Dr. Manfred Janssen	(ab 01.04.2008)

Aufsichtsrat:

Vorsitzender: Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister,
12 Ratsmitglieder,
2 sachkundige Bürger

Gesellschafterversammlung:

Bürgermeister

Lagebericht der Geschäftsleitung

Wirtschaftsbericht

Die EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH weist für das Geschäftsjahr 2016 einen Fehlbetrag in Höhe von 911.986,51 € aus. Dieser Verlust wurde durch Zahlungen der Stadt Rheine als alleinige Gesellschafterin in die Kapitalrücklage in Höhe von 1.194.193,00 € ausgeglichen.

Die GVZ Entwicklungsgesellschaft Rheine mbH wurde mit steuerlicher Wirkung zum 01. Januar 2008 auf die EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH verschmolzen. Die GVZ Entwicklungsgesellschaft Rheine mbH hat ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Ausschluss der Abwicklung auf die EWG Entwicklungsförderungsgesellschaft für Rheine mbH im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme verschmolzen.

Die Eintragung der Verschmelzung im Handelsregister erfolgte am 19. August 2008.

Die EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH führt die Geschäftstätigkeit der GVZ Entwicklungsgesellschaft Rheine mbH fort.

Kennzahlen

allgemeine Kennzahlen:

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	79,43%	72,14%	64,79%	53,35%
Fremdkapitalquote	20,57%	27,86%	35,21%	45,08%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	1.216,04%	962,50%	704,83%	538,22%
Anlageintensität	6,53%	7,50%	9,19%	9,91%
Kassenmittelintensität	38,32%	33,04%	25,41%	28,14%
Eigenkapitalrentabilität	-48,93%	-51,70%	-83,25%	-79,21%
Gesamtkapitalrentabilität	-39,86%	-38,48%	-55,96%	-46,12%
Materialaufwandsquote	0,00%	0,00%	-0,30%	-0,23%
Personalaufwandsquote	196,84%	177,93%	286,16%	252,62%
Abschreibungsquote	17,76%	16,89%	32,18%	30,16%
Umsatz je Beschäftigten in €	16.597,02	27.153,58	15.165,73	20.544,19
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	-53.646,27	-54.517,89	-74.692,34	-75.156,75

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	132,00	0,01	402,00	0,02	672,00	0,03	1.264,00	0,06
Sachanlagen	103.156,00	4,40	113.944,00	5,20	127.541,00	6,58	142.411,10	7,28
Finanzanlagen	50.000,00	2,13	50.000,00	2,28	50.000,00	2,58	50.255,65	2,57
Anlagevermögen	153.288,00	6,53	164.346,00	7,50	178.213,00	9,19	193.930,75	9,91
Vorräte	995.541,80	42,42	995.541,80	45,40	995.541,80	51,35	995.541,80	50,88
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	293.413,85	12,50	302.953,81	13,82	263.926,23	13,61	212.456,18	10,86
Flüssige Mittel	899.272,36	38,32	724.477,70	33,04	492.650,82	25,41	550.503,21	28,14
Umlaufvermögen	2.188.228,01	93,25	2.022.973,31	92,26	1.752.118,85	90,38	1.758.501,19	89,88
Rechnungsabgrenzungsposten	5.204,82	0,22	5.394,82	0,25	8.283,07	0,43	4.094,79	0,21
Aktiva	2.346.720,83	100,00	2.192.714,13	100,00	1.938.614,92	100,00	1.956.526,73	100,00
Gezeichnetes Kapital	100.000,00	4,26	100.000,00	4,56	100.000,00	5,16	100.000,00	5,11
Kapitalrücklage	2.676.026,05	114,03	2.299.601,39	104,87	2.201.791,16	113,58	1.770.493,40	90,49
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verlust-/Gewinnvortrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	-911.986,51	-38,86	-817.768,34	-37,29	-1.045.692,77	-53,94	-826.724,24	-42,25
Anteile anderer Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapital	1.864.039,54	79,43	1.581.833,05	72,14	1.256.098,39	64,79	1.043.769,16	53,35
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30.765,00	1,57
Rückstellungen	53.000,00	2,26	48.000,00	2,19	46.000,00	2,37	38.727,63	1,98
Verbindlichkeiten	429.681,29	18,31	562.881,08	25,67	636.516,53	32,83	843.264,94	43,10
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Passiva	2.346.720,83	100,00	2.192.714,13	100,00	1.938.614,92	100,00	1.956.526,73	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 EUR	2015 EUR	2014 EUR	2013 EUR
Umsatzerlöse	282.149,28	407.303,70	212.320,24	225.986,07
Bestandsveränderungen an unfertigen Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	141.263,05	4.969,29	50.534,26	48.430,60
Erträge	423.412,33	412.272,99	262.854,50	274.416,67
Materialaufwand	0,00	0,00	788,17	640,07
Personalaufwand	-833.424,99	-733.576,12	-752.186,90	-693.231,16
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-27.223,08	-27.756,24	-57.340,71	-58.488,58
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-497.724,49	-493.613,14	-538.031,65	-424.791,42
Aufwendungen	-1.358.372,56	-1.254.945,50	-1.346.771,09	-1.175.871,09
Finanzergebnis	23.466,72	26.053,98	39.196,97	75.709,91
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-911.493,51	-816.618,53	-1.044.719,62	-825.744,51
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	493,00	1.149,81	973,15	979,73
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	-911.986,51	-817.768,34	-1.045.692,77	-826.724,24

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

	2016 EUR	2015 EUR	2014 EUR	2013 EUR
Zuführung zur Kapitalrücklage	1.194.193,00	1.143.503,00	1.258.022,00	1.090.232,00

Beschäftigtenzahlen

	2016	2015	2014	2013
durchschnittlich	17	15	14	11

Ausblick

Die Gesellschaft hat für die Jahre 2017 bis 2021 einen Wirtschafts- und Finanzplan erstellt.

Die EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH erwirtschaftet Umsatzerlöse aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Im Wesentlichen wird die Gesellschaft durch Zuschüsse der Stadt Rheine finanziert.

Die Fortführung der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH ist davon abhängig, dass die Stadt Rheine als Gesellschafterin den Jahresfehlbetrag durch Einlagen finanziert. Der Haushaltsplan der Stadt Rheine sieht entsprechende Mittel zur Förderung der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH vor, so dass von einer Fortführung ausgegangen werden kann.

3.7. Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
Klosterstraße 14
48431 Rheine
Telefon: (0 59 71) 939-0

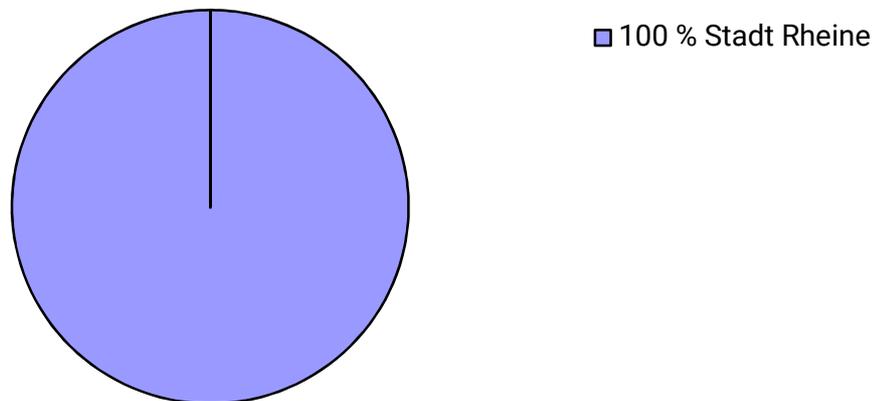
Handelsregister: Amtsgericht Steinfurt, HRB 4123

Gründungsjahr: 2003

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Stammkapital: 1.525.000,00 €

Gesellschafter:



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist vornehmlich die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Bevölkerung der Stadt Rheine.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Siegfried Müller	ab 01.01.2017
Christoph Isfort	ab 01.01.2017
Raimund Hötter	bis 31.12.2016
Bernhard Rieken (Stellvertreter)	bis 31.12.2007

Aufsichtsrat:

Vorsitzender: Friedel Theismann
Bürgermeister,
5 Ratsmitglieder,
1 sachkundiger Bürger

Gesellschafterversammlung:

Bürgermeister(in)

Lagebericht der Geschäftsleitung

Im Geschäftsjahr 2016 erwirtschaftete die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 69.085,87 €.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist geordnet.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde das Bauvorhaben „Hauenhorster Straße 120“, im Geschäftsjahr 2007 das Neubauvorhaben „Darbrookstraße 79“ und im Geschäftsjahr 2009 das Neubauvorhaben „Hauenhorster Straße 126“ planmäßig fertiggestellt. Die Investitionen in die Neubauten haben die Altersstruktur des Wohnungsbestandes verbessert. Daneben wurde im Geschäftsjahr 2009 die umfangreiche Modernisierung des Objektes „Darbrookstraße 63-65“ abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2010 wurde mit einem Neubau an der „Karlstraße“ begonnen, der im Jahr 2011 abgeschlossen wurde. Im Geschäftsjahr 2011 wurde mit dem Neubau an der „Bühnertstraße“ begonnen, der im Geschäftsjahr 2012 fertig gestellt wurde. Das Objekt „Langobardenring 23“ wurde energetisch saniert. Im Geschäftsjahr 2012 wurde mit dem Neubau „Darbrookstraße 71/73“ begonnen, der im Jahr 2013 fertiggestellt wurde. Die Modernisierung des Objektes „Sandhaar 14-18“ konnte im Geschäftsjahr 2013 abgeschlossen werden. Mit dem Neubau „Darbrookstraße 75“ wurde im Jahr 2013 begonnen. Die Fertigstellung erfolgte im Geschäftsjahr 2014. Im Jahr 2014 wurde mit dem Neubau „Darbrookstraße 69“ begonnen, der im Berichtsjahr fertiggestellt werden konnte. Im Jahr 2016 konnte der Bau einer Kindertagesstätte am „Deisterweg“, Rheine, erstellt werden. Des Weiteren wurde im Berichtsjahr mit der Herstellung der Neubauprojekte „Gisele-Freund-Straße“, Häuser A-D, Rheine, sowie „Catenhorner Straße 95“, Rheine begonnen.

Die Stadt Rheine hat als alleinige Gesellschafterin der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH am 01. Februar 2016 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 1.500.000,00 € vorgenommen. Die Stärkung des Eigenkapitals dient zur langfristigen Finanzierung für den Neubau von Immobilien.

Kennzahlen

allgemeine Kennzahlen:

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	38,70%	34,55%	34,60%	36,73%
Fremdkapitalquote	61,30%	65,45%	65,40%	63,27%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	40,44%	37,17%	37,71%	40,85%
Anlageintensität	95,70%	92,95%	91,75%	89,89%
Kassenmittelintensität	1,74%	0,39%	1,73%	1,26%
Eigenkapitalrentabilität	-1,22%	1,44%	-2,00%	1,66%
Gesamtkapitalrentabilität	0,29%	1,42%	0,34%	1,70%
Materialaufwandsquote	53,70%	41,49%	54,62%	47,08%
Personalaufwandsquote	0,48%	0,60%	0,53%	0,53%
Abschreibungsquote	2,30%	2,41%	2,33%	2,22%
Umsatz je Beschäftigten in €	663.979,69	1.007.427,69	1.207.898,25	1.179.212,81
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	-34.542,94	60.993,72	-83.468,55	70.864,70

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	€	%	€	%	€	%	€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00
Sachanlagen	14.019.388,79	95,70	11.404.308,99	92,95	11.078.569,26	91,75	10.429.764,65	89,89
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Anlagevermögen	14.019.389,79	95,70	11.404.309,99	92,95	11.078.570,26	91,75	10.429.765,65	89,89
Vorräte	368.910,34	2,52	809.144,54	6,59	768.941,23	6,37	1.019.315,77	8,79
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.968,24	0,03	8.094,64	0,07	17.592,14	0,15	6.591,25	0,06
Flüssige Mittel	255.430,62	1,74	47.337,56	0,39	209.490,17	1,73	146.768,22	1,26
Umlaufvermögen	629.309,20	4,30	864.576,74	7,05	996.023,54	8,25	1.172.675,24	10,11
Rechnungsabgrenzungsposten	446,26	0,00	314,16	0,00	414,16	0,00	0,00	0,00
Aktiva	14.649.145,25	100,00	12.269.200,89	100,00	12.075.007,96	100,00	11.602.440,89	100,00
Gezeichnetes Kapital	1.525.000,00	10,41	25.000,00	0,20	25.000,00	0,21	25.000,00	0,22
Kapitalrücklage	4.589.469,71	31,33	4.589.469,71	37,41	4.589.469,71	38,01	4.589.469,71	39,56
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verlust-/Gewinnvortrag	-375.908,48	-2,57	-436.902,20	-3,56	-353.433,65	-2,93	-424.298,35	-3,66
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	-69.085,87	-0,47	60.993,72	0,50	-83.468,55	-0,69	70.864,70	0,61
Anteile anderer Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapital	5.669.475,36	38,70	4.238.561,23	34,55	4.177.567,51	34,60	4.261.036,06	36,73
Empfangene Ertragszuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	12.500,00	0,09	12.500,00	0,10	12.500,00	0,10	12.500,00	0,11
Verbindlichkeiten	8.967.169,89	61,21	8.018.139,66	65,35	7.884.940,45	65,30	7.328.904,83	63,17
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Passiva	14.649.145,25	100,00	12.269.200,89	100,00	12.075.007,96	100,00	11.602.440,89	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 €	2015 €	2014 €	2013 €
Umsatzerlöse	1.327.959,38	1.007.427,69	1.207.898,25	1.179.212,81
Bestandsveränderungen an unfertigen Leistungen	13.142,92	24.217,42	10.804,07	29.429,64
Andere aktivierte Eigenleistungen				
Sonstige betriebliche Erträge	706,49	33.337,84	3.972,77	4.690,52
Erträge	1.341.808,79	1.064.982,95	1.222.675,09	1.213.332,97
Materialaufwand (Hausbewirtschaftung)	-720.559,28	-441.886,66	-667.864,80	-571.190,67
Personalaufwand	-6.445,11	-6.433,87	-6.421,92	-6.423,33
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-322.793,07	-275.170,00	-257.785,32	-231.840,42
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-209.291,51	-129.191,15	-221.932,49	-178.716,17
Aufwendungen	-1.259.088,97	-852.681,68	-1.154.004,53	-988.170,59
Finanzergebnis	-111.479,69	-113.513,29	-124.038,59	-125.899,24
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-28.759,87	98.787,98	-55.368,03	99.263,14
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-0,99	-0,89	0,00
Sonstige Steuern	40.326,00	37.795,25	28.101,41	28.398,44
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	-69.085,87	60.993,72	-83.468,55	70.864,70

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

es bestehen keine Verflechtungen

Beschäftigtenzahlen

	2016	2015	2014	2013
durchschnittlich	2	1	1	1

Ausblick

Der Geschäftsführer hat für die Jahre 2017 bis 2021 einen Wirtschafts- und Finanzplan erstellt. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes gab es keine außergewöhnlichen Umstände, die eine Abweichung vom Wirtschafts- und Finanzplan erkennen lassen. Insbesondere die Mietzahlungen werden im Geschäftsjahr 2017 planmäßig vereinnahmt.

Der umfangreiche Immobilienbestand bietet der Gesellschaft die Möglichkeit, nachhaltig Einnahmen zu erzielen und den Wohnungsbestand durch eine verantwortungsvolle Geschäftsführung zu sanieren.

Die Altersstruktur der Immobilien konnte durch die Erstellung der Neubauten verbessert werden. Die Beschaffenheit und die Instandhaltungen der Immobilien stellen ein sonstiges Risiko für die Gesellschaft dar, da die Objekte teilweise einen erheblichen Instandhaltungsbedarf aufweisen.

3.8. TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH
Hovesaatstraße 6
48432 Rheine
Telefon: (0 59 71) 9 90-0

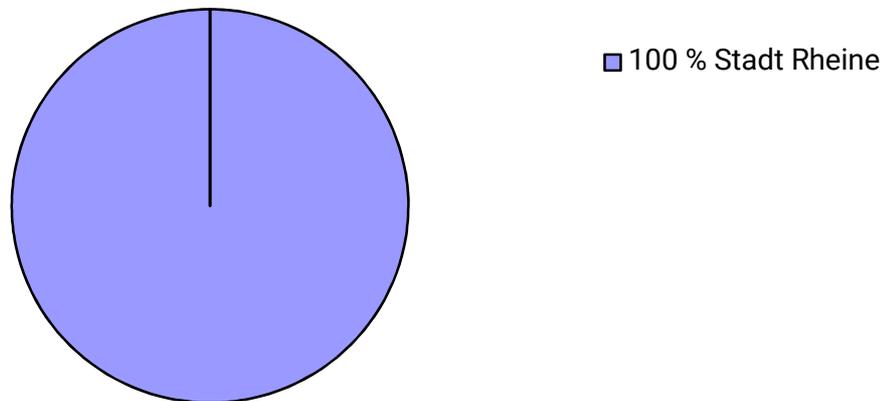
Handelsregister: Amtsgericht Steinfurt, HRB 3996

Gründungsjahr: 1989

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Stammkapital: 25.564,59 €

Gesellschafter:



Gegenstand des Unternehmens

Die Errichtung, Vermietung, Verwaltung und der Betrieb eines Transferzentrums für angepasste Technologien

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Robert Tschiedel	hauptamtlich (bis 16.04.2008)
Peter Oldekopf	nebenamtlich (bis 16.04.2008)
Jan Kuhlmann	(ab 16.04.2008 bis November 2008)
Dr. Manfred Janssen	(November 2008 – Dezember 2016)

Aufsichtsrat:

7 Vertreter von Seiten der Stadt Rheine

Gesellschafterversammlung:

Bürgermeister

Lagebericht der Geschäftsleitung

1. Allgemeines

Die TaT Transferzentrum GmbH ist entsprechend den Regelungen des § 264 Absatz 1 Satz 3 HGB als kleine Kapitalgesellschaft von der Pflicht zur Erstellung eines Lageberichts befreit, eine Verpflichtung zur Abgabe eines Lageberichts ergibt sich jedoch aus § 108 GO NW.

Im Lagebericht sind der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Daneben ist im Lagebericht in sinngemäßer Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der GO NW zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb des Transferzentrums für angepasste Technologien. Kernaufgaben und Ziele sind u.a. technologieorientierte Gründerpotenziale zu aktivieren und diese in der Gründungsphase zu begleiten und zu unterstützen. Das geschieht durch die Bereitstellung von flexiblen, mietreduzierten Gewerbe-, Lager- und Büroflächen mit zugehörigem – aktuell über die TAT Service GmbH organisierten – Mieterservice und durch die Bereitstellung einer guten Infrastruktur wie z.B. Seminar-, Konferenz- und Besprechungsräume, Übernachtungsmöglichkeiten, professionelle Tagungstechnik etc.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt des Transferzentrums sind die Themen Nachhaltigkeit / Klimaschutz / Ressourcenschonung.

Seit der Umstrukturierung 2007/2008 ist mit der Bewirtschaftung und der Umsetzung dieser Aufgaben die TAT Service GmbH beauftragt.

Die öffentliche Zweckbindung lief Ende 2014 aus.

2. Wirtschaftliche Entwicklung

2.1 Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft verlief im Geschäftsjahr 2016 relativ planmäßig. Aufgrund der ungewissen Zukunft habe sich die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2016 gegenüber 2015 deutlich (rd. 33.000 €) verringert.

2.2 Zum Hintergrund sind folgende Zahlen relevant: Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2016 zum 31.12.2016 mit einem Jahresfehlbetrag von 65.800 € (Vorjahr: -92.066 €) ab. Maßgeblich hierfür sind um 32.000 € höhere sonstige betriebliche Erträge und geringere Instandhaltungsaufwendungen. Die Bilanzsumme betrug 1.317.078 € (Vorjahr: 1.660.257 €). Die Umsatzerlöse betragen im Berichtszeitraum 252.282 € (Vorjahr: 285.274 €).

Kennzahlen

allgemeine Kennzahlen:

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	1,74%	8,65%	9,24%	6,93%
Fremdkapitalquote	8,58%	10,49%	8,85%	8,54%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	1,81%	9,19%	9,69%	7,12%
Anlageintensität	96,50%	94,18%	95,29%	97,24%
Kassenmittelintensität	2,34%	4,28%	2,35%	2,26%
Eigenkapitalrentabilität	-287,24%	-64,10%	-47,70%	-52,21%
Gesamtkapitalrentabilität	-5,00%	-5,55%	-4,41%	-3,62%
Materialaufwandsquote	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Personalaufwandsquote	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Abschreibungsquote	40,31%	42,08%	42,49%	42,38%
Umsatz je Beschäftigten in €	252.281,95	285.273,89	279.157,76	262.099,54
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	-65.764,42	-92.065,33	-81.136,08	-71.565,69

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen	1.268.036,00	96,50	1.563.552,00	94,18	1.754.538,00	95,29	1.924.587,00	97,24
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Anlagevermögen	1.268.036,00	96,50	1.563.552,00	94,18	1.754.538,00	95,29	1.924.587,00	97,24
Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.936,51	1,14	25.292,72	1,52	43.063,65	2,34	9.634,36	0,49
Flüssige Mittel	30.799,36	2,34	71.106,79	4,28	43.309,31	2,35	44.757,72	2,26
Umlaufvermögen	45.735,87	3,48	96.399,51	5,81	86.372,96	4,69	54.392,08	2,75
Rechnungsabgrenzungsposten	306,18	0,02	306,18	0,02	306,18	0,02	306,17	0,02
Aktiva	1.314.078,05	100,00	1.660.257,69	100,00	1.841.217,14	100,00	1.979.285,25	100,00
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	1,95	25.564,59	1,54	25.564,59	1,39	25.564,59	1,29
Kapitalrücklage	836.647,43	63,67	775.647,43	46,72	710.047,43	38,56	595.897,43	30,11
Verlust-/Gewinnvortrag	-773.552,46	-58,87	-565.530,13	-34,06	-484.394,05	-26,31	-412.828,36	-20,86
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	-65.764,42	-5,00	-92.065,33	-5,55	-81.136,08	-4,41	-71.565,69	-3,62
nicht gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Anteile anderer Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapital	22.895,14	1,74	143.616,56	8,65	170.081,89	9,24	137.067,97	6,93
Sonderposten	1.169.707,00	89,01	1.334.701,00	80,39	1.499.770,00	81,46	1.664.839,00	84,11
Rückstellungen	7.788,70	0,59	7.797,55	0,47	8.343,70	0,45	8.050,70	0,41
Verbindlichkeiten	112.755,55	8,58	174.142,58	10,49	163.021,55	8,85	168.966,38	8,54
Rechnungsabgrenzungsposten	931,66	0,07	0,00	0,00	0,00	0,00	361,20	0,02
Passiva	1.314.078,05	100,00	1.660.257,69	100,00	1.841.217,14	100,00	1.979.285,25	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 EUR	2015 EUR	2014 EUR	2013 EUR
Umsatzerlöse	252.281,95	285.273,89	279.157,76	262.099,54
Sonstige betriebliche Erträge	46.404,65	9.013,69	1.199,75	17.955,41
Erträge aus der Auflösung von SoPo	164.994,00	165.069,00	165.069,00	165.069,00
Erträge	463.680,60	459.356,58	445.426,51	445.123,95
Materialaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-186.923,00	-193.291,62	-189.260,14	-188.626,10
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-322.299,83	-342.922,79	-328.659,96	-310.601,85
Aufwendungen	-509.222,83	-536.214,41	-517.920,10	-499.227,95
Finanzergebnis	-1.089,00	-1.080,00	-1.158,13	-2.061,19
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-46.631,23	-77.937,83	-73.651,72	-56.165,19
außerordentliches Ergebnis		5.000,00	7.898,64	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	19.133,19	19.127,50	15.383,00	15.400,50
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	-65.764,42	-92.065,33	-81.136,08	-71.565,69

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

	2016 Euro	2015 Euro	2014 Euro	2013 Euro
Betriebskostenzuschuss	61.000,00	65.600,00	114.150,00	68.300,00

Beschäftigtenzahl

	2016	2015	2014	2013
durchschnittlich	1	1	1	1

Ausblick

Die Stadt Rheine hat zum Ende des Jahres 2016 ihre Geschäftsanteile an der TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH veräußert.

3.9. Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage (g)GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage (g)GmbH

Bentlager Weg 130

48432 Rheine

Telefon: (0 59 71) 9 18-4 00

Email: info@kloster-bentlage.de

Homepage: www.kloster-bentlage.de

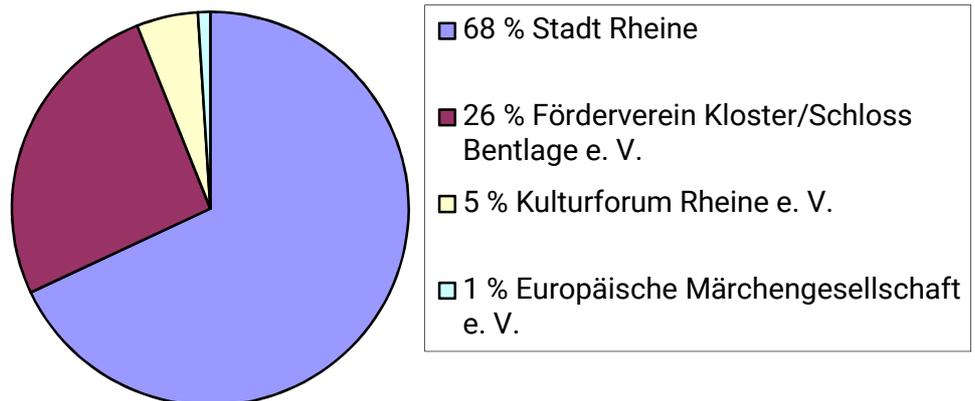
Handelsregister: Amtsgericht Steinfurt, HRB 4427

Gründungsjahr: 1996

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Stammkapital: 25.564,59 €

Gesellschafter:



Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand der Gesellschaft ist der Auf- und Ausbau des Klosters Bentlage einschließlich der Ökonomie (Bauernhaus und Scheune) zu einer kulturellen Begegnungsstätte für die Öffentlichkeit auf sozio-kulturellem Gebiet sowie der Betrieb einer solchen Einrichtung und aller damit in Verbindung stehender Geschäfte.

Die Gesellschaft darf alle Geschäfte tätigen, die mit diesem Geschäftszweck zusammenhängen oder diesen fördern. Als Förderung werden neben der Durchführung eigener Veranstaltungen insbesondere auch die Einbindung von Vereinen, Verbänden, Institutionen und anderen, dem Betrieb einer kulturellen Begegnungsstätte nahestehenden Unternehmen in konzeptioneller Hinsicht sowie die Vermietung oder sonstige Überlassung von Räumlichkeiten an diese angesehen; hierzu zählt auch die Förderung des Kulturtourismus.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Günter Strauch	(1. Oktober 1999 bis 1. Juli 2000)
Gabriele Bauhofer	(1. Mai 2000 bis 31. Dezember 2002)
Ute Ehrenberg	(1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2010)
Dr. Thorben Winter	(4. März 2009 bis 4. Juli 2011)
Axel Linke	(01. Januar 2011 bis 20. Oktober 2015)
Gerrit Musekamp	(ab 5. Juli 2011)

Aufsichtsrat:

Dr. Angelika Kordfelder	(bis 20. Oktober 2015)
Dr. Peter Lüttmann	(ab 21. Oktober 2015)
Dr. Thorben Winter	(bis 30.09.2015) – als Vertreter für den Kulturdezernenten
4 Mitglieder	(vom Rat der Stadt Rheine entsandt),
2 Mitglieder	(vom Förderverein Kloster/Schloss Bentlage e. V. entsandt)
4 Mitglieder	(von der Gesellschafterversammlung bestellt)

Gesellschafterversammlung:

für die Stadt Rheine	
Dr. Peter Lüttmann	(ab 21. Oktober 2015)

Lagebericht der Geschäftsleitung

Die Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft betreibt das Kloster Bentlage in Rheine. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie wirtschaftliche Zwecke.

Laut Zuwendungsbescheid für das Haushaltsjahr 2016 hat die Stadt Rheine eine Betriebskostenzuwendung in Höhe von 662.780,00 € bewilligt. Dieser ist durch den seit dem 01. Januar 2009 gültigen Pachtvertrag mit der Stadt Rheine für die folgenden 10 Jahre in der genannten Höhe gesichert.

Die Erlöse aus Veranstaltungen haben im Jahr 2016 insgesamt 104.749,91 € betragen. Darüber hinaus wurden Übernachtungseinnahmen in Höhe von 63.416,99 € erzielt. Die Miet- und Pachteinahmen aus Überlassung von Räumlichkeiten im Kloster Bentlage haben einschließlich der Erstattungen für Nebenkosten 87.350,69 € betragen.

Den Einnahmen standen neben den Veranstaltungskosten insbesondere Personalkosten in Höhe von 427.608,72 €, Raum- und Energiekosten von 127.514,08 €, Aufwendungen für das Museum in Höhe von 63.856,74 € sowie die Betriebs- und Verwaltungskosten in Höhe von 79.238,75 € gegenüber.

Das Geschäftsjahr 2016 hat die Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH mit einem Jahresüberschuss von 2.544,82 € abgeschlossen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2016 81.079,08 €. Es ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 66,8 % der Bilanzsumme (121.372,49 €).

2016 konnten bedeutende kulturelle Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Gut 45.000 Besucher nahmen die zahlreichen Programmangebote im Kloster Bentlage in Anspruch. So konnten neue Konzepte wie z. B. eine deutsch-niederländische Theaterproduktion erfolgreich umgesetzt werden.

Die anspruchsvolle Mischung aus Ausstellungen, attraktiven Events und besonders auf Familien mit Kindern ausgerichtete Angebote wird von den Gästen aus Rheine und der Region sehr gut angenommen. 2016 konnten neue inhaltliche Kooperationen geschlossen werden, so z. B. mit der Euregio, um auch den nahen niederländischen Touristikmarkt anzusprechen oder mit den Rheiner Eventveranstaltern zur Stärkung des Binnemarketings innerhalb der Kommune.

Dank einer Bundesförderung konnte das Kloster/Schloss Bentlage an das digitale Breitband angebunden werden. Dieses ist ein wichtiger Meilenstein zur weiteren Umsetzung der eigens entwickelten digitalen Strategien in den Bereichen Arbeitsprozesse, Marketing und Kulturvermittlung in den kommenden Jahren.

Die Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage (g)GmbH schaut somit inhaltlich bestätigt in die Zukunft.

Kennzahlen

ausgewählte Ertragspositionen:

	2016 €	2015 €	2014 €	2013 €
Veranstaltungserlöse	104.750	103.041	36.454	91.514
Mieterträge	57.450	60.878	58.562	59.804
Pachterträge	25.360	22.660	25.360	25.360

allgemeine Kennzahlen:

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	66,80%	67,33%	63,13%	18,08%
Fremdkapitalquote	14,54%	18,77%	18,23%	6,38%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	79,34%	110,30%	87,94%	113,48%
Anlageintensität	84,20%	61,04%	71,79%	15,93%
Kassenmittelintensität	10,57%	31,47%	15,44%	80,60%
Eigenkapitalrentabilität	3,14%	14,32%	-19,71%	35,69%
Gesamtkapitalrentabilität	1,78%	9,32%	-12,78%	6,37%
Materialaufwandsquote	0,83%	0,76%	0,83%	0,78%
Personalaufwandsquote	45,89%	43,40%	47,82%	43,88%
Abschreibungsquote	12,51%	18,66%	19,87%	22,45%
Umsatz je Beschäftigten in €	15.287,90	16.380,48	9.501,61	14.690,01
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	231,35	1.124,91	-1.325,93	2.874,97

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	€	%	€	%	€	%	€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen	63.528,00	52,34	32.554,00	27,91	38.050,00	35,70	32.892,00	7,38
Finanzanlagen	38.669,21	31,86	38.646,88	33,13	38.465,15	36,09	38.084,31	8,55
Anlagevermögen	102.197,21	84,20	71.200,88	61,04	76.515,15	71,79	70.976,31	15,93
Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.346,55	5,23	8.735,44	7,49	13.616,55	12,78	13.947,64	3,13
Flüssige Mittel	12.828,73	10,57	36.712,37	31,47	16.452,16	15,44	359.161,01	80,60
Umlaufvermögen	19.175,28	15,80	45.447,81	38,96	30.068,71	28,21	373.108,65	83,73
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.500,00	0,34
Aktiva	121.372,49	100,00	116.648,69	100,00	106.583,86	100,00	445.584,96	100,00
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	21,06	25.564,59	21,92	25.564,59	23,99	25.564,59	5,74
Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verlust-/Gewinnvortrag	2.544,82	2,10	11.249,15	9,64	-13.259,31	-12,44	28.749,74	6,45
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	52.969,67	43,64	41.720,52	35,77	54.979,83	51,58	26.230,09	5,89
Eigenkapital	81.079,08	66,80	78.534,26	67,33	67.285,11	63,13	80.544,42	18,08
Rückstellungen	19.975,00	16,46	16.218,00	13,90	18.073,00	16,96	25.653,00	5,76
Verbindlichkeiten	17.648,41	14,54	21.896,43	18,77	19.425,75	18,23	28.408,54	6,38
Rechnungsabgrenzungsposten	2.670,00	2,20	0,00	0,00	1.800,00	1,69	310.979,00	69,79
Passiva	121.372,49	100,00	116.648,69	100,00	106.583,86	100,00	445.584,96	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 €	2015 €	2014 €	2013 €
Umsatzerlöse	168.166,90	163.804,81	95.016,07	146.900,11
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	763.585,37	769.035,61	776.323,44	728.322,10
Erträge	931.752,27	932.840,42	871.339,51	875.222,21
Materialaufwand	-7.730,92	-7.052,07	-7.206,12	-6.798,88
Personalaufwand	-427.608,72	-404.842,54	-416.632,16	-384.043,86
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-12.785,42	-13.283,77	-15.204,83	-15.934,63
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-480.931,25	-496.255,88	-445.810,18	-439.829,21
Aufwendungen	-929.056,31	-921.434,26	-884.853,29	-846.606,58
Finanzergebnis	382,86	376,99	362,47	356,11
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.078,82	11.783,15	-13.151,31	28.971,74
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	-534,00	-534,00	-108,00	-222,00
Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	2.544,82	11.249,15	-13.259,31	28.749,74

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

	2016 €	2015 €	2014 €	2013 €
Betriebskostenzuschuß	662.780	662.780	662.780	620.000

Beschäftigtenzahlen

	2016	2015	2014	2013
durchschnittlich	11	10	10	10

Ausblick

kein Ausblick vorhanden

4. Sonstiges

4.1. Trägerschaft für die Technische Betriebe Rheine AöR

Allgemeine Unternehmensdaten

Technische Betriebe Rheine AöR
Am Bauhof 2-16
48432 Rheine
Telefon: (0 59 71) 95 48 716

Gründungsjahr: 2008

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

Gegenstand der Anstalt

Gegenstand der Anstalt sind jeweils nach den gesetzlichen Vorschriften die Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung (einschl. des Betriebs der städtischen Boden- und Bauschuttdeponie sowie einer Bauschuttrecyclinganlage) sowie die Straßenreinigung und der Winterdienst.

Darüber hinaus sind der Anstalt folgende Aufgaben übertragen worden:

- Reinigung der Straßenentwässerungseinrichtungen sowie Entsorgung und Transport des Sinkkastenguts,
- Objektplanung, der Bau und die Unterhaltung (einschließlich der Verkehrssicherungspflicht) städtischer Verkehrsinfrastruktureinrichtungen (wie z. B. Straßen, Wege, Plätze, Brücken) einschließlich des dazugehörigen Straßenbegleitgrüns sowie aller Einrichtungsgegenstände wie Straßenleuchten, Lichtsignaleinrichtungen etc.,
- Objektplanung, der Bau und die Unterhaltung von Gewässern und städtischen Hochwasserschutzanlagen,
- Objektplanung, der Bau und die Unterhaltung von öffentlichen Grün- und Parkanlagen sowie des Vollzugs der Baumschutzsatzung,
- Objektplanung, der Bau und die Unterhaltung städtischer Schul-, Spiel- und Sportplätze einschließlich der Geräte,
- Betrieb der Friedhöfe, soweit in städtischer Zuständigkeit,
- Betrieb des Fuhrparks,
- Unterhaltung der städtischen Gebäude,
- Betrieb der öffentlichen Toilettenanlagen,
- Betrieb der Emsbühne und der Weihnachtsbeleuchtung.

Organe der Anstalt

Vorstand:

Dr. Ralf Schulte-de Groot (Vorsitzender)
Josef Lucas (Mitglied) - bis 31.12.2016
Dr. Jochen Vennekötter (Mitglied) - ab 01.01.2017

Verwaltungsrat:

Vorsitzende: Christine Karasch
10 Ratsmitglieder,
4 sachkundige Bürger,
1 Arbeitnehmervertreter (beratend),
Stadtkämmerer (beratend)

Lagebericht des Vorstands

Die Technische Betriebe Rheine AöR (im folgenden TBR) wurde zum 01.01.2008 als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Somit liegt jetzt der neunte Jahresabschluss der TBR vor.

Die TBR erfüllt umfangreiche Infrastrukturdienstleistungen für die Bevölkerung der Stadt Rheine. Diese Aufgaben werden teilweise direkt (Gebührenbereiche) oder indirekt über eine Beauftragung der Stadt Rheine erbracht. So übernimmt die TBR gem. § 2 der Anstaltssatzung die Pflichtaufgaben der Stadt Rheine im Bereich der Stadtentwässerung und der Abfallentsorgung incl. Straßenreinigung im eigenen Namen und in eigener Verantwortung. Darüber hinaus hat die Stadt Rheine der TBR AöR insbesondere die Aufgaben der Objektplanung, des Baus und der Unterhaltung von städtischen Verkehrsinfrastruktureinrichtungen (im folgenden „Öffentliche Verkehrsflächen“) sowie öffentlichen Grün- und Parkanlagen bzw. Schul-, Spiel- und Sportplätzen (im folgenden „Öffentliches Grün“) übertragen. Die Leitstelle „Klimaschutz“ ist im Laufe des Jahres 2016 bei der TBR aufgelöst und in die Organisationsstruktur der Stadt Rheine aufgenommen worden.

Zusätzlich sind der TBR Dienstleistungen für die Unterhaltung der städtischen Gebäude, die Bereitstellung des städtischen Fuhrparks und die Dienstleistungen für die Unterhaltung der Feuerwehr- und Rettungsdienstfahrzeuge übertragen worden.

Geschäftsentwicklung und Ertragslage

Das abgelaufene Wirtschaftsjahr der TBR kann wie bereits das vorangegangene Wirtschaftsjahr 2015 als sehr befriedigend bezeichnet werden. Die TBR erwirtschaftete einen gegenüber dem Vorjahr verbesserten Jahresüberschuss von 3.307 T€, was eine Ergebnisverbesserung von 213 T€ darstellt.

Die unterjährige Entwicklung im Wirtschaftsjahr 2016 deutete darauf hin, dass trotz der verschiedensten Einflüsse die geplanten betrieblichen Erträge (36.870 T€) insgesamt übertroffen werden. Die Planung wurde letztlich mit 40.654 T€ um 3.784 T€ deutlich überschritten. Einen wesentlichen Anteil hatten hieran die Gebührenerträge im Bereich Niederschlagswasser aufgrund einer Nachveranlagung von versiegelten Flächen sowohl aus Vorjahren als auch aus dem aktuellen Geschäftsjahr. Das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen hat mit Beschluss vom 24.07.2013 (Az.: 9 A 1290/12) entschieden, dass pauschale Beteiligungen an den Kosten der Herstellung oder Erneuerung gemeindlicher öffentlicher Abwasserkanäle auf Basis von Vereinbarungen auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zwischen Gemeinde, Bund und Land als Träger der Straßenbaulast für Bundes- und Landesstraßen nach Nr. 14 der Ortsdurchfahrten-Richtlinie (ODR) unzulässig sind. „Seither ist in NRW die Inanspruchnahme einer gemeindlichen Kanalisation für die Niederschlagswasserentwässerung“

rung einer überörtlichen Straße (Stichwort: Straßenoberflächenentwässerung) ausnahmslos über die Heranziehung des Straßenbaulastträgers zur Niederschlagswassergebühr (Regenwassergebühr) zu regeln" (Städte- und Gemeindebund NRW, Schnellbrief 174/2015). Die Ermittlung der betroffenen Flächen bzw. der Bemessungsgrundlage wurde im Berichtsjahr abgeschlossen, so dass daraufhin die Gebührenbescheide nicht nur für das Berichtsjahr 2016 sondern auch für die Jahre 2012 bis 2015 erlassen werden konnten, die allesamt in 2016 zu Umsatzerlösen führten.

Des Weiteren waren ungeplante Erträge aus Schadenersatzleistungen in Höhe von 547 T€ aus der Fertigstellung des Regenrückhaltebeckens am Stadtpark und zu gering geplanten aktivierten Bauzeitinszen ausschlaggebend. Der mit 31.546 T€ geplante betriebliche Aufwand wurde mit 33.136 T€ um 1.590 T€ ebenfalls deutlich überschritten, insbesondere auf Grund höherer Zuführungen in die Verbindlichkeiten aus Gebühren, die sich aus den Gebührenkalkulationen ergeben haben.

Umsatzentwicklung

In den betrieblichen Erträgen sind Umsatzerlöse der TBR in Höhe von 38.561 T€ (Vj.: 34.657 T€) enthalten. Diese verteilen sich auf folgende Bereiche:

Umsätze: TBR AöR	2016 (T€)	2015 (T€)
Gemeinsamer Bereich / Sonstige Aktivitäten	1.046	1.046
Abfallwirtschaft	8.320	8.274
Stadtentwässerung	19.646	16.727
Öffentliche Verkehrsflächen	4.013	3.703
Öffentliche Grünflächen	4.710	4.262
Planen und Bauen	826	645
Summe	38.561	34.657

In den **Umsatzerlösen** sind die Erlöse aus Gebühreneinnahmen mit 25.245 T€ (Vj.: 23.879 T€), die Erlöse aus Amtshilfeszahlungen der Stadt Rheine 10.676 T€ (Vj.: 9.916 T€) und die Nebengeschäftserträge mit 1.095 T€ (Vorjahr 1.046 T€) sowie die sonstigen Umsatzerlöse mit 1.545 T€ (Vj.: 0 T€) enthalten. Insgesamt erhöhten sich die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr (34.657 T€) um 3.904 T€ auf 38.561 T€.

Die Erlöse aus **Gebühreneinnahmen** ergeben sich aus Schmutzwassergebühren 9.627 T€ (Vj.: 9.399 T€), aus Niederschlagswassergebühren 8.554 T€ (Vj.: 7.153 T€), aus Müllabfuhrgebühren 6.331 T€ (Vj.: 6.436 T€) und aus Straßenreinigungsgebühren 733 T€ (Vj.: 891 T€).

Die Schmutzwassergebühr mit 2,50 €/m³ sowie die Niederschlagswassergebühr mit 0,81 €/m² sind gegenüber dem Vorjahr konstant. Im Bereich der Abfallwirtschaft hat der Verwaltungsrat zum 01.01.2016 eine Gebührensenkung für verschiedene Gefäßgrößen beschlossen. Die Gebühren der Straßenreinigung wurden in 2016 ebenfalls gesenkt. Die Erhöhung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 3.904 T€ wird daher weitgehend durch höhere Gebühreneinnahmen (1.401 T€) im Bereich des Niederschlagswassers und höheren Amtshilfeszahlungen der Stadt Rheine (760 T€) ausgelöst. Des Weiteren wirkte sich die Ausweisänderung - aufgrund des BilRUG - der Auflösungen der Investitionszuschüsse mit T€ 1.258 erhöhend aus.

Die Umsatzerlöse im Bereich Stadtentwässerung sind um 2.919 T€ auf 19.646 T€ (Vj.: 16.727 T€) angestiegen. Hauptgrund für den Anstieg der Umsatzerlöse ist eine Erhöhung der

versiegelten Flächen bei der Berechnung der Niederschlagswassergebühr gegenüber den Vorjahren.

Im Bereich der Abfallwirtschaft haben sich die Umsatzerlöse auf 8.320 T€ (Vj.: 8.274 T€) geringfügig erhöht. Geringere Gebührenerträge infolge der Gebührensenkungen zum 1.01.2016 werden kompensiert durch höhere Erlöse im Bereich der Papiervermarktung und des Elektroschrotts u. a. aus Nachzahlungen des Vorjahres.

Von den Erlösen aus Dienstleistungen für die Stadt Rheine (**Amtshilfezahlungen**) in Höhe von 10.676 T€ (Vj.: 9.916 T€) entfallen 3.785 T€ (Vj.: 3.677 T€) auf Erlöse aus „Straßenunterhaltung“, 3.323 T€ (Vj.: 2.913 T€) auf Erlöse aus Unterhaltung „Öffentliches Grün“, 826 T€ (Vj.: 645 T€) auf Erlöse aus „Ingenieurdienstleistungen“, 1.341 T€ (Vj.: 1.298 T€) auf Erlöse aus „Schul-, Sport- und Spielplatzunterhaltung“, 684 T€ (Vj.: 676 T€) auf Erlöse aus „Handwerkerdiensten“ sowie 717 T€ (Vj.: 707 T€) auf Erlöse aus dem „Winterdienst“ und „Entsorgungs- und Reinigungsleistungen“ für städt. Grundstücke und von Unterhaltungsverbänden.

Grundlage für die Amtshilfezahlungen ist die Amtshilfevereinbarung mit der Stadt Rheine aus dem Jahr 2008, novelliert im Jahr 2013. Der überwiegende Teil der Erstattungszahlungen erfolgt in pauschaler Form (u. a. Straßenunterhaltung, Grünflächenunterhaltung). Daneben erfolgt für Teilbereiche eine aufwandsbezogene Abrechnung (z. B. für die Handwerkerdienste und die Ingenieurleistungen).

Die Pauschalzahlungen werden u. a. aufgrund von Veränderungen der zu unterhaltenden Flächen angepasst. Bei der Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen haben sich die Amtshilfeerlöse gegenüber dem Vorjahr um 410 T€ (aufgrund einer im Vorjahr enthaltenen Kürzung) erhöht. Die Inanspruchnahme der Handwerker für Projekte/Aufgaben der Stadt Rheine auf Basis aufwandsbezogener Abrechnungen blieb gegenüber dem Vorjahr auf relativ konstantem Niveau.

Ein wesentlicher Bestandteil der sonstigen Umsatzerlöse sind die Auflösungsbeträge der Investitionszuschüsse mit 1.258 T€ (Vj.: 1.354 T€; hier Ausweis unter den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“), welche erstmals aufgrund des BilRUG unter den Umsatzerlösen ausgewiesen werden.

Andere aktivierte Eigenleistungen/sonstige betriebliche Erträge

Es entstanden **aktivierte Eigenleistungen** in Höhe von 924 T€ (Vj.: 605 €). Als wesentliche **sonstige betriebliche Erträge** sind die Erträge aus den Auflösungen der Verbindlichkeiten für den Gebührenausgleich in Höhe von 543 T€ (Vj.: 931 T€) und die Erträge aus Schadenersatzleistungen in Höhe von 590 T€ (Vj.: 1.196 T€) schwerpunktmäßig aus der Fertigstellung des Regenrückhaltebeckens am Stadtpark zu nennen.

Insgesamt belaufen sich die **betrieblichen Erträge** auf 40.654 T€ (Vj.: 39.045 T€) und liegen damit um 1.609 T€ über dem Vorjahreswert.

Aufwandsentwicklung

Der betriebliche Aufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr (31.717 T€) um 1.419 T€ auf 33.136 T€ erhöht.

Die Aufwendungen für **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** liegen mit 2.835 T€ um 167 T€ unter dem Vorjahreswert (3.002 T€).

Die größten Anteile dieser Aufwendungen werden durch Materialdirektverbrauch mit 835 T€ (Vj.: 814 T€), Stromkosten mit 771 T€ (Vj.: 930 T€), Treibstoffkosten mit 421 T€ (Vj.: 449 T€), Kfz-Ersatzteilen mit 335 T€ (Vj.: 336 T€) und Chemikalien mit 262 T€ (Vj.: 230 T€) verursacht. Bei den Stromkosten liegt der weitaus größte Anteil im Bereich der Abwasserbeseitigung 727 T€. Die Stromkosten sind gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Fertigstellung des BHKWs an der Kläranlage um 159 T€ gesunken.

Der Aufwand für **bezogene Leistungen** beträgt 6.196 T€ (Vj.: 5.876 T€) und hat sich somit gegenüber dem Vorjahr um 320 T€ erhöht. Zu einer Aufwandserhöhung haben u. a. der höhere Aufwand für Entsorgungskosten im Abfallbereich (+126 T€) beigetragen. Die jährlichen Kosten für die Abfallentsorgung können aufgrund unterschiedlicher Entsorgungsmengen schwanken. Weiterhin steigen die Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen schwerpunktmäßig im Bereich „Öffentliche Verkehrsflächen“.

Der **Personalaufwand** beläuft sich im Jahr 2016 auf 11.479 T€ (Vj.: 11.281 T€). Im Personalaufwand ist eine Zuführung zur Rückstellung für mittelbare Pensionsverpflichtungen (103 T€) zur Abdeckung der Unterdeckung der kvw berücksichtigt worden. Die Löhne und Gehälter belaufen sich auf 8.798 T€ (Vj.: 8.528 T€), die sozialen Abgaben auf 1.843 T€ (Vj.: 1.821 T€) und die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung auf 839 T€ (Vj.: 932 T€). Die Vergütungsstruktur richtet sich nach den Bestimmungen des TVöD. Für einen Beamten findet das Besoldungsgesetz für das Land NRW Anwendung.

Bei den Löhnen und Gehältern hat sich gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 269 T€ ergeben, da das Ergebnis 2015 auf Grund einer höheren Inanspruchnahme der ATZ-Rückstellungen entlastet wurde. Weiterhin wirkten sich Tarifveränderungen und Stellennachbesetzungen aus.

Die **Abschreibungen** erreichen im Jahr 2016 einen Wert von 5.701 T€ (Vj.: 5.625 T€).

Im Jahr 2016 erhöhte sich der **sonstige betriebliche Aufwand** gegenüber dem Vorjahr (Vj.: 5.621 T€) um 994 T€ auf 6.615 T€.

Die Höhe des sonstigen betrieblichen Aufwands wird durch Auswirkungen der Gebührennachkalkulationen beeinflusst. Weil Gebührenüberschüsse aufgrund des Kommunalabgabengesetzes bei nachfolgenden Gebührenkalkulationen gebührensenkend einzusetzen sind, werden Überschussbeträge über den sonstigen betrieblichen Aufwand als Verbindlichkeit passiviert. Im Jahr 2015 betrug der dadurch ausgelöste Aufwand 1.915 T€. Für das Jahr 2016 ist ein Betrag von 2.656 T€ als Verbindlichkeit passiviert worden. Der um diesen Effekt bereinigte sonstige betriebliche Aufwand beläuft sich für 2016 auf 3.959 T€.

Von dieser Summe entfallen auf die Dienstleistungen der Stadt Rheine 932 T€ (Vj.: 864 T€), auf sonstige Fremd- und Dienstleistungen 735 T€ (Vj.: 623 T€) und auf Betriebsführungskosten 759 T€ (Vj.: 693 T€). Der weitgehend durch Müllfahrzeuge ausgelöste Aufwand für Mietleasing beläuft sich auf 361 T€ (Vj.: 368 T€). Da keine neuen Leasingverträge mehr abgeschlossen wurden, werden in 2018 die letzten Leasingzahlungen in Höhe von 27 T€ erfolgen. Daneben fallen Abgaben und Gebühren in Höhe von 151 T€ (Vj.: 176 T€) und Rechtsberatungs- und Jahresabschlusskosten von 230 T€ (Vj.: 147 T€) an.

Der Aufwand für die Dienstleistungen der Stadt Rheine hat sich von 864 T€ im Jahr 2015 auf 932 T€ im Jahr 2016 leicht erhöht.

Von den Zinsaufwendungen des Jahres 2016 in Höhe von 4.052 T€ (Vj.: 4.147 T€) entfallen allein 2.614 T€ (Vj.: 2.862 T€) auf die Verzinsung des Trägerdarlehens der Stadt Rheine.

Das Ergebnis vor Steuern ist der einzige **finanzielle Leistungsindikator** bei der TBR. Gegenüber der Planung ist es um 2.060 T€ höher ausgefallen. Im Vorjahresvergleich ist es um 209 T€ gestiegen. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs oder der Lage der TBR von Bedeutung sind, bestehen nicht.

Für das Jahr 2016 kann ein positives **Ergebnis nach Steuern** von 3.391 T€ ausgewiesen werden (Vj.: 3.182 T€). Nach sonstigen Steuern in Höhe von 84 T€ (Vj.: 88 T€) für Kfz-Steuer sowie Grundsteuer liegt der **Jahresüberschuss 2016** bei 3.307 T€.

Investitionen

Die in 2016 vorgenommenen Investitionen in das Sachanlagevermögen betragen insgesamt 7.983 T€ (Vj.: 7.750 T€). Davon entfielen auf die Bereiche:

	2016 (T€)	2015 (T€)
Gemeinsamer Bereich / Sonstige Aktivitäten	1.222	477
Abfallwirtschaft	177	111
Stadtentwässerung	6.558	7.148
Öffentliche Verkehrsflächen	10	5
Öffentliche Grünflächen	16	9
Planen und Bauen	0	0
Summe	7.983	7.750

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der TBR AöR erhöhte sich im Wirtschaftsjahr 2016 von 151.195 T€ um 4.800 T€ auf 155.995 T€.

Das langfristig gebundene Anlagevermögen der TBR ist zu 97 % (Vj.: 93 %) durch mittel- und langfristiges Fremdkapital bzw. durch Eigenkapital fristenkongruent finanziert. Der sich kontinuierlich senkende Finanzierungsanteil des Trägerdarlehens wird durch eine Umschichtung auf Kapitalmarktdarlehen und Rücklagen sowie den laufenden Jahresüberschuss ausgeglichen.

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen der TBR entwickelte sich von 98,5 % in 2015 auf 96,9 % in 2016. Dieser hohe Wert wird sich auch auf Dauer nur geringfügig verändern. Die hohen Investitionen im Bereich der Abwasserbeseitigung werden auch langfristig maßgeblich den Bestand der Sachanlagen bestimmen.

In 2016 soll ein Teilbetrag von 516 T€ des für 2016 festgestellten Jahresüberschusses in Höhe von 3.307 T€ der Gewinnrücklage zugeführt werden. Der Differenzbetrag von 2.791 T€ soll an die Stadt Rheine ausgeschüttet werden.

Kennzahlen zur Vermögenslage (in %)	2016	2015
Eigenkapitalquote	16,2	14,1
Anlagendeckungsgrad II	97,3	92,7
Anlagenintensität	96,9	98,5

Finanzlage

Im Wirtschaftsjahr 2016 werden nach dem neuen Schema des DRS 21 Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 11.963 T€ und aus der Finanzierungstätigkeit von 1.334 T€ erzielt. Diese reichten aus, die Investitionen zu finanzieren. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Finanzmittelfonds um 6.645 T€ erhöht. Die Höhe des Fonds wird insbesondere durch Darlehensaufnahmen beeinflusst, die aufgrund eines Zinssicherungskonzeptes jeweils zum Jahresende getätigt werden. Insbesondere durch die zum 31.12.2016 erfolgten Darlehensaufnahmen erhöhte sich der Finanzmittelfonds.

Der Finanzmittelfonds in Höhe von 1.909 T€ setzt sich aus Guthaben bei Kreditinstituten (1.904 T€) sowie einem Kassenbestand in Höhe von 5 T€ zusammen.

In der Sitzung am 18. August 2015 hat der Verwaltungsrat dem Vorstand den Auftrag zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Stadt Rheine über den Abschluss eines Forward-Darlehens in Höhe der Restschuld des Trägerdarlehens zum 1. Januar 2019 in Höhe von 42.383 T€ erteilt. In der Sitzung am 3. Dezember 2015 hat der Verwaltungsrat der ausverhandelten Prolongationsvereinbarung zugestimmt, die nach Abschluss der Sitzung rechtsverbindlich vereinbart und am 5. Januar 2016 unterzeichnet wurde. Der Zinssatz beträgt 2,2 % und die jährliche Tilgungsrate 848 T€.

Berichterstattung nach § 26 S.2 KUV

Aus der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG ist festzuhalten, dass die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes nicht fristgerecht erfolgte. Darüber hinausgehende wesentliche Feststellungen, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sprechen, haben sich nicht ergeben.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Risikomanagement

Im Jahr 2016 haben 2 Risikoausschusssitzungen stattgefunden. Über die Ergebnisse wurde im Verwaltungsrat berichtet. Der Verwaltungsrat hat die Berichte zur Kenntnis genommen.

Risiken

Eine geplante Änderung des Umsatzsteuergesetzes kann künftig Auswirkungen auf das Geschäftsfeld der TBR AöR haben. Hier gilt es das Gesetz nach Verabschiedung zu analysieren und gegebenenfalls erforderliche Anpassungen betroffener Aktivitäten vorzunehmen. Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 25. Februar 2016 zugestimmt, von der Übergangsregelung des § 27 Abs. 22 UStG Gebrauch zu machen. Die entsprechende Erklärung gegenüber dem Finanzamt wurde zwischenzeitlich abgegeben und vom Finanzamt bestätigt.

Die Umsatzerlöse der TBR für 2016 beruhen zu 65 % auf Gebühren und zu 28 % auf Amtshilfefzahlungen der Stadt Rheine. Auf der Basis des Kommunalabgabengesetzes müssen die Gebührenerträge eine Kostendeckung für die Bereiche „Stadtentwässerung“ und „Abfallsorgung“ (einschl. Straßenreinigung) sichern. Die sich aus einer kundenseitigen Verhaltensänderung ergebenden Einflüsse auf die Gebührenbereiche (z. B. Senkung des Frischwasserverbrauchs als Grundlage für die Berechnung von Schmutzwassergebühren oder Steigerung bei den zu entsorgenden Abfallmengen) können im Rahmen der Gebührenbeschlüsse berücksichtigt werden. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, Fehlbeträge innerhalb von vier Jahren bei nachfolgenden Gebührenkalkulationen ausgleichen zu können. Überschüsse müssen entsprechend ausgeglichen werden. Da in den Gebührenbereichen kein wesentliches Risiko

aus Abhängigkeiten von einzelnen „Großkunden“ vorliegt, wird insgesamt grundsätzlich nur ein geringes Risiko aus der Kalkulation und der Erhebung von Gebühren gesehen.

Ein nicht über die Regelungen des Kommunalabgabengesetzes abgesichertes Risiko ergibt sich allerdings indirekt durch die erheblichen Investitionen bei der Stadtentwässerung. Das Gebührenrecht lässt keine Sonderabschreibung und auch keine Nachholung von Abschreibungen zu. Kanäle, die vor Ablauf der geplanten Nutzungsdauer aus baulichen und/oder hydraulischen Gründen abgängig sind, können nicht zu 100 % über Gebühren refinanziert werden. Die Auswirkungen in den einzelnen Jahren sind sehr unterschiedlich. So haben sich bei der Entwässerung für das Jahr 2016 Verluste aus vorzeitigen Anlagenabgängen von 34 T€ ergeben. In 2012 beispielsweise musste die TBR Verluste aus Anlageabgängen in Höhe von 566 T€ tragen.

Mit Wirkung zum 01.01.2013 wurden die seit 2008 mit der Stadt Rheine geschlossenen Amtshilfevereinbarungen durch neu strukturierte Vereinbarungen ersetzt. Grundsätzlich besteht danach auch weiterhin nur ein geringes finanzielles Ausfallrisiko. In die neue Vereinbarung über die von der TBR AöR für die Stadt Rheine zu erbringenden Dienstleistungen wurde eine zusätzliche Regelung über die Berücksichtigung von Übergangsfristen bei einer einseitig von der Stadt Rheine ausgesprochenen erheblichen Reduzierung von Dienstleistungen aufgenommen. Die TBR wird dadurch in die Lage versetzt, durch natürlichen Stellenabbau auf die verringerte Auftragssituation zu reagieren. Da die TBR keinen Marktzugang hat, kann sie die in einem solchen Fall frei werdenden Kapazitäten (Personal, Geräte, Maschinen) nicht durch die Einholung von Fremdaufträgen kompensieren.

Die von der TBR AöR in 2008 vorgenommenen Versicherungsabschlüsse (z. B. Vollkaskoversicherung für Fahrzeuge, Haftpflichtversicherungen, D&O-Versicherung) wurden durch ein eingeschaltetes Beratungsunternehmen auf ihre Angemessenheit und Vollständigkeit hin geprüft. Die Überprüfung ergab keine Beanstandung, aber Hinweise zur Verbesserung des Versicherungsschutzes. Durch eine regelmäßige Kontrolle der Versicherungswerte wird das Risiko einer Unterversicherung im Schadensfall reduziert. Insbesondere bei den relativ hohen Anlagewerten der Stadtentwässerung und der Bauhofgebäude werden regelmäßig die Versicherungswerte geprüft und angeglichen.

In den einzelnen Fachbereichen bestehen insbesondere folgende Einzelrisiken:

Stadtentwässerung:

Es besteht das Risiko einer Überschreitung der bestehenden Überwachungswerte für die Einleitung des gereinigten Abwassers aus der „Kläranlage Rheine“ mit Ableitung in die Ems. Bei einer Überschreitung der festgelegten Werte ist die Zahlung einer erhöhten Abwasserabgabe fällig. Die möglichen Mehrkosten gegenüber der derzeitigen Abwasserabgabe liegen bei 100 % (ca. 310 T€). Sofern sogar Umweltschäden die Folge sind, kann die Schadenssumme ein Vielfaches betragen.

Daneben existiert das Risiko von geänderten gesetzlichen Auflagen und Anforderungen an die Abwassersammlung, -ableitung und -reinigung. Diese können umfangreiche Investitionskosten zur Folge haben, welche in Form von Kapitalkosten in die Gebührenbedarfsberechnungen einfließen und zu starken Steigerungen der Abwassergebühren führen würden. Daneben besteht auch das Risiko, das Betriebsteile vorzeitig abgängig werden und den jeweiligen Jahresabschluss belasten.

Beim Bau von Entwässerungsbauwerken bestehen Risiken, welche nicht durch die allgemeinen Bauherrenhaftpflichtversicherungen abgedeckt sind: z. B. Bauschäden, deren Ursache der anstehende Baugrund ist, obwohl der Boden zuvor vom Gutachter erkundet wurde.

Durch die Fehleinleitung von gefährlichen Schadstoffen ins TBR-Entwässerungsnetz besteht insbesondere bei unbekanntem Verursachern das Risiko von Personen- und Sachschäden. Ein weiteres Schadensrisiko besteht bei der möglichen Überflutung von TBR-Anlagen und dem Eigentum Dritter durch Überschwemmung. Überschwemmungen können durch a) große Regenereignisse und b) den Ausfall von TBR-Anlagen (z. B. Pumpwerke) eintreten. Durch menschliches Versagen, z. B. Planungsfehler bei der Auslegung und dem Bau von Entwässerungsanlagen, aber auch bei der Arbeitsvorbereitung von betrieblichen Maßnahmen in der Entwässerung können Personen- und Sachschäden entstehen.

Abfallentsorgung:

Die Rekultivierungsarbeiten für die im Jahr 2009 geschlossene Bauschuttdeponie sind inzwischen abgeschlossen worden. Auf diesem ehemaligen Deponiegelände und auch auf dem Gelände weiterer ehemaliger Mülldeponien (Hummeldorf, Schwarzer Weg u. a.) werden weiterhin Grundwasserproben genommen. Aus den Ergebnissen der Beprobungen war in den vergangenen Jahren kein Handlungsbedarf entstanden.

Öffentliche Verkehrsflächen:

Die sich aus der Amtshilfevereinbarung ergebenden Erstattungszahlungen der Stadt Rheine könnten nicht dem tatsächlich erforderlichen Aufwand entsprechen, der von der TBR zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben - insbesondere auch der Verkehrssicherungspflicht - aufgebracht werden muss. Nach 2005 wurde daher in 2011 erneut eine Bewertung der Straßen durchgeführt, um darüber eine aktualisierte Bestandsermittlung vornehmen zu können. Dieser aktualisierte Bestand wird entsprechend der Amtshilfevereinbarung als Grundlage für ein optimiertes Budget genutzt, welches für die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht und einer bedarfsgerechten Unterhaltung und Sanierung der Straßen ausreichend ist. Die Abstimmung über die Höhe des von der Stadt Rheine zur Verfügung gestellten Budgets erfolgte im Rahmen von Verhandlungen zur Amtshilfevereinbarung mit der Stadt, sodass die Auswirkung aus der Rückübertragung von Straßen an die jeweiligen Baulastträger (Kreis, Land, Bund) und Bestandsänderungen auf die Amtshilfezahlungen unmittelbar abgeleitet werden können.

Öffentliches Grün:

Nicht planbare Witterungseinflüsse (bspw. Windbruch) können hohe Ausgaben erfordern, die über das Amtshilfebudget hinausgehen. Bei drastischer Kürzung der Amtshilfevereinbarung müssten Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen erheblich gekürzt werden, um die Verkehrssicherungspflicht gewährleisten zu können.

Die TBR versucht im Rahmen ihres Risikomanagements mögliche Schäden durch geeignete Gegenmaßnahmen zu verhindern oder zu minimieren (z. B. Änderung von Verfahrensabläufen, Versicherungen).

Finanzielle Risiken:

Von der Stadt Rheine ist der TBR zum 01.01.2008 ein Trägerdarlehen in Höhe von 97.500 T€ gewährt worden. Aufgrund bisheriger Annuitätenzahlungen hat sich der Restwert zum 31.12.2016 auf 54.521 T€ reduziert. Dieses Trägerdarlehen, welches am 21.12.2018 ausläuft, wurde bereits im Jahre 2015 vorzeitig zu deutlich verbesserten Zinskonditionen bis 2028 verlängert.

In der jährlichen Annuitätenzahlung von 8.288 T€ war in 2016 eine Tilgung von ca. 5.674 T€ enthalten. Eine Innenfinanzierung der Tilgung aus dem Cash-Flow des Unternehmens ist nicht vollständig möglich, sodass auch eine Kreditfinanzierung der Tilgungsleistungen erforderlich ist.

Wie in Vorjahren bewegten sich auch in 2016 die Darlehenskonditionen konstant unter den für das Trägerdarlehen der TBR AöR geltenden Darlehensbedingungen. Die äußerst günstige

Konstellation sollte über einen möglichst langen Zeitraum gesichert werden, um sie für zukünftige Darlehensaufnahmen der TBR nutzen zu können. Das Risiko, dass sich bei einer Trendwende auf dem Kapitalmarkt die Darlehensbedingungen entscheidend verändern und sich sogar schlechter als die für das Trägerdarlehen vereinbarten Bedingungen darstellen, sollte ausgeschlossen werden. Im Jahr 2012 wurde auf dieser Grundlage für einen Teil der zukünftigen Zahlungsverpflichtungen eine Zinssicherung abgeschlossen.

Entsprechend dieser Zinssicherungsmaßnahme wurden zum 31.12.2016 drei Darlehenstranchen in Höhe von insgesamt 12 Mio. € für die Jahre 2016 - 2018 mit einer Laufzeit bis 2026 vergeben.

Zur Überwachung der Zinsentwicklung hat sich die TBR AöR in 2010 einer von der Stadt Rheine aufgrund gesetzlicher Verpflichtung eingerichteten Arbeitsgruppe zur Überwachung der Zinsentwicklung angeschlossen.

Chancen

Der TBR ist durch die Anstaltssatzung ein fest umrissener Aufgabenkreis übertragen worden. Danach unterteilen sich die Aufgaben weitestgehend in einen Dienstleistungsbereich für die Stadt Rheine und in Tätigkeiten der Daseinsvorsorge (Stadtentwässerung, Abfallwirtschaft, Stadtreinigung). Durch die langfristig ausgelegte Amtshilfevereinbarung mit der Stadt Rheine (2013 – 2022) hat die TBR in 2013 für den Dienstleistungsbereich eine relativ sichere Planungsgrundlage für ihre zukünftige Personal-/Ressourcenplanung und Ertragsplanung erhalten. Die Grundlage für langfristig ausgelegte Überlegungen zu Wirtschaftlichkeitsverbesserungen ist damit gegeben.

Die weitere Entwicklung im Bereich der Daseinsvorsorge wird grundsätzlich durch die Einflüsse einschlägiger Gesetze und Verordnungen beeinflusst. Aber auch in diesem Bereich ergibt sich durch die Amtshilfevereinbarung eine positive Entwicklung. Die Durchführung der übertragenen Amtshilfetätigkeiten erfordert einen erheblichen Personalbestand. Dieser kann gleichzeitig auch als Personalreserve für die Bereiche der Daseinsvorsorge (z. B. Winterdienst) genutzt werden. Insgesamt ergibt sich für beide Bereiche die Möglichkeit eines wirtschaftlicheren Personaleinsatzes.

Aufgrund gesetzlicher und steuerlicher Einschränkungen und insbesondere durch die relativ starre Bindung der TBR an die im Rahmen der Anstaltssatzung übertragenen Aufgaben ergeben sich für die TBR keine Möglichkeiten unbeschränkt neue Tätigkeitsfelder zu erschließen.

Kennzahlen

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	16,21%	14,75%	14,01%	12,82%
Fremdkapitalquote	68,82%	69,88%	69,73%	70,88%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	16,73%	14,97%	14,20%	13,37%
Anlageintensität	96,92%	98,52%	98,68%	95,87%
Kassenmittelintensität	1,22%	0,05%	0,05%	2,61%
Eigenkapitalrentabilität	13,08%	13,88%	10,33%	9,98%
Gesamtkapitalrentabilität	4,72%	4,79%	4,37%	4,24%
Materialaufwandsquote	22,98%	23,53%	25,38%	27,15%
Personalaufwandsquote	28,24%	28,89%	31,30%	29,16%
Abschreibungsquote	3,77%	3,78%	3,84%	3,73%
Umsatz je Beschäftigten in €	170.624,72	152.004,10	147.018,74	151.494,24
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	14.633,33	13.570,70	9.493,99	8.743,22

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	51.431,33	0,03	61.997,87	0,04	69.744,06	0,05	65.756,86	0,04
Sachanlagen	151.086.646,35	96,85	148.828.351,07	98,43	146.787.683,45	98,59	146.702.338,39	95,78
Finanzanlagen	59.738,50	0,04	62.689,48	0,04	66.759,50	0,04	70.875,34	0,05
Anlagevermögen	151.197.816,18	96,92	148.953.038,42	98,52	146.924.187,01	98,68	146.838.970,59	95,87
Vorräte	127.212,02	0,08	168.029,67	0,11	172.468,92	0,12	239.481,97	0,16
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.742.942,10	1,76	1.992.672,54	1,32	1.708.646,51	1,15	2.068.121,05	1,35
Flüssige Mittel	1.909.375,53	1,22	68.970,19	0,05	67.963,31	0,05	4.004.822,25	2,61
Umlaufvermögen	4.779.529,65	3,06	2.229.672,40	1,47	1.949.078,74	1,31	6.312.425,27	4,12
Rechnungsabgrenzungsposten	17.799,83	0,01	12.297,26	0,01	11.795,61	0,01	10.296,47	0,01
Aktiva	155.995.145,66	100,00	151.195.008,08	100,00	148.885.061,36	100,00	153.161.692,33	100,00
Gezeichnetes Kapital	5.000.000,00	3,21	5.000.000,00	3,31	5.000.000,00	3,36	5.000.000,00	3,26
Kapitalrücklage	13.388.529,02	8,58	12.670.289,02	8,38	12.670.289,02	8,51	12.670.289,02	8,27
Verlust-/Gewinnvortrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	3.307.133,60	2,12	3.094.119,31	2,05	2.155.135,78	1,45	1.958.481,31	1,28
Andere Gewinnrücklagen	3.595.736,40	2,31	1.529.617,09	1,01	1.033.481,31	0,69	0,00	0,00
Eigenkapital	25.291.399,02	16,21	22.294.025,42	14,75	20.858.906,11	14,01	19.628.770,33	12,82
Sonderposten mit Rücklagenanteil	19.199.334,00	12,31	19.058.356,00	12,61	19.832.949,00	13,32	20.962.010,00	13,69
Rückstellungen	4.139.981,14	2,65	4.190.567,57	2,77	4.369.239,29	2,93	3.996.911,57	2,61
Verbindlichkeiten	107.362.192,18	68,82	105.649.819,77	69,88	103.818.084,12	69,73	108.564.350,12	70,88
Rechnungsabgrenzungsposten	2.239,32	0,00	2.239,32	0,00	5.882,84	0,00	9.650,31	0,01
Passiva	155.995.145,66	100,00	151.195.008,08	100,00	148.885.061,36	100,00	153.161.692,33	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 EUR	2015 EUR	2014 EUR	2013 EUR
Umsatzerlöse	38.561.186,92	34.656.935,29	33.373.253,15	33.934.710,39
Bestandsveränderungen an unfertigen Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Andere aktivierte Eigenleistungen	924.145,32	604.545,41	536.739,21	452.741,59
Sonstige betriebliche Erträge	1.168.647,01	3.783.147,72	2.681.884,71	2.534.807,32
Erträge	40.653.979,25	39.044.628,42	36.591.877,07	36.922.259,30
Materialaufwand	-9.340.703,42	-9.188.865,12	-9.285.266,39	-10.025.531,15
Personalaufwand	-11.479.377,51	-11.280.949,85	-11.452.701,20	-10.766.161,65
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.700.798,81	-5.625.363,40	-5.636.782,14	-5.479.611,55
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.614.752,12	-5.621.391,36	-3.688.134,66	-4.123.028,34
Aufwendungen	-33.135.631,86	-31.716.569,73	-30.062.884,39	-30.394.332,69
Finanzergebnis	-4.050.843,43	-4.145.712,58	-4.356.271,84	-4.534.748,15
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.467.503,96	3.182.346,11	2.172.720,84	1.993.178,46
außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-76.155,01	0,00	11.018,00	-4.477,80
Sonstige Steuern	-84.215,35	-88.226,80	-28.603,06	-30.219,35
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	3.307.133,60	3.094.119,31	2.155.135,78	1.958.481,31

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

	2016 €	2015 €	2014 €	2013 €
Gewinnausschüttung	2.791.000,00	1.028.000,00	1.659.000,00	1.958.481,31

Beschäftigtenzahlen

	2016	2015	2014	2013
durchschnittlich	226	228	227	224

Ausblick

Die im **Wirtschaftsplan 2017** enthaltene mittelfristige Ergebnisplanung weist ab 2018 für die Folgejahre positive Jahresergebnisse aus.

Die Entwicklung in 2017 lässt vermuten, dass das Jahresplanergebnis 2017 nicht nur erreicht, sondern vermutlich überschritten wird.

Die geplanten Gebühreneinnahmen in Höhe von 23.686 T€ teilen sich u.a. auf in Abwassergebühren 16.797 T€, Abfallgebühren 5.930 T€ und Straßenreinigungsgebühren 725 T€. Aus den aktuellen Zahlungen ergeben sich noch keine Hinweise auf wesentliche Planwertabweichungen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die mit einem Anteil von rd. 62 % als wesentlichste Einnahmequelle der TBR anzusehenden Gebühreneinnahmen planmäßig eingehen werden.

Die von der Stadt Rheine aufgrund der Amtshilfevereinbarung zu erwartenden Erträge (10.981 T€) sind bisher in voller Höhe eingegangen. Auch hier wird von keiner relevanten Abweichung für das aktuelle Planjahr ausgegangen.

Die Höhe der Amtshilfezahlungen im Bereich der Grünflächenunterhaltung wird nach einer Reduzierung in 2015 um 329 T€, die einhergehen sollte mit entsprechenden Aufwandssenkungen im gleichen Umfang, ab 2016 anteilig wieder zurückgenommen, da Aufwandsreduzierungen nicht vollständig umgesetzt wurden. In 2017 wird eine pauschale Kürzung der Amtshilfezahlungen von 90 T€ berücksichtigt.

Die Nebengeschäftserträge werden insbesondere aufgrund einer Neuverhandlung der Papierpreise eine positive Abweichung aufweisen.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen/Beiträge betragen im Berichtsjahr 1.250 T€. Bei der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen/Beiträge wird keine wesentliche Planwertabweichung erwartet.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen sind insbesondere die Gebührenüberschüssen aus Vorjahren (772 T€) relevant. Die Erträge aus der Auflösung von Verpflichtungen aus Gebührenüberschüssen sind feste Bestandteile von Gebührenkalkulationen. Daher werden hier die Planwerte eingehalten.

Nach Rückübertragung der Straßenbaulast von Kreis-, Landes- und Bundesstraßen von der Stadt Rheine auf die jeweiligen Straßenbaulastträger ist die Stadt Rheine durch Sondervereinbarungen mit der Durchführung von Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten in 2016 beauftragt worden. Die Stadt Rheine hat ihrerseits die TBR mit der Durchführung entsprechender Arbeiten im Jahr 2016 beauftragt. In 2017 werden keine weiteren Erstattungen erwartet.

Im Materialaufwand (10.432 T€) ist ein Planwert in Höhe von 3.567 T€ für Entsorgungskosten enthalten. Die Kosten fallen überwiegend im Bereich der Abfallwirtschaft (3.170 T€) an. Die bisherige Entwicklung in 2017 deutet darauf hin, dass der Planwert erreicht wird. Bei den Treibstoffkosten (556 T€) und Strombezugskosten deuten sich aufgrund der sehr günstigen Preisentwicklung und der Fertigstellung des BHKWs Unterschreitungen des Planwertes an.

Weitere wesentliche Bestandteile des Materialaufwands sind der Materialdirektverbrauch (1.022 T€) und die Fremdleistungen (2.935 T€). Die Inanspruchnahme dieser Planwerte ist stark witterungsabhängig und führt daher tendenziell zu einer Kostenverlagerung in die zweite Jahreshälfte. Unter Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse und einem Vergleich mit der bisherigen Kostenentwicklung wird von der Einhaltung der Planwerte ausgegangen.

Für den Personalaufwand (12.126 T€) werden keine relevanten Planabweichungen für das Jahr 2017 erwartet.

Die Abschreibungen für 2017 (6.393 T€) sind auf der Grundlage der in den Wirtschaftsplänen 2016 und 2017 geplanten Investitionen ermittelt worden. Diese Investitionen wurden in 2016 teilweise mit Zeitverzögerung durchgeführt. In 2017 liegt das prognostizierte Investitionsvolumen aufgrund einer zeitlichen Verschiebung einzelner Investitionsmaßnahmen leicht unter dem geplanten Investitionsvolumen. In Summe haben diese Effekte allerdings nahezu keine Folgewirkung auf die Abschreibungen des Jahres 2017, so dass die geplanten Abschreibungen annähernd erreicht werden.

Der sonstige betriebliche Aufwand in Höhe von 3.708 T€ wird weitgehend durch vertraglich bestimmte Zahlungen geprägt. Die Zahlungen an die Stadt Rheine für die von ihr erbrachten Dienstleistungen (1.026 T€), z. B. für die Gebührenerhebung und die Personalbewirtschaftung, sind weitestgehend vertraglich fixiert. Auch die Verträge über sonstige unterstützende Maßnahmen (z. B. bei der kaufmännischen Betriebsführung) enthalten feste Zahlbeträge und bieten daher keinen Raum für unvorhergesehene Aufwandserhöhungen.

Der im sonstigen betrieblichen Aufwand enthaltene Aufwand für Leasing (130 T€) wird weitestgehend durch das Fahrzeugleasing ausgelöst. Der letzte Leasingvertrag wurde Ende 2011 geschlossen. Mit dem Ende dieses Vertrages werden wie geplant in 2018 die Zahlungen für das Fahrzeugleasing eingestellt.

Im Wirtschaftsplan 2017 wurde ein Zinsaufwand von 3.633 T€ berücksichtigt. Der darin enthaltene Zinsanteil für das von der Stadt Rheine gewährte Trägerdarlehen hat sich gegenüber dem Vorjahr von T€ 2.862 um 248 T€ auf 2.614 T€ verringert. Dieser Betrag wird bis zum Jahr 2018 kontinuierlich auf 2.084 T€ sinken.

Eine im Jahr 2012 abgeschlossene Zinssicherung bezieht sich auf einen Teil der zwischen dem 31.12.2013 und dem 31.12.2018 notwendigen Darlehensaufnahmen. Entsprechend dieser vertraglichen Bindung wird zum Jahresende ein Darlehen in Höhe von 4 Mio. € von der TBR in Anspruch genommen. Zusätzlich zu diesem vertraglich fixierten Darlehen wurde bis Mitte des Jahres 2017 ein Darlehen in Höhe von 3 Mio. € aufgenommen. Die Aufnahme eines weiteren Darlehens könnte durch weiterhin hohe Investitionstätigkeiten der TBR zum Jahresende 2017 erforderlich werden. Die geplante Kreditaufnahme in Höhe von 12 Mio. € wird allerdings voraussichtlich unterschritten.

Unter Berücksichtigung der bisher in 2017 eingetretenen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen kann davon ausgegangen werden, dass das geplante positive Jahresergebnis in Höhe von 1.259 T€ erreicht, ggf. überschritten wird.

4.2. Trägerschaft für die Stadtsparkasse Rheine

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtsparkasse Rheine
Hauptstelle: Kardinal-Galen-Ring 33
48431 Rheine
Telefon: (0 59 71) 59-0

Handelsregister: Amtsgericht Steinfurt, HRA 3488

Gründungsjahr: 1852

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

Gegenstand der Anstalt

Die Sparkassen sind Wirtschaftsunternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes ihres Trägers zu dienen.

Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern den Sparsinn und die Vermögensbildung sowie das eigenverantwortliche Verhalten der Jugend in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Kreditversorgung dient vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. (Auszug aus § 3 Sparkassengesetz des Landes NRW in der Fassung vom 01. Jan. 1995)

Gemäß § 1 Abs. 1 der Satzung für die Stadtsparkasse Rheine ist sie eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Die Sparkasse ist Mitglied des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes Münster und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. in Bonn angeschlossen.

Träger ist gemäß § 2 Abs. der Satzung die Stadt Rheine. Nach § 2 Abs. 2 stellt der Träger sicher, dass die Sparkasse ihre Aufgaben erfüllen kann. Er haftet für die Verbindlichkeiten der Sparkasse unbeschränkt. Die Gläubiger der Sparkasse können den Träger nur dann in Anspruch nehmen, soweit sie aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden.

Organe der Anstalt

Vorstand:

Thomas Prochmann (Vorsitzender – ab 01.07.2015)

Rolf Harig (Mitglied – ab 01.07.2015)

Verwaltungsrat:

Vorsitzender: Dr. Peter Lüttmann (ab 03.11.2015)

8 Ratsmitglieder,

2 sachkundige Bürger,

2 Arbeitnehmervertreter/innen,

Lagebericht des Vorstands

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Steinfurt unter der Nummer A 3488 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Rheine. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, des Kreises Steinfurt sowie das Gebiet der angrenzenden Kreise.

Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2016

Wirtschaftsentwicklung

Die Weltwirtschaft erholte sich im abgelaufenen Jahr weiter zögerlich. Die Lage in den Schwellenländern stabilisierte sich, was insbesondere auf die Festigung der Konjunktur in China zurückzuführen war. Außerdem profitierten rohstoffexportierende Länder von den gefestigten Ölpreisen. In anderen Schwellenländern ist die Lage dagegen nach wie vor ungünstiger. In den meisten Industrieländern ist die Unterauslastung auf den Produkt- und Arbeitsmärkten insbesondere aufgrund der aufwärts gerichteten Arbeitsmarktlage und der damit einhergehenden Einkommenszuwächse zurückgegangen. Die Dynamik in den großen Industrieländern wurde jedoch von der schwächeren Entwicklung in den Vereinigten Staaten gedämpft. Das - wenn auch verhaltene - Wachstum der Weltwirtschaft ist vor allem von der sehr expansiven Geldpolitik getragen. Einhergehend mit der Entwicklung der Weltwirtschaft weist auch der Welthandel nur geringe Wachstumsraten auf.

Im Euro-Raum steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion seit mittlerweile drei Jahren kontinuierlich an. Die Wirtschaftsleistung hat inzwischen das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 übertroffen, wobei die Erholung nach wie vor durch eine starke Heterogenität zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten geprägt ist. Zu einem erheblichen Anteil wird der Aufschwung von der anhaltend extrem expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) gestützt. Die Erholung im Euro-Raum ist daher weiterhin nicht selbsttragend. Gleichzeitig nutzen die Regierungen der Mitgliedsstaaten die günstige Lage nicht hinreichend, um ihre Haushalte nachhaltig zu verbessern und marktorientierte Strukturreformen durchzuführen.

Die deutsche Wirtschaft setzte ihren Aufschwung in 2016 fort. Das Bruttoinlandsprodukt ist um 1,9 % gestiegen. Tragende Säule war erneut die Binnenwirtschaft und hier in erster Linie der private Konsum sowie die Wohnungsbauinvestitionen. Die Arbeitslosenquote sank auf 5,8 % zum Jahresende und die Einkommen entwickelten sich positiv. Die Exporte sowie die Unternehmensinvestitionen entwickelten sich dagegen schwächer als im Vorjahr. Dies ist zum einen zurückzuführen auf die zögerliche Erholung der Weltwirtschaft und den wenig dynamischen Welthandel. Zum anderen dämpfen breit gefächerte unternehmerische Unsicherheiten, wie zunehmende geopolitische Risiken und die Sorge über eine Abschwächung der Weltkonjunktur, die Investitionsneigung. Auch die Unsicherheit über die mittel- bis langfristigen Auswirkungen des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union schlagen sich hier nieder. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt mit 0,5 % zwar weiterhin nur geringfügig. Im Dezember war jedoch mit 1,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat ein sprunghafter Anstieg zu verzeichnen. Die Entwicklung wurde erheblich von den Energiepreisen beeinflusst.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in der Region war in 2016 weiterhin freundlich, verlor jedoch gegen Jahresende an Dynamik. Der Konjunkturklimatest der IHK Nord Westfalen, der Lageeinschätzung und Aussichten von Unternehmen in einer Kennziffer zusammenfasst, pendelte sich nach einem kleinen Rückgang im Spätsommer 2016 zum Jahreswechsel wieder auf 126 Punkte und damit auf dem Niveau des Vorjahres ein. Er liegt damit weiterhin deutlich über dem 10-Jahres-Durchschnitt. Besonders günstig fällt die Situation in der Bauwirtschaft aus, wo - wenngleich mit leichten Abstrichen - weiterhin Hochkonjunktur herrscht. Insgesamt urteilen kleine Betriebe, die in besonderem Maße von der Binnenkonjunktur profitieren, besonders positiv. Mit Ausnahme des Handels hat sich die Stimmung in allen größeren Branchen - wenn auch auf hohem Niveau - leicht eingetrübt. Dies ist unter anderem auf außenpolitische Faktoren (Verunsicherung über den zukünftigen Kurs der USA, Folgen des Brexits), das Auslaufen fiskalischer Impulse im Zusammenhang mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise und die Niedrigzinspolitik der EZB zurückzuführen. Die Arbeitsmarktlage in der Region ist weiterhin überaus robust. Die Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt stieg nur unwesentlich auf 4,6 % zum Jahresende und liegt unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Zinsentwicklung

Mit dem Ziel, die Inflationsrate mittelfristig wieder an ihren Zielwert von knapp 2 % zu bringen und die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum zu unterstützen, hat die EZB ihren geldpolitischen Kurs weiter gelockert. So wurde das Volumen des Ankaufprogramms für Anleihen von 60 Mrd. € auf 80 Mrd. € monatlich erhöht und bis zum Jahresende 2017 verlängert.

Zudem erstreckt es sich zukünftig auch auf Unternehmensanleihen. Darüber hinaus wurden die EZB-Zinssätze erneut gesenkt. Seit März 2016 beträgt der Hauptrefinanzierungszinssatz 0,0 %, die Spitzenrefinanzierungsfazilität 0,3 % und die Einlagenfazilität -0,4 %. Geldmarktzinsen, Langfristzinsen auf Staatsanleihen und Zinsen für Unternehmenskredite sind gefallen. Die Zinsstrukturkurve verschob sich erneut nach unten und flachte ab.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2016

2.1. EU-Einlagensicherung

Mit der europäischen Einlagensicherungsrichtlinie und deren Umsetzung in deutsches Recht wurden im Jahr 2015 ein einheitliches Mindestsicherungsniveau für Einlagen und Standards für die Sicherungsfonds geschaffen. Das Institutssicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe wurde an den europäischen Rechtsrahmen angepasst und von der BaFin als Einlagensicherungssystem im Sinne des Gesetzes anerkannt. Damit besteht das präventiv wirkende und damit besonders effiziente Institutssicherungssystem fort.

Darüber hinaus wurde auf europäischer Ebene seit November 2015 ein europaweites Einlagensicherungssystem und damit die Vergemeinschaftung der nationalen Systeme diskutiert und von der EU-Kommission vorgeschlagen. Ziel ist es, die Europäische Bankenunion zu vervollständigen und den Schutz von Erspartem zu stärken, die Finanzstabilität zu erhöhen

sowie die Verbindung von Banken und Staaten weiter zu lösen. Das Vorhaben stößt in Deutschland sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Seite auf vehementen Widerstand. So haben sich z. B. der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und andere führende Verbände der deutschen Wirtschaft zu einer Initiative zusammengeschlossen, um sich gemeinsam öffentlich für einen wirksamen, eigenverantwortlichen Sparerenschutz und somit gegen die Pläne der EU-Kommission auszusprechen. Auch in anderen Mitgliedsstaaten stößt das Vorhaben auf Kritik.

2.2. einheitliche Bankenabwicklung

Ziel der Bankenabwicklungsrichtlinie und der Verordnung über einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus ist es, die Kosten des systematischen Risikos des Kredit- und Handelsgeschäfts dem Finanzsektor aufzuerlegen. Ein von den Kreditinstituten des Euro-Raums aufzufüllender Abwicklungsfonds soll nach der Haftung von Eigentümern und bestimmten Gläubigergruppen bei der Abwicklung systemrelevanter Institute oder systemrelevanter Teile von Instituten finanziell eintreten. Seit Jahresbeginn 2016 werden die nationalen Fonds der an der Bankenunion teilnehmenden Länder schrittweise zu einem gemeinsamen Fonds zusammengeführt, der bis zum Jahr 2023 mit 55 Mrd. € auszustatten sein wird.

2.3. EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Am 20.03.2014 trat die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie (2014/17/EU) in Kraft, deren Inhalte bis zum 21.03.2016 in deutsches Recht übertragen wurden. Die Richtlinie setzt die mit der Verbraucherkreditrichtlinie begonnene Regulierung der Kreditvergabe fort. Ziel ist es, einen transparenten, effizienten und wettbewerbsfähigen Binnenmarkt für Immobilienfinanzierungen zu schaffen. Darüber hinaus soll eine nachhaltige und verantwortungsvolle Kreditvergabe gesichert sowie die Beratungsqualität verbessert werden. Diese Ziele sollen insbesondere durch die weitere Vereinheitlichung von Informations- sowie Verhaltenspflichten sichergestellt werden. Die Anforderungen wurden fristgerecht umgesetzt.

Bereits im Dezember 2016 hat die Bundesregierung einen Regierungsentwurf zum Finanzaufsichtsrechtergänzungsgesetz mit Änderungen in der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie beschlossen. Der Regierungsentwurf berücksichtigt von der Kreditwirtschaft geforderte Aspekte und soll die Vergabe von Immobilienkrediten einfacher und rechtssicherer machen. Mit einer Verabschiedung des Gesetzes ist noch im ersten Halbjahr 2017 zu rechnen.

2.4. EU-Richtlinie zur Vergleichbarkeit von Bankentgelten, zum Kontowechsel und zum Zugang zu einem Basiskonto (EU-Zahlungskontenrichtlinie)

Am 11.04.2016 wurde das sogenannte Zahlungskontengesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vergleichbarkeit von Bankentgelten, zum Kontowechsel und zum Zugang zu einem Basiskonto im Bundesgesetzblatt verkündet. Ziel der EU-Richtlinie und des deutschen Einführungsgesetzes ist es, den Wettbewerb um Girokonten durch eine größere Preistransparenz und einen erleichterten Kontowechsel zu intensivieren sowie jedem Bürger die Eröffnung eines Girokontos mit Basisdienstleistungen zu ermöglichen. Die Regelungen traten zeitlich gestaffelt ab dem 18.06.2016 in Kraft und wurden fristgerecht umgesetzt.

2.5. Leitlinien zu gemeinsamen Verfahren und Methoden für den aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (SREP)

Seit dem 01.01.2016 finden die SREP-Leitlinien der EBA Anwendung. Ziel der Leitlinien ist die Sicherstellung einer hohen Qualität sowie der Konsistenz der Aufsichtspraxis in der EU. Während die Leitlinien bei direkt von der EZB beaufsichtigten Instituten unmittelbar anzuwenden waren, sind sie auf nationaler Ebene zunächst in die Aufsichtspraxis umzusetzen. Ein wesentlicher Bestandteil und Schwerpunkt bei der Umsetzung durch die deutsche Aufsicht sind die aufsichtlichen Kapitalfestsetzungen. Diese sollen sicherstellen, dass auch Risiken mit Eigenkapital abgedeckt werden, die nicht von der Säule-1-Mindestanforderung der CRR erfasst werden. Dies betrifft unter anderem Zinsänderungsrisiken. In 2016 erfolgte die institutsindividuelle Kapitalfestsetzung zunächst für eine erste Gruppe von 330 Institu-

ten. Die Sparkasse gehörte nicht dazu. Für alle übrigen Institute wird die Bewertung und Festsetzung im Laufe der Jahre 2017 und 2018 erfolgen.

Im Sinne einer Gleichbehandlung und als Übergangslösung für alle Institute, die im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses noch keinen rechtskräftigen Bescheid erhalten haben, hat die BaFin am 23.12.2016 eine Allgemeinverfügung zur Unterlegung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erlassen. Die erstmalige Berechnung und Meldung des Kapitalzuschlags gemäß der Allgemeinverfügung ist zum 31.12.2016 erfolgt.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2016 um 32,2 Mio. € bzw. 2,3 % auf 1.413,1 Mio. €. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 45,3 Mio. € oder 2,4 % auf 1.908,8 Mio. €.

3.2. Kreditgeschäft

Die Forderungen an Kunden stiegen gemessen an bilanziellen Werten um 1,2 % auf 747,3 Mio. €. Das auf Basis von Jahresdurchschnittsbeständen geplante Ziel von 752,0 Mio. € wurde mit 752,6 Mio. € erreicht. Das Wachstum ist im Wesentlichen auf einen dynamischen Anstieg der Wohnbaukredite und Weiterleitungsdarlehen zurückzuführen. Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2016 auf 123,8 Mio. € (Vorjahr 139,7 Mio. €).

Die Kreditinanspruchnahmen von Privatkunden stiegen stichtagsbezogen um 1,5 % auf 530,6 Mio. €. Maßgeblich war das weiterhin dynamische Baufinanzierungsgeschäft und die damit verbundene Nachfrage nach Wohnungsbau- und Weiterleitungsdarlehen. Die Planung auf Basis von Jahresdurchschnittsbeständen wurde mit 529,9 Mio. € um 6,5 Mio. € übertroffen.

Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen konnten die Rückflüsse durch Tilgungen nicht vollständig durch Neugeschäft kompensiert werden. Stichtagsbezogen war ein Rückgang der Kreditinanspruchnahmen um 2,1 % auf 221,7 Mio. € zu verzeichnen. Die jahres-durchschnittlichen Kreditinanspruchnahmen sanken um 2,7 % auf 216,6 Mio. € (Planwert 224,4 Mio. €).

Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme reduzierte sich leicht auf 52,9 % (Vorjahr 53,5 %).

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag verminderte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr geringfügig um insgesamt 0,5 % auf 448,7 Mio. €. Hierbei war insbesondere der Rückgang der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 26,3 Mio. € aufgrund von Fälligkeiten maßgeblich. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren stiegen dagegen um 24,0 Mio. €. Ursächlich für den Anstieg war im Wesentlichen die Aufstockung eines Immobilienfonds.

3.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2016 von 14,2 Mio. € entfiel nahezu vollständig auf die Beteiligung am SVWL. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr um 0,08 Mio. € resultiert zum einen aus der in 2016 durchgeführten Stammkapitalerhöhung des SVWL infolge der Kapitalerhöhung der LBS West, von der ein Betrag in Höhe von rund 1,14 Mio. € auf die Sparkasse entfiel. Zum anderen war eine Teilwertabschreibung auf die Beteiligung am Stammkapital des SVWL in Höhe von rund 1,06 Mio. € aufgrund eines Rückgangs des Unternehmenswertes von Beteiligungsunternehmen erforderlich.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Die Sparkasse hatte für 2016 ein Wachstum bei den Geldanlagen auf Basis von Jahresdurchschnittsbeständen von 3,8 % erwartet. Dieses Ziel wurde mit einer Erhöhung von 7,2 % gemessen an Jahresdurchschnittsbeständen deutlich übertroffen. Gemessen an Stichtagsbeständen sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 35,1 Mio. € bzw. 3,8 % auf 950,5 Mio. € gestiegen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden extremen Niedrigzinsphase ist weiterhin eine deutliche Tendenz zu kurzfristigen Anlageformen festzustellen. So nahmen die Sichteinlagen sehr stark um 99,6 Mio. € bzw. 24,9 % auf 499,4 Mio. € zu. Neben neu zugeflossenen Volumina resultiert der Anstieg im Wesentlichen aus Umschichtungen zulasten der befristeten Einlagen, die um 65,6 Mio. € auf 39,8 Mio. € zurückgingen. Auch bei den Sparkassenbriefen vollzog sich ein moderater Rückgang um 3,9 Mio. € auf 76,2 Mio. €. Die Spareinlagen stiegen um 5,2 Mio. € auf 334,8 Mio. €.

Die von Kunden unterhaltenen Wertpapierbestände sind wertmäßig um 4,9 % auf 160,0 Mio. € gestiegen.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich insbesondere durch die Anlage freier liquider Mittel aus fälligen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 24,1 Mio. € auf 175,7 Mio. €. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Namensschuldverschreibungen zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich um 13,0 Mio. € auf 290,2 Mio. €. Bei diesen Beständen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Weiterleitungsdarlehen und Sparkassenbriefe.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Wertpapiergeschäft wurde im Jahr 2016 von der insgesamt positiven Entwicklung der Aktienmärkte und von extrem niedrigen Zinsen an den Kapitalmärkten geprägt. So gingen die Bestände an Schuldverschreibungen geringfügig zurück, während die Bestände an Aktien und Investmentanteilen moderat stiegen. Der Absatzschwerpunkt lag im Jahr 2016 im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere (u. a. Zuwachs- und Zinsmarktanleihen), wenngleich die Umsätze sowohl in diesem Bereich als auch bei Aktien rückläufig waren. Investmentfondsanteile gewannen an Beliebtheit. Die von uns erwarteten Zuwächse wurden aufgrund der von Kunden bevorzugten bilanzwirksamen, kurzfristigen Anlageformen nicht erreicht.

Mit 746 Bausparverträgen und einem Vertragsvolumen von 35,3 Mio. € verlief das Bauspargeschäft weiter sehr gut, wobei nicht an das Spitzenergebnis des Vorjahres angeknüpft werden konnte.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen konnte auch im Jahr 2016 weiter verstärkt werden. Die Entwicklung spiegelt sich insbesondere in der deutlichen Steigerung der Beitragssumme im Neugeschäft bei Lebensversicherungen wider. Der Absatz von Kompositversicherungen nahm moderat zu.

Die Erträge aus der Immobilienvermittlung wuchsen erneut deutlich gegenüber dem Vorjahr.

Gemessen an den im Rahmen des Budgets geplanten Erträgen entwickelte sich das Dienstleistungsgeschäft - abgesehen vom Wertpapiergeschäft - im Rahmen der Erwartungen.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2016 wurden Investitionen zur weiteren Verbesserung unseres Beratungs- und Serviceangebotes durch die Aktualisierung und Verbesserung der Selbstbedienungstechnik in der Hauptstelle und in einigen Geschäftsstellen vorgenommen. Unter anderem wurde ein zentraler Empfangsbereich eingerichtet und damit eine noch freundlichere Atmosphäre geschaffen, in der Kunden professionell und kompetent empfangen werden. Auch wurden Besprechungszimmer renoviert und mit moderner (Beratungs-) Technik ausgestattet. Darüber hinaus bildete die Verlagerung von Server- und Anwendungsfunktionalitäten zur Finanzinformatik einen Investitionsschwerpunkt.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2016 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt 225 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 229), davon 82 Teilzeitkräfte und 13 Auszubildende.

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Rahmenbedingungen und dem daraus resultierenden Erfordernis eines straffen Kostenmanagements sowie im Einklang mit einer realistischen Personalplanung hat sich die Ausbildungsquote im vergangenen Jahr auf 5,8 % reduziert. Damit stellt die Sparkasse sicher, auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können. Sie nimmt ihre Verantwortung als wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region weiterhin wahr.

Auch im Jahr 2016 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden 166,6 T€ (Vorjahr 169,3 T€) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit. Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2016 konsequent verfolgt.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2015. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2016 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 56,3 Mio. € (Vorjahr 55,2 Mio. €) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB um 7,0 Mio. € auf 99,4 Mio. € erhöht. Es besteht eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der "Ersten Abwicklungsanstalt" von 25 Jahren trägt. Diese Vorsorge beträgt zum 31.12.2016 3,4 Mio. €. Die Ansparrücklage wird bis auf weiteres nicht weiter dotiert, da eine Inanspruchnahme der Garantien voraussichtlich nicht erforderlich sein wird.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikogewichteten Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) übertrifft am 31.12.2016 mit 21,04 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers und des Kapitalzuschlags für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch gemäß der Allgemeinverfügung der BaFin sowie die intern festgelegte Mindestgesamtkapitalquote von 13,0 % deutlich. Die Leverage Ratio beträgt zum 31.12.2016 10,05 %. Die Sparkasse weist damit eine angemessene Kapitalbasis auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer (31.12.2016: 4,34) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde im Berichtsjahr stets eingehalten und lag durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,50. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) weist zum Berichtsstichtag einen Wert von 105 % (aufsichtsrechtliche Anforderung 70 %) aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba wurden nicht in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich kann durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen bei anderen Kreditinstituten erfolgen.

4.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2016 Mio. €	2015 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung %
Zinsüberschuss	27.458	28.016	-558	-2,0
Provisionsüberschuss	6.366	5.973	+393	+6,6
Sonstige betriebliche Erträge	1.127	530	+597	+112,6
Personalaufwand	13.511	13.786	-275	-2,0
Anderer Verwaltungsaufwand	6.000	5.450	+550	+10,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.807	1.169	+638	+54,6
Ergebnis vor Bewertung und Risikoversorge	13.633	14.114	-481	-3,4
Aufwand aus Bewertung und Risikoversorge	543	2.904	-2.361	-81,3
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	7.000	6.400	+600	+9,4
Ergebnis vor Steuern	6.090	4.810	+1.280	+26,6
Steueraufwand	4.427	3.870	+557	+14,4
Jahresüberschuss	1.663	941	+722	+76,7

Zinsüberschuss:

GuV-Posten Nr.1 bis 4

Provisionsüberschuss:

GuV-Posten Nr.5 und 6

Sonstige betriebliche Erträge:

GuV-Posten Nr. 8 und 20

Sonstige betriebliche Aufwendungen:

GuV-Posten Nr.11,12,17 und 21

Aufwand aus Bewertung und Risikoversorge:

GuV-Posten Nr.13 bis 16

Die beschriebene allgemeine Zinsentwicklung blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Zinsergebnis der Sparkasse. Der Zinsüberschuss sank im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs des Fristentransformationsbeitrags bei einem nur leicht rückläufigen Konditionsbeitrag um 2,0 % auf 27,5 Mio. €.

Der Provisionsüberschuss stieg recht deutlich um 6,6 % auf 6,4 Mio. €. Der Anstieg ist unter anderem auf die im abgelaufenen Jahr durchgeführte Anpassung der Girokontomodelle und -preise zurückzuführen.

Die Personalaufwendungen gingen um 2,0 % auf 13,5 Mio. € zurück.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist der Anstieg auf 1,8 Mio. € insbesondere auf die Bildung einer Rückstellung im Zusammenhang mit den im Nachhinein von der Rechtsprechung als fehlerhaft gewerteten Widerrufsbelehrungen zurückzuführen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) mit einem Aufwand in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr 2,9 Mio. €) ausgewiesen. Der Wert ergibt sich im Wesentlichen aus dem Abschreibungsbedarf auf die Beteiligung der Sparkasse am SVWL (vgl. D.5.2. Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen), einem moderaten Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft sowie einem positiven Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft.

Zur Analyse der Ertragslage sowie als Grundlage für die jährliche Planung wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Die Sparkasse vergleicht sich auf dieser Basis mit den Sparkassen des SVWL, der im Bundesvergleich zu einem der führenden Verbände gehört. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung nach den Modalitäten des Betriebsvergleichs werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugeordnet werden. Die nachfolgenden Ausführungen zur Entwicklung der Ertragslage beziehen sich auf die Werte des Betriebsvergleichs.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 0,98 % (Vorjahr 1,10 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2016; es lag damit über dem Niveau des Planwertes von 0,96 %. Im Vergleich mit den Sparkassen im SVWL wird ein leicht unterdurchschnittlicher Wert erzielt.

Bei den auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen, kurz CIR) und Personalaufwandsrentabilität (kurz PAR) wird im Vergleich mit den Sparkassen des SVWL ein besserer Wert erzielt, wenngleich sich beide Kennzahlen infolge der im weiteren näher beschriebenen Entwicklungen der Ertrags- und Aufwandspositionen verschlechtert haben. Die CIR beläuft sich zum Jahresende auf 59,7 % (Vorjahr 56,3 %). Die PAR stieg im Jahresverlauf von 37,3 % auf 39,1 %. In beiden Fällen konnte das Unternehmensziel für 2016 unterschritten werden. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 8,8 % über dem Vorjahreswert von 8,4 %. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2016 0,12 %.

Der Zinsüberschuss reduzierte sich auf der Grundlage der Struktur des Betriebsvergleichs um 1,9 % auf 27,4 Mio. € (1,96 % der DBS) und übersteigt den Planwert gemessen an absoluten Werten leicht. Aufgrund der stärker als erwartet gewachsenen Durchschnittsbilanzsumme konnte das Ziel gemessen an der DBS-Relation (1,99 %) jedoch nicht erreicht werden. Die negative Entwicklung ist maßgeblich zum einen auf das gegenüber dem Vorjahr und gegenüber der Planungsannahme erneut gesunkene Zinsniveau zurückzuführen. Zum anderen konnten vorgesehene Investitionen in den Eigenanlagen zunächst nicht wie vorgesehen umgesetzt werden, sodass die Zinserträge in diesem Bereich deutlich geringer ausfielen als erwartet. Durch die flachere Zinsstrukturkurve im Vergleich zum Vorjahr ging der Fristentransformationsbeitrag weiter zurück.

Der Rückgang des Zinsüberschusses konnte zum Teil durch einen gezielten Ausbau des Provisionsergebnisses aufgefangen werden. Hier war ein recht dynamisches Wachstum um 6,7 % auf 6,4 Mio. € bzw. 0,46 % der DBS (Planung 6,1 Mio. € bzw. 0,45 % der DBS) zu ver-

zeichnen. Es lag insbesondere aufgrund höherer Erträge aus Giroverkehr sowohl über dem Vorjahres- als auch über dem Planwert.

Des Weiteren ist der Personalaufwand weniger stark als erwartet um 4,4 % bzw. 0,6 Mio. € auf 13,2 Mio. € gestiegen. Hier wirkte sich unter anderem ein geänderter Ausweis der Pensionsrückstellungen aus. Abweichend vom Vorjahr wird bei Pensionsrückstellungen der Effekt aus der Änderung des Abzinsungssatzes anstatt im Personalaufwand nun im Zinsergebnis ausgewiesen.

Der Sachaufwand erhöhte sich wie erwartet deutlich um 0,5 Mio. € bzw. 7,9 % auf 7,0 Mio. €. Der Anstieg vollzog sich in diversen Positionen. Insbesondere resultierte der Mehraufwand aus der Verlagerung von Server- und Anwendungsfunktionalitäten zur Finanzinformatik sowie aus der Inanspruchnahme externe Unterstützung bei der Umsetzung wesentlicher Projekte wie der Optimierung der Vertriebsstrukturen und der Anpassung der Girokontomodelle und -preise. Beide Kostentreiber haben Einmalcharakter und führen somit nicht zu einer strukturellen Erhöhung der Sachkosten.

Das Bewertungsergebnis ist insgesamt ausgeglichen (Vorjahr -2,3 Mio. €). Es ist getrieben durch ein positives Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft, ein moderates Bewertungsergebnis der eigenen Wertpapiere und ein deutlich gestiegenes sonstiges Bewertungsergebnis. Im sonstigen Bewertungsergebnis schlagen sich insbesondere die Sondereffekte der Abschreibung auf die Beteiligung am SVWL sowie einer Zuschreibung auf eine zum 01.07.2017 veräußerte Immobilie nieder.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2016 zufrieden.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikogesamtstrategie und den untergeordneten Teilrisikostategien die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiko, wurden die separaten Teilrisikostategien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Daneben existieren für einzelne Risiken

ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss der Sparkasse nehmen die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff „Risiko“ wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, dem Verwaltungsrat und dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion dem Risikomanager, dem Leiter der Abteilung Unternehmenssteuerung übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt und Aufgaben übertragen. Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion eingerichtet, deren Aufgaben von verschiedenen Mitarbeitern wahrgenommen werden. So wurden die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen und die Compliance-Funktion gemäß MaRisk bei einer Mitarbeiterin zusammengeführt, die organisatorisch der Rechtsabteilung zugeordnet ist. Die Compliance-Funktion gemäß WpHG wird von einem Mitarbeiter wahrgenommen, der organisatorisch an den Betriebsbereich angebunden ist. Die Beauftragten der jeweiligen Compliance-Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand fachlich und disziplinarisch unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. In begründeten Einzelfällen kann aufgrund von Expertenschätzungen von den systematisch ermittelten Werten abgewichen werden.

Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken grundsätzlich nach der handelsrechtlichen (GuV-orientierten) Sichtweise. In diesem Konzept werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt auf dem Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Planwerten verstanden.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise ab Mitte des Jahres darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch.

Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden - mit Ausnahme von Kursrisiken in den Wertpapieranlagen - nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebe-

nen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Ferner wird auch über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (täglich, wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfangreich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei dem Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

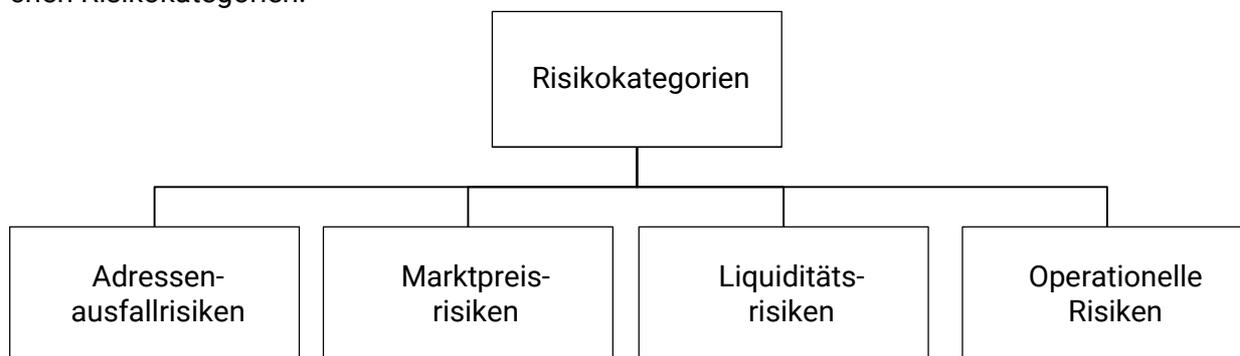
Die folgende Tabelle gibt einen Überblick auf das Risikoberichtswesen der Sparkasse:

Risiken	Berichtsart	Berichtsrhythmus	Empfänger
Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft	Kreditrisikobericht	vierteljährlich	Vorstand, Risikoaus-schuss
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
Beteiligungsrisiko	Kreditrisikobericht	vierteljährlich	Vorstand, Risikoaus-schuss
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
Länderrisiko	eigener Report	monatlich	Vorstand
	Kreditrisikobericht	vierteljährlich	Vorstand, Risikoaus-schuss
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften	Kreditrisikobericht	vierteljährlich	Vorstand, Risikoaus-schuss
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
	eigener Report	täglich/wöchentlich in Abhängigkeit von der Limitauslastung	Vorstand
Marktpreisrisiken (Anlagebuch)	eigener Report	monatlich	Vorstand
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
	eigener Report	täglich/wöchentlich in Abhängigkeit von der Limitauslastung	Vorstand
Marktpreisrisiken (Handelsbuch)	eigener Report	monatlich	Vorstand
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
	eigener Report	monatlich/vierteljährlich	Vorstand
Zinsänderungsrisiko	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
	eigener Report	monatlich/vierteljährlich	Vorstand
Liquiditätsrisiko	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
	eigener Report	monatlich/vierteljährlich	Vorstand
operationelle Risiken	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und der Kreditrisikostrategie beschrieben.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Kreditrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte*	
	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Kontokorrentkredite	23.348	24.282

Darunter:		
auf Geschäftsgirokonten	18.353	19.050
auf Privatgirokonten auf Sonstige	4.995	5.232
Darlehen aus eigenen Mitteln	595.173	587.901
Darunter:		
an Geschäftskunden	136.743	135.812
an Privatkunden	446.280	443.408
an Sonstige	9.840	6.204
angekaufte Forderungen	2.310	2.476
Weiterleitungsdarlehen	128.421	125.838
Schuldscheinforderungen und Namensschuldverschreibungen		
Sonstige Forderungen	365	328
Gesamt	747.307	738.349
*nach Abzug von EWB, PWB und Vorsorgereserven, wobei der Abzug der PWB und der Vorsorgereserven in der größten Einzelposition (Darlehen an Privatkunden) erfolgt. Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2016 nicht überschritten.		

Tabelle: Kreditgeschäft der Sparkasse

Die auf der nächsten Seite folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Bilanzstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	
	T€
Gesamtbetrag der Forderungen	1.130.713
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	1.127.918
EU	521
Sonstige	2.274
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	184.740
Investmentfonds	--
Privatpersonen	596.250
Öffentliche Haushalte*	15.495

Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	329.341
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	18.129
- Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	35.145
- Verarbeitendes Gewerbe	30.541
- Baugewerbe	38.142
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	49.080
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	10.596
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2.475
- Grundstücks- und Wohnungswesen	92.483
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	52.750
Organisationen ohne Erwerbszweck	4.887
Sonstige	--
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	298.612
1 Jahr bis 5 Jahre	116.707
> 5 Jahre bis unbefristet	715.394
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.	

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Kreditgeschäfts.

Größenklasse	1	2	3	4
in Mio. €	bis 1,0	1,0 bis 3,0	3,0 bis 7,0	ab 7,0
Anzahl in %	99,7	0,2	0,1	0,0
Volumen in %	75,7	6,8	5,7	11,8

Die Kreditrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt.

Ratingklasse	Anzahl in %	Volumen in %
1 bis 9	89,0	92,1
10 bis 15	7,8	5,6
16 bis 18	1,7	1,3
Ohne Rating	1,5	1,0

Ein Schwerpunkt des Kreditgeschäfts sind Kredite und Darlehen, die mit Grundschulden abgesichert sind. Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Der Schwerpunkt bei der Branchengliederung liegt im Dienstleistungssektor, darunter insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen. Bemerkenswerte Risikokon-

zentrationen in Branchen sind nicht erkennbar. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31.12.2016 12,6 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG. Die Ratings der Länder, in denen wir Ausleihungen / Anleihen getätigt haben, liegen mit geringen Ausnahmen im Rahmen des Investment-Grade.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGVO validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen „erwarteten Verlust“ und einen „unerwarteten Verlust“ unterteilt. Der Ansatz des „erwarteten Verlusts“ erfolgt grundsätzlich mit der risikogewichteten Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) bezogen auf das unbesicherte (Blanko-) Kreditvolumen. Im Berichtsjahr wurde aufgrund der stabilen konjunkturellen Aussichten auf der Grundlage einer Expertenschätzung von dem auf diese Weise ermittelten Wert abgewichen und die durchschnittliche Wertberichtigungsquote der letzten zehn Jahre zugrunde gelegt. Der „unerwartete Verlust“ (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgenden Bereichen: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden an Objekten im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben. Die Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Darüber hinaus besteht eine Konzentration im gewerblichen Kreditgeschäft in der Dienstleistungsbranche. Aufgrund des niedrigen Anteils am Gesamtkreditportfolio ist die Konzentration jedoch überschaubar.

Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert. Aus der bereits genannten Konzentration im Firmenkundenportfolio auf der weit gefassten Branche „Dienstleistungen“ erwachsen insbesondere auf Grund des überschaubaren Anteils der Branche am Gesamtkreditportfolio nur überschaubare Risiken. Die Adressenausfallrisiken entwickelten sich in 2016 nahezu konstant. Insbesondere aufgrund der Auflösung der EWB eines gewerblichen Kreditnehmers fällt das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft im Jahr 2016 positiv aus und hat sich insofern gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir neben der individuellen Einschätzung durch Mitarbeiter ein Frühwarnsystem auf Basis von OSPlus-Daten ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzepts betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2016 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Notleidende und überfällige Forderungen

Forderungen werden im Rahmen der CRR als überfällig klassifiziert, wenn Verbindlichkeiten eines Schuldners mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage mit einem Betrag von mindestens 100 € überfällig sind oder die Grenze von 2,5 % des Gesamtobligos eines Kunden durchgehend überschritten wird. Dieser Verzug wird bei der Sparkasse nach Artikel 178 CRR kreditnehmerbezogen ermittelt.

„Notleidende Kredite“ sind Forderungen, für die Maßnahmen der Risikovorsorge wie Wertberichtigungen oder Teilabschreibungen getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden. Auch hier werden sämtliche Forderungen gegenüber einem Kunden einbezogen.

Der Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt zu nahezu gleichen Anteilen auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen und auf Privatpersonen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Kreditnehmer. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2016	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2016
	T€	T€	T€	T€	T€
EWB	5.965	896	1.713	605	4.543
Rückstellungen	--	--	--	--	--
PWB	470	--	28	--	442
Gesamt	6.435	896	1.741	605	4.985

In der nachfolgenden Tabelle entstammen die Zahlen des Bruttokreditvolumens aus dem Meldewesen nach CRR mit den Werten zum Stichtag 31.12.2016. Die Zahlen zu Einzelwertberichtigungen sind hingegen aus dem Jahresabschluss 2016.

	Gesamtbetrag notleidender Forderungen	Bestand EWB	Aufwendungen für EWB, PWB und	Gesamtbetrag überfälliger Forderungen
	T€	T€	T€	T€
Hauptbranchen				
Banken	--	--	--	--
Investmentfonds	--	--	--	--
Öffentliche Haushalte	--	--	--	--
Privatpersonen	6.377	2.359	173	1.852
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	2.987	2.184	-989	1.008
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	17	17	-957	63
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	--	--	--	--
- Verarbeitendes Gewerbe	752	709	10	268
- Baugewerbe	77	24	-6	36
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	288	245	-53	150
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	154	44	-12	0
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	116	63	61	3
- Grundstücks- und Wohnungswesen	734	430	-11	132
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	849	652	-21	356
Organisationen ohne Erwerbszweck	--	--	--	0
Sonstige	--	--	--	--
Geografische Hauptgebiete				
Deutschland	9.364	4.543	-816	2.860
EU	--	--	--	--
Sonstige	--	--	--	0
Gesamt	9.364	4.543	-816	2.860

Tabelle: Verteilung der Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten

Eine Aufgliederung der Direktabschreibungen nach Branchen erfolgt aufgrund ihrer geringen Höhe von 75 T€ nicht. Rückstellungen für Ausfallrisiken hatten wir im vergangenen Jahr nicht im Bestand. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 37 T€. Die Pauschalwertberichtigungen auf Kundenforderungen berechnen sich auf 442 T€, hier wurden im Berichtsjahr 28 T€ aufgelöst.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Die Beteiligungen der Sparkasse - sowohl direkte als auch indirekte Beteiligungen - wurden im Wesentlichen aufgrund langfristiger Überlegungen eingegangen, um den Verbund der Sparkassenfinanzgruppe zu stärken. Sie dienen letztendlich der Erfüllung des öffentlichen Auftrags durch den Gesetzgeber sowie der Förderung des Sparkassenwesens.

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes. Für die Beteiligungen besteht eine eigenständige Strategie. Für die Sparkasse Rheine ist das Beteiligungsgeschäft grundsätzlich kein aktives Geschäftsfeld. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatten wir keine börsennotierten Beteiligungen im Bestand. In der Bilanz weisen wir einen Gesamtwert von 14,2 Mio. € aus. Die einzige wesentliche Beteiligung der Sparkasse ist die Beteiligung am SVWL mit einem Buchwert von 14,1 Mio. €. Die anderen Beteiligungen sind von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr resultieren zum einen aus der in 2015 beschlossenen Stammkapitalerhöhung des SVWL infolge der Kapitalerhöhung der LBS West. Zum anderen war eine Teilwertabschreibung auf die Beteiligung am Stammkapital des SVWL in Höhe von 1,1 Mio. € aufgrund eines Rückgangs des Unternehmenswertes eines Beteiligungsunternehmens erforderlich.

Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden. Eine Dotation der entsprechenden Ansparrücklage für unerwartete Risiken aus der Abwicklung war im abgelaufenen Jahr nicht mehr vorzunehmen, da davon ausgegangen wird, dass eine Inanspruchnahme der Garantien nicht erforderlich sein wird.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

In unserer Risikomessung und -steuerung für unerwartete Risiken berücksichtigen wir Beteiligungsrisiken auf Basis des durchschnittlichen negativen Bewertungsaufwands der letzten zehn Jahre.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Die bereitgestellten Limite wurden in 2016 nur teilweise belegt. Verluste/Ausfälle waren in 2016 nicht zu verzeichnen.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt im Wesentlichen auf Schuldverschreibungen und Anleihen (251,8 Mio. €), den Wertpapierspezialfonds (152,0 Mio. €) sowie Immobilienfonds (44,9 Mio. €). Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Staaten/Ländern emittierten Wertpapiere weisen vollständig ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf. Für die im Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostategie und durch Rahmegrundsätze begrenzt.

Aus Rendite- und Diversifikationsgründen soll zukünftig auch in die Anlageklasse „High Yield“ investiert werden. Im Rahmen des Einführungskonzeptes wurde in 2016 ein Testgeschäft in Höhe von 1,3 Mio. € erfolgreich durchgeführt, sodass bereits mit einem überschaubaren Betrag in den Sub-Investment-Grade Sektor investiert wurde und zukünftig in festgelegten Grenzen investiert wird.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Spezial- und Publikumsfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Wertpapiere	
	T€
Gesamtbetrag der Forderungen	449.750
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	400.892
EU	48.858
Sonstige	--
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	194.069
Investmentfonds	196.840
Privatpersonen	--
Öffentliche Haushalte*	58.841
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	--
Organisationen ohne Erwerbszweck	--
Sonstige	--
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	22.669
1 Jahr bis 5 Jahre	123.048
> 5 Jahre bis unbefristet	304.033
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach	

Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten sowie für Kontrahenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von Moody's zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating von Moody's verfügen, werden grundsätzlich die Ratings anderer Ratingagenturen (S&P, Fitch) herangezogen.

Die von der Sparkasse direkt angelegten und die im Wertpapierspezialfonds gehaltenen verzinslichen Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poor's	auf Basis Tageswerte	
			31.12.2016 in %	31.12.2015 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	0,9	5,2
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	12,1	10,1
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	32,8	40,2
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	53,9	43,2
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,0	1,3
mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0,3	0,0
ohne Rating			0,0	0,0
			100,0	100,0

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Landesbanken, die zum Jahresende rund 330,0 Mio. € ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unsere Beteiligungen, von den 99,9 % auf Gesellschaften der Sparkassenorganisation entfallen. Ein nennenswertes Engagement besteht zusätzlich bei der HSH Nordbank, die bis Ende Februar 2018 privatisiert werden muss. Die Entwicklungen werden eng verfolgt, um auf die Auswirkungen einer voraussichtlichen Privatisierung rechtzeitig reagieren zu können.

Länderrisiko Standard	Länderrating		auf Basis Tageswerte	
	Moody's	& Poor's	31.12.2016 in %	31.12.2015 in %
inländische Emittenten			58,0	61,5
ausländische Emittenten				
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	13,1	11,6
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	12,5	9,7
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	1,4	1,1
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	14,5	15,4
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,4	0,2
mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,0	0,0
ohne Rating			0,1	0,5
			100,0	100,0

Zum Stichtag 31.12.2016 beträgt der Kurswert unserer Staatsanleihen der PIIGS-Staaten insgesamt 49,8 Mio. €. Davon entfallen auf Italien 25,4 Mio. € und auf Spanien 24,4 Mio. €. Darüber hinaus werden Anleihen von Kreditinstituten aus Italien und Spanien mit einem Kurswert von insgesamt 4,3 Mio. € gehalten.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang und die guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostrategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2016 Mio. €	31.12.2015 Mio. €
Tages- und Termingelder	18,0	--
Namenspfandbriefe /Schuldscheindarlehen	74,6	94,7
Schuldverschreibungen und Anleihen	251,8	278,1
Wertpapier-Spezialfonds	152,0	148,4
Sonstige Investmentfonds	44,9	24,4
	541,3	545,6

In der Eigengeschäftsstrategie hat der Vorstand die grundlegende Anlagestrategie festgelegt.

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken der bewertungsrelevanten Handelsgeschäfte (Position 3 bis 5) erfolgt anhand von Overnight- und Value-at-Risk-Szenarien, letztere mit einer fest vorgegebenen Haltedauer von 63 Tagen. Die Risiken werden mit einer 99 %igen Eintrittswahrscheinlichkeit berechnet. Die historische Simulation stützt sich auf jeweils 500 Handelstage. Darüber hinaus wird eine laufend aktualisierte Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt. Durch die Vorgabe verschiedener Parameter ist es auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte möglich, realistische Kurse zu ermitteln. Der Risikoeermittlung liegt eine historische Simulation zugrunde, die es erlaubt, den Wert des Portfolios mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten zu berechnen.

Zum Stichtag beträgt der VaR 8,9 Mio. €. Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Funktionstrennung zum Handel findet strenge Beachtung. Es wird täglich geprüft, ob sich die Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen Limite bewegen. Bei Überschreitung

von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich, ab 75 % Limitauslastung täglich, über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.3.3. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktien wurden in 2016 nicht gehalten.

5.3.4. Währungsrisiken

Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden entstehen, werden 1:1 über Micro-Hedges glattgestellt. Durch diese Vorgehensweise entstehen für die Sparkasse keine offenen Devisenpositionen. Der Umfang der Devisengeschäfte ist gering.

Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

Von Kunden hereingenommene Sichteinlagen in Fremdwährungen werden währungs- und laufzeitkongruent angelegt.

Von den Eigenmittelanforderungen für Marktpreisrisikopositionen (CRR) ist für die Sparkasse Rheine, die aufsichtsrechtlich als Nichthandelsbuchinstitut gilt, nur der Bereich der Währungsgesamtposition relevant. Für die Bestände in Fremdwährungen ist aufgrund des Artikels 351 CRR keine Unterlegung mit Eigenmitteln notwendig. Für regulatorische Zwecke werden derzeit keine eigenen internen Risikomodelle verwandt.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf periodenorientierter Basis. Ziel der Zinsrisikosteuerung ist es, Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen.

Die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung resultieren aus unterschiedlichen Beständen an festverzinslichen Aktiva und Passiva sowie unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten, sodass sich bei Marktzinsveränderungen zum Beispiel der Zinsaufwand stärker erhöhen kann als der Zinsertrag. Es werden unterschiedliche Zinsentwicklungsszenarien simuliert. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Berechnungen zum Zinsspannenrisiko sind Gegenstand des vierteljährlichen Risikogesamtberichts.

Die handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels einer quartalsweisen Simulationsrechnung unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Forward-Vereinbarungen eingesetzt.

Die sich aus der Zinsspannungssimulation ergebenden Abweichungen haben sich durchgängig innerhalb der vorgegebenen Limite bewegt.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2016 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. -200 Basispunkte errechnet.

Die Auswirkungen vorzeitiger Kreditrückzahlungen sowie das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen werden unter Berücksichtigung impliziter Optionen berechnet.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 Bp)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
T€	21.409	21.173

Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug für das Szenario eines Zinsanstiegs 14,58 % und lag damit unterhalb der Meldeschwelle von 20 %. Das bis zur Inkraftsetzung der Allgemeinverfügung zur Unterlegung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch (vgl. Kapitel B.2.5.) geforderte Prüfkriterium der BaFin wurde eingehalten.

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2016 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement- alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft sowie die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Zur täglichen Liquiditätsüberwachung wird ein Liquiditätsfrühindikator eingesetzt, der kurzfristige Geldaufnahmen dem Dispositionsspielraum im Bundesbankpfanddepot gegenüberstellt.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt einge-

halten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 3,65 und 5,25. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Ab dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Die geltende Mindestquote wurde jederzeit eingehalten. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase durch die Aufsicht. Konkrete Regelungen wurden noch nicht festgesetzt.

Die Sparkasse hat zur Bemessung der Refinanzierungsrisiken ein „einfaches Kostenverrechnungssystem“ (BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in einer Teilrisikostategie und internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Über einen „Internen Liquiditätsgrundsatz“ wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sichergestellt. In die tägliche Berechnung des internen Liquiditätsgrundsatzes fließen ausgewählte Zahlungsmittel ein. Ihr Fokus liegt auf Zahlungsmitteln, die über eine hohe (Markt-)Liquidität verfügen. Bei der Disposition werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste.

Die Sparkasse hat ihre individuelle Risikotoleranz festgelegt. Diese stellt eine Verknüpfung zwischen dem Liquiditätsrisiko und der strategischen Positionierung der Sparkasse dar. Die Risikotoleranz bezieht sich für die Sparkasse aufgrund der untergeordneten Bedeutung des Refinanzierungsrisikos auf das Zahlungsunfähigkeitsrisiko. Die Festlegung der Risikotoleranz erfolgt mit der Maßgabe, wann ein Liquiditätsrisiko für die Sparkasse „akzeptierbar“ oder „nicht akzeptierbar“ ist. Unter diesem Aspekt definiert sich der Liquiditätsengpass über die Survival Period. Die Survival Period beschreibt dabei den Zeitraum, in dem die Sparkasse unter Heranziehung des Liquiditätspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt. Die Sparkasse legt als Risikotoleranz fest, ab welchem Schwellenwert ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass (gelber Bereich) die Regelungen des Notfallkonzepts in Kraft setzen.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Bei Erreichen oder Unterschreiten folgender Schwellenwerte sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Liquiditätssituation zu verbessern:

Kennziffer	Wert
Survival Period	5 Monate

LCR-Quote	105 %
Liquiditätskennzahl	Unterschreiten des kleinsten Wertes der letzten 60 Monate (soweit > 1,5)

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Auch unter Stressbedingungen ist das Liquiditätsrisiko für die Sparkasse gut beherrschbar.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Bestimmung der regulatorischen Eigenmittel für operationelle Risiken basiert auf Basisindikatoransatz gemäß Artikel 315 und 316 CRR und beläuft sich zum Berichtsstichtag auf 5,1 Mio. €.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert.

Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen.

Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk Ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von 0,5 Mio. € wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2016 eingehalten. Das von der Sparkasse zur Verfügung gestellte Risikodeckungspotenzial war am 31.12.2016 mit 38,4 % beansprucht. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 21,04 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

Kennzahlen

Entwicklung der Geschäftszweige:

	2016 Euro	2015 Euro	2014 Euro	2013 Euro
Kreditgeschäft	760.859.702	757.220.982	730.444.482	721.315.918
Veränderung zum Vorjahr in %	0,48	3,67	1,27	6,35
Wertpapiere	251.814.472	278.094.945	241.550.711	232.849.522
Veränderung zum Vorjahr in %	-9,45	15,13	3,74	7,85
Einlagengeschäft	950.535.576	915.402.542	834.925.148	815.833.636
Veränderung zum Vorjahr in %	3,84	9,64	2,34	7,58
Beteiligungen	14.160.467	14.084.150	14.085.152	9.520.152
Veränderung zum Vorjahr in %	0,54	-0,01	47,95	-3,35

allgemeine Kennzahlen

	2016	2015	2014	2013
Eigenkapitalquote	3,98%	4,00%	4,09%	4,23%
Fremdkapitalquote	88,96%	89,28%	89,46%	89,66%
Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	11,96%	11,70%	13,02%	13,90%
Anlageintensität	33,28%	34,18%	31,42%	30,46%
Kassenmittelintensität	1,23%	1,20%	1,29%	1,28%
Eigenkapitalrentabilität	2,96%	1,70%	1,55%	1,53%
Gesamtkapitalrentabilität	0,16%	0,28%	0,20%	-2,66%
Materialaufwandsquote	17,17%	15,79%	14,99%	16,01%
Personalaufwandsquote	38,66%	39,94%	37,98%	35,39%
Abschreibungsquote	0,21%	0,21%	0,21%	0,20%
Umsatz je Beschäftigten in €	150.333,06	148.423,05	156.368,79	150.953,43
Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität) in €	7.392,85	4.108,03	3.809,34	3.845,96

Bilanz

	2016		2015		2014		2013	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	51.589	0,00	14.843	0,00	46.722	0,00	66.017	0,01
Sachanlagen	6.285.827	0,44	6.990.648	0,51	7.282.219	0,54	7.508.696	0,58
Finanzanlagen	463.984.412	32,83	465.006.377	33,67	414.106.975	30,88	385.317.684	29,87
Anlagevermögen	470.321.827	33,28	472.011.867	34,18	421.435.916	31,42	392.892.397	30,46
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	925.245.623	65,48	892.080.605	64,60	902.096.651	67,26	879.935.386	68,22
Flüssige Mittel	17.335.292	1,23	16.587.377	1,20	17.248.660	1,29	16.515.881	1,28
Umlaufvermögen	942.580.915	66,70	908.667.982	65,80	919.345.311	68,55	896.451.268	69,50
Rechnungsabgrenzungsposten	219.276	0,02	261.118	0,02	358.817	0,03	588.678	0,05
Aktiva	1.413.122.019	100,00	1.380.940.968	100,00	1.341.140.044	100,00	1.289.932.343	100,00
Gezeichnetes Kapital	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlust-/Gewinnvortrag	54.604.492	3,86	54.263.753	3,93	54.014.271	4,03	53.789.810	4,17
Bilanzgewinn	1.663.391	0,12	940.739	0,07	849.482	0,06	838.419	0,06
Anteile anderer Gesellschafter	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	56.267.883	3,98	55.204.492	4,00	54.863.753	4,09	54.628.230	4,23
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	14.454.573	1,02	13.999.574	1,01	14.489.738	1,08	12.659.853	0,98
Fonds für allgemeine Bankrisiken	99.350.000	7,03	92.350.000	6,69	85.950.000	6,41	77.900.000	6,04
Verbindlichkeiten	1.242.721.726	87,94	1.218.962.846	88,27	1.185.247.275	88,38	1.143.853.265	88,68
Rechnungsabgrenzungsposten	327.836	0,02	424.056	0,03	589.278	0,04	890.996	0,07
Passiva	1.413.122.019	100,00	1.380.940.968	100,00	1.341.140.044	100,00	1.289.932.343	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 Euro	2015 Euro	2014 Euro	2013 Euro
Umsatzerlöse	33.824.937	33.988.878	34.870.239	32.907.847
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	1.127.241	530.430	563.613	604.991
Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0
Erträge	34.952.178	34.519.308	35.433.852	33.512.838
Materialaufwand	-6.000.074	-5.449.774	-5.312.357	-5.364.718
Personalaufwand	-13.511.355	-13.785.562	-13.456.685	-11.860.829
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-978.349	-975.758	-889.521	-786.851
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-829.053	-192.982	-189.688	-214.072
Zuführung zu dem Fonds für allg. Bankrisiken	-7.000.000	-6.400.000	-8.050.000	-44.816.000
Aufwendungen	-28.318.831	-26.804.075	-27.898.250	-63.042.470
Finanzergebnis	-543.229	-2.904.023	-1.835.671	35.174.320
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.090.119	4.811.209	5.699.931	5.644.688
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.362.810	-3.805.558	-4.799.074	-4.755.438
Sonstige Steuern	-63.918	-64.912	-51.375	-50.831
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	1.663.391	940.739	849.482	838.419
Einstellung in Gewinnrücklagen	0	0	0	0
Bilanzgewinn	1.663.391	940.739	849.482	838.419

Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

es bestehen keine Verflechtungen

Beschäftigtenzahlen

	2016	2015	2014	2013
durchschnittlich	225	229	223	218

Ausblick

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Geschäftsentwicklung

Die Weltwirtschaft erholte sich im abgelaufenen Jahr weiter zögerlich. Im kommenden Jahr wird weiterhin mit einem Aufwärtstrend und einer leichten Expansion der Weltwirtschaft gerechnet. In den USA dürfte die Wirtschaft - getrieben von der guten Arbeitsmarktlage - wieder kräftiger expandieren. Die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur sind jedoch nicht unerheblich. Insbesondere die politischen Entwicklungen in Europa und hier allen voran der Austrittsprozess Großbritanniens aus der Europäischen Union führen zu Verunsicherung. Darüber hinaus gehen Risiken für die Stabilität der internationalen Finanzmärkte von bevorstehenden Zinserhöhungen in den USA aus.

Im Euro-Raum wird sich die mäßige konjunkturelle Aufwärtsbewegung - gestützt von der expansiven Geldpolitik- zunächst fortsetzen. Da die positiven Realeinkommenseffekte des Ölpreisverfalls und die exportsteigernden Abwertungseffekte des Euro allmählich auslaufen, dürften die Wachstumsraten jedoch im kommenden Jahr wieder zurückgehen. Zudem leiden viele Länder weiterhin unter einer geringen Wettbewerbsfähigkeit und hoher Verschuldung und der Reformeifer zur Lösung struktureller Probleme ist wenig ausgeprägt.

Auch für die deutsche Wirtschaft erwarten wir, dass sich der Konjunkturaufschwung im kommenden Jahr fortsetzen wird. Treibende Kraft werden weiterhin der private Konsum und die Wohnungsbauinvestitionen sein. Positive Effekte ergeben sich u. a. aus der weiterhin hohen Beschäftigung. Auch Exporte dürften wieder etwas kräftiger expandieren. Im Zuge der anhaltend hohen Binnennachfrage und einer leicht steigenden Auslandsnachfrage dürften die Produktionskapazitäten auch im Jahr 2017 leicht überdurchschnittlich ausgelastet sein. Neben Ersatzinvestitionen könnten private Unternehmen daher in zunehmendem Maße auch Erweiterungsinvestitionen durchführen. Dämpfend wirken dagegen die Verunsicherungen hinsichtlich geopolitischer Risiken und der weiteren Entwicklung der Weltkonjunktur. Die Inflationsrate wird in 2017 voraussichtlich merklich auf 1,6 % steigen. Für das Bruttoinlandsprodukt wird nach aktuellen Prognosen ein Wachstum um 1,3 % erwartet.

In der Region erwarten 92 % der Unternehmen, dass die Konjunktur in den nächsten Monaten gleich gut oder besser verlaufen wird. Der Saldo aus positiven und negativen Antworten hat sich damit verdoppelt. Insbesondere kleinere Unternehmen geben aufgrund der guten Binnenkonjunktur eine positivere Einschätzung ab. Auch bei großen Unternehmen ist eine positive Tendenz erkennbar, da das internationale Geschäft günstiger gesehen wird. Im Mittelstand sind die Erwartungen hingegen nahezu unverändert. Gedämpft fallen auch die Erwar-

tungen in der Dienstleistungsbranche - und hier im Wesentlichen bei Kreditinstituten - aus. Die Investitionsneigung steigt nur leicht an. Es ist daher nicht zu erwarten, dass die Investitionen zu einer tragenden Säule der Konjunktur werden. Die Risiken für die Geschäftstätigkeit der Unternehmen sind größer geworden. An erster Stelle steht weiterhin der Fachkräftemangel. Es folgen ein breites Spektrum an wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (Niedrigzinspolitik, anstehende Wahlen in europäischen Ländern, zukünftiger Kurs der USA etc.) und die Entwicklung der Inlandsnachfrage.

Ein Ende der expansiven Geldpolitik der EZB ist im Jahr 2017 nicht zu erwarten. So wurde z. B. erst im Dezember des abgelaufenen Jahres das Anleihekaufprogramm bis mindestens Dezember 2017 verlängert, wobei das Volumen ab dem Frühjahr reduziert werden soll. Mit einer Anpassung der Leitzinsen wird nicht gerechnet. Im Bereich des Geldmarktes ist vor diesem Hintergrund von unverändert niedrigen Zinsen auszugehen. Der Einfluss der EZB auf die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen ist dagegen begrenzt. Die Zinsprognosen von z. B. der Deka und der Helaba gehen von leicht steigenden Zinsen im langfristigen Bereich aus. Indizien hierfür könnten höhere Inflationserwartungen und das wieder steigende Zinsniveau in den USA sein. Die Auswirkungen eines entsprechenden leichten Zinsanstiegs auf die Ertragslage der Sparkasse sind gering. Im Rahmen unserer vorsichtigen Planung für das Geschäftsjahr 2017 gehen wir von einem weitgehend konstanten Zinsniveau aus.

Ausgangsbasis unserer Bilanzplanung sind die vom Prognosesystem auf der Grundlage von längerfristigen Trends vorgerechneten Entwicklungen für das Kundengeschäft in Verbindung mit den erwarteten Entwicklungen der sonstigen Rahmenbedingungen.

Auf dieser Grundlage und mit dem Ziel, das Kundenkreditgeschäft zu stärken, erwarten wir über die Kompensation erheblicher Tilgungen hinaus einen Anstieg der Forderungen gegenüber Kunden um 2,3 % auf 769,9 Mio. € bezogen auf Jahresdurchschnittsbestände. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Versorgung unserer gewerblichen Kunden mit Krediten, sodass die Forderungen gegenüber Geschäftskunden - ausgehend von einem niedrigeren Niveau - relativ etwas stärker wachsen sollen als die Forderungen gegenüber Privatkunden. Potenzial sehen wir sowohl im Privat- als auch im Geschäftskundenbereich insbesondere bei Wohnbaufinanzierungen und Weiterleitungsdarlehen durch die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel.

Im Sinne unseres öffentlichen Auftrags sollen die Kundeneinlagen gehalten und moderat ausgeweitet werden. Die in Anbetracht des anhaltenden extremen Niedrigzinsumfelds weiterhin zu erwartende sehr kurzfristige Orientierung verursacht für die Sparkasse jedoch zunehmenden Ertragsdruck, da die Anlage liquider Mittel der Sparkasse bei anderen Instituten mit negativen Zinsen versehen ist. Im Rahmen der ganzheitlichen Beratung und mithilfe entsprechender Produkt- und Konditionsgestaltung sollen daher längerfristige Anlageformen sowie andere Assetklassen noch stärker in den Fokus gerückt werden. Auf diese Weise soll zum einen eine Umschichtung der Bestände erzielt werden. Zum anderen rechnen wir aufgrund dieser Maßnahmen -nach sehr hohen Wachstumsraten in den vergangenen Jahren- mit einem moderaten Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 1,5 % auf 929,0 Mio. €. Zur Reduzierung von Zinsänderungsrisiken ist die Aufnahme einer Refinanzierung geplant, sodass ein deutlicher Anstieg gemessen an relativen Werten bei den Eigenemissionen zu verzeichnen sein wird.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen moderaten Anstieg auf ca. 1.421,8 Mio. €.

Die Bedeutung des Dienstleistungsgeschäfts für die Ertragslage der Sparkasse wird in den kommenden Jahren wachsen. In Anbetracht des anhaltenden extremen Niedrigzinsumfelds wird der Zinsüberschuss der Sparkasse deutlich zurückgehen. Während Kreditzinsen in den

vergangenen Jahren immer weiter fielen, wurden bei Einlagenzinssätzen Tiefstände erreicht. Negativzinsen bzw. Verwarentgelte für unsere Kunden wären zwar aufgrund der Zinsmärkte die betriebswirtschaftlich erforderliche Konsequenz, sie sind jedoch nur in äußerst begrenztem Umfang umsetzbar. Auch sinkt die durchschnittliche Verzinsung der Eigenanlagen aufgrund von Fälligkeiten. Um die Ertragsrückgänge in diesem Bereich in möglichst hohem Umfang kompensieren zu können, liegt unser besonderes Augenmerk auch im kommenden Jahr auf dem Provisionsgeschäft. In diesem Bereich sehen wir Potenziale, die wir durch die konsequente Umsetzung erforderlicher Änderungsprozesse heben möchten. Wir gehen hierauf im Folgenden näher ein.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Dies würde wahrscheinlich zu einem Anstieg des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft führen. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU weiterhin nicht nachhaltig stabilisiert hat. Außerdem liegen Ertragsrisiken in einer noch flacheren Zinsstrukturkurve und einem noch niedrigeren, negativen Zinsniveau.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet verlaufenden Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung dürfte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft daraufhin leicht verringern, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

Finanzlage

Für das Jahr 2017 sind Investitionen unter dem Niveau der Vorjahre geplant. Die aus technischen und organisatorischen Gründen erforderlichen Ersatzinvestitionen werden berücksichtigt.

Die Finanzierung des Wachstums im Kreditgeschäft erfolgt über die Kundeneinlagen. Sollten darüber hinaus weitere Mittel erforderlich sein, so stehen in ausreichendem Umfang eigene Wertpapiere für einen Aktivtausch zur Verfügung. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,50 % und somit auch über dem aufsichtsrechtlichen geforderten Mindestwert von 1,00 % liegen.

Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt maßgeblich beeinflusst. Zum Jahresende verläuft die Zins-

strukturkurve flach und auf weiterhin sehr niedrigem, teilweise negativem Niveau. Eine Abkehr der EZB von ihrer Niedrigzinspolitik ist derzeit nicht absehbar. Es ist daher auch für das Jahr 2017 von einem ausgesprochen niedrigen Zinsniveau auszugehen. In unseren Planungen nehmen wir ein weitgehend konstantes Zinsniveau an. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Resultierend aus der Marktlage in Verbindung mit den von Kunden bevorzugten kurzfristigen Einlagen liegt die durchschnittliche Verzinsung der Kundeneinlagen bereits nahe der bislang im Kundengeschäft praktizierten Zinsuntergrenze von 0,0 %. Die Anpassungsspielräume der bisherigen Zinspolitik sind somit nahezu ausgeschöpft. Gleichzeitig überwiegen sowohl im Kreditgeschäft als auch in den Eigenanlagen längerfristige Festzinsgeschäfte. Durch Festzinsausläufe und Fälligkeiten reduziert sich auch in diesen Bereichen die Verzinsung der bisher noch höher verzinsten Bestände signifikant. Aus den vorgenannten Effekten resultiert für das kommende Jahr per Saldo voraussichtlich ein merklich unter dem Niveau des Jahres 2016 liegender Zinsüberschuss auf Basis von Betriebsvergleichszahlen.

Den rückläufigen Zinsüberschuss möchten wir durch eine weitere Steigerung des Provisionsüberschusses zumindest teilweise kompensieren. Hier streben wir für das nächste Jahr einen deutlichen Anstieg der Erträge um 0,7 Mio. € auf 7,1 Mio. € bzw. 0,50 % der DBS an. Einen maßgeblichen Beitrag hierzu leistet die im abgelaufenen Jahr umgesetzte Optimierung unserer Girokontomodelle und -preise. Darüber hinaus sehen wir Potenzial vor allem im Kundenwertpapier- und im Versicherungsgeschäft. Bei der Vermittlung von Immobilien sowie von Bausparprodukten möchten wir an die guten Ergebnisse des abgelaufenen Jahres anknüpfen. Basis dieser Potenzialeinschätzung ist ein Benchmarking der Komponenten unserer Provisionserlöse mit den Vergleichswerten der Sparkassen im SVWL. Insgesamt möchten wir durch eine konsequente Ausrichtung auf das Kundengeschäft bestehende Potenziale erschließen.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis der Struktur des Betriebsvergleichs werden nach unseren Planungen um voraussichtlich rund 2,1 % im Jahr 2017 steigen. Insbesondere aufgrund der bekannten Tariflohnsteigerungen vollzieht sich ein deutliches Wachstum im Personalaufwand (+4,5 %). Mittels weiterer Anstrengungen im Sachkostenbereich soll dagegen der Sachaufwand leicht gesenkt werden (-2,4 %).

Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleichs planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2017 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,86 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 1.421,8 Mio. €.

Für das Jahr 2017 ist das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. In den Planungen für 2017 gehen wir davon aus, dass das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft den Vorjahreswert leicht unterschreiten wird. Der Wert ergibt sich aus einer Simulation mithilfe der Software SimCorp Dimension unter Zugrundelegung der von uns angenommenen Zinsentwicklung. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft wird auf der Grundlage der in den vergangenen zehn Jahren tatsächlich verzeichneten Risikovorsorgebeiträge (ohne positive Bewertungsbeiträge) ermittelt. Für das Jahr 2017 ergibt sich so ein Bewertungsaufwand im Kreditgeschäft in Höhe von 0,8 Mio. €. Er bewegt sich damit auf niedrigem Niveau. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels aktiven Kreditrisikomanagements sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen, Meldewesen) können sich weitere Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Für 2017 erwarten wir bei der Zielgröße Cost-Income-Ratio (CIR) aufgrund der beschriebenen Entwicklungen der Aufwands- und Ertragsgrößen ein Verhältnis von 62,8 %. Das strategische Ziel von 65,0 % wird damit eingehalten. Bei der Personalaufwandsrentabilität gehen wir von einem Wert von 42,1 % (Zielwert 42,9 %) aus. Bezüglich der Eigenkapitalrentabilität erwarten wir einen Wert von 5,0 %.

Die Planung für das Geschäftsjahr 2017 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht. Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden. Der intern festgelegte Zielwert in Höhe von 18,0 % liegt über dem aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach der CRR in Höhe von 10,04 %. Dieser setzt sich zusammen aus der Basis von 8,0 % zuzüglich des Zuschlags gemäß Allgemeinverfügung der BaFin zur Unterlegung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch sowie des Kapitalerhaltungspuffers und des antizyklischen Puffers. Die aufsichtliche Mindestquote sowie der intern festgelegte Zielwert werden mit 21,04 % deutlich überschritten. Dies bietet eine hinreichende Grundlage für eine Fortsetzung des angestrebten moderaten Wachstumskurses.

5. Mitgliedschaften bei eingetragenen Genossenschaften

5.1. VR-Bank Kreis Steinfurt e. G.

Matthiasstraße 27
48431 Rheine

Die Stadt Rheine hält 3 Anteile zu je 150,00 €.

Für 2016 wurden an Dividenden 15,16 € eingenommen.

5.2. Wohnungsverein Rheine e. G.

Adolfstraße 23
48431 Rheine

Die Stadt Rheine hält 10 Anteile zu je 39,21 €.

Für 2016 wurden an Dividenden 160,00 € eingenommen.

5.3. KoPart e. G.

Kaiserwerther Straße 199 – 201
40474 Düsseldorf

Die Stadt Rheine hält 1 Anteil zu 750,00 €.

Für 2016 wurde keine Dividende eingenommen.

6. Erläuterung der allgemeinen Kennzahlen

Eigenkapitalquote

Definition:

Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital, stark branchen- und bewertungsabhängige Kennzahl zur Beurteilung der finanziellen Stabilität und Unabhängigkeit eines Unternehmens.

Berechnung:

$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$

Fremdkapitalquote

Definition:

Mit der Fremdkapitalquote wird der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital dargestellt. Je niedriger die Fremdkapitalquote, desto weniger abhängig ist das Unternehmen von fremden Geldgebern und desto erfolgreicher können neue Kreditgeber gewonnen werden.

Berechnung:

$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$

Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Grad 1)

Definition:

Der Anlagendeckungsgrad gibt an, inwieweit das Anlagevermögen durch das Eigenkapital gedeckt ist. Nach der „Goldenen Bilanzierungsregel“ sollte das Anlagevermögen möglichst weitgehend durch das Eigenkapital finanziert sein. Je höher der Anlagendeckungsgrad, desto größer ist die finanzielle Stabilität des Unternehmens.

Berechnung:

$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

Anlageintensität

Definition:

Die Anlageintensität zeigt den Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Eine hohe Anlageintensität beinhaltet ein

höheres Risiko, da das Unternehmen bei Marktveränderungen i.d.R. nicht so schnell darauf reagieren kann. Es könnte zu viel Kapital im Anlagevermögen langfristig gebunden sein. Damit verliert das Unternehmen an Flexibilität, um sich an neue Marktbedingungen, die evtl. andere Anlagegüter erfordern, anzupassen.

Berechnung:

$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$

Kassenmittelintensität

Definition:

Diese Kennzahl drückt den Grad der Zahlungsfähigkeit des Unternehmens aus. Je mehr flüssige Mittel die kurzfristigen Verbindlichkeiten decken, desto liquider und damit sicherer ist das Unternehmen.

Berechnung:

$\frac{\text{Flüssige Mittel}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$

Eigenkapitalrentabilität

Definition:

Die Eigenkapitalrentabilität gibt die Höhe der Verzinsung des Eigenkapitals an. Liegt die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuführen und anderweitig einzusetzen. Betrachtet werden muss allerdings die langfristige Entwicklung. Eine umfassende Wertung der Unternehmung anhand dieser Kennzahl ist nicht möglich.

Berechnung:

$\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$

Gesamtkapitalrentabilität

Definition:

Diese Kennzahl **Gesamtkapitalrentabilität**, auch **Gesamtrentabilität** genannt, gibt die Verzinsung des gesamten Kapitaleinsatzes im Unternehmen an. Da die Gesamt-

kapitalrentabilität die Verzinsung des gesamten im Unternehmen, also inkl. Fremdkapital, investierten Kapitals angibt, ist sie aussagefähiger als die Eigenkapitalrentabilität. Es wird hier die Effizienz des gesamten eingesetzten Kapitals, unabhängig von seiner Finanzierung, betrachtet. Die Fremdkapitalzinsen müssen dem Gewinn hinzugerechnet werden, da sie in der gleichen Periode erwirtschaftet wurden, jedoch den Gewinn schmälern.

Berechnung:

Jahresüberschuss + Fremdkapitalzinsen
Bilanzsumme

Materialaufwandsquote

Definition:

Die Materialaufwandsquote setzt den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Materialaufwand in ein Verhältnis zur Gesamtleistung (betrifft v.a. die Umsatzerlöse) des Unternehmens. Mittels dieser auch als Materialintensität bezeichneten Kennzahl kann ein Unternehmen sich mit anderen Unternehmen seiner Branche vergleichen, um zu erkennen, ob Wettbewerber ihre Leistung mit weniger Materialaufwand erzielen. Die Materialaufwandsquote ist stark branchenabhängig und nimmt i.d.R. von Handelsunternehmen über Industrieunternehmen hin zu Dienstleistungsunternehmen ab.

Berechnung:

Materialaufwand x 100
Gesamterträge

Personalaufwandsquote

Definition:

Die Personalaufwandsquote setzt den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Personalaufwand in ein Verhältnis zur Gesamtleistung des Unternehmens. Mittels dieser auch als Personalintensität oder Personalkostenquote bezeichneten Kennzahl kann ein Unternehmen sich mit anderen Unternehmen seiner Branche vergleichen, um zu erkennen, ob Wettbewer-

ber ihre Leistung mit weniger Personalaufwand erzielen.

Die Personalaufwandsquote lässt zudem Schlüsse auf die Fixkostenbelastung und somit die finanzielle Flexibilität des Unternehmens in schlechteren Zeiten zu.

Berechnung:

Personalaufwand x 100
Gesamterträge

Abschreibungsquote

Definition:

Die Kennzahl **Abschreibungsquote** beschreibt die prozentuale Höhe der Abschreibungen bezogen auf das Anlagevermögen. Aus ihr können Erkenntnisse über die durchschnittliche Nutzungsdauer der Anlagegüter gewonnen werden.

Berechnung:

Abschreibungen x 100
Anlagevermögen

Umsatz je Beschäftigten

Berechnung:

Umsatzerlöse
Anzahl der Beschäftigten

Pro-Kopf-Gewinn (Rentabilität)

Berechnung:

Jahresüberschuss
Anzahl der Beschäftigten